



Landtag von Baden-Württemberg

43. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 7. Mai 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 20:41 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2893	3. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Gesundheit in Europa – Drucksache 13/1163	2950
Ausscheiden des Abg. Bebbler	2893	Abg. Hoffmann CDU	2951, 2957
Eintritt des Abg. Rust	2893	Abg. Ursula Haußmann SPD	2952
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	2893	Abg. Dr. Noll FDP/DVP	2953
Begrüßung einer Delegation aus Nordirland	2904	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	2954
		Staatssekretärin Johanna Lichy	2955
		Beschluss	2958
1. Regierungserklärung – Verwaltungsreform in Baden-Württemberg – und Aussprache	2893	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Ministergesetzes – Drucksache 13/1567	
Ministerpräsident Teufel	2893, 2926	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1911	2958
Abg. Kretschmann GRÜNE	2904, 2937	Abg. Stickelberger SPD	2958, 2967
Abg. Oettinger CDU	2908	Abg. Dr. Reinhart CDU	2960
Abg. Drexler SPD	2912, 2933	Abg. Kleinmann FDP/DVP	2963
Abg. Pfister FDP/DVP	2920	Abg. Walter GRÜNE	2963
2. Aktuelle Debatte – Pensionslasten und nachhaltige Finanzpolitik des Landes Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE	2939	Minister Stratthaus	2965
Abg. Heike Dederer GRÜNE	2939, 2945	Beschluss	2967
Abg. Dr. Scheffold CDU	2940, 2947	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes (KomWG) und des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS) – Drucksache 13/1803	
Abg. Moser SPD	2941, 2947		
Abg. Theurer FDP/DVP	2942, 2949		
Minister Stratthaus	2943, 2949		

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/1976	2968	Abg. Dr. Witzel GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	2990
Abg. Rosa Grünstein SPD	2968	Abg. Schmiedel SPD (zur Geschäftsordnung) ...	2990
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	2968		
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2969	8. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Ansprüche eines Hochtechnologiestandortes an den Arbeitsmarkt – Drucksache 13/834	2991
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	2970	Abg. Ruth Weckenmann SPD	2991
Minister Dr. Schäuble	2971	Abg. Dr. Monika Stolz CDU	2993
Abg. Birzele SPD	2971	Abg. Hofer FDP/DVP	2995
Beschluss	2971	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2996
		Staatssekretär Dr. Mehrländer	2997
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Filmakademiegesetzes – Drucksache 13/1893		Abg. Rudolf Hausmann SPD	2999
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/2034	2972	Beschluss	2999
Abg. Reichardt CDU	2972		
Abg. Wichmann SPD	2973	9. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Ausbau von Forschung und Lehre zum ökologischen Landbau – Drucksache 13/929	abgesetzt (2999)
Abg. Theurer FDP/DVP	2974		
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2974	10. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern zur Änderung des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller – Drucksache 13/1963	2999
Minister Dr. Christoph Palmer	2975	Beschluss	3000
Beschluss	2977		
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 13/1883		Nächste Sitzung	3000
Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 13/1970	2977	Anlage	
Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	2977, 2985	Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	3000
Abg. Schmiedel SPD	2979, 2987		
Abg. Hofer FDP/DVP	2981		
Abg. Dr. Witzel GRÜNE	2983		
Staatssekretär Dr. Mehrländer	2988		
Beschluss	2989		

Protokoll

über die 43. Sitzung vom 7. Mai 2003

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 43. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Queitsch erteilt.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Dr. Palmer – heute Vormittag –, Herr Minister Dr. Repnik und Herr Minister Köberle.

Meine Damen und Herren, Herr Abg. Wolfgang Bebber hat mir mit Schreiben vom 25. März 2003 mitgeteilt, dass er mit Wirkung vom 1. Mai 2003 auf sein Landtagsmandat verzichtet. Ich habe dies mit Bedauern zur Kenntnis genommen, weil der Landtag dadurch einen profilierten Rechtspolitiker und ein sehr vertrautes Gesicht verliert.

Lieber Herr Kollege Bebber, Ihren 60. Geburtstag Anfang April haben Sie zum Anlass genommen, eine Zäsur zu machen und dem Landtag nach 19 Jahren Adieu zu sagen.

Als Jurist hat sich Ihre parlamentarische Arbeit an den Schnittstellen von Politik und Recht ganz im Sinne Kants und seiner klassischen Feststellung konzentriert: „Das Recht muss nie der Politik, wohl aber die Politik jederzeit dem Recht angepasst werden.“ Zu den Schwerpunkten Ihrer Tätigkeit zählten der Ständige Ausschuss, dem Sie seit 1984 ununterbrochen angehört haben, der Wahlprüfungs- und der Richterwahlausschuss, des Weiteren die Mitwirkung in sieben Untersuchungsausschüssen sowie in der Enquetekommission „Rundfunk-Neuordnung“. Für Ihre Fraktion nahmen Sie neben vielem anderem die Funktionen des Arbeitskreisvorsitzenden „Recht und Verfassung“ und des rechtspolitischen Sprechers wahr.

Es ist mir ein Anliegen, Ihnen, lieber Herr Kollege Bebber, für Ihre Leistungen und Ihr Engagement als Landtagsabgeordneter den Dank und die Anerkennung des ganzen Hauses auszusprechen.

(Anhaltender lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Unser Respekt gilt dem, was Sie in den zurückliegenden 19 Jahren beigetragen haben zu unserer parlamentarischen Arbeit, zur Wahrung unserer Stellung im Institutionengefüge und zur Kultur der politischen Auseinandersetzung.

Möge in Ihrem neuen Lebensabschnitt alles so kommen, wie Sie es sich vorstellen. Besonders wünschen wir Ihnen natürlich zweierlei: viel Freude in Ihrer zweiten Heimat Frankreich und stets unfall- und pannenfreie Touren auf Ihrem Rennrad.

Meine Damen und Herren, die Landeswahlleiterin, die ich unterrichtet habe, hat mit Schreiben vom 16. April 2003 mitgeteilt, dass das frei gewordene Mandat von Herrn Kollegen Bebber auf Herrn Ingo Rust aus Abstatt übergegangen ist. Herr Rust hat die Wahl angenommen und mit Wirkung vom 1. Mai 2003 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 13. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Herr Rust, ich begrüße Sie sehr herzlich in diesem Hause und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Arbeit als Abgeordneter.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen liegt ein Vorschlag der SPD-Fraktion für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (*Anlage*). – Sie stimmen den vorgeschlagenen Umbesetzungen zu.

Außerdem liegt Ihnen eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen dem Überweisungsvorschlag zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rechnungshofs vom 4. April 2003 – Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland – Folgerungen für Baden-Württemberg – Drucksache 13/1972

Überweisung an den Finanzausschuss

2. Mitteilung des Landespersonalausschusses vom 8. April 2003 – Geschäftsbericht des Landespersonalausschusses für die Jahre 2001 und 2002 – Drucksache 13/1975

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

*

Dann treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung – Verwaltungsreform in Baden-Württemberg – und Aussprache

Das Wort erteile ich Herrn Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Eine gute Verwaltung ist für ein Land ein wichtiges Kapital. Baden-Württemberg hat eine gute Verwaltung. Das spüren die Bürger, trotz Ärger

(Ministerpräsident Teufel)

im Einzelfall, jeden Tag. Das erfahren die Abgeordneten des Landtags, die sich täglich mit Bürgeranliegen an die Ämter und Ministerien wenden und gute Auskunft und Hilfe bekommen. Das hat unser Partnerland Sachsen erfahren, dem wir durch Partnerschaft und mit über 1 000 Beamten über Jahre beim Aufbau geholfen haben.

In jedem Unternehmen sind heute die Menschen, sind qualifiziert ausgebildete, erfahrene und innovative Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das wichtigste Kapital. Das ist in der Verwaltung nicht anders. Aber so wie in der Wirtschaft hält sich ein Unternehmen nur, wenn sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf neue Entwicklungen einstellen, zu Veränderungen bereit sind, die Organisation ständig optimieren, Kosten reduzieren, Produkte und Produktionsverfahren erneuern. Institutionen und Betriebe, die sich nicht ständig reformieren, erstarren, verlieren ihre Leistungsfähigkeit und können im Wettbewerb nicht mehr bestehen.

Was für ein wirtschaftliches Unternehmen gilt, gilt auch für die öffentliche Verwaltung. Sie in optimaler Form zu halten oder zu reformieren liegt in unserer Verantwortung, in der Verantwortung der Landesregierung und des Landtags.

Wir brauchen heute nicht nur eine spezialisierte Verwaltung, sondern auch eine Verwaltung, die in Zusammenhängen denkt, integrierte Entscheidungen trifft und das Ganze im Auge hat. Wir brauchen heute nicht nur eine starke Führung, sondern auch Vertrauen in die Selbstverwaltung, in die kleinen Einheiten, in einen Staatsaufbau von unten nach oben, in Vielfalt und Eigeninitiative, in Mut und Verantwortung der Mitarbeiter. Wir brauchen ein Denken vom Bürger und von der Wirtschaft her und ein Hineindenken in deren Anliegen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir brauchen auch schnellere Entscheidungen, eine Zurücknahme des Staates aus vielen Lebensbereichen, eine subsidiäre Grundeinstellung, eine Rücknahme der Überzahl von Gesetzen, Verordnungen, Statistiken und Richtlinien, und wir brauchen eine Verringerung der Staatsquote.

Wir, Regierung und Parlament, sind hier im Rahmen unserer verfassungsgemäßen Zuständigkeiten zum Handeln aufgefordert. Demokratische Gemeinwesen müssen sich als reformfähig erweisen. Das ist die Erwartung der Bürger und vor allem auch der wirtschaftlich Handelnden. Das ist die Verantwortung der vom Volk Gewählten.

Das Vertrauen der Bürger in die Fähigkeit der Demokratie – der Parlamente, der Regierungen und der Verwaltungen –, die aus ihrer Sicht wichtigsten Probleme zu lösen, ist in den letzten Jahren immer deutlicher gesunken. Fast 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland stehen für diese von den Bürgern empfundene Unfähigkeit zur Lösung der großen Probleme wie ein Menetekel an der Wand.

Sicherlich haben auch die politische Planungseuphorie und der staatliche Machbarkeitswahn der frühen Siebzigerjahre dazu beigetragen, bei den Menschen langfristig falsche Hoffnungen zu wecken, die der Staat letztendlich nicht erfüllen konnte und nicht erfüllen kann.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Staat hat damit nicht nur sich selbst, sondern auch seine Bürger zunehmend überfordert.

Die Bürger wünschen sich keinen schwachen Staat. Sie wollen keinen schwachen Staat, der sich nur als Moderator zwischen den widerstreitenden gesellschaftlichen Interessen versteht und nur Kommissionen einsetzt, statt in den verfassungsmäßigen Organen tatsächlich zu handeln.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Bürger wollen einen starken Staat. Aber sie wollen keinen starken Staat in dem Sinne, dass immer mehr Lebensbereiche reglementiert und bürokratisiert werden. Sie wollen keinen starken Staat in dem Sinne, dass ihre Möglichkeiten zu eigenverantwortlichem Handeln und zum Miteinander in der Gesellschaft immer stärker eingeschränkt werden. Im Gegenteil: Sie wollen einen starken Staat, der in der Lage ist, das Gemeinwohl gegen mächtige und gut organisierte Interessengruppen und Lobbys durchzusetzen. Sie wollen einen starken Staat, der ihnen hilft, eigene Stärken zum Tragen zu bringen: für sich selbst, für ihre Familien, für die Gesellschaft. Sie wollen einen starken Staat, der zuerst den Menschen vertraut und nicht zuerst sich selbst.

Deshalb muss der Staat von den Bürgern her gedacht werden und vom Bürger her gemacht werden. Er muss von unten nach oben aufgebaut sein. Wo das nicht der Fall ist, muss er vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Denn Subsidiarität heißt, dass die größere Einheit immer nur das regeln soll, was die jeweils kleinere Einheit nicht mehr zufriedenstellend für alle Betroffenen regeln kann.

Die Zukunft gehört den kleinen und überschaubaren Einheiten. Deshalb bekennt sich die Landesregierung zur kommunalen Selbstverwaltung. Was die Kommunen bewerkstelligen können, sollen sie leisten. Erst wenn sie an ihre Grenzen stoßen, tritt das Land in Aktion: zuerst die Landratsämter, dann die Regierungspräsidien als Mittelbehörden und zuletzt die Ministerien als politische Entscheidungsebene.

Niemand kann ernsthaft bestreiten: Ohne die kommunale Selbstverwaltung, ohne eine dezentrale Landesverwaltung wäre der Erfolg dieses Landes Baden-Württemberg so nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Diesen Aufbau werden wir mit der großen Verwaltungsreform optimieren und zur Grundlage für die zukünftigen Erfolge unseres Landes machen. Deshalb machen wir keine Reform um der Reform willen.

Die große Verwaltungsreform für Baden-Württemberg steht in vier großen Zusammenhängen:

Erstens: Die große Verwaltungsreform soll Subsidiarität, Selbstverwaltung und föderales Gedankengut verwirklichen. Wir brauchen eine konsequent von unten nach oben aufgebaute Europäische Union. Wir brauchen eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern, die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar regelt und den gegenseitigen Blockaden und ausgeferten Kompetenzvermischungen einen Riegel vorschiebt. Wir brauchen eine

(Ministerpräsident Teufel)

Stärkung der Länder und der Landesparlamente. Wir brauchen eine kommunale Selbstverwaltung, die diesen Namen verdient, und wir brauchen auch eine tragfähige finanzielle Ausstattung unserer Städte und Gemeinden.

Zweitens: Die große Verwaltungsreform dient der Modernisierung unseres Landes, und sie ist ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher, sondern in jeglicher Hinsicht.

Drittens: Die große Verwaltungsreform leistet auch einen herausragenden Beitrag zur finanziellen Konsolidierung unseres Landes. Sie ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass wir das Ziel der Nullverschuldung erreichen und damit wieder an einen Punkt kommen können, an dem die Belastungen aus der Gegenwart, die die heute junge Generation in Zukunft abtragen muss, nicht weiter ansteigen. Sie ist deshalb auch ein Beitrag zur Gerechtigkeit und zum Miteinander zwischen den Generationen.

Viertens: Die große Verwaltungsreform steht in der geschichtlichen Kontinuität der bisherigen Verwaltungsreformen im Land, die alle Baden-Württemberg vorangebracht haben.

Die Landesregierung wird alles daransetzen, die große Verwaltungsreform so schnell wie möglich umzusetzen, damit das Land, seine Bürger und seine Wirtschaft so bald wie möglich davon profitieren können.

Ich möchte heute an Sie als Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg appellieren und Sie bitten, die Landesregierung in diesem Prozess des Umsetzens kritisch zu begleiten und zu unterstützen. Jede einzelne wichtige Entscheidung wird schlussendlich in diesem Parlament fallen. Der Erfolg, den wir uns von der großen Verwaltungsreform erhoffen und von dem wir ausgehen, wird deshalb am Ende nicht nur ein Erfolg der Landesregierung, sondern auch ein Erfolg des Landtags sein. Deshalb zähle ich auf Ihre Mitarbeit, Ihre Bereitschaft zur Mitverantwortung und Ihre Unterstützung.

Meine Damen und Herren, wenn wir den Staat von unten nach oben aufbauen wollen, dann heißt dies im Zeitalter der fortschreitenden europäischen Einigung und Erweiterung vor allem auch, dass wir Europa von unten nach oben aufbauen müssen. Der Subsidiaritätsgedanke gilt ja zunächst einmal dem Vorrang des einzelnen Bürgers, seiner Familie und dann dem Vorrang der freien Träger vor staatlichem und öffentlichem Handeln. Im Bereich der öffentlichen Gestaltung und Verwaltung gilt der Vorrang der Gemeinden und der Städte als der kleinsten Einheiten, gefolgt von den Kreisen und dann den Ländern.

Das ist auch für Europa und Europas zukünftige Gestalt von wesentlicher Bedeutung. Europa wäre ohne die Geschichte seiner Städte und Regionen überhaupt nicht denkbar.

Ein Europa der 25 Staaten wäre als Zentralstaat nicht politikfähig und nicht überlebensfähig. Es wäre bürgerfern, abgehoben von den Herzen und Köpfen der Menschen, und damit seiner Existenzgrundlage und seiner Legitimität beraubt. Deshalb müssen wir Europa föderal aufbauen, von unten nach oben. Der Grundsatz heißt: So viel Freiheit und Vielfalt wie möglich und so viel Einheit wie nötig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Europa muss die Wurzeln stärken, die seine Kraft sind: die Vielfalt der Gemeinden und Städte, der Regionen und Länder. Deshalb setze ich mich auch im Konvent der Europäischen Union für die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsgedankens im Aufbau und Ausbau der künftigen Europäischen Union ein: für eine Verfassungsgarantie an die Kommunen und Regionen in der europäischen Verfassung, für die Achtung des Staatsaufbaus der jeweiligen Mitgliedsstaaten, für die frühzeitige Einbeziehung regionaler und kommunaler Gebietskörperschaften in den Gesetzgebungsverfahren, soweit sie mit der Umsetzung und Durchführung von Rechtsakten betraut sind, für ein Beteiligungsrecht der Länder oder ihrer Vertretungen auf nationaler Ebene, wenn es um die Wahrung der Subsidiarität geht, für ein Klagerrecht der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis beim Europäischen Gerichtshof, für eine Stärkung des Ausschusses der Regionen und für die Verankerung der interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Zielbestimmung im Verfassungsvertrag.

Dies wird sich nicht alles in Reinkultur und ohne jeglichen Kompromiss mit denen durchsetzen lassen, die im Konvent anderer Auffassung sind, weil sie eine ganz andere Verfassungstradition haben. Immerhin kann ich schon heute mit großer Genugtuung feststellen, dass die Stimmen, die das Engagement der deutschen Länder für die Subsidiarität und für eine Kompetenzordnung anfangs skeptisch bis kritisch kommentiert haben, verstummt sind. Der Verfassungsvertrag wird hier Regelungen bringen, die bei Aufnahme der Verhandlungen im Konvent noch nicht einmal auf der Tagesordnung gestanden sind.

Meine Damen und Herren, hinsichtlich einer vernünftigen Ausgestaltung der Rechte der Länder und der Wahrung ihrer vitalen Interessen sind wir auf der europäischen Ebene nach gut einem Jahr der Diskussion schon wesentlich weiter als in Deutschland nach mindestens 20 Jahren der Diskussion über den Föderalismus und neue Beziehungen zwischen den Ländern und dem Bund.

Die Aussage „Der Föderalismus in Deutschland hat sich bewährt“ ist so alt wie im Grunde auch richtig, aber sie beschreibt zunehmend mehr eine Theorie denn die Wirklichkeit. In Wahrheit haben wir seit 1949 eine Einbahnstraße der Verlagerung von Länderkompetenzen an den Bund. Sie wurde vom Bund erkaufte durch die Einräumung von Mitspracherechten im Bundesrat. Dies hat, rückwirkend betrachtet, den Staatsaufbau in Deutschland unübersichtlicher, schwieriger und für gegenseitige Blockaden deutlich anfälliger gemacht. Immer häufiger mischt sich der Bund zusätzlich mit Programmen, mit finanziellen Lockangeboten in die ureigensten Aufgabenbereiche der Länder ein.

Wir brauchen eine gründliche Renovierung des Föderalismus in Deutschland, und zwar dringend und bald.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des
Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das sehen nicht nur die Landesregierungen, sondern auch die Parlamente der Länder übereinstimmend so. Es war eine glückliche Debatte, die wir vor wenigen Wochen zu diesem

(Ministerpräsident Teufel)

Thema im Landtag von Baden-Württemberg geführt haben, und sie hat in höchstem Maße eine Übereinstimmung zwischen allen Fraktionen dieses Hauses gebracht. Wir brauchen wieder eine viel klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten, der Verantwortlichkeiten und der Finanzierung:

Die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes gehört ersatzlos abgeschafft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Mischfinanzierungen müssen drastisch reduziert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

Die Länder brauchen wieder eigene Steuerkompetenzen.

(Beifall des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Wir brauchen bei der konkurrierenden Gesetzgebung eine weitgehende Rückgabe an die Länder und im Übrigen Öffnungsklauseln, die ein Zugriffsrecht auf geeignete Gegenstände der konkurrierenden Gesetzgebung wie zum Beispiel das Versammlungsrecht, die Umweltgesetzgebung, die Kinder- und Jugendhilfe oder das Besoldungs- und Versorgungsrecht ermöglichen. In diesen Bereichen muss künftig der Grundsatz gelten: „Landesrecht bricht Bundesrecht.“

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut! – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Im Gegenzug müssen die Länder bereit sein,

(Abg. Kaufmann SPD: Ortsrecht bricht Landesrecht!)

in allen zurückgegebenen Bereichen – –

(Unruhe bei der SPD)

– Ich weiß nicht, ob das Gemurmel Zustimmung oder Widerspruch ist. Sofern es Widerspruch sein sollte, möchte ich Sie auf mehrere Veröffentlichungen des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt aufmerksam machen, in denen er genau solche Vorschläge zunächst für die Parlamente der ostdeutschen Länder gemacht hat. Ich meine, was für die ostdeutschen Länder richtig ist, muss für alle Länderparlamente gelten und kann für die westdeutschen Länder nicht falsch sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der Bund hat dann, wenn er sich so verhält, einen Anspruch, dass die Länder im Gegenzug bereit sind, in allen zurückgegebenen Bereichen auf das Mitentscheidungsrecht im Bundesrat zu verzichten. Ich bin dazu bereit.

Die vom Bundesjustizministerium im April vorgelegten Vorschläge zur Föderalismusreform sind, gemessen an den Lübecker Beschlüssen der Vertreter der Landtage, gemessen an den Vorstellungen der Landesregierung und des Landtags von Baden-Württemberg und gemessen an dem,

was sich in der Verfassungswirklichkeit der letzten 50 Jahre entwickelt hat, ganz und gar unzureichend. Sie sind vom Geist des Zentralismus geprägt, nicht vom Geist des Föderalismus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Bundesregierung wolle den Ländern Zugeständnisse machen, so steht es zu lesen. Aber wo? Jetzt zitiere ich wörtlich: beim Jagdrecht, beim Notarwesen, bei der lokalen Freizeitlärmbekämpfung. Dagegen reklamiert der Bund mehr Kompetenzen für sich: inhaltliche Gestaltungsrechte bei Hochschulfinanzierung, Bildungsplanung, Umweltschutz, Wasserhaushalt, Verbraucherschutz und anderes mehr. Das heißt doch nichts anderes als: die Länder sollen Steine bekommen und der Bund das Brot. Baden-Württemberg wird diesen neuen Kurs in das alte Preußen nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Bundesjustizministerin sagte in einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ am 24. April 2003, der Bund wolle „die Organisationshoheit“ der Länder über das Schulwesen nicht antasten. Die Organisationshoheit! Wir haben die i n h a l t l i c h e Hoheit über das Schulwesen, und das ist gut für die Schüler, für die Lehrer und für die Eltern in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das haben die Ergebnisse von PISA und zahlreichen anderen Rankings erwiesen. Wir werden es nicht zulassen, dass durch Vorgabe des Bundes und eine Einmischung in die verfassungsmäßigen Kernkompetenzen der Länder die Schulen in Baden-Württemberg nivelliert und auf das Niveau der SPD-geführten Länder gebracht werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Föderalismus heißt Vielfalt und Pluralität und Wettbewerb.

Wir müssen die Kommunen stärken. Die Stadt- und Landkreise ersticken an der Sozialhilfelaft, für die sie keine adäquaten Finanzhilfen bekommen. Wer im Kreistag sitzt, weiß, dass das die Realität ist. Die Städte und Gemeinden sind in den vergangenen Jahren Zug um Zug ihrer finanziellen Grundlagen beraubt worden. Sie haben durch die Gesetzgebung und durch die anhaltende Schwäche der deutschen Wirtschaft drastische Einbrüche bei den Gewerbesteuerereinnahmen hinnehmen müssen. Die Körperschaftsteuerereinnahmen sind durch Politikversagen und eine schlampige Gesetzgebung auf unter null gebracht worden. Die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer haben sich durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit auch nicht entsprechend weiterentwickelt.

Ergebnis: Viele Städte und Gemeinden stehen heute am Rande der Investitionsfähigkeit, nicht wenige können den Haushalt nicht mehr ausgleichen. Schwache Wirtschaft: weniger Einnahmen, weniger Investitionen; schwächere Wirtschaft: noch weniger Einnahmen, noch weniger Investitionen – eine Spirale nach unten, aus der sich Städte und Ge-

(Ministerpräsident Teufel)

meinden nicht mehr aus eigener Kraft befreien können. Gut gemeinte Strohfeuer-Investitionsprogramme kosten viel und bringen wenig. Sie werden wirkungslos verpuffen.

Wenn wir starke Städte und Gemeinden wollen, müssen wir sie stärken. Mit einer „revitalisierten“ Gewerbesteuer, wie es so schön und verfälschend heißt, würde ein falscher Weg eingeschlagen: Sie brächte eine zusätzliche Belastung für freie Berufe und für den Mittelstand.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb schlägt Baden-Württemberg vor, den Kommunen die Möglichkeit eines eigenen Hebesatzes bei der Lohn- und Einkommensteuer einzuräumen. Es läge dann an den Bürgern und den Gemeinderäten, zu entscheiden, ob große Investitionsvorhaben um den Preis höherer Steuern verwirklicht werden sollen.

Wir werden vom Land aus die Kommunen zudem mit dem geplanten Gesetz zur Stärkung des kommunalen Handlungsspielraums unterstützen. Mit einer Experimentierklausel werden wir es ihnen ermöglichen, von vorgegebenen Standards abzuweichen und im Rahmen eigener Kompetenz eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, mit der großen Verwaltungsreform setzen wir auch den Weg der inneren Erneuerung, des inneren Ausbaus unseres Landes fort. Gerade in Zeiten, in denen die Finanzquellen zurückgehen, ist es notwendig, Strukturen auf den Prüfstand zu stellen und für die Zukunft fit zu machen.

Wir wollen Baden-Württemberg an der Spitze halten. Wir sagen eben nicht einfach: „Weiter so!“ Wir lassen los, was überholt ist, und halten fest, was Zukunft begründet. Das Wohl der Menschen ist uns wichtiger als überlebte Strukturen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb gehen wir wichtige Reformen an, die nicht mit erhöhten Ausgaben, sondern mit Effizienzgewinnen verbunden sind und die Strukturen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes anderen Ländern gegenüber verbessern.

Herausragende Beispiele dafür aus der letzten Legislaturperiode sind die großen Fusionen im Bereich Banken, Medien und Energieversorgung. Landesbank Baden-Württemberg, Südwestrundfunk, Energie Baden-Württemberg – es war richtig und wichtig, dass wir diese Entscheidungen für unser Land getroffen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

So umstritten diese Entscheidungen in diesem Hause gewesen sind, so unumstritten sind sie heute, wenige Jahre später.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch in den politischen Bereichen, in denen das Land eine ureigene Kompetenz hat, gehen wir mit dem inneren Ausbau des Landes voran.

In diese Reihe gehört auch die große Verwaltungsreform. Sie ist der Beweis dafür, dass hier im Land die Politik nicht

stillsteht, wenn das Geld knapp ist. In Zeiten knapper Kassen muss die Politik noch lange nicht aufhören. Im Gegenteil, sie steht dann erst recht in der Verantwortung. Wir bauen die Stärken des Landes weiter aus. Baden-Württemberg bleibt stark aus eigener Kraft.

Staatsaufbau von unten nach oben, sichere Rechte der Regionen in Europa, Wiederbelebung des Föderalismus in Deutschland, Stärkung der Kommunen, Fortsetzung des inneren Ausbaus des Landes, Haushaltskonsolidierung durch Reduzierung der Personalkosten – dies sind die Ziele und die Grundzusammenhänge, innerhalb derer die große Verwaltungsreform ihre ganze Kraft entfalten kann.

Die neue große Verwaltungsreform steht voll in der historischen Kontinuität der bisherigen Verwaltungsreformen in Baden-Württemberg. Genau genommen ist die Geburtsurkunde unseres Landes nichts anderes als das Dokument einer großen Verwaltungsreform: der ersten und bisher einzigen Länderneugliederung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, eines freiwilligen Zusammenschlusses auf der Grundlage einer Volksabstimmung im Jahr 1951. Und niemand mehr wird heute ernsthaft bestreiten, dass dieser Zusammenschluss richtig, weitsichtig und von großem Vorteil für die hier im Land lebenden Menschen war.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb haben wir ihn im vergangenen Jahr zu Recht im ganzen Land gefeiert und können ihn mit vollem Selbstbewusstsein anderen Ländern zur Nachahmung empfehlen. Denn Baden-Württemberg ist nicht als stärkstes Land in Deutschland auf die Welt gekommen, aber es hat mit dem Zusammenschluss von vormals drei Ländern eine ganz wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, dass es zum insgesamt stärksten und erfolgreichsten Land werden konnte.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist so mit den schwachen Kindern: Die werden später stark!)

Wir haben auch Probleme; das ist wahr. Aber die meisten anderen Länder wären froh, wenn sie nur unsere Probleme hätten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Genau! – Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

Die Geschichte des Landes Baden-Württemberg ist auch eine Geschichte der Verwaltungsreformen. In den ersten Jahren standen die Integration und der Umbau von drei verschiedenen Landesverwaltungen im Vordergrund, ebenso die Schaffung und der Ausbau der vier damals neuen Regierungsbezirke als Mittelinstanz. Aber erst ab 1970, als mit der Volksabstimmung in Baden der Weg für den Fortbestand des Südweststaats endgültig frei gemacht worden war, konnten die Strukturen der Verwaltung in Baden-Württemberg wirklich grundlegend auf den Prüfstand gestellt und auf neue Herausforderungen ausgerichtet werden.

Im Zuge der 1973 in Kraft getretenen Kreisreform entstanden in Baden-Württemberg 9 Stadtkreise und 35 Landkreise. Sie haben bis heute Bestand, und wir stärken sie für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, auch das ist einmal einen Vergleich wert. Im Vergleich der 13 Flächenländer in Deutsch-

(Ministerpräsident Teufel)

land hat Baden-Württemberg, gemessen an der Bevölkerungszahl, die zweitgrößten Landkreise. Das heißt: In elf der Flächenländer sind die Landkreise kleiner als in Baden-Württemberg. Damit liegen wir mit unseren in nunmehr 30 Jahren bewährten Kreisen in einer vernünftigen Größenordnung. Auf bürgerferne Regionalkreise können wir schon aus diesem Grund getrost verzichten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Mit der 1974 umgesetzten Gemeindereform, die – wie die Kreisreform zuvor – alles andere als unumstritten war, wurde die Zahl der Gemeinden im Land von 3 379 im Jahr 1968 auf inzwischen 1 111 um mehr als zwei Drittel verringert, und es wurden neue, größere und schlagkräftigere Einheiten geschaffen.

Die Kreis- und Gemeindereform in den Siebzigerjahren war mutig. Sie hatte sich für unser Land über die Jahre hinweg immer deutlicher als Erfolg erwiesen – ein Erfolg, an dem der Anteil Hans Filbingers nicht hoch genug zu schätzen ist. Genauso will ich den Anteil von Walter Krause bei der Kreisreform würdigen.

In den darauf folgenden Jahren der Regierung von Lothar Späth lagen die Schwerpunkte der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg weitgehend auf der inneren Stärkung der Verwaltung selbst: Rechtsbereinigung und Rechtsvereinfachung, Privatisierungen, Verbesserung der Qualität, moderne Datenverarbeitung in allen Bereichen der Verwaltung und gute Ausstattung der Polizei. In den Achtzigerjahren wurden in den Ministerien des Landes 9 von 54 Abteilungen gestrichen und 65 von 311 Referaten aufgelöst.

Ich kann für meine Amtszeit auf eine große Zahl von Beispielen verweisen, mit denen die Verwaltung des Landes weiter reformiert und modernisiert wurde. Einige davon möchte ich nennen:

Die Reduzierung der Zahl der Landesministerien von elf auf neun.

Die Reform der Regierungspräsidien mit dem Abbau von 100 Aufgaben, der Einsparung von 9 Abteilungen und 50 Referaten sowie einer Personalreduzierung um 32 %.

Die drastische Verringerung der Zahl der unteren Sonderbehörden und die damit verbundene Einsparung von 1 400 Stellen. Allein 1995 wurden 36 Staatliche Gesundheitsämter, 21 Staatliche Veterinärämter und 17 Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz in die Landratsämter und die Bürgermeisterämter der Stadtkreise integriert. Insgesamt wurde die Zahl der unteren Sonderbehörden im Land von 863 im Jahr 1973 über 515 im Jahr 1995 auf 452 im Jahr 1998 verringert. Die Erfahrungen mit den Eingliederungen von unteren Sonderbehörden sind außerordentlich gut. Schon deshalb spricht alles dafür, sie fortzusetzen.

Zu nennen sind ferner die Umwandlung von über 30 vormals staatlichen Einrichtungen in Landesbetriebe oder wirtschaftlich selbstständige Unternehmen und die Verringerung der Zahl der Verwaltungsvorschriften im Land allein in den Jahren 2000 und 2001 von 4 229 auf 2 489.

Das ist – in aller Bescheidenheit – eine Bilanz, mit der sich Landesregierung und Landtag sehen lassen können. Die genannte Eingliederung von unteren Sonderbehörden wurde in der großen Koalition von der SPD mitgetragen – ein Zeichen dafür, dass auch sie diesen Weg für richtig hielt. Die weiteren Reformschritte waren mit ein Erfolg der FDP/DVP, für die Verwaltungsreform immer besonders wichtig war.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ein weiterer wichtiger Meilenstein für die Landesverwaltung der Zukunft ist das Projekt „E-Bürgerdienste und Portal Baden-Württemberg“. Dieses Projekt ist derzeit in der Pilot- und Erprobungsphase. Im Endausbau wird die Verwaltung im Verhältnis zu den Bürgern grundlegend neu gestaltet. Wir bringen die Verwaltungsleistung damit aus den Amtsstuben heraus mitten in die Wohnzimmer der Bürger und in die Büroräume der Unternehmen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

– Sogar Sie werden das künftig beherrschen und damit auch Zeit gewinnen. – Es wird möglich sein, per Mausclick nahezu alle Informationen über die Verwaltung und die Verwaltungsverfahren in Land, Kreisen, Städten und Gemeinden verständlich aufbereitet abzurufen.

Hier darf ich mir einen Seitenhieb gestatten: Man könnte sich damit auch viele, viele Kleine Anfragen und Anträge ersparen,

(Beifall bei der CDU)

weil man die Ergebnisse des Statistischen Landesamtes direkt auf den Bildschirm im eigenen Büro oder in der eigenen Wohnung bekommt. Das wäre schneller und für das Land billiger.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wichtige Dokumente werden online verfügbar sein. Genehmigungsverfahren, auch für Unternehmen, werden einfacher und kürzer laufen. Was heute noch Zukunftsmusik ist, werden wir schon in Kürze Schritt um Schritt in ganz Baden-Württemberg anbieten können: beispielsweise die An- und Abmeldung in der Gemeinde über den eigenen PC, die Beantragung des Führerscheins über den eigenen PC und die Neuzulassung und Abmeldung von Fahrzeugen über den eigenen PC.

Dies sind nur einige wenige ganz konkrete Beispiele aus dem Alltag der Menschen. In Zukunft werden sie nicht mehr vor Amtsstuben in Warteräumen sitzen oder auf dem Flur stehen müssen, sondern diese ganz alltäglichen Dinge im Umgang mit den Behörden und Ämtern von zu Hause aus erledigen können. Die Bürger sparen Zeit, die Verwaltungen sparen Kosten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Die von mir angeführte Initiative zum Abbau von Bürokratie wird zudem weiter fortgesetzt. Das Land wird dort, wo es handeln kann, auch die Initiative ergreifen. Alle Strukturen und Instrumente müssen auf den Prüfstand, um

(Ministerpräsident Teufel)

die Qualität der Arbeit in den öffentlichen Verwaltungen – auch bei Regierung und Gesetzgeber – verbessern zu können.

Das Innenministerium arbeitet derzeit an einer Vorschriftenanordnung, mit der eine dauerhafte Begrenzung des Vorschriftenbestands und der Regelungsdichte erreicht werden wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Seht gut!)

Darüber hinaus werden wir ein elektronisches Ideen- und Beschwerdemanagement einführen, in dessen Rahmen sich Bürger, Wirtschaft und Verbände zu bestehenden und geplanten Vorschriften äußern können und ihre Ideen schon im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens einbringen können.

Der weitaus größte bürokratische Aufwand ist allerdings nach wie vor durch Vorschriften der EU und des Bundes verursacht.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Nach einer Erhebung, die ich in den letzten Tagen habe machen lassen, weil im Land furchtbar viel über zu viele und unsinnige Statistiken gesprochen wird, haben bereits 60 % der Statistiken, die wir heute durchführen, ihre Ursache im EU-Recht, und der Rest ist weitestgehend durch Bundesrecht verursacht.

Deshalb werden derzeit innerhalb der Landesregierung Schritte zur Einbringung von Bundesratsinitiativen zur Reduzierung der Bürokratie auf Bundesebene geprüft. Wo immer sinnvoll und richtig, werden wir diese Initiativen starten.

Auf meinen Aufruf vom November des vergangenen Jahres hin, konkrete Vorschläge zum Abbau belastender Standards mitzuteilen, sind bis heute 200 Schreiben eingegangen. Rund zwei Drittel davon konnten bisher in den Ressorts geprüft werden. Etwa 80 der bisher geprüften Vorschläge werden wir aufgreifen und mit Initiativen und Maßnahmen seitens des Landes weiterverfolgen.

Oft sind es nur kleine Dinge, die geändert und verbessert werden können. Wer sich aber für die kleinen Dinge zu schade ist, der bringt auch die großen nicht voran.

Meine Damen und Herren, wir in Baden-Württemberg bringen die kleinen Dinge voran, und wir bringen die großen Dinge voran, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von Bedeutung sind.

Baden-Württemberg steht vor, ja eigentlich schon mitten in einer Verwaltungsreform, die der Gemeinde- und Kreisreform der Siebzigerjahre ebenbürtig ist. Diese Reform wird die Verwaltung unseres Landes in ihrem Aufbau grundlegend verändern. Sie wird unsere Verwaltung schlagkräftiger machen. Sie wird das Land Baden-Württemberg moderner machen. Sie wird das Verhältnis von Bürgern und Staat nachhaltig verbessern. Sie wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ämtern, Behörden und Ministerien die Bereitschaft abverlangen, sich einem weit reichenden Veränderungsprozess zu stellen und daran mitzuarbeiten. Dieser Prozess der Veränderung wird letztlich auch ihnen zu gute kommen.

Unsere Verwaltung ist schon heute gut. Die Beschäftigten sind motiviert, leistungsbereit und fachlich kompetent. Deshalb geht es nicht darum, aus etwas vermeintlich Schlechtem etwas Gutes machen zu wollen. Nein, wir gehen diese Verwaltungsreform an, damit aus etwas Gutem etwas noch Besseres werden kann: die moderne Verwaltung für das 21. Jahrhundert, die unser Land braucht. In zwei Jahren wird Baden-Württemberg einen Verwaltungsaufbau und eine Verwaltungsstruktur haben, die im Vergleich der großen Länder in Deutschland neue, zukunftsweisende Maßstäbe setzt.

Staat kann man nur machen, wenn man ihn vom Bürger her denkt. Deshalb werden wir mit der großen Verwaltungsreform den Staat wieder näher zu den Bürgern bringen. Wir werden ihn für die Bürger transparenter, durchschaubarer machen. Starke Reduzierung der Ämter, Vereinfachung, mehr Bürgernähe, schnellere Dienstleistungen, größere Effizienz und verständlichere, abgestimmte Entscheidungen ohne Widersprüche zwischen einzelnen Behörden und Ämtern – mit alledem können wir unser erstes großes Ziel erreichen: Die Bürger unseres Landes sollen und müssen von dieser Reform profitieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unser zweites großes Ziel ist: Der Staat selbst, unser Land Baden-Württemberg muss von dieser Reform profitieren. Wir setzen auf schlankere, besser vernetzte Strukturen. Wir setzen auf integrierte Entscheidungen. Wir setzen auf schnellere Entscheidungswege und -verfahren. Wir setzen darauf, dass wir mit insgesamt weniger Personal die Schlagkraft der Verwaltung nicht nur halten, sondern ausbauen können.

Wir werden mit der großen Verwaltungsreform den Landeshaushalt strukturell in der Größenordnung von jährlich und dauerhaft gut 100 Millionen € entlasten. Konsolidierung und Modernisierung gehen in Baden-Württemberg Hand in Hand.

In einem großen Flächenland wie Baden-Württemberg mit über 10,5 Millionen Einwohnern wird der dreistufige Verwaltungsaufbau zu dem prägenden Strukturelement der Landesverwaltung der Zukunft. Aufbau und Organisation der Landesverwaltung werden so klar und durchschaubar sein, dass sie jeder Bürger versteht.

Alle Ministerien werden mindestens eine Abteilung und mehrere Referate einsparen. Das Staatsministerium geht mit gutem Beispiel voran. Wir bauen in diesen Tagen eine Abteilung ab und reduzieren die Zahl der Referate. Unser Staatsministerium wird dann halb so viele Abteilungen haben wie die entsprechenden Ministerien in Ländern vergleichbarer Größe. Die Ministerien werden weiterhin in ein allgemeines Stelleneinsparprogramm einbezogen.

Die Bündelungsfunktion der Regierungspräsidien, der Landratsämter und der Stadtkreise zur Erfüllung staatlicher Aufgaben wird wesentlich erweitert und gestärkt. Landesoberbehörden und höhere Sonderbehörden werden in die Regierungspräsidien eingegliedert, gegebenenfalls durch Vor-Ort-Zuständigkeiten.

(Ministerpräsident Teufel)

Die unteren Sonderbehörden werden in die Landratsämter und die Stadtkreise eingegliedert. Wir knüpfen damit an die schon erfolgten und erfolgreichen Eingliederungen an.

Die auf örtlicher Ebene seit Jahrzehnten bewährte Einheit der Verwaltung wird auch auf Kreisebene und auf Bezirksebene eingeführt.

Die Stadt- und Landkreise erhalten für die Wahrnehmung der staatlichen Aufgaben einen vollen Kostenersatz. Als Ziel der Eingliederung streben wir allerdings eine Effizienzrendite von 20 % innerhalb von fünf bis sieben Jahren an. Ein Einstellungskorridor wird gewährleistet. Beim reinen Polizeivollzugsdienst findet kein Stellenabbau statt.

Die Beamten des höheren Dienstes und die vergleichbaren Angestellten sowie alle Beamten des Vollzugsdienstes der Polizei bleiben Landesbedienstete. Die Wahrnehmung der Landesaufgaben nach Weisung und die Fachaufsicht der mittleren und obersten Landesbehörden bleiben erhalten. Die Dienstbesprechungen zwischen Landesregierung und den neuen Aufgabenträgern finden regelmäßig statt.

Zudem werden wir eine Aufgabenkritik durchführen. Dabei werden wir Aufgaben abbauen, und wir werden prüfen, welche Zuständigkeiten und Aufgaben von den unteren Verwaltungsbehörden auf die Städte und Gemeinden übertragen werden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Mit diesen Maßnahmen setzen wir die Maßstäbe für die Landesverwaltung der Zukunft.

Meine Damen und Herren – auch das ist für die Entscheidungsträger hier im Parlament ja nicht unwichtig –, nahezu alle einschlägigen Werke und Studien zur Verwaltung und zur Verwaltungsreform sprechen sich für die Einräumigkeit der Verwaltung und die Integration von Sonderbehörden in die klassische Verwaltung aus. Mit unserer großen Verwaltungsreform setzen wir Forderungen der Wissenschaft in die Realität um.

Einige Beispiele – ich könnte sie fortsetzen –: Werner Thieme, langjähriger Professor für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Universität Hamburg, schreibt in seinem Standardwerk „Einführung in die Verwaltungslehre“, bei der Organisation der Verwaltungsgliederung müsse „die Bündelfunktion im Vordergrund stehen“. Wichtig sei es, dass auf der unteren Ebene „die Einheit der Verwaltung möglichst umfassend verwirklicht wird, wobei es ein Vorteil ist, dass dies unter dem Dach mit der Kommunalverwaltung des Landkreises geschieht. Denn viele Angelegenheiten haben zugleich einen staatlichen und einen kommunalen Aspekt.“

Das von Peter Eichhorn, Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Mannheim, herausgegebene „Verwaltungslexikon“ spricht sich ebenfalls für die Zusammenfassung von Kompetenzen in einer Behörde aus. Zitat: „Für eine horizontale Konzentration spricht die für den Bürger überschaubare Einheit der Verwaltung.“ Die Einheit der Verwaltung diene dazu, „unnötige Reibungsverluste, Zeit- und Geldaufwand durch das Zusammenwirken räumlich oder organisatorisch getrennter Behörden zu vermeiden“.

Professor Werner Jann, Inhaber des Lehrstuhls für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation an der Universität Potsdam, schreibt im „Handbuch Verwaltungsreform“, die Optimierung von Leistungsprozessen als Ziel einer Verwaltungsreform sei zu erreichen, indem „die Integration von Aufgaben in größeren, mit umfassenden Aufgaben ausgestatteten Einheiten erlaubt, organisatorische Schnittstellen zu reduzieren und damit die Geschwindigkeit und Qualität der Aufgabenwahrnehmung zu verbessern“.

Klaus König und Heinrich Siedentopf, beide Professoren der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, plädieren in ihrem Buch „Die öffentliche Verwaltung in Deutschland“ wie folgt: „Der traditionelle Brückenschlag auf der Kreisstufe zwischen Kommunen und Staat erleichtert es, hier die Einheit der Verwaltung zu realisieren.“

Das Gutachten der Vetter-Kommission des Landes ist vor Jahren, nämlich 1994, zu einem ähnlichen Ergebnis pro Eingliederung gekommen.

Auch das Hesse-Gutachten im Auftrag des Bundes der Steuerzahler – auch die FDP/DVP-Fraktion hat sich besonders intensiv damit beschäftigt – unterstützt diese Linie praktisch uneingeschränkt.

(Zuruf von der SPD: Ohne Polizei!)

– Nein. Ausdrücklich mit Polizei. Sie lesen offenbar nicht die „Stuttgarter Zeitung“. Professor Hesse hat dort ausdrücklich in einem Interview vor wenigen Wochen zum Ausdruck gebracht, man dürfe die Polizei auf keinen Fall ausnehmen. Das Gegenteil von dem, was Sie sagen, ist also richtig.

Noch ein Zitat – für Sie vielleicht nicht ganz unwichtig. Ich sage Ihnen gleich im Voraus, von wem es stammt: vom damaligen Innenminister Birzele. Ich zitiere ihn wörtlich.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Auch wenn er dafür ist, bleibt es trotzdem richtig, was wir machen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich darf seine Ausführungen hier im Landtag zitieren:

Es soll auf die Einheit der staatlichen Verwaltung auf der unteren Verwaltungsebene hingearbeitet werden, die Einräumigkeit der staatlichen Verwaltung auf der Kreisebene verbessert, die Schlagkraft der unteren Verwaltungsbehörden erhöht, die Kräfte sollen gebündelt, und nicht zuletzt das Verwaltungshandeln soll beschleunigt werden. . . . Es wird außerdem nicht ausreichend bewertet, dass die Verwaltungskraft der Landratsämter und der Bürgermeisterämter ungleich höher ist als die der unteren Sonderbehörden.

Originalton des damaligen SPD-Innenministers Frieder Birzele,

(Abg. Drexler SPD: Ja! Das ist doch okay!)

(Ministerpräsident Teufel)

gesprochen im Landtag zur ersten Lesung des Sonderbehörden-Eingliederungsgesetzes am 9. November 1994.

(Abg. Drexler SPD: Das widerspricht nicht!)

Meine Damen und Herren, damit dürfte, meine ich, insgesamt feststehen, dass erwartet werden kann, dass die Reformmaßnahmen der Landesregierung breiteste Unterstützung in diesem Hause erfahren werden;

(Beifall bei der CDU)

denn die CDU und die FDP/DVP stehen ohnehin voll hinter dem Gedanken der Einräumigkeit und der Dreistufigkeit der Landesverwaltung und tragen ihn durch das Gesetzgebungsverfahren.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang nicht vorenthalten, was mir der Verfasser des letzten umfassenden Gutachtens zur „Regierungs- und Verwaltungsreform in Baden-Württemberg“, Professor Dr. Joachim Hesse, Anfang April in einem Brief geschrieben hat. Ich zitiere ihn wörtlich:

Inzwischen habe ich mich hinsichtlich der von Ihnen eingeleiteten Verwaltungsreform näher informiert und möchte Sie zu diesem umfassenden Reformansatz beglückwünschen. Hier wird ein „politischer Wille“ erkennbar, den ich in meinen inzwischen langjährigen Arbeiten zum Themenbereich häufig als Voraussetzung benannte. Ich wünsche Ihnen beim Vollzug dieser ambitionierten Reform jeden Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich danke den Abgeordneten der beiden Regierungsfractionen von CDU und FDP/DVP für ihre Unterstützung der Reform. Sie haben damit den Weg für ein zentrales Projekt dieser Legislaturperiode, für eine Reform zum gegenseitigen Vorteil des Landes, der Kommunen und der Bürger frei gemacht.

Ich habe Vertrauen in die Landräte und in die Oberbürgermeister der Stadtkreise, die unsere Reform professionell und mit dem nötigen Gespür und Geschick umsetzen werden. Die Lenkungsgruppe unter Vorsitz des Innenministers und mit Beteiligten aller betroffenen Ressorts wird das Konzept zur Gesetzesreife bringen und die notwendige Abstimmung mit den Landkreisen und Stadtkreisen vornehmen. Die Landräte gehen wie die Landesregierung davon aus, dass wir mit den Maßnahmen der großen Verwaltungsreform im Schnitt innerhalb von fünf bis sieben Jahren eine Effizienzrendite von 20 % erreichen können. Wir werden den Beweis dafür erbringen, dass mit weniger Personal in modernen, zeitgemäßen Strukturen noch mehr geleistet werden kann, als dies schon bisher der Fall war. 20 % sind ein hohes, aber ein realistisches Ziel. Ich bin sicher, dass wir es erreichen werden. Ein gutes Beispiel sind die Regierungspräsidien. Immerhin konnten wir dort sogar 32 % des Personals einsparen. Wir haben aus schon gemachten eigenen Erfahrungen heraus also guten Grund zum Optimismus.

Meine Damen und Herren, nun zur Umsetzung. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir die große Verwaltungsreform in die erste Umsetzungsphase bringen.

Der „Lenkungsausschuss Verwaltungsreform und Bürokratieabbau“ hat sich konstituiert und wird diese Aufgabe federführend wahrnehmen.

Allgemein gelten folgende Leitlinien:

Wir werden die Grundsatzbeschlüsse und Leitlinien für alle Einzelbereiche ohne Ausnahme durchsetzen. Wir werden dabei die berechtigten Interessen und Belange der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter achten. Wir wollen die Präsenz der Verwaltung in der Fläche erhalten und sie noch näher zu den Bürgern bringen.

Die Arbeitsplätze aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben sicher. Wer kann das bei einer so grundlegenden Reformmaßnahme schon sagen? Bei Banken oder in der Wirtschaft, in Großunternehmen hat es in den letzten Monaten und Jahren ganz anders ausgesehen. Die Arbeitsplätze aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben sicher! Effizienzgewinne werden unter Ausnutzung der natürlichen Fluktuation verwirklicht.

Das primäre Ziel wird die Eingliederung in jedes Landratsamt bzw. in das Rathaus jedes Stadtkreises und in jedes Regierungspräsidium sein. Wo dies nicht geht, werden wir Vor-Ort-Lösungen in den Regierungspräsidien und Landratsämtern verwirklichen, die insgesamt zu einem gerechten Ausgleich von Kompetenzen auf der jeweiligen Ebene führen werden. Hierbei ist die jeweilige räumliche Nähe zu bestehenden Ämtern und Behörden besonders zu berücksichtigen.

Zum Vollzug der Verwaltungsreform haben wir uns einen ehrgeizigen Plan vorgenommen. Bis zum 15. Mai, also in wenigen Tagen, werden die Grobkonzepte aller Ressorts stehen. Bis zum selben Datum wird auch geklärt sein, was im Rahmen der Gesetzgebung geregelt werden muss und was nicht. Beiträge zum Gesetzentwurf sollen aus allen Ressorts bis zum 12. Juni dieses Jahres vorliegen. Den ersten Entwurf für ein Artikelgesetz wird die Landesregierung unter Federführung des Innenministeriums bis zum 29. August 2003 vorlegen. Nach der Sommerpause werden der Landtag und die zuständigen Ausschüsse in die Gesetzesberatungen eintreten können. Spätestens zum 1. Januar 2005 erhält die Landesverwaltung ihr neues Gesicht.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg überholt, renoviert und verändert die Strukturen seiner Landesverwaltung von Grund auf. Technische Kompetenz und Entscheidungskompetenz werden sich in den Landratsämtern und in den Rathäusern der Stadtkreise sinnvoll ergänzen und werden die Schlagkraft der Verwaltung insgesamt stärken.

Wir ermöglichen umfassende und sozial verträgliche Personaleinsparungen in der Verwaltung.

Wir ermöglichen Einsparungen durch günstigere Beschaffungen in den Sachmittelhaushalten.

Wir erreichen eine bessere Zusammenarbeit der oberen Verwaltungsbehörden, da sie unter dem Dach der Regierungspräsidien vereint sind.

(Ministerpräsident Teufel)

Wir erreichen eine bessere Zusammenarbeit aller unteren Verwaltungsbehörden, da alle den Stadt- und den Landkreisen angehören werden. Wir eröffnen neue Möglichkeiten der besseren gegenseitigen Information vor Ort.

Die Bündelung von Verwaltungsaufgaben bei weitgehender Erhaltung der Verwaltung in der Fläche eröffnet eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten für Synergieeffekte.

Ich nenne Ihnen einige wenige ganz konkrete Beispiele:

Wenn Polizei, Schulamt, Sozialamt, Jugendhilfe und Beratungseinrichtungen unter einem Dach sind, dann steht einer besseren Beratung und auch einer noch besseren kommunalen Kriminalprävention nichts im Weg.

Gleiches gilt für die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei im Verbund mit Schulämtern, Straßenverkehrsbehörden, Führerscheinstellen und Bußgeldstellen.

Die Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände und der Schulverwaltung ermöglicht Sozial- und Jugendarbeit aus einer Hand und vor Ort.

Durch die Zusammenfassung der bisher zuständigen Fachbehörden erreichen wir einen wesentlich verbesserten Verbraucherschutz, Gesundheitsschutz und Umweltschutz.

Landwirtschaft, Forsten, Vermessung und Flurneuordnung werden zu einer großen Flächenverwaltung zusammengefasst. Es erfolgt eine stärkere Vernetzung, eine bessere Abstimmung, und es gibt beschleunigte Verfahren zum Vorteil der Bürger. Wirtschaft, Städte und Gemeinden werden davon profitieren.

Diese Reform sitzt. Sie ist genau das, was unser Land braucht. Insgesamt erreichen wir mehr Bürgernähe und – das ist der größte Vorteil der Reform – Lösungen und Entscheidungen aus einer Hand. Die Bürger werden profitieren, die Wirtschaft wird profitieren, das Land selbst wird profitieren. Schlank, stark, bürgernah – das ist die Verwaltung unseres Landes im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, bei der Verabschiedung eines umfassenden Konzepts für eine große Verwaltungsreform habe ich die Frau Justizministerin gebeten, für den Bereich der Justiz ein vergleichbares Konzept zu erarbeiten und mir vorzulegen. Nach weniger als einem Monat hat mir Frau Justizministerin Werwigk-Hertneck diesen Entwurf am letzten Dienstag übergeben. Ich lasse ihn derzeit prüfen, und wir haben gestern in beiden Regierungsfractionen eine erste Diskussion geführt.

Ein erster Blick zeigt, dass mehrere Vorschläge nicht direkt im Land im Rahmen einer Verwaltungsreform verwirklicht werden können, weil Bundesrecht geändert werden muss. In solchen Bereichen sind nur Bundratsinitiativen möglich, deren Ausgang nicht in unserer Hand liegt.

Andere Vorschläge können und werden wir nach eingehender Prüfung und Diskussion verwirklichen und im Rahmen der großen Verwaltungsreform verabschieden. Innerhalb eines Monats werden wir in der Regierung und in den Regie-

rungsfractionen ein Konzept auf der Grundlage des Vorschlags des Justizministeriums vorlegen.

Meine Damen und Herren, zudem werden wir in der Verwaltung mit dem Einsatz der Neuen Steuerungsinstrumente mittelfristig weitere Wirtschaftlichkeitsreserven mobilisieren. Die Neuen Steuerungsinstrumente werden ein integraler und unabdingbarer Bestandteil der modernen Verwaltung der Zukunft sein. Wir wissen: In allen anderen Ländern wird sehr genau beobachtet, welchen Weg nicht nur die große Verwaltungsreform, sondern auch und gerade in diesem Zusammenhang die Neuen Steuerungsinstrumente in Baden-Württemberg nehmen werden. Trotz aller noch vorhandenen Skepsis sollten alle den Nutzen und die Vorteile sehen, die die Neuen Steuerungsinstrumente bringen.

Die Behauptung, betriebswirtschaftliche Steuerungsmodelle seien für Verwaltung und Politik von vornherein nicht geeignet, ist ebenso kurzfristig wie falsch. Natürlich ist das Land nicht einem Konzern vergleichbar, dem es darum gehen muss, mit seinen Produkten und Dienstleistungen Umsatz und Gewinn zu machen. Wir sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Das heißt auf der anderen Seite aber auch, dass wir gerade deswegen in der Pflicht stehen, mit maximaler Effizienz im Verwaltungshandeln dafür zu sorgen, dass die Mittel, die wir haben, den Menschen zugute kommen und nicht zur Deckung unnötiger Verwaltungskosten verwendet werden müssen. Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung macht deren gemeinwohlorientiertes Handeln erst wirklich möglich. Deshalb sind die NSI richtig. In jedem Gespräch, das ich mit Wirtschaftsführern unseres Landes geführt habe, wird mir dies bestätigt.

Denn genau darin liegen der Sinn und der Nutzen der Neuen Steuerungsinstrumente: im Einsatz bewährter und zukunftsfähiger EDV- und Managementverfahren, in der neuen Transparenz von Kosten und Leistungen, in einem höheren Qualitätsstandard von Planungen, Entscheidungen, Maßnahmen und Programmen, im Ziel einer wirtschaftlichen, effektiven, bürgernahen und flexiblen Verwaltung, im Ziel der Ausgabenbegrenzung, der noch effektiveren Leistungserbringung und des Aufgabenabbaus durch gezielte und eigenständige Mittelverwendung.

Meine Damen und Herren, die Chancen der NSI überwiegen die befürchteten Nachteile bei weitem. Im Übrigen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung in Zukunft mit dem Einsatz der NSI auch nachweisen können, dass sie wirtschaftlich arbeiten. Es wird ein Ende damit haben,

(Abg. Fischer SPD: Aber nur, wenn sie bereit sind, sich den Fragen auch zu stellen!)

dass manche in der freien Wirtschaft immer noch glauben, nur in der freien Wirtschaft werde kostengünstig gearbeitet und gewirtschaftet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die NSI werden dabei helfen, noch vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven aufzudecken und zu erschließen. Auch vor diesem Hintergrund sollten die NSI nicht als Belastung, sondern als Chance für die weitere Verbesserung des Ansehens der Verwaltungen und ihrer Mitarbeiter gesehen wer-

(Ministerpräsident Teufel)

den. Sie sollten sich nicht beirren lassen: Der Fortschritt stand schon immer unter Verdacht und unter dem Beschuss all derjenigen, die nicht verändern wollen, sondern im Status-quo-Denken verharren. Am Anfang haben viele über die Handys verächtliche Sprüche gemacht. Heute hat fast jeder eines in der Tasche. Die NSI werden sich genauso durchsetzen, und am Ende wird es niemand gewesen sein wollen, der dageengehalten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Ein etwas gewagter Vergleich! – Gegenruf des Abg. Döpfer CDU)

– Ich kann auch noch andere bringen, Herr Kollege. Wissen Sie, wenn ich die letzten zehn Jahre betrachte und sehe, was Sie alles abgelehnt haben: Davon möchten Sie überhaupt nichts mehr wissen, weil es sich bewährt hat. Die einen müssen eben vorangehen, und die anderen, die eher beharrende Kräfte sind, werden dann mit der Zeit folgen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, mit der großen Verwaltungsreform wird allerdings auch eine veränderte Ausrichtung des Projekts NSI notwendig: keine grundlegend neue Ausrichtung, aber eine veränderte. Es geht dabei um die Ebene der bisherigen unteren Sonderbehörden. Es geht dabei nicht darum, die Landratsämter und die Rathäuser der Stadtkreise „an die Kandare“ zu nehmen. Es geht darum, entweder NSI über die einzugliedernden Bereiche in die neuen Behörden zu tragen oder die dort vorhandenen Instrumente der Kosten- und Leistungsrechnung über Schnittstellen mit den NSI kompatibel zu machen. Das Land braucht jedenfalls die notwendigen Daten, um die zur Steuerung notwendigen Informationen verfügbar zu haben. Wie dabei genau zu verfahren ist, wird Gegenstand von Gesprächen zwischen Land und Kreisen sein. Diese Gespräche haben bereits begonnen.

Meine Damen und Herren, im Grundsatz gibt es dabei keinen Dissens; es geht allein darum, eine Lösung zu finden, die den finanziellen und organisatorischen Interessen aller Beteiligten gerecht wird. Sie können sicher sein: Auch diese Aufgabe werden wir bewältigen.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg geht weiter seinen eigenen Weg. Wir gehen voran und schauen nicht zuerst nach den anderen. Wir werden weiter Beispiele setzen, an denen sich andere orientieren. Wir machen Ernst mit einem reinrassigen dreistufigen Aufbau unserer Landesverwaltung. Wir erproben die Neuen Steuerungsinstrumente, wir setzen sie ein, und wir führen sie in Pionierarbeit zum Erfolg. Wir reduzieren die Bürokratie im Land und ergreifen dazu Initiativen im Bund. Wir setzen auf Verwaltungsvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung. Wir glauben an den Erfolg, denn wir wissen um die Qualität der Mitarbeiter in der Landesverwaltung und um den Fleiß und das Können der Bürger in unserem Land. Darauf bauen wir.

Wir arbeiten daran, das Vertrauen der Bürger in den Staat wieder zu stärken. Dies geht nur, wenn auch der Staat den Bürgern wieder mehr Eigenverantwortung abverlangt und zutraut.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ein Staat muss seinen Bürgern vertrauen, damit die Bürger ihrem Staat vertrauen können. Deshalb brauchen wir den Mut zu weit reichenden Reformen auf allen staatlichen Ebenen: in den Kommunen, im Land, im Bund, in der Europäischen Union.

Grundlegende Veränderungen sind das Gebot der Stunde. Das gilt für den Staat, für die Steuern und für die Sozialsysteme. Der Staat wird wieder Handlungsspielräume gewinnen, wenn subsidiäres und föderales Gedankengut die Reform bestimmen und wenn dadurch die Bürger wieder neu in ihre Rechte eingesetzt werden und wenn freie Träger, die Selbstverwaltungsebene und die Länder diejenigen Aufgaben wahrnehmen, die sie am besten erfüllen können. Das Steuerrecht in Deutschland kann dann wieder zum Jobmotor werden, wenn es einfach gestaltet wird, wenn Ausnahmeregelungen so weit wie möglich abgeschafft und dafür die Steuersätze drastisch gesenkt werden, wenn es sich wieder an der Leistung und an der Leistungsfähigkeit des Einzelnen orientiert und die besonderen Bedürfnisse von Familien und Alleinerziehenden ausreichend berücksichtigt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Einsicht ist da, die Konzepte liegen vor: von Professor Kirchhof bis zu Professor Bareis – beide hochkarätige Hochschullehrer in unserem Land. Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Reformen müssen umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Die sozialen Sicherungssysteme können zukunftsfähig und krisenfest gemacht werden, wenn nicht immer nur an Symptomen herumgedoktert wird

(Abg. Walter GRÜNE: Ihr könnt ja nicht mal das Ministergesetz ändern!)

und kurzfristig wirkende Kostenbegrenzungen ohne Einbettung in ein Gesamtsystem vorgenommen werden. Wir brauchen auch hier ein Denken in Zusammenhängen. Notwendig sind mutige Entscheidungen, die vielleicht in der Gegenwart allen wehtun,

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

aber die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherung wieder auf viele Jahre hinaus sichern können.

Um mehr Eigenverantwortung der gesamten Bürgerschaft kommen wir nicht mehr herum. Es ist besser, in allen Bereichen – Arbeitsmarkt, Arbeitslosenversicherung, Rente, Gesundheit, Pflege – große Schnitte mit gerechter Verteilung der Lasten vorzunehmen, als dauernd Reparaturarbeiten zu machen, von denen jeder weiß, dass sie allenfalls ein oder zwei Jahre oder gar nur Monate bis zur nächsten Reparatur halten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Menschen spüren, dass das Zeitfenster, innerhalb dessen große Reformen mit einem verantwortbaren und ge-

(Ministerpräsident Teufel)

rechten Ausgleich, auch zwischen den Generationen, möglich sind, immer kleiner wird und sich zu schließen beginnt. Deshalb muss der politische Wettlauf zur Verschiebung oder Verhinderung des Unangenehmen beendet werden, denn er geht auf Kosten der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und auf Kosten der Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Der viel zitierte Ruck sollte nicht mehr länger nur beschworen, sondern endlich herbeigeführt werden. Wir brauchen, gerade auch auf der Bundesebene, auf der die allermeisten Reformbaustellen liegen,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

mehr Mut zu großen Würfeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Politik muss auf allen Ebenen wieder ihrem Gestaltungsanspruch gerecht werden. Dazu bedarf es nicht vieler Kommissionen, sondern vor allem der politischen Führung. Wir in Baden-Württemberg handeln im Rahmen unserer Zuständigkeiten: mit der Einführung eines Konzepts zur Kinderbetreuung und der Sprachförderung im Kindergarten, mit der Einführung einer Fremdsprache in der ersten Grundschulklasse, mit der Oberstufenreform des Gymnasiums und dem Abitur nach acht Jahren, mit 5 500 neuen Lehrerstellen bis 2006, mit dem Recht der Hochschulen zur Selbstauswahl ihrer Studenten, mit der Verkürzung des Studiums, mit Langzeitstudiengebühren, mit dem Ausbau der Fachhochschulen und Berufsakademien, mit einer stärker praxisbezogenen Lehrerausbildung, mit Jugendberufshelfern, mit unserem Landeserziehungsgeld, mit einer weit überdurchschnittlichen Forschungsförderung, mit einem Technikzukunftsprogramm für die Polizei, mit der kommunalen Kriminalprävention, mit anlass- und ereignisunabhängigen Kontrollen zur Verbrechensbekämpfung, mit den Zukunftsoffensiven Junge Generation,

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

mit der Landesstiftung Baden-Württemberg, mit bundesweit einzigartigen Einrichtungen wie der Medien- und Filmgesellschaft, der Filmakademie, der Popakademie, dem Haus der Geschichte, mit den neuen Initiativen „doIT“ und „Baden-Württemberg media“, mit einer vielfach ausgezeichneten Werbe- und Sympathiekampagne, mit Stuttgart 21 und der ICE-Trasse Wendlingen-Ulm, mit der neuen Landesmesse und vielem anderem mehr.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warten wir es ab!)

Wo wir es können und wo wir zuständig sind, handeln wir.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist stark aus eigener Kraft. Baden-Württemberg bleibt stark aus eigener Kraft.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß einer Delegation aus Nordirland. Bei den nordirischen

Gästen handelt es sich um die Mitglieder einer Kommission, die sich mit Fragen der Reform der öffentlichen Verwaltung befasst.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das passt!)

Im Rahmen ihres zweitägigen Aufenthalts in der Landeshauptstadt wollen sich die Gäste über die Pläne für eine Verwaltungsreform in Baden-Württemberg informieren.

Begleitet wird die Delegation vom britischen Generalkonsul, Herrn Mark Twigg, den ich ebenfalls sehr herzlich begrüße.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Verehrte Gäste, wir wünschen Ihnen einen angenehmen und informativen Aufenthalt in unserem Land. Der nordirischen Bevölkerung wünschen wir eine friedliche Zukunft.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Aussprache über die Regierungserklärung. Nach § 83 a Abs. 3 unserer Geschäftsordnung erteile ich das Wort Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihre Verwaltungsreform unter ein Motto gestellt – ich zitiere –: „Der Staat muss vom Bürger her gedacht und vom Bürger her gemacht werden.“ Solch einem guten und klaren Motto kann man nur zustimmen. Wie aber soll das gelingen, wenn schon die Art und Weise, wie Sie Ihre Verwaltungsreform eingebracht und durchgezogen haben, diesem Prinzip diametral widerspricht?

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen:
So ist es!)

Im Verfahren, das Sie gewählt haben, spiegelt sich wie in einem Fokus die ganze falsche Anlage Ihrer Reform wider. Deswegen möchte ich ein sehr altes Zitat – es ist über 2 500 Jahre alt – aus der berühmten Totenrede des Perikles bringen. Denn, Herr Ministerpräsident, wirklich fortschrittlich kann man nur sein, wenn man auch konservativ ist und Werte, die seit langem bestehen, achtet; sonst ist man kein wirklich fortschrittlicher Mensch. Darum jetzt dieses konservative Zitat.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das braucht man ihm aber nicht vorzuwerfen!)

Thukydides überliefert es uns so:

Denn wir sehen nicht im Wort eine Gefahr fürs Tun, wohl aber darin, sich nicht durch Reden zuerst zu belehren, ehe man zur nötigen Tat schreitet. Denn auch darin sind wir wohl besonders, dass wir am meisten wagen und doch auch, was wir anpacken wollen, erwägen, indes die anderen Unverstand verwegend und Vernunft bedenklich macht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ist das immer noch Perikles?)

– Alles Perikles.

(Kretschmann)

(Lachen bei den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP:
Das musste einmal gesagt werden!)

Also, Herr Ministerpräsident: Für diese Beratung ist das vom Volk gewählte Parlament eine Institution. Dieses Parlament ist dafür zuständig, wie das Land regiert wird, und in diesem Parlament müssen die Grundlinien beraten und entschieden werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Sie haben in Ihrer Rede vier große Zusammenhänge mit Ihrer Verwaltungsreform festgestellt: erstens Subsidiarität, Selbstverwaltung und Föderalismus, zweitens Modernisierung, drittens finanzielle Konsolidierung, viertens geschichtliche Kontinuität.

Das mit der geschichtlichen Kontinuität ist allerdings an dieser Stelle nur eine Selbststilisierung. In Wirklichkeit verlassen Sie sie. Die erste große Reform, nämlich das Entstehen des Südweststaats, ist durch eine Volksabstimmung erfolgt, durch direkte Demokratie. Die zweite große Reform, die Kreis- und Gemeindeverwaltungsreform, ist hier im Landtag leidenschaftlich debattiert worden. Was Sie jetzt gemacht haben, das steht nicht in dieser Kontinuität.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Sie ziehen diese Reform in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in eineinhalb Tagen in den Regierungsfractionen durch, und die lassen sich das auch noch gefallen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich hatte keine Probleme damit!)

Und dann sagen Sie hier:

Ich möchte . . . Sie als Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg . . . bitten, die Landesregierung in diesem Prozess des Umsetzens kritisch zu begleiten und zu unterstützen. Jede einzelne wichtige Entscheidung wird schlussendlich in diesem Parlament fallen.

(Ministerpräsident Teufel: Sehr richtig!)

Eine ganz groteske Umkehrung Ihres Mottos: Nicht die gewählte Volksvertretung bestimmt die Grundlinien einer solchen Reform, sondern die Exekutive, und wir sollen uns dann hier mit den Details und dem „Fiselkram“ beschäftigen. So ist die Demokratie nicht gedacht!

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD)

Erst beschließen, dann begründen, dann diskutieren – das ist eine groteske Umkehrung jedes Verfahrens in der Demokratie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich bezweifle nicht, dass es gemütlicher ist, sich in der Stube in Spaichingen eine Verwaltungsreform auszudenken,

(Abg. Drexler SPD: Dann wird sie aber auch so!)

aber sie gehört in den öffentlichen Raum, wo sich allerdings die Argumente hart im Raum treffen. Das ist dann natürlich nicht so gemütlich.

(Abg. Hillebrand CDU: Was machen wir denn?)

Unser Gegenvorschlag war der richtige: eine Enquetekommission einzusetzen, in der der Landtag selbst mit Experten von außen entscheidet, was die Grundlinien und Grundlagen einer solchen Verwaltungsneuordnung in Baden-Württemberg sein sollen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Herr Ministerpräsident, ich empfinde das als umso peinlicher, als Sie hier sehr lange Ausführungen zu Europa und zur Föderalismusreform gemacht haben. Ich kann natürlich Ihre Kritik an der Bundesministerin im Prinzip teilen, wenn sie uns einfach abspeisen will mit Zugeständnissen beim Notariatswesen, beim Jagdwesen und bei der Freizeitlärmbekämpfung.

(Ministerpräsident Teufel: Eben!)

Aber wenn Sie Ihr eigenes Parlament so desavouieren, wie Sie das getan haben – genau das hat der Bundespräsident auf dem Lübecker Konvent angemahnt –, und wenn sich die Mehrheitsfraktionen diese Entmachtung noch gefallen lassen, entzieht Ihnen das auf der Verhandlungsebene mit dem Bund jede Grundlage zur Stärkung des Föderalismus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben eine wirkliche Begründung für Ihre Verwaltungsreform nur ganz allgemein und mit allgemeinen Schulbuchweisheiten dargelegt: über die Einhäusigkeit der Verwaltung und Ähnliches. Aber die Antwort auf die Frage, wieso Sie das jetzt konkret so machen, suchen wir in Ihrer Regierungserklärung vergeblich. Im Hinblick auf eine genaue, präzise Begründung, die auf die Kritik eingeht, die in der Öffentlichkeit und in diesem Parlament an Ihren Vorschlägen geübt worden ist, herrscht völlige Fehlanzeige. Sie gehen mit einem einzigen Satz darauf ein.

Sie können zum Beispiel gar nicht begründen, warum die Forstämter besser funktionieren sollen, wenn sie in die Landkreise eingegliedert werden. Wie soll das aussehen? Bleibt die Einheitlichkeit der Forstverwaltung? In welcher Form wollen Sie das machen? Sie nennen überhaupt keine Argumente, warum das gemacht wird, wie das aussehen soll und wie das funktionieren soll.

Das gilt auch für die Polizei und deren Eingliederung in die Regierungspräsidien. Eine dezidierte Kritik erfolgt von kompetenten Menschen – wie ehemaligen Polizeipräsidenten – in der Öffentlichkeit. Sie gehen darauf einfach mit keinem einzigen Satz ein.

(Zuruf des Abg. Döpper CDU)

Die einzige Neuerung in Ihrer Regierungserklärung ist tatsächlich die Zahl von 100 Millionen €, auf die Sie sich jetzt für die Einsparung festgelegt haben.

(Kretschmann)

Unsere Kritik ist also: Sie delegieren die Probleme und nicht die Lösungen. Sie nehmen keine Aufgabenanalyse und -kritik und schon gar keine Aufgabenreduktion vor. Auch dazu, inwieweit das Ganze mit NSI kompatibel sein soll, sind Sie im Nebulösen geblieben.

Im Grunde bleiben die alten Zuständigkeiten. Sie kommen nur in ein neues Korsett. Die Reform ist kein wirklicher Schritt nach vorn. Sie zementiert die schon bestehenden Strukturen. Das ist das eigentlich Gefährliche an dieser Reform.

Zum Verband Region Stuttgart, der nun gewiss keine unwichtige Region in unserem Land darstellt und der eigentlich ein Beispiel dafür wäre, in welche Richtung eine solche Verwaltungsreform gehen müsste, können Sie kein Wort sagen. Eine der wichtigsten Regionen steht in Ihrem Verwaltungsreformkonzept ganz sperrig drin. Sie können damit nichts anfangen. Sie können dazu überhaupt keine Aussagen machen und lassen eine der wichtigsten Entscheidungen der letzten Jahre völlig außer Acht.

(Beifall bei den Grünen)

Wie das Verfahren, so das Ergebnis: Natürlich ist eine 20-prozentige Effizienzrendite völlig illusionär. Nach acht Jahren kann Ihre Regierung noch immer nicht beziffern, wie hoch das Einsparpotenzial der Eingliederung der Gesundheitsämter war. Das wollte die SPD-Fraktion in einer Anfrage wissen. Noch nicht einmal nach acht Jahren wissen Sie das, und jetzt erzählen Sie uns mit irgendwelchen gegriffenen Zahlen, dass Sie zu einer Effizienzrendite von 20 % kommen wollen. Wie das zum Beispiel bei der Polizei funktionieren soll, wo der größte Teil der Verwaltungsaufgaben schon gar nicht mehr dort erledigt wird und wo man im Vollzug gar nichts streichen soll, das bleibt Ihr Geheimnis.

In Wirklichkeit steigt die Anzahl der Behörden. Damit steigt auch der Koordinationsbedarf, weil Sie dienstrechtliche und fachliche Aufsicht weiterhin getrennt lassen. Dies treibt die Kosten natürlich in die Höhe, statt sie zu reduzieren.

Das, was Sie für die unteren Behörden, die diese Institutionen jetzt dazubekommen, mit Effizienzgewinn beschreiben, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Verletzung des Konnexitätsprinzips: Sie bringen ihnen neue Aufgaben in Form neuer Ämter, und sie sollen das erbringen, wozu Sie in den letzten zehn Jahren nicht fähig waren. Das führt im Ergebnis zu einem Präfektenmodell. Das ist das Gegenteil von „Mehr Demokratie wagen“ und von mehr Selbstverwaltung in den unteren Einheiten; denn bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass Ihre Reform die kommunale Selbstverwaltung schwächt.

Bei diesen vielen Defiziten in dem ganzen Verfahren, die ich jetzt aufgezählt habe, muss man fragen: Was ist eigentlich das wahre Ziel, das Sie verfolgen? Das ist doch offensichtlich das, was Max Weber gesagt hat: „Herrschaft im Alltag ist Verwaltung.“ Sie wollen damit offenkundig nur Ihre Machtstrukturen zementieren.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Schmid und Käppeler SPD)

Was müssen die Ziele einer Verwaltungsreform sein? Erstens Transparenz und Bürgernähe, zweitens Aufgabenanalyse, Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion mit dem Ziel, das, was der Staat nicht effizient leisten kann, an die Bürgergesellschaft einerseits und den Markt andererseits zu delegieren.

Drittens: Bei den Aufgaben, die der Staat für die Gemeinschaft erbringen kann, muss eine Verwaltungsreform eine Effizienzsteigerung sowohl in der Art und Weise der Erfüllung der Funktionen als auch in finanzieller Hinsicht erwirtschaften.

Das Allerwichtigste bei unserem Vorschlag ist uns: keine Verwaltung ohne demokratischen Unterbau und ohne demokratische Kontrolle. Nur so bekommen wir eine leistungsfähige Verwaltung, die dem Demokratieprinzip folgt, also die Gesetze, die wir hier beschließen, umsetzt und sich auf der Kommunalebene selbst verwaltet.

Unser Gegenvorschlag enthält fünf Prinzipien, die es, glaube ich, in sich haben: Erstens: Abschaffung der Regierungspräsidien;

(Beifall bei den Grünen)

zweitens Überführung der Stadt- und Landkreise in zwölf Regionalkreise, die auf den jetzigen Regionalverbänden aufbauen;

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

drittens Errichtung von Bürgerzentren in Kommunen mit mehr als 7 000 Einwohnern zur Gewährleistung einer bürgernahen Verwaltung; viertens Bündelung der bisherigen Sonderbehörden in Kompetenzzentren auf der Basis der Regionalkreise und Verlagerung von Aufgaben an die Bürgergesellschaft und den Markt; fünftens Demokratisierung der Verwaltung durch Direktwahl des Leiters der Regionalkreise, also des Regionalpräsidenten oder des Landrats, wie auch immer wir ihn nennen wollen.

Die Regierungspräsidien sind überflüssig. Sie stellen mit Ausnahme ihrer Aufsichtsfunktion eine reine Doppelstruktur zu den Ministerien dar. Diese Aufsichtsfunktion kann zum einen an die Land- und Regionalkreise, aber teilweise auch an die Ministerien gehen. Dass dieser Weg gangbar ist, Herr Ministerpräsident Teufel, zeigt Ihr Kollege Wulff in Niedersachsen, der neuer Ministerpräsident eines Flächenstaates ist und dort die vier Bezirksregierungen abschafft. Dieser Reformvorschlag ist also sehr wohl ganz realistisch und notwendig.

Die alten Strukturen unserer Kreise sind überholt. Die Landkreise sind aufgrund ihres räumlichen Zuschnitts inhaltlich und politisch immer weniger handlungsfähig. Sie sind für die meisten ihrer Aufgaben schlichtweg viel zu klein. Die Überforderung betrifft vor allem die brisanten Gestaltungsaufgaben wie die Abfallpolitik,

(Abg. Schneider CDU: Erledigt!)

den Nahverkehr,

(Abg. Schneider CDU: Erledigt!)

Verkehrsverbände, Wirtschafts- und Tourismusförderung

(Abg. Schneider CDU: Erledigt!)

(Kretschmann)

und den Krankenhausbedarfsplan. Dies wird schon dadurch deutlich, Herr Kollege Schneider, dass wir in zunehmendem Umfang Aufgaben in immer größer strukturierte Zweckverbände, Eigenbetriebe und Gesellschaften auslagern. Es gibt allein 551 Zweckverbände; diese werden also allmählich die Regel und sind nicht mehr die Ausnahme. Herr Ministerpräsident, Sie lassen das, was überholt ist, eben nicht los.

Was ist die richtige Größenordnung für Effizienzgewinn und Wettbewerbsfähigkeit, wie Sie es selber formulieren? Jetzt nenne ich einmal Ihre eigenen Beispiele, Herr Ministerpräsident, die Sie selbst vor einer Stunde hier gebracht haben.

Das gilt zunächst für die Fusion von Banken, von Medieninstitutionen und Unternehmen der Energieversorgung. Ich verweise auf die Landesbank und den Südwestrundfunk. Das sind jetzt alles größere Einheiten. Als Zweites haben Sie in Ihrer Erklärung auch die erfolgreiche Zusammenlegung der Länder Baden, Württemberg und Hohenzollern zu einem größeren Bundesland dargelegt. Zum Dritten haben Sie in Ihrer Regierungserklärung die Landkreis- und Gemeindegebietsreform genannt. Wörtlich sagten Sie: Dadurch sind „neue, größere, schlagkräftigere Einheiten geschaffen“ worden. Sie haben das als Erfolg hingestellt.

Jetzt frage ich Sie, wieso Sie ausgerechnet beim Zuschnitt einer Mittelverwaltung im europäischen Kontext heute behaupten, die Regionalkreise seien zu groß. Ich glaube, das ist einfach glatter Unsinn.

(Beifall bei den Grünen)

Im Gegenteil, wir brauchen heute länderübergreifende Regionen, wie wir sie in der Kurpfalz oder im Raum Ulm teilweise schon haben. Wir brauchen aber auch grenzüberschreitende Kooperationen und letztlich auch Gebietskörperschaften wie den Oberrheinrat, die Region PAMINA im Karlsruher Raum oder die Bodenseekonferenz. Das ist genau die richtige Größenordnung, weil dabei Dynamik produziert wird und die Musik spielt. Der Regionalkreis Stuttgart zeigt, dass solche Körperschaften genau die Dynamik entfalten können, die wir wollen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

In den grenzüberschreitenden Regionen sehen wir das ebenso.

Sind die Regionen bürgerfern? Natürlich ist auch diese Behauptung völliger Unsinn. Im Gegenteil, wir wollen, wie das auch Ministerpräsident Wulff vorhat, die Regierungspräsidien abschaffen. Die Mittelbehörden rücken weiter nach unten.

Zweitens: „Bürger nah“ heißt heute nicht nur örtliche Nähe, sondern auch Transparenz gegen den Wildwuchs der Zweckverbände. „Bürger nah“ heißt klare Zuständigkeiten, heißt Bündelung. Auch das haben Sie mit Ihren Verwaltungsfachleuten alles zitiert.

Deswegen wollen wir ja Regierungspräsidium und Landkreis zu einer einzigen Mittelbehörde zusammenlegen und damit zu einem zweistufigen Aufbau kommen. Das heißt

aber auch demokratische Kontrolle und Mitgestaltung. Im Gegensatz zu den Regierungspräsidien, die da völlig ohne demokratischen Unterbau in der Luft hängen, haben die Regionalkreise einen Unterbau, in dem diejenigen, die gewählt sind, auch etwas zu entscheiden haben – anders als in den heutigen Landkreisen, wo das andere tun und den Landkreisen nur ein kläglicher Rest übrig bleibt.

Weiter haben wir dann eine Direktwahl des Regionalpräsidenten bzw. des Landrats und eine Rückverlagerung der dienstleistungsnahen Verwaltungstätigkeiten auf die Kommunen. Auch dazu hätten wir heute doch erwarten können, Herr Ministerpräsident, dass Sie einmal erläutern, was da nach unten verlagert werden soll. Sie haben das nur angekündigt und wieder nicht dargelegt, was das sein soll.

Ich glaube, dass wir Zuständigkeiten etwa für Wirtschaftsförderung, öffentlichen Schienenpersonennahverkehr, Landesstraßenbau durchaus vom Land nach unten auf die Regionalkreise verlagern können und dementsprechend von den heutigen Landkreisen wieder auf die Kommunen.

Um zu gewährleisten, dass die dienstleistungsnahen Verwaltungstätigkeiten von den Bürgern wahrgenommen werden können, wollen wir in Kommunen ab 7 000 Einwohnern als Kernstück Bürgerzentren einrichten, in denen die Bevölkerung ihre Ansprüche an die Verwaltung sehr ortsnah wahrnehmen kann.

Die Landkreise in ihrer heutigen Form sind zu klein; sie bilden ein Zwangskorsett. Bei Ihrem Reformvorschlag müssen Sie die Zahl der Ämter erhöhen. Aus 30 Schulämtern machen Sie 44, aus 35 Polizeidirektionen 44, aus 35 Landwirtschaftsämtern 44 usw. Das ist unsinnig und führt zu einer Vermehrung und nicht zu einem Abbau von Verwaltung, ist teurer und nicht billiger.

Wenn Sie das nicht tun, sondern Ihre Vor-Ort-Lösung realisieren wollen – das heißt, dass einzelne Landkreise Tätigkeiten für mehrere andere wahrnehmen –, landen Sie genau bei den von uns vorgeschlagenen Regionen.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Damit geben Sie zu, dass die Einheiten zu klein sind und Sie größere brauchen. Aber das Ganze ist eben ungeordnet, undurchschaubar, uneinheitlich, verursacht einen riesigen Koordinationsbedarf und führt nicht zur Effizienz von Verwaltung.

(Beifall bei den Grünen)

Wir dagegen sagen klar und eindeutig: Zwölf Kompetenzzentren für den ländlichen Raum, in denen bisherige Flächenbehörden zusammengefasst sind, die für Naturschutz, Landwirtschaft, Vermessung, Flurneuordnung zuständig waren.

Zweitens: Zwölf Kompetenzzentren für die ganze wirtschaftliche Entwicklung und den Tourismus, zwölf Polizeidirektionen und zwölf Schulämter.

(Abg. Blenke CDU: Das soll bürger nah sein?)

Das ist, glaube ich, die richtige Größenordnung, die wir brauchen.

(Kretschmann)

Ich möchte Ihnen jetzt noch einmal anhand des Beispiels Schule erläutern, wie eine solche Verwaltungsreform eigentlich aussehen soll, was der Weg und was das Ziel ist.

Wir haben im Schulbereich bereits eine Aufgabenanalyse, zu der auch die PISA-Studie beigetragen hat. Das erste Ergebnis dieser Aufgabenanalyse lautet: Unser Schulwesen ist zu schlecht und bringt keine Leistungen, die dem internationalen Vergleich standhalten.

Weiter erfolgt daraus eine Aufgabenkritik. Diese Aufgabenkritik lautet: mehr Selbstständigkeit für die Schule und, Herr Ministerpräsident, die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kein Widerspruch!)

dass also Entscheidungen erst dann auf höherer Ebene getroffen werden, wenn die Schule die Entscheidungen nicht treffen kann. Selbstständige Schule heißt: Die Schulen erhalten Personalbudgets und entscheiden darüber, sie erhalten globalisierte Haushalte, sie haben Freiräume für Leistungserbringung und Leistungsbewertung. Dazu gehören Schulprogramme zur fächerübergreifenden Unterrichtsplanung. Die Schulen sollen das Ergebnis selbst bewerten und sich miteinander vergleichen. Sie brauchen eine demokratische Mitsprache und neue Leitungsstrukturen, die diese Entscheidungen fällen können.

(Beifall bei den Grünen)

So etwas kann man natürlich nur gemeinsam mit den Betroffenen neu gestalten. Es sollte nicht so geschehen, wie dies bei Ihrer Reform der Fall ist, bei der die Betroffenen aus der Zeitung erfahren, was am Vortag beschlossen wurde. Das ist das Entscheidende.

Dieser Reformansatz, den ich jetzt am Beispiel der Schule erläutert habe, ist mit der Bürgergesellschaft vernetzt. Eine Schulreform funktioniert nur, wenn sich die Eltern wieder stärker am Schulleben beteiligen, wenn sie dort mitarbeiten, mitgestalten, selber Verantwortung, aber auch Einfluss haben, wenn die Vernetzung mit den Vereinen stattfindet und wenn die Schule in die kommunale Selbstverwaltung eingebettet ist.

Nach der Aufgabenkritik und der Ableitung von Vorschlägen daraus kommt die Aufgabenreduktion und -beschreibung für die Verwaltung. Im Ergebnis heißt das: Eine zweistufige Verwaltung mit einem Ministerium und den Mittelinstanzen, also zwölf Schulämtern, reicht völlig. Sie haben zwei Aufgaben: erstens die Bildungsstandards zu gewährleisten und zweitens die Kontrolle darüber sicherzustellen, dass diese Standards auch erfüllt werden. Das ist das, was der Verwaltung im Kern bleibt. Das ist das Konzept einer Gewährleistungsverwaltung, bei der die Verwaltung nicht alles selber von oben nach unten macht, sondern die subsidiär angelegt ist, wo die Betroffenen vor Ort selber gestalten und der Staat die Standards festsetzt und sicherstellt, dass sie kontrolliert und eingehalten werden.

Wenn ich dieses Konzept verfolge, komme ich zu einer Aufgabenreduktion. Ich kann dann das Wissenschaftsministerium und das Kultusministerium zusammenlegen, weil kein so hoher Verwaltungsbedarf mehr besteht. Es genügen

die zwölf Regionalschulämter. Ich kann dann mit Sicherheit auch das Personal drastisch reduzieren. Der Effizienzgewinn, der dabei herauskommt, ist unmittelbar einleuchtend, weil dadurch Aufgaben an andere delegiert werden, die diese sehr viel besser erledigen können.

Das, was ich Ihnen am Beispiel der Schule darstellen konnte, ist das richtige Vorgehen. Im Ergebnis sind damit Qualität und Einheitlichkeit gesichert. Es ist tatsächlich von den Bürgerinnen und Bürgern her gedacht und gemacht. Es ist kommunal eingebettet. Der Freiheitsraum der Bürgergesellschaft ist erweitert, weil alle, die dort sind, mehr entscheiden können. Und es ist bezahlbar. Dann komme ich tatsächlich zu einem fiskalischen Effizienzgewinn, der unsere Verwaltung auch in Zukunft bezahlbar macht.

Ein solches Verfahren, wie ich es Ihnen gerade für die Schulreform skizzieren konnte, wäre das Richtige für die ganze Verwaltungsreform gewesen.

(Beifall bei den Grünen)

Denn, Herr Ministerpräsident, Legitimation durch Verfahren macht eine moderne Demokratie aus. Eine Verwaltungsreform regelt Zuständigkeiten neu. Sie stellen die Zuständigkeiten auf den Kopf. Das Parlament soll sich um die Details kümmern, und die Exekutive gibt die Grundrichtung an. Herr Ministerpräsident, Sie haben einen Coup gelandet, und zwar auf Kosten Ihrer Fraktion, die sich entmachten ließ. Da in diesem Parlament die Mehrheitsfraktionen entscheiden, geht das natürlich auch auf Kosten des Gesamtparlaments – das können wir überhaupt nicht verhindern –, also des ganzen Landtags. Sie haben Ihr Anliegen des Föderalismus durch Ihr Verhalten konterkariert, indem Sie so etwas in zwei Tagen durchgezogen haben. Ich sage Ihnen: Das ist eine bonapartistische Attitüde und keine starke Führung.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU)

Führung in der Demokratie bedeutet Führen durch Überzeugen und nicht Führen durch Überrumpelung. Deswegen ist Ihre Verwaltungsreform kein großer Wurf, sondern nur eine große Reparatur.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Mit der Regierungserklärung hat Erwin Teufel seine beabsichtigte Verwaltungsreform für Baden-Württemberg in einen größeren Zusammenhang gestellt. Ich nehme auf die wesentlichen Schwerpunkte Bezug.

Erstens: die europäische Dimension. Der Landtag hat in seiner Debatte in Karlsruhe vor einem Jahr auf gutem Niveau über die künftige Aufgabenstellung Europas diskutiert. Wir waren uns damals eigentlich darüber einig, dass Europa kein zentral ausgerichtetes Gebilde werden soll. Damals haben wenige geglaubt, dass der föderale, dezentrale Gedanke Struktur annimmt: Vielfalt, Subsidiarität, Verantwortung in den Kommunen, in den Regionen und Ländern. Wir sind

(Oettinger)

Erwin Teufel und seinen Mitstreitern ausdrücklich dafür dankbar, dass sich für die künftige Lösung eines europäischen Verfassungsvertrags abzeichnet, dass die dezentrale, subsidiäre, föderale Struktur Gestalt annimmt und dort verankert wird und damit die Kommunen Baden-Württembergs, die Selbstverwaltung, die Idee der Länder in Europa nicht überrollt werden, sondern dass dies gehalten und verstärkt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Der Landtag hat Anfang dieses Jahres über das Thema Föderalismusreform eine gute Debatte geführt. Ich bin allen Partnern, auch den Kollegen der SPD, der Grünen und der FDP/DVP, dafür dankbar, dass wir uns auf dem Weg dorthin einig sind. Es liegt an uns, die Bundesregierung und die Bundespolitik generell davon zu überzeugen, dass es um nennenswerte Kompetenzverlagerung aus der Bundespolitik in die Landtage geht, dass es um Aufgabenteilung geht und dass hier der bisherige Zwischenstand zwischen den Ländern sehr einheitlich ist und mit dem Bund eher unbefriedigend bleibt.

Drittens: Wir, die CDU-Fraktion, halten eine starke kommunale Selbstverwaltung, starke, in Kompetenz und Finanzen verantwortliche Kommunen – Stadtkreise und Gemeinden – in Baden-Württemberg für zukunftsfähig und legen deswegen auf eine kommunale Selbstverwaltung mit starker Eigenverantwortung auch bei dieser Verwaltungsreform großen Wert. Allerdings, ohne ausreichende Finanzausstattung, ohne eine bessere Haushaltsgrundlage wird die kommunale Selbstverwaltung entleert, und deswegen unterstützen wir als CDU-Fraktion die Position der Landesregierung. Nicht die Ausweitung der Gewerbesteuer – dies wäre ein Weg zurück in die Steinzeit –,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

sondern andere Steuerarten und die Mitwirkung an den Gemeinschaftssteuern sind der Weg dafür, dass den Kommunen die notwendige Finanzausstattung in Zukunft auch konjunkturunabhängig zukommen kann.

Wirtschaft, Gesellschaft – wir alle spüren die Veränderung. Die Strukturreformen in unserem Land sind in den Betrieben und bei den Bürgern weit gediehen, und sie machen vor Verwaltung und Staat nicht Halt. Verwaltung und Staat haben Handlungsbedarf, haben Nachholbedarf, wenn es um eine Reform unserer Arbeitsstrukturen im Bund und in den Ländern geht. Deswegen sind wir dankbar, dass der Ministerpräsident beim Thema Verwaltungsreform nicht aussitzt, sondern anführt.

Lieber Kollege Kretschmann, natürlich war das Vorgehen des Ministerpräsidenten eine Überraschung für Sie und für uns, aber keine Überrumpelung. Wir glauben, dass dieser Überraschungscoup überzeugend ist und zielführend sein wird.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

In der Landesverfassung steht: Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik. Genau dies tut er hier. Er setzt sich nicht dem Vorwurf aus, nichts zu tun, er macht nicht nur Tagesgeschäft, er repräsentiert nicht nur, sondern er regiert und handelt über den Tag hinaus.

(Abg. Birzele SPD: Jetzt fehlt nur noch der Satz: „Deshalb tritt er erneut an“!)

Ich sage Ihnen für die CDU-Fraktion ganz offen: Diese Reform beweist Handlungsfähigkeit und Mut einer Regierungskoalition, und ich glaube, dass die Dimension auch für Sie überraschend gewesen ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Herr Oettinger, deswegen tritt der Ministerpräsident erneut an? – Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Obwohl ich zugestehe, dass auch wir überrascht worden sind: Mir ist es lieber, einer von uns landet mit uns einen Überraschungscoup, als wenn es einer von euch gegen uns machen würde. Dieser Überraschungscoup tut der Politik, dem Landtag und Baden-Württemberg gut.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dabei sind die Überlegungen nicht neu: Die Überlegungen nehmen Bezug auf die Verwaltungsreform und die Gebietsreform, die Ende der Sechzigerjahre und Anfang der Siebzigerjahre in diesem Haus beraten worden sind. Der Landtag hat im Oktober 1970 über die Auflösung der Regierungspräsidien beraten. Der Termin 1. Januar 1977 war vorgesehen. Aus guten Gründen hat der Landtag aber im Sommer 1973 mit breiter Mehrheit gesagt: Wir halten an der Mittelinstanz fest. Die Reschke-Kommission hat ein Gutachten vorgelegt, das die Einräumigkeit und Einhäusigkeit vorgesehen hat. Aber Anfang der Siebzigerjahre lag die Gestaltungskraft des Landtags auf dem Schwerpunkt der Gemeindegebiets- und der Kreisgebietsreform, und möglicherweise sind dann die Kräfte erlahmt. Mit der jetzt geplanten Verwaltungsreform holen wir das nach, was damals zwar geplant, aber nicht vollzogen worden ist.

Lieber Kollege Kretschmann: Natürlich gibt es in der Verwaltungslehre zwei unterschiedliche Denkmodelle. Das eine Denkmodell wird von Ihnen vorgeschlagen: zweistufig, regionale Lösung, Landesämter und Sonderbehörden. Das andere Modell wird von uns vertreten. Dieses Modell findet sich überwiegend in Deutschland – auch in Zukunft –, findet sich überwiegend auch in der Verwaltungslehre – auch in Zukunft – und hat sich, glaube ich, in Baden-Württemberg bewährt und wird jetzt durch- und fortgeführt, nämlich: dreistufiger Verwaltungsaufbau im Land Baden-Württemberg, wenige starke Ministerien, Mittelinstanzen in Bündelung und untere allgemeine Verwaltungsbehörden, in denen die Entscheidungen ebenfalls gebündelt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg hat in der Verwaltung 232 000 Bedienstete. Lässt man die Lehrer, die Polizeibediensteten, die Beschäftigten bei den Hochschulen und bei der Justiz unberücksichtigt, dann hatten wir einmal knapp 70 000 Mitarbeiter, und durch drei Stelleneinsparprogramme sank diese Zahl auf unter 60 000. Wir stehen vor weiteren Stelleneinsparungen – wir haben Einsparbedarf –, aber in der herkömmlichen Struktur kann man bei der Fachverwaltung nicht mehr beliebig weitere Stellen einsparen. Wer die Aufgaben der Gesetzgebung ordentlich erfüllen und im Land Bürgernähe wahren will, der kann nicht mit weiteren Stel-

(Oettinger)

leneinsparungen wie mit dem Rasenmäher über die bestehenden Strukturen mit den bestehenden Standorten, mit der bestehenden Zahl von Behörden hinweggehen. Deswegen war es konsequent, durch einen Umbau der Verwaltung im Zuge einer Verwaltungsreform den Anstoß für künftige Kostensenkungen, künftige Stelleneinsparungen bei gleich guter Aufgabenerfüllung zu geben.

Baden-Württemberg ist ein großes Flächenland. Ich glaube, dass dieses Land neben seinen obersten Landesbehörden in Stuttgart und neben der unteren allgemeinen Verwaltung, die sich in den Landratsämtern vollzieht, mit den Mittelbehörden im Land die richtigen Türme hat. Fragen Sie einmal Ihren ehemaligen Kollegen Salomon. Er wird Ihnen bestätigen: Nur durch das Regierungspräsidium, nur durch eine starke und leistungsfähige, entscheidungsverantwortliche Landesverwaltung, die nicht nur in Stuttgart, sondern auch in Freiburg, in Karlsruhe und Tübingen ist, wird dieses Land dezentral und auch entlang seiner gewachsenen Strukturen richtig geführt.

Wer Freiburg, Karlsruhe und Tübingen schwächen will, der soll das konkret sagen. Ihr Modell höhlt diese großen Städte und ihre Verwaltungskraft in Baden-Württemberg aus. Dies wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke CDU: So ist es!)

Wir legen hiermit erneut ein Bekenntnis zum Land und zu seiner dezentralen Verwaltung in Freiburg, Karlsruhe und Tübingen, neben Stuttgart, ab.

(Beifall bei der CDU – Abg. Blenke CDU: So ist es!)

Sie schlagen grenzüberschreitende Lösungen vor. Kein Problem!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Eben! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Wir beraten heute Nachmittag eine Fortschreibung des Staatsvertrags mit Bayern, in dem es um die Region Donau-Iller geht. Der Oberrheinrat trägt unsere Handschrift, die Kooperation am Bodensee ebenso. Wenn es um die Kurpfalz geht: Mit uns ist jede grenzüberschreitende Lösung zugunsten von Mannheim und Heidelberg, dem Neckar-Odenwald-Kreis und dem Rhein-Neckar-Kreis möglich. Klar ist aber, dass dabei die Blockierer – egal, wer regiert – eher in Wiesbaden und in Mainz sitzen, weil der Marktplatz der Kurpfalz nicht Ludwigshafen, sondern eher Mannheim ist.

Zu grenzüberschreitenden Lösungen auf der Grundlage von Staatsverträgen sagen wir Ja. Dies haben wir nachgewiesen und führen es fort. Wir werden es auch in Zukunft dort weiterentwickeln, wo es sinnvoll und notwendig ist.

Ihr zentraler Gedanke sind regionale Ämter und Kreise. Dabei will ich hier einwenden: Wenn man schon über die Grenzen von Regionen in Baden-Württemberg nachdenkt, sollte man bedenken, dass diese bei unseren Regionalverbänden weitgehend für die Planung bestehen. Im Verband Region Stuttgart kommen weitere Kompetenzen hinzu. In

Wahrheit sind die Grenzen unserer Regionalverbände doch wohl eher am grünen Tisch entworfen worden und entsprechen nicht den Wirtschaftsregionen, die es in Baden-Württemberg gibt. Wenn schon, denn schon: Dann hätten wir sechs, sieben oder acht Regionen in Baden-Württemberg.

(Abg. Schmiedel SPD: Acht!)

Dann müssen Sie schon beantworten, warum denn Schwäbisch Hall, Crailsheim, Blaufelden, Wertheim und Bad Mergentheim in Heilbronn geführt werden sollen. Dann müssen Sie schon konkret sagen, was mit Biberach geschehen soll. Dann müssen Sie schon konkret sagen, ob Heidenheim nach Ulm und Schwäbisch Gmünd nach Stuttgart kommen soll. Ich glaube, dass die Landkreise, unsere Landratsämter und unsere Kreisstädte Bürgernähe garantieren und hoch akzeptiert sind. Wer, wie Sie, aus Sigmaringen, aus dem ländlichen Raum kommt, muss erst beantworten, ob Sigmaringen zu Konstanz, zu Friedrichshafen oder zu Balingen kommen soll, bevor er den Kreis auflöst.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Wir halten an der geltenden Konzeption, die im Ballungsraum und im ländlichen Raum über hohe Akzeptanz verfügt, ausdrücklich fest.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke CDU: Sehr gut!)

Wenn man den Bürger fragt, was ihn an der Verwaltung stört,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das weiß doch der Bürger gar nicht!)

dann antwortet er, dass er die Strukturen der Verwaltung nicht mehr überblickt. Wer nicht etwa einen Juristen als Ratgeber hat, blickt doch, wenn er einen Bauantrag stellt, eine Emissionsgenehmigung braucht oder andere Gesetze vollziehen muss, bei dieser Vielzahl von Fachbehörden nicht mehr durch. Wir wollen aber, dass die Bürger aus eigener Kraft Vertrauen in einen überschaubaren Staat haben, in eine Verwaltung, die einfach aufgebaut ist.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Genau! Das wollen wir auch!)

Klar ist, dass die Arbeit unserer Sonderbehörden in den Bereichen Forsten, Vermessung, Flurneuordnung, Landwirtschaft und Schule, in allen Bereichen in der Vergangenheit durch tüchtige, sachkundige und fleißige Beamte, Angestellte und Arbeiter geprägt war. Darum geht es gar nicht. Die beabsichtigte Verwaltungsreform bedeutet keine Kritik an den Mitarbeitern und deren Tätigkeit. Im Gegenteil: Wir bedanken uns ausdrücklich dafür, dass die fachliche Arbeit in den Sonderbehörden in den letzten Jahren hervorragend gelaufen ist.

(Beifall bei der CDU)

Nach der dritten und vierten Einsparung ist aber irgendwann die kritische Betriebsgröße nicht mehr vorhanden und erlahmt die Verwaltungskraft. Das haben wir beim Veterinärwesen doch gesehen. Ich sage ausdrücklich, dass die Verwaltung während der BSE-Krise in Baden-Württemberg

(Oettinger)

handlungsfähig war und die notwendigen Maßnahmen in diesen vielen Fällen schnell, kompetent und für den Landwirt trotzdem zumutbar vollzogen hat. Ich bin nicht sicher, ob dies mit den Fachbehörden alten Schlages in vergleichbarer Weise möglich gewesen wäre.

Ich vertraue der Verwaltungskraft unserer Landratsämter und baue darauf, dass die Landräte in der Lage sind, dem Fachmann weiterhin Spielraum, Handlungsspielraum zu lassen und ihn nicht zu erdrücken. Die Bündelung ist im Grunde genommen für die Beschleunigung der Verfahren, für die Handlungsfähigkeit und für eine Kostensenkung gut.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion legt auf die Effizienzrendite großen Wert. Das Ganze darf kein Nullsummenspiel sein. Deswegen werden wir mitwirken, wenn es in den nächsten Wochen darum geht – der Herr Ministerpräsident hat es ausgeführt –, den Landeshaushalt jährlich und dauerhaft um mindestens 100 Millionen € zu entlasten und im Schnitt innerhalb von fünf bis sieben Jahren eine Effizienzrendite von 20 % zu erreichen. Ich ergänze: Es darf nicht dazu führen, dass das Landratsamt die Kreisumlage bezahlt, sondern die Kostensenkung muss nachweisbar sein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja! – Abg. Drexler SPD: Und wenn sie das nicht ist, wer zahlt dann?)

Die Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter ist der eine Weg. Das Landratsamt war schon immer eine Doppelbehörde: Es war Behörde der kommunalen Selbstverwaltung und Staatsamt zugleich. Wir hatten ein Sonderbehördeneingliederungsgesetz.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Hört sich gut an!)

Dem hatte die SPD-Fraktion zugestimmt. Und was damals, in den Jahren 1994 und 1995, bei der Wasserwirtschaft, beim Gesundheitsamt, beim Veterinäramt nicht falsch, sondern richtig war, kann auch jetzt nur im Prinzip der richtige Gedanke, die richtige Struktur sein. Deswegen sind wir in besonderem Maße nicht auf das Abstimmungsverhalten der Grünen, sondern auf das Abstimmungsverhalten von Herrn Birzele und seinen Kollegen der damaligen SPD-Generation gespannt. Da dies damals ein Sonderbehördeneingliederungsgesetz war, legt die CDU-Fraktion auch bei dieser Verwaltungsreform

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Regierungspräsidiumsauflösungsgesetz!)

darauf Wert, dass nicht ein Vertrag mit dem Stadtkreis oder dem Landkreis, sondern ein Landesgesetz die Grundlage für die Aufgabenübertragung, für die Mitarbeiterführung und für die Kostenentwicklung sein muss. Der Landtag muss das Gesetz beraten und beschließen. Ein Vertrag wäre für uns der falsche und nicht zielführende Weg. Ich sage dies ausdrücklich, weil genau dieser Gedanke von Herrn Gönner vorgetragen worden ist.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Herr Gönner will einen Vertrag für die Entmachtung des Landtags. Dies machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Es geht ums Geld!)

Wir gehen in die Reform – zielstrebig, aber nicht mit Euphorie. Nehmen Sie uns ab: Wir erkennen, dass diese Reform viele Vorzüge, aber auch einige Probleme mit sich bringt. Vier davon erwähne ich heute nur beispielhaft.

Erstens: Wenn man die Landeswohlfahrtsverbände auflöst und die Aufgabenträgerschaft an die Landkreise und Stadtkreise gibt, müssen wir erreichen, dass dort, wo ein Heim ist, der Landkreis Träger wird und ein Finanzausgleich erfolgt. Es darf bei dieser Reform keine Gewinner und keine Verlierer geben. Wir brauchen eine saubere Formel dafür, dass der neue Landkreis dieser Aufgabe ohne eigene Mehrkosten gerecht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Es muss und kann gelingen, dass die Polizei eingegliedert wird und trotzdem die fachliche Verantwortung für die innere Sicherheit – Polizeiarbeit in Baden-Württemberg aus einem Guss in der Verantwortung der Polizeiführung unten, in der Mitte und oben – erhalten bleibt, dass man eine Effizienzrendite im Bereich der Verwaltung erzielt, dass man Synergieeffekte weckt und trotzdem die klare Verantwortung für die innere Sicherheit bei dem Polizeiführer in Baden-Württemberg, einem Staatsbeamten, verbleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Blenke CDU: Sehr wichtig!)

Drittens: Wir haben ein Vermögen, das heißt Wald. Knapp 30 % des Waldes in Baden-Württemberg gehören dem Staat. Wir wollen dieses Vermögen pflegen und mehren.

(Abg. Drexler SPD: Und hegen!)

Es wird und muss möglich sein, dass die staatliche Forstverwaltung Teil des Landratsamtes wird, aber die Pflege des Vermögens Wald, die Wirtschaftstätigkeit weiterhin im Interesse des Landes erfolgen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Forstbetriebe!)

Diese Interessen müssen sich im Haushalt abbilden und durch das Ministerium geführt werden.

Viertens: Der Stadtkreis ist Schulträger und wird zugleich Schulaufsicht. Er hat Grundschulen und Hauptschulen und beaufsichtigt sie. Wir müssen einen sauberen Trennstrich zwischen dem Schulträger Stadtkreis und der Aufsicht im selben Gebäude ziehen. Dies muss weiterhin getrennt und sauber nachvollziehbar bleiben.

Letzter Punkt: Wir haben heute Morgen wiederholt gehört, dass der höhere Dienst unter Landesaufsicht bleiben wird, dass die Beamten von Besoldungsgruppe A 13 bis A 16 Landesbeamte bleiben und dass die Beamten der gesamten Polizei von Besoldungsgruppe A 7 bis B 3 Landesbeamte bleiben werden. Dies ist mit dem Landratsamt kein Problem. Wir werden die Herausforderung bewältigen müssen, dass der Stadtkreis, der als Gemeinde kein Januskopf ist und bisher keine staatliche Behörde war, trotzdem Dienstherr und Partner für Landesbeamte, für Polizeibeamte im Stadtkreis mit klarer Verantwortung wird.

(Oettinger)

Das sind spannende Fragen, aber sie sind lösbar. Ich erwähne das hier beispielhaft, damit Sie sehen: Wir gehen nicht blauäugig und nicht euphorisch, sondern zielstrebig und problembewusst an diese Aufgabe heran.

Der § 16 des Landesverwaltungsgesetzes ist nicht jedem bekannt. Er hat hier eine Bedeutung, auf die in den nächsten Wochen noch einzugehen sein wird. Wer die Landratsämter stärkt, wer vom Bund Aufgaben auf die Landtage übertragen bekommen will, der muss zugestehen, dass ein Teil der Aufgaben nicht für den ganzen Landkreis im Landratsamt, sondern in der Großen Kreisstadt, in der Gemeinde, in der Verwaltungsgemeinschaft für den Bürger erbracht wird. Wir gehen ausdrücklich den Vorbehaltskatalog – § 16 und § 14 – durch, damit eine nennenswerte Zahl von Aufgaben auf die Großen Kreisstädte und Gemeinden übergehen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Justizreform verläuft parallel. Die Ministerin hat vor einer Woche einen respektablen Entwurf vorgestellt. Er besteht aus zwei Teilen: aus dem Ansatz der Privatisierung einerseits und dem einer Standortbündelung im Bereich der Gerichte andererseits. Wir bekunden der Ministerin unseren Respekt und sagen eine zügige und faire Beratung aller aufgeworfenen Fragen mit ihr und eine Entscheidung noch vor Pfingsten zu. Kursorisch sage ich: 70 bis 80 % der Vorschläge übernehmen wir, im anderen Bereich bleiben Fragen. Ich glaube, dieser Ansatz ist kollegial und legitim.

Gestatten Sie mir trotzdem zum Abschluss einen kritischen Satz. Wir sollten dafür sorgen, dass die Reform keine Gewinner hat. Denn wo es Gewinner gibt, müssen auch Verlierer sein. Der Gewinner muss der Bürger, der Steuerzahler, das Land insgesamt sein. Wir sollten eine Win-win-Situation erreichen, damit es keine Verlierer im Land gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In diesem Zusammenhang, Kollege Fischer: Karlsruhe soll bei der Justizreform gewinnen. Da erhebt sich sofort die Frage: Wer wird Verlierer? Freiburg? Wir raten uns allen und auch jedem Kollegen in der Regierung: Vermeiden wir im Augenblick Standortdebatten. Führen wir Standortentscheidungen am Schluss herbei. Kümmern wir uns im Augenblick um die Struktur, um die Inhalte, um die Kosten, um das Gesetz. Die Standortentscheidungen kommen bitte am Schluss. Das gilt für alle Fragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das gilt für Freiburg und Karlsruhe, aber es gilt genauso für Crailsheim und Schwäbisch Hall. Wir sollten Politik aus einem Guss machen und vermeiden, dass plötzlich der OB von Schwäbisch Hall mit dem von Crailsheim streitet und der Bürger sich wundert, wie kleinkariert Politik am Rande des Ministerrats gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU war überrascht und ist überzeugt, beides zugleich. Wir waren überrascht von der Dimension des Vorschlags,

und wir halten ihn für überzeugend. Wir beraten im Detail, und dieser Coup wird mit Sicherheit in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass die Arbeitsbeziehung zwischen Land und Landratsämtern optimiert wird, dass die Aufgabenerfüllung der Gesetze des Landes, des Bundes, der Europäischen Union in Baden-Württemberg zügig und überzeugend voran geht und dass diese gleich gute Aufgabenerfüllung durch unsere Frauen und Männer in den Ämtern zu einer Kostensenkung führt und eine sinkende Schuldenlast eine Effizienzrendite bringt. In diesem Sinne fordern wir Sie zu einer konstruktiven Mitberatung auf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum diese Regierungserklärung heute abgegeben wurde, ist uns nach dem, was wir gehört haben, völlig schleierhaft. Wir haben überhaupt nichts Neues gehört, weder in der Föderalismusdebatte noch in der Frage Verwaltungsreform. Das einzige Neue, was wir heute gehört haben, war, welche zeitlichen Daten der Ministerpräsident dem Landtag für die Verabschiedung seines Reformwerks gesetzt hat. Etwas anderes haben wir heute nicht gehört. Trotzdem möchte ich auf einige Punkte eingehen.

Im Übrigen hat der Herr Ministerpräsident heute auch nicht erklärt, warum er diese Verwaltungsreform macht. Mit allgemeinen Begriffen hat er es umschrieben. Wenn ich nur einmal an die Polizei denke:

Wenn Polizei, Schulamt, Sozialamt, Jugendhilfe und Beratungseinrichtungen unter einem Dach sind, dann steht . . . einer noch besseren kommunalen Kriminalprävention nichts im Wege.

Aber das ist doch nun kein Grund, die Polizei in die Landratsämter einzugliedern.

(Abg. Alfred Haas CDU: Einer von vielen!)

Erst neulich hat mir mal einer scherzhaft – ich will das am Anfang sagen, wo ich noch bei den Scherzen bin – gesagt: Wenn alle unter dem Dach des Landratsamts sind, also Schulamt, Sozialamt, Jugendhilfe und Beratungseinrichtungen, dann erfährt die Polizei vielleicht früher von geplanten Einbrüchen. Sie kann aber nicht hinfahren, weil der Landrat die Kollegen nicht aus dem Seminar „Gruppendynamischer Prozess und Verwaltungsreform“ weglässt.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Das ist ein Scherz. Aber so hat das jemand aus der Polizei gesagt, der es offensichtlich wissen muss. Ich wollte das nur sagen.

Ich möchte jetzt in ein paar Punkten den Vortrag des Ministerpräsidenten abarbeiten, wobei ich keine 45 Seiten, sondern nur die Schwerpunkte durchgehen werde.

Erstens: Den Staat vom Bürger her denken – das finden wir toll. Und vor allem den Satz: Der Staat muss dem Bürger vertrauen, damit der Bürger dem Staat vertraut.

(Drexler)

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Warum lehnen Sie ständig unsere Begehren in diesem Landtag ab, das Quorum für Bürgerentscheide herabzusetzen, damit die Bürger in den Kommunen im Land häufiger selbstständig für Landessachen zuständig sein können? Das lehnen Sie ständig ab. Solange Sie das im Landtag machen, sind die Beteuerungen, man wolle den Bürger mehr beteiligen, für uns immer hohle Phrasen. Eine größere Beteiligung findet nicht statt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zweitens: den Föderalismus in Deutschland wieder beleben. Wir haben die Debatte geführt. Da waren wir alle einig. Wir haben jetzt in der elfköpfigen Verhandlungskommission der Länder allein drei Baden-Württemberger: der Herr Präsident ist als Vertreter der Präsidenten drin, der Kollege Kretschmann als Vertreter aller grünen Fraktionen, ich bin für alle sozialdemokratischen Landtagsfraktionen drin. Von elf drei. Wir gehen einmal davon aus, dass wir sehr viel von den Beschlüssen des Landtags dort umsetzen.

Es sind im Übrigen nicht nur, Herr Ministerpräsident, die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion – im Übrigen gilt dies für die Fraktionen aller Parteien –, die wir zuerst einmal – die haben jetzt gerade andere Sorgen – auf das Thema, ich sage einmal, lufpen müssen und mit denen wir diskutieren müssen, sondern es gibt natürlich auch Ost- und West-Diskussionen. Die neuen Bundesländer haben eine – ich sage einmal vorsichtig – „sakrische“ Angst, dass das, was man jetzt an Finanzierungssystemen und Länderfinanzausgleich und Sonderzahlungen hat, durch eine Stärkung des Föderalismus kaputtgeht. Da ist eine Wahnsinnsarbeit nötig, und möglicherweise kommen wir dann zu einem Konzept, noch lange Jahre Versprechungen machen zu müssen, damit wir dann endlich zum Schluss einen so genannten Wettbewerbsföderalismus bekommen. Es ist also nicht nur der Bund, sondern es sind auch die neuen Bundesländer.

Ich sage aber auch hier deutlich: Die Reform des Föderalismus hat das Ziel, die Rechte der Länder und ihrer Parlamente zu stärken und nicht die Rechte der Ministerpräsidenten. Ich sage auch das ganz deutlich. Das ist Sinn und Zweck der Föderalismusreform.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jetzt kommen wir zu dem Punkt „Kommunen stärken“. Auch Herr Oettinger hat darüber gesprochen. Diese These scheint mir wegen der Blockadepolitik der CDU etwas heuchlerisch zu sein. Wir haben jetzt zuerst einmal einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Kommunen an mehr Steuern von 200 Millionen, in den kommenden Jahren immerhin im Bereich von 2,7 Milliarden, beteiligt hätte. Das haben CDU und FDP im Bundesrat abgelehnt. Das ist gestorben.

(Abg. Hillebrand CDU: Hättet ihr die Gewerbesteuerumlage –)

– Ich komme gleich auf die Gewerbesteuerumlage. Da haben Sie ganz schlechte Karten, Herr Kollege. Da ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland – –

Das Zweite war die Entlastung in Höhe von 800 Millionen € durch den Fluthilfe-Fonds. Das hilft konkret.

(Abg. Heinz CDU: Das einzig Echte!)

Und dann gibt es noch das kommunale Investitionsprogramm mit 7,5 Milliarden €, das jetzt auch auf den Weg gebracht wurde.

Jetzt kommen wir zu den Gemeindefinanzen. Wir haben vorgesehen, dass wir ab 1. Januar 2004 eine Gemeindefinanzreform mit dauerhaft verbreiterten Einnahmen im Gewerbesteuerbereich für die Kommunen haben. Dies fällt jetzt flach. Die CDU blockiert, weil sie einen innerparteilichen Streit hat, ob sie das BDI-Modell – das heißt einen Aufschlag auf Einkommen- und Lohnsteuer – oder die Gewerbesteuerumlage bevorzugen soll. Deswegen wird das ab 1. Januar nicht kommen. Wir haben mindestens ein Jahr weitere Steuerausfälle bei den Kommunen. Und dann reden Sie von der Stärkung der kommunalen Finanzkraft, Herr Ministerpräsident!

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie hätten sich dafür einsetzen müssen, dass die CDU zu Potte kommt.

Jetzt zu Ihrem Vorschlag: Sie sagen, die Gewerbesteuer solle wegfallen, es solle einen Aufschlag auf die Einkommensteuer der Bürgerinnen und Bürger geben. Im Übrigen will das weder der baden-württembergische Städtetag noch der Deutsche Städtetag; alle Städte und Kommunen wollen eine Verbreiterung der Gewerbesteuer. Ist auch klar. Sie sagen nämlich überhaupt nichts dazu, wie die Steuerausfälle gedeckt werden sollen. Entweder schlagen Sie jetzt im Grunde genommen auf die normalen Einkommen- und Lohnsteuerbeträge einen Betrag für die Kommunen drauf. Dann gibt es eine Steuererhöhung für alle zur Entlastung des Gewerbes im Bereich der Städte. Oder Sie senken die Einkommensteuerquote ab. Dann haben Bund und Land gewaltige Ausfälle. Dann müssen Sie sagen, woher das Geld kommt. Hier ist also nicht alles durchdacht. Die Städte wollen das nicht.

Im Übrigen sage ich: Nach dem Vorschlag – das sagen die Städte – würde der Beitrag der Wirtschaft für die Finanzierung der kommunalen Haushalte von 52 % auf 36 % sinken und der Anteil der Lohn- und Einkommensteuer von 47 % auf 63 % steigen. Sie belasten also mit Ihrem Vorschlag. Das ist eine Steuererhöhung für die normalen Bürger zur Entlastung des Gewerbes und der Kommune. Da werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Zweitens, Herr Ministerpräsident: Die Gewerbesteuer wird am Ort des Unternehmens erhoben, die Einkommensteuer dagegen am Wohnort des Steuerpflichtigen. Stellen Sie sich das jetzt einmal nicht nur bei Stuttgart, Mannheim und den anderen großen Städten vor, sondern auch bei den Mittelstädten. Stellen Sie sich vor, was für einen dramatischen Einkommensverlust die hätten, wenn Sie die Einkommensteuer und die Lohnsteuer am Wohnort erheben würden. Wir wissen doch, wie viele Tausende von Einpendlern wir hier zu den Arbeitsplätzen haben. Die Stadt Stuttgart und

(Drexler)

alle Zentren würden dramatische Einbrüche erleben, und alle Wohnsitzgemeinden würden drastisch besser gestellt. Wie wollen Sie da denn einen Ausgleich schaffen?

Deswegen sind die Kommunen auch gegen diesen Unsinn. Baden-Württemberg ist bisher als einziges Land für diesen Vorschlag. Alle norddeutschen CDU-regierten Länder sind dagegen. Wegen dieses Kladderadatsches bekommen die Kommunen auch in Baden-Württemberg ab 1. Januar nächsten Jahres nicht mehr Geld. Das müssen wir der Öffentlichkeit halt auch sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Eine Sauerei!)

Zur Geschichte der Verwaltungsreform, Herr Ministerpräsident, gehört auch, dass es mit der SPD 1971 einen Beschluss gab, die Regierungspräsidien aufzulösen, und zwar aus gutem Grund. Der wurde halt nicht umgesetzt. Als die SPD nicht mehr in der Regierung war, haben Sie diesen Beschluss schleunigst rückgängig gemacht, obwohl er von Walter Krause in der Kreisreform mit vertreten wurde. Wir haben gesagt: Es ist sinnvoll, die Regierungspräsidien aufzulösen. Da war schon damals ein Bruch. Sie reparieren diesen Bruch heute nicht.

Deswegen ist für uns auch die Frage, was Sie jetzt machen. Sie machen einen reinen Verschiebebahnhof. Sie lassen in den Ebenen überhaupt nichts wegfallen. Sie verschieben staatliche Behörden in die Landkreise und in die Regierungspräsidien und sagen denen: „So, jetzt macht mal eine Effizienzrendite von 20 %. Wir werden euch zunächst das ganze Geld zuschicken, und dann werden wir euch in den nächsten fünf Jahren immer weniger zuschicken.“

Jetzt frage ich mich einmal: Ein Kreistag, der das nicht schafft, wird dann doch wohl die Polizei aus seiner Kreisumlage finanzieren müssen. Darauf komme ich nachher noch einmal zurück. Anders geht es bei den Sachmitteln doch gar nicht. Ja, wie denn? Das heißt also: Die Finanz- und Personalhoheit bei den Polizeidirektionen hat der Landrat. Das wollen wir einmal festhalten.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Darauf möchte ich nachher noch einmal zu sprechen kommen. Deswegen ist das ein reiner Verschiebebahnhof.

Im Übrigen kann ich sagen, nachdem Sie sich dauernd auf Herrn Professor Hesse berufen: Er hat in der „Stuttgarter Zeitung“ am 5. April in einem ausführlichen Kommentar gesagt, langfristig müsse und werde man in Richtung Zweistufigkeit gehen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aha!)

Das ist der Professor, auf dessen Aussagen Sie Ihre Verwaltungsreform aufbauen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist unser Vorschlag. Ich will das noch einmal sagen.

Ihr Kollege Wulff aus Niedersachsen geht genau den gleichen Weg: Regierungspräsidien kommen in diesem Fall als

Mittelinstanzen weg. Ich sage noch einmal: Ich glaube nicht, dass Sie die Gemeinde- und Kreisreform von 1971 mit dem vergleichen können, was Sie jetzt machen. Sie lassen nichts wegfallen. Sie legen nichts zusammen. Sie verteilen Ämter. Das sind im Übrigen verkleinerte Ämter. Jetzt vergrößern Sie sie wieder. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

Heute lacht jeder aus der CDU-Fraktion über Herrn Bulling und sagt etwas gegen ihn. Wir haben ihn bei einer Anhörung unserer Fraktion bei uns gehabt. Er war ja, wenn ich mich richtig erinnere, ein sehr erfolgreicher Regierungspräsident.

(Abg. Hillebrand CDU: Oh, jetzt plötzlich!)

Er sagt, es bestünden gravierende fachliche und verfassungsrechtliche Bedenken zum Beispiel gegen die Eingliederung der Polizei in die Kreise.

(Abg. Alfred Haas CDU: Bedenkenträger brauchen wir keine mehr! – Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Verstehen Sie: Wenn ein Regierungspräsident Ihnen einmal den Rücken zudreht und eine andere Auffassung hat, dann beschimpfen Sie ihn gleich. Denken Sie doch erst einmal über das nach, was er sagt. Er könnte ja auch Recht haben, Herr Haas.

Den Vorschlag, die Land- und Stadtkreise in ihrem derzeitigen Zuschnitt zu belassen – selbst wenn man in Ihrer Gedankenwelt bliebe und sie jetzt stärken wollte –, halten wir für einen zentralen Fehler.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Denken Sie einmal darüber nach, ob alle Landkreise in der Lage sind, das, was Sie ihnen jetzt zumuten, tatsächlich zu machen.

Im Übrigen: Was passiert denn eigentlich, wenn Sie wirklich Ihre Bürgernähe gestalten – daran werden wir ja ganz stark mitarbeiten – und so viel wie möglich von den Landratsämtern nach unten delegieren, von den Führerscheinstellen bis zu anderen Aufgaben der Landratsämter? Dann hat das Landratsamt immer weniger kommunale Aufgaben. Dies gilt besonders in der Region Stuttgart, weil Sie hier andere Aufgaben auf die Region verlagert haben. Dann hat der Landrat vielleicht noch einen zehnpromzentigen Anteil an kommunalen Aufgaben, und der Rest von 90 % ist staatlich. Ist das dann eigentlich noch der Landrat, den Sie im Kopf haben? Ist er überhaupt noch durch den Kreistag wählbar, wenn das Verhältnis 90 : 10 sein wird? Da haben Sie sich überhaupt noch keine Gedanken gemacht, Herr Hofer.

Es gibt einen schönen Spruch von George Bernard Shaw, Herr Ministerpräsident. Er hat gesagt: Die besten Reformer, die die Welt je gesehen hat, sind die, die bei sich selbst anfangen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie hat es Ende März auch deutlich gesagt: Auffällig sei zudem, dass die Verwaltungsreform zwar alle Verwaltungs-

(Drexler)

ebenen einschlieÙe und eine Verschlankung der Ministerialebene vorsehe, dass jedoch eine durchaus sinnvolle Zusammenlegung von Ministerien nicht vorgesehen sei. – Bei sich selber fängt man also überhaupt nicht an. Das ist ein großer Bruch in Ihrer Argumentation.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wir haben den Vorschlag gemacht, von zehn auf acht Ministerien zu gehen. Was sagt nun dazu Ihr Herr Hesse? Ich zitiere ihn wiederum – man muss ihn ja ganz zitieren, wenn man ihn zitiert –:

Ich denke, dass die Landesregierung gut beraten wäre, weiter zu gehen, schon um als Vorbild zu wirken. Dabei habe ich wenigstens zwei Kandidaten im Blick: die Zusammenführung von Kultus- und Wirtschaftsministerium . . .

– das ist ein SPD-Vorschlag; das hat er nicht gesagt, sondern das füge ich hinzu –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wissenschaftsministerium, nicht Wirtschaftsministerium!)

– habe ich „Wirtschaftsministerium“ gesagt?; das Wirtschaftsministerium wäre noch viel größer; aber da erschrickt Herr Döring; er hat schon den Saal verlassen –

. . . Wissenschaftsministerium sowie die Übertragung der Aufgabenbereiche des Ministeriums für den Ländlichen Raum auf andere Häuser.

Originalton Hesse, auf den Sie sich berufen, und Vorschlag der SPD-Fraktion.

Wie gewohnt ist der Wirtschaftsminister – ich spreche ihn direkt an – eingeknickt.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Er hat in den letzten Sommerferien wieder eine Reduzierung der Ministerien gefordert, ist aber dann vor der CDU eingeknickt.

(Widerspruch des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Sie berufen sich auf den Koalitionsvertrag. Aber dann können Sie nicht dauernd in den Sommerferien herumreisen und sagen, Sie wollten weniger Ministerien. Dann machen Sie es doch endlich einmal! Die Zeitungsleute können die Artikel vom letzten Jahr schon wieder für dieses Jahr schreiben; denn das kommt in den großen Sommerferien natürlich wieder. Das ist schon klar.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt, Herr Ministerpräsident, kommt immer die Frage: Wann haben Sie sich eigentlich in Spaichingen entschlossen, diese Verwaltungsreform zu machen? Im Januar hatten wir hier eine große Debatte. Anschließend der Ministerpräsident: Daran ist überhaupt nicht gedacht. Der Kollege von der CDU – wo ist er? –

(Abg. Oettinger CDU: Heinz!)

hat dazu gesprochen und gesagt: Wir brauchen sie überhaupt nicht, bei uns ist doch alles in Ordnung.

(Abg. Schmiedel SPD: Alles bestens!)

Man könnte über ein paar Sachen nachdenken; aber wir brauchen das alles nicht. Einen Monat später hatten wir genau das Gleiche.

Wie schön, dass sich Ihre Minister vor Ihrem überraschenden Schlag, eine Verwaltungsreform zu machen, geäußert haben.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Ich will Ihnen einfach einmal sagen, was die Minister so alles gesagt haben, bevor sie wussten, was Sie sich in Spaichingen ausgedacht haben. Das ist schön und gehört auch zur Geschichte.

(Abg. Alfred Haas CDU: 48 Prüfaufträge!)

Zum Beispiel schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ zu der Frage der Eingliederung der Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur am 28. Januar 2003 – heute lese ich einmal aus Zeitungen vor; früher war das die Aufgabe des Ministerpräsidenten, heute mache ich es –:

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nur zu gerne würden die Landräte die Agrarbehörden in die Landratsämter integrieren, 2 Millionen €, rechnen sie vor, lieÙen sich so einsparen. Doch für Stächele wäre das ein schwerer Schlag. Er verlöre den macht- und personalpolitisch wichtigen Unterbau drauÙen im Lande, sein Ministerium bliebe als Kopf ohne Körper zurück. Die Rufe nach Auflösung würden noch lauter. Zu seinem Glück

– 28. Januar! –

will Ministerpräsident Erwin Teufel von der Abgabe an die Kreise nichts wissen; dafür gebe es zu wenig Berührungspunkte.

Genau das machen Sie einen Monat später, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun zu den weiteren Eingliederungsplänen, die man leider als Zerschlagungspläne bezeichnen muss, weil Sie kleine Ämter wieder auf 44 Kreise – mit den Stadtkreisen – verteilen. Aus 35 Ämtern für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur machen Sie 44, aus 30 Schulämtern machen Sie 44.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wo steht das? – Abg. Pfister FDP/DVP: Wo steht denn das? – Abg. Hofer FDP/DVP: Das haben wir vorher ganz anders gehört! – Abg. Pfister FDP/DVP: Woraus zitieren Sie gerade?)

– Sie wollen abbauen, und wir werden sehen, wie Sie das machen. Ich zitiere aus dem ersten Teil, was Sie alles aufschlüsseln wollen. Sie haben vor einem Monat die Ämter

(Drexler)

aufgezählt, die Sie auf die Landkreise und die Stadtkreise aufteilen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt eine Presseerklärung des Staatsministeriums zur Verwaltungsreform. Dort sind alle Ämter aufgezählt. Wir haben einmal nachgezählt, wie viele Ämter Sie jetzt haben, und stellen fest: Jetzt haben Sie 20, und die sollen auf 44 umgliedert werden.

(Abg. Wieser CDU: Wo steht das denn? – Weitere Zurufe)

– Warten Sie einmal ab. Es ist ja schön, wenn Sie das nicht machen. Dann verändern Sie endlich Ihre Verwaltungsreform.

(Zurufe: Wo steht das? – Zuruf des Abg. Schneider CDU)

– Herr Landrat, ist mir schon klar.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Also: Aus 20 reduzierten und gestrafften Straßenbauämtern machen Sie 44. Ich glaube, das ist eine Aufblähung.

Außerdem haben wir im Ausschuss für Umwelt und Verkehr nachgefragt.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

– Herr Zimmermann, Sie sind ja von der Polizei. Sie vertreten ja immer tolle Thesen. Auf Ihre These in der „Eblinger Zeitung“ über die Polizei komme ich nachher noch; die ist ja abenteuerlich.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD – Zurufe der Abg. Alfred Haas CDU und Teßmer SPD)

28. Februar 2002, Ausschuss für Umwelt und Verkehr – immer noch einen Monat vor dem Geistesblitz in Spaichingen;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

ich nenne Ihnen nachher auch noch die Drucksachenummer, falls Sie es nachlesen wollen –:

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ein Abgeordneter der SPD erkundigte sich danach, wie das Ministerium für Umwelt und Verkehr die Initiative des Landkreistags

– es war damals eine Initiative der Landkreise und nicht des Ministerpräsidenten –

beurteile, die Straßenbauämter in die Landkreise zu integrieren.

(Abg. Wieser CDU: Ich habe ihn selten so fröhlich gesehen!)

Der Minister für Umwelt und Verkehr antwortete, von der erwähnten Initiative halte er nichts.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Wo ist er?)

– Er ist auch gegangen.

Denn der Landkreistag und einige Landkreise wollten aus 25 Ämtern 44 machen, während das Ministerium deren Zahl von 25 auf 18 verringern wolle, was angesichts immer knapper werdender personeller Ressourcen des Landes der sinnvollere Weg sei.

(Beifall bei der SPD)

Einen Monat vor dem Geistesblitz.

Ich verstehe auch allmählich, warum Sie eine Regierungserklärung abgegeben haben. Sie müssen Ihren Laden zusammenhalten. Deswegen haben Sie eine Regierungserklärung abgegeben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Anders kann ich die Abgabe einer Regierungserklärung heute überhaupt nicht nachvollziehen.

Der Landwirtschaftsminister wird am 29. Januar – zwei Monate vor dem Geistesblitz – wie folgt zitiert:

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Eine Eingliederung der 35 Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur in die Landratsämter sei daher ein funktioneller Rückschritt.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

Stächele: Die Stringenz des Verwaltungshandelns erfordert gerade bei der Unterstützung der Landwirtschaft eine durchgängige Struktur von Brüssel und Stuttgart in die kreisübergreifenden, spezialisierten Landeseinrichtungen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Deshalb ist er auch nicht da!)

– Stächele ist auch gegangen.

Die größte Schnapsidee, liebe Kolleginnen und Kollegen – da verstehe ich, dass sich die CDU überhaupt nicht bewegt –, ist die Eingliederung der Polizei in die Landkreise.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Nordrhein-Westfalen!)

Wenn ich Sie so sehe, fällt mir ein, was auf Seite 36 der Regierungserklärung steht: „Diese Reform sitzt.“ Das sagt der Ministerpräsident. Ich füge, wenn ich Sie so sehe, hinzu: der Schock bei der CDU-Landtagsfraktion offensichtlich auch.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Wieser CDU: Sie werden dem Thema nicht gerecht!)

Denn der Eingliederung der Polizei hätten Sie doch widersprechen müssen. Es gibt überhaupt keinen Grund, diese Eingliederung vorzunehmen. Ich will gar nicht auf die Polizeigewerkschaften hinweisen, die das kritisieren. Ich will

(Drexler)

auch nicht auf die Globalisierung und die Grenzkontrollen hinweisen und auch nicht sagen, dass die Polizei europäischer ausgerichtet werden muss. Ich will auch nicht sagen, dass die Rekommunalisierung ein Unsinn ist. Die hat man einmal mit gutem Grund abgeschafft, und wir haben ja gerade eine Reorganisation der Polizei durchgemacht.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Diese Maßnahmen waren ja alle erfolgreich. Von daher hören Sie sich einmal an, was Herr Dr. Stümper, Stuttgart, ehemaliger Landespolizeipräsident, sagt –

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

ein Praktiker und Berater der Landesregierung –:

Wenn der polizeiliche Verantwortungsbereich im Wesentlichen im Alltagsgeschäft des jeweiligen Landkreises angesiedelt wird, gibt man schon optisch die schwereren Aufgaben frei. Man schafft Hohlräume, von denen Sogwirkungen für Kompetenzbestrebungen anderer Interessen ausgehen.

Schwächt man die Führung der Polizei durch die Einbindung in kommunale Verwaltungseinheiten, schafft man zunehmend Raum für polizeifremde Entscheidungen. Insofern wäre eine Einbindung operativer polizeilicher Entscheidungen in sonstige Verwaltungseinheiten Gift. Es wäre ferner eine Illusion, zu glauben, man könne das operative Geschäft vom administrativen trennen.

Genau so ist es.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zu dem Einsparpotenzial von 20 %. Wenn Sie sagen, Sie nähmen den Polizeivollzugsdienst aus, muss der Landrat, nachdem in jeder Polizeidirektionsstelle gerade einmal 2 % für Verwaltungsaufgaben ausgegeben werden und das ohnehin nur knapp reicht, innerhalb dieses Bereichs von 2 % noch 20 % herauschneiden,

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

damit er nicht in anderen eingegliederten Bereichen 40 % reduzieren muss.

(Abg. Alfred Haas CDU: Quatsch!)

Denn auch in der Regierungserklärung steht die klare Aussage: im Schnitt 20 %. Reduzieren Sie um diesen Anteil nicht bei der Polizei, müssen Sie es anderswo machen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

Anders geht es gar nicht. Andernfalls müssen Sie ans Rednerpult gehen und sagen, Sie wollten keine 20 % querbeet und bei der Polizei schon gar nicht. Dann sind es insgesamt eben keine 20 % mehr. Es passt nicht zusammen.

Im Übrigen sage ich noch einmal: Es macht im Grunde genommen wenig Sinn, der Polizei eine weitere Zuständigkeitsebene zu geben. Niedersachsen verändert es. Hessen macht es rückgängig. Wir als SPD sehen überhaupt nicht ein, dass bei der Polizei eine weitere hierarchische Ebene eingezogen wird. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Oelmayer und Boris Palmer GRÜNE)

Zumindest hätte ich erwartet, vom Ministerpräsidenten etwas zur Aufgabenkritik zu hören, etwas dazu, welche Aufgabe wegfallen müsse. Kein Ton hierzu, im Übrigen auch nicht von der CDU-Fraktion.

Es macht doch wenig Sinn, strukturelle Fragen des Verwaltungsaufbaus losgelöst von einer effizienten und sachgerechten Aufgabenerfüllung zu diskutieren.

Dies sagt der Herr Minister Stächele. Sie haben alles umgekehrt gemacht. Sie haben zuerst die Reform gemacht, bevor Sie sich darüber unterhalten haben, welche Aufgaben Sie reduzieren wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wieser CDU: Die SPD macht gar nichts!)

– Nein, nein. Wir haben das schon anders gemacht bei unserer Debatte. Das können wir schon sagen.

Dass eine Effizienzrendite von 20 % möglich sei, bestreiten sogar die Landräte. Deswegen verlangen auch die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte eine Vereinbarung; sie wissen nämlich, dass die Verwaltungsreform diese 20 % nicht bringt. Wenn Sie einmal mit den Landräten reden, stellen Sie fest, dass keiner glaubt, dass es zu einer Effizienzrendite von 20 % kommt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der Herr Schneider glaubt es!)

Manche sagen, sie könnten nicht einmal 10 % erwirtschaften.

Im Übrigen – um das auch zu sagen – wissen wir nicht einmal, was die früheren Eingliederungen erbracht haben. „Der Staat sollte den Mut haben, Einsparungen, die man von den Kreisen erwartet, selbst zu realisieren.“ Genau das ist es. Weil Sie nicht in der Lage sind, das selbst zu machen, geben Sie die Aufgaben ab und lassen diese Reduzierung jemand anderes machen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich etwas zum NSI-Projekt sagen. Da verstehen wir Sie nun überhaupt nicht. Wir haben im Plenum eine NSI-Debatte geführt, wir haben bei den Haushaltsberatungen darüber diskutiert. Wir haben in einer großen Anhörung festgestellt, dass NSI nicht in alle Verwaltungsbereiche hineingehen kann. Wir wissen, dass Bayern die Steuerungsinstrumente in den Bereichen Justiz und Polizei aus guten Gründen nicht verwendet. Wer sich mit dem Thema beschäftigt, weiß das. Rheinland-Pfalz macht das im Übrigen auch nicht. Insofern gucken die nicht auf uns, um festzustellen, wie toll wir seien, sondern sie warten offensichtlich alle ab, dass wir Blödsinn machen, wenn wir reintappen, indem wir alle Projekte so verwirklichen.

Wir sind der Meinung, dass man NSI zwar braucht, aber nicht in allen Bereichen. Man muss jedes einzelne Aufgabengebiet untersuchen. Jetzt muss ich sagen: Bei einem Projekt, das uns 500 Millionen € kostet – es können auch 450 Millionen € sein; aber es ist ein gigantischer Betrag,

(Drexler)

den wir außerhalb des Haushalts finanzieren –, ist es doch wohl wichtig, dass man dem Landtag auch einmal die Verträge vorlegt. Wir wollen schon die ganze Zeit die Verträge einsehen, weil wir vermuten, dass manche Verträge geschlossen wurden, die nicht so eindeutig für das Land sind. Die Einsicht in die Verträge wird uns verweigert.

(Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich! Warum? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir fordern Sie jetzt noch einmal auf: Wir wollen als Parlament im zuständigen Ausschuss die NSI-Verträge sehen. Wenn Sie uns die Einsicht verweigern, müssen wir uns überlegen, etwas anderes zu machen, um die Verträge lesen zu können. Wir glauben nämlich das, was uns hier erzählt wird, nicht. Ansonsten würden Sie nicht alle an einer Einführung des Projekts in allen Ämtern festhalten. Das kann nicht sein. Ansonsten könnten Sie die Zahl der Bereiche ja reduzieren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Bisher war klar, dass die staatlichen Ämter, die dann in den Landratsämtern angesiedelt sind, nicht am NSI-Projekt beteiligt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist auch vernünftig. Deswegen haben wir Herrn Oettinger auch Beifall geklatscht, als er bei der letzten Debatte sagte – wir hoffen auf die Unterstützung der CDU-Fraktion, dass das so gemacht wird, wie es der Herr Oettinger durchaus logisch bei der letzten Debatte zur Verwaltungsreform

(Abg. Wieser CDU: Ihr habt immer noch ein schlechtes Gewissen!)

deutlich gesagt hat; ich lese es vor –:

So, wie bei der Gesundheitsverwaltung, der Veterinärverwaltung und der Wasserwirtschaft NSI außen vor geblieben ist,

– das sind die früher eingegliederten Ämter –

wird damit jetzt auch bei der Vermessungsverwaltung, bei der Flurneuordnung, bei der Landwirtschaft – bei allen Fachämtern auf unterer Ebene – NSI außen vor sein.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist ja logisch!)

– Das ist natürlich logisch, wenn ich sie eingliedere.

Ich sage das nicht plakativ . . . Ich sage dies, weil nach meiner Überzeugung die Konsequenz dieser Verwaltungsreform eine eigenständige Organisationshoheit der Landratsämter bedeutet und deswegen eine Änderungskündigung, eine Anpassung des NSI-Vertrags mit unserem Systemdienstleister in den nächsten Tagen notwendig und angebracht ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Stimmt doch! Alles richtig! Da hat er Recht!)

Günther Oettinger, 26. März. Wir warten nach wie vor noch darauf.

Ich will Ihnen sagen: Wir haben einen Antrag gestellt. Die Stellungnahme zu dem Antrag wurde um fünf Wochen ver-

zögert. Gestern hätte der Unterausschuss NSI zusammentreten sollen, ist aber nicht zusammengetreten. Wir hatten gedacht, der Herr Ministerpräsident würde uns heute in der Regierungserklärung darlegen, was da los ist. Stattdessen hat er gesagt: NSI kommt über alle Ämter, ein bisschen verändert, aber es bleibt. Wir sind nicht dieser Auffassung. Bei einem Projekt, das so viel Geld kostet, muss der Landtag und müssen seine zuständigen Ausschüsse eingebettet werden, und dies nicht zum Schluss, sondern bitte schön am Anfang, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen misstrauen wir auch der Aussage, dass die Landesbediensteten einbezogen werden. Das stimmt doch gar nicht. Sie haben jetzt im NSI-Projekt den Hauptpersonalrat aus dem Lenkungsausschuss hinausgestoßen. Der darf nicht mehr teilnehmen.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! Was ist denn da los?)

Er hat bisher teilgenommen. Wo ist denn da die Mitarbeit der Bediensteten? Er kann sich jetzt die Informationen vom zuständigen Ministerium, vom Sozialministerium holen. Das ist Ihre praktizierte Mitarbeit von Landesbediensteten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Niemand glaubt Ihnen, dass Sie bei der Verwaltungsreform die Leute einbeziehen, wenn Sie jetzt den Hauptpersonalrat aus dem Lenkungsausschuss hinaustun.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Typisch Baden-Württemberg!)

Jetzt kommen die großen Würfe, liebe Kolleginnen und Kollegen. Also: Mut zu großen Würfeln. Die Frau Justizministerin hat einen großen Entwurf abgeliefert. Ich sage nur: netto 60 Millionen € weniger, wenn Ihr Entwurf umgesetzt wird. Das muss man erst einmal von anderer Seite hereinholen, wenn man zum Beispiel das Notariatswesen abgibt. Jetzt ist die Frage: Warum soll denn das Land Baden-Württemberg dies machen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Weil es das nicht darf! Das wissen Sie doch!)

Damit man noch etwas privatisieren kann, Herr Kollege, kam man auf die Gerichtsvollzieher und die Bewährungshelfer. Die Bewährungshelfer sind extra zu sehen. Aber Gerichtsvollzieher üben staatliche Gewalt aus, und staatliche Gewalt können wir nicht privatisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Das sehen wir etwas anders!)

– Das mag ja durchaus sein. Wir wollen das nicht. Ihr früherer Justizminister wollte die Gefängnisse privatisieren. Nach dem 11. September 2001, nach dem Anschlag in Amerika, ist er davon abgegangen. Jetzt kommen Sie mit den Gerichtsvollziehern. Lassen Sie das doch bleiben! Schauen Sie in anderen Bereichen der Justiz, bei Amtsgerichten und sonstigen Dingen, was man machen kann. Privatisieren Sie aber bitte nicht staatliche Gewalt, bringen Sie

(Drexler)

die nicht in private Organisationen. Das kann man nicht machen. Da muss es eine Trennung geben. Sie werden auf den entschiedenen Widerstand der SPD-Fraktion stoßen, wenn Sie staatliche Gewalt privatisieren wollen, Herr Kollege Pfister.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Ministerpräsident, nur ganz kurz: Sie haben zum Schluss noch eine ganze Reihe von Sachen vorgelesen, die in Baden-Württemberg wichtig sind. Ich sage noch einmal: Kindergarten, Kindererziehung. Da stehen wir ja in Baden-Württemberg nicht so gut da. Sie wissen das. Sie haben das jetzt alles auf die Kommunen verlagert, ohne den Kommunen weiteres Geld zu geben. Alle Kommunen sagen: Wir können die Kleinkinderbetreuung ohne zusätzliche Mittel nicht ausbauen. Was also da das Lob soll, das verstehen wir nicht. Wir verstehen auch das Lob für die Imagekampagne für Baden-Württemberg nicht. Die hat uns bei der Olympiabewerbung überhaupt nicht geholfen, sage ich einmal,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

aber dazuhin ist das ein Geldbetrag, der uns in anderen Bereichen fehlt. Das ist genau der Betrag, den wir für die Versorgung von psychisch Kranken, bei der Komm-Struktur von Angeboten der Kommunen usw. gehabt haben. Das ist jetzt alles wegen der Imagekampagne weggefallen. Man hätte ja auch die Imagekampagne streichen können, um dafür etwas für die Bürgerinnen und Bürger im Land Baden-Württemberg zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Sie versprechen: Wir sind uns bewusst, dass Baden-Württemberg im Wettlauf um die besten Köpfe nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger gelingt. Weiter sagen Sie: Unser Land ist weltoffen; unser Hauptziel für ausländische Mitbürger, die rechtmäßig hier leben, heißt Integration. Bei den letzten Nachtragsberatungen haben Sie aber bei allem gestrichen, was nur nach Integration riecht: Kürzung bei der Ausländersozialberatung, Kürzung bei den Spätaussiedlern. Wir können Ihnen das überhaupt nicht abnehmen, was Sie dazu in dieser Regierungserklärung gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Weiter führen Sie die weit überdurchschnittliche Forschungsförderung ins Feld. Bei der Technologieförderung, sagen Sie, seien wir Spitze.

(Abg. Schmiedel SPD: Lachhaft!)

Erst neulich hat der Industrie- und Handelstag in Baden-Württemberg den rigiden Sparkurs in diesem Bereich massiv beklagt und ausgeführt, ohne Innovation in der Technologie sei die Zukunftsfähigkeit von Baden-Württemberg massiv gefährdet. Die systematische Kürzung der Investitionsausgaben in der Technologieförderung gefährde die strategische Positionierung Baden-Württembergs als High-techstandort usw.

Ich muss sagen: Die Selbstlob, die Sie heute alle abgegeben haben, kann man im Grunde genommen nicht so stehen lassen. Ich habe jetzt einmal vier davon herausgegriffen.

Man sollte dem Präsidenten eigentlich sagen, der Hausdienst solle künftig einen Eimer und einen Lappen neben das Rednerpult für die Tränen der Rührung, die Erwin Teufel für die eigene Großartigkeit vergießt, stellen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Von daher gesehen ist die letzte Seite der Regierungserklärung völlig falsch.

Kolleginnen und Kollegen, an der Regierungserklärung stört mich, dass zu einem Land, das auch von Regionen lebt, auf 45 Seiten kein einziges Wort über die Region, die regionalen Bezüge und die Region Stuttgart steht. Kein einziges Wort auf 45 Seiten!

(Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Das muss ich sagen: Professor Hesse hat sogar gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ gesagt: „Wenn das die logische Folgerung ist, muss eigentlich der Verband Region Stuttgart aufgelöst werden.“ Das muss man sich einmal vorstellen! Wo lebt der Professor? Wo lebt er?

Herr Ministerpräsident, eigentlich – Sie kommen aus der Verwaltung – müssten Sie wissen, dass die regionalen Bezüge doch zunehmen. In der Region Stuttgart nehmen sie zu – die Region hat bedeutende Aufgaben übernommen –, in der Region Karlsruhe nehmen sie zu, in der Region Mannheim nehmen sie zu, im Bodenseekreis will man eine Region. Das heißt, es geht um die regionale Zusammgehörigkeit, um Arbeitsplätze, Verkehrsfragen, um Müllentsorgung, um Fremdenverkehr bis hin zur Wirtschaftsförderung. Das sind regionale Aufgaben und doch keine Landkreisaufgaben mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Darüber finden wir aber kein Wort in der Regierungserklärung.

Sie haben vorhin zitiert, was Herr Birzele 1994 im Zusammenhang mit der Eingliederung der Ämter gesagt hat. Herr Birzele hat mir gegenüber vorhin gesagt, dass er die Vaterschaft für die jetzige Reform auf jeden Fall ablehnt. Damit auch das klar ist! Bei den drei Ämtern sei es sicher sinnvoll gewesen, aber weitere Eingliederungen würden eigentlich nur die Landräte stärken und wären kein zukunftsorientiertes Modell.

Wir machen mit – das sage ich Ihnen zu – bei einer ganz harten Beratung. Wir werden mitarbeiten, wir werden auch Anhörungen anberaumen. Wir werden dafür sorgen, dass so viel Bürgernähe wie möglich entsteht: raus aus den Landratsämtern, runter in die Kommunen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da sind wir sehr einverstanden!)

Dann werden wir mit Ihnen darüber diskutieren, ob es nicht regionale Bezüge gibt. Das werden wir aus den Landratsämtern herausnehmen und nach oben geben. Wir werden uns mit Ihnen einmal darüber unterhalten, was dann an kommunalen Aufgaben beim Landratsamt überhaupt noch

(Drexler)

übrig bleibt. Wenn wir so weit sind, streiten wir wieder; da sage ich Ihnen die Mitarbeit zu. Insofern haben wir schöne Monate vor uns. Aber wir werden Sie nicht nur kritisch begleiten, sondern wir werden unseren Gegenentwurf darstellen, den wir bereits im Januar vorgestellt haben, der Sie offensichtlich dazu gebracht hat, Ihre Denkweise völlig zu verändern und jetzt auch eine Verwaltungsreform auf den Tisch zu legen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte während der Rede des Kollegen Drexler ein bisschen Sorge, dass er es bei einer Märchenstunde belässt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was? – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie kennen sich ja bei Märchen aus, Herr Pfister!)

Herr Kollege Drexler, ich weiß noch immer nicht, wie Sie auf die wahnwitzige Idee kommen, hier aus irgendwelchen Verlautbarungen herauszulesen, dass beim Vollzug der Verwaltungsreform etwa im Schulbereich, im Bereich der Schulverwaltung, aus 30 Staatlichen Schulämtern erst mal 44 gemacht werden, um sie anschließend tatsächlich – –

(Abg. Drexler SPD: Was machen Sie dann?)

– Ich werde Ihnen sagen, was wir tun werden. Das Prinzip lautet: Vor-Ort-Lösungen. Darauf werde ich nachher zurückkommen.

(Abg. Drexler SPD: Was sind Vor-Ort-Lösungen? Nicht in die Landratsämter? – Unruhe bei der SPD)

– Ich werde nachher darauf zurückkommen, wie wir uns das vorstellen.

Aber, Herr Kollege Drexler, nach dem Schluss Ihrer Rede bin ich versöhnt, denn es ist wahr: Der Gedanke der regionalen Entwicklung muss in Zukunft in der Tat bei allen unseren Diskussionen eine große Rolle spielen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut! – Zurufe von der SPD)

Wir haben sehr darauf geachtet, dass bei der Konzeptionierung dieser Verwaltungsreform der Gedanke der regionalen Weiterentwicklung eine große Rolle spielt. Wir haben das auch schriftlich niedergelegt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wo?)

Wir legen Wert darauf, dass neben der Behördenentwicklung, neben der Eingliederung von Behörden die regionale Entwicklung in der Zukunft eine große Rolle spielen muss. Da haben Sie uns voll auf Ihrer Seite. Damit das klar ist.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich finde es auch sehr gut, dass Sie zum Schluss gesagt haben, dass Sie bereit sind, sich aktiv an der Umsetzung dieser Verwaltungsreform – in welcher Form auch immer – zu beteiligen. Auf dieses Angebot kommen wir gern zurück. Denn eines ist doch klar – und das haben eigentlich alle Reden heute gezeigt –, egal, welchen Weg man gehen will: Dass wir in Baden-Württemberg 30 Jahre nach der großen Gemeinde- und Kreisreform jetzt eine wirklich große Verwaltungsreform brauchen, ist völlig unumstritten, und das war ja auch ein besonderes Anliegen gerade der FDP/DVP hier in Baden-Württemberg. Wir haben ja das Thema Verwaltungsreform zu einem Schwerpunkt unserer Politik gemacht, und wenn ein Kollege – ich weiß nicht mehr, ob es Kollege Drexler war – davon spricht, wir seien von der Initiative des Ministerpräsidenten überrascht oder überrumpelt worden, kann ich, meine Damen und Herren, nur sagen: überrascht vielleicht schon, aber selbstverständlich freudig überrascht. Freudig überrascht!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Freudig überrumpelt!)

Denn die wesentlichen inhaltlichen Punkte, die jetzt in dieser Verwaltungsreformkonzeption enthalten sind, sind von der FDP/DVP ja nicht etwa erst gestern oder vorgestern auf den Weg gebracht worden, sondern waren mindestens seit Herbst vergangenen Jahres Bestandteil liberaler programmatischer Politik in diesem Lande, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb fühle ich mich überhaupt nicht überrumpelt, sondern bin sehr froh, dass der Ministerpräsident diese Initiative ergriffen hat. Ich bedanke mich ausdrücklich für seine Regierungserklärung,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Na ja, eine Erklärung war das ja nicht gerade, Herr Kollege! Eine Darstellung, aber keine Erklärung!)

denn sie enthält, wie gesagt, in wesentlichen Teilen genau das, was die FDP/DVP schon vor einem Jahr als wichtig erkannt hat.

Wichtig ist, dass wir eine Reform auf den Weg bringen, die dazu führt, dass die Landesverwaltung effizienter wird. Sie muss kostengünstiger werden, sie muss dienstleistungsorientiert sein, sie muss vor allen Dingen bürgernah sein. Das sind die wichtigsten Punkte.

Ich glaube eben nicht, dass es erfolgversprechend und realistisch ist, die Landkreise, die in der Vergangenheit gute Arbeit geleistet haben, zunächst einfach kaputtzumachen. Ich glaube nicht, dass es erfolgversprechend ist, die Regierungspräsidien einfach wegzuradiieren und dann zu versuchen, auf einem Trümmerhaufen etwas völlig Neues entstehen zu lassen, meine Damen und Herren. So werden in unserem Lande in der Regel keine Reformen gemacht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sondern?)

Wenn Sie den Regionalkreis jetzt so stark in den Vordergrund stellen, möchte ich Ihnen sagen, dass ich davon über-

(Pfister)

zeugt bin, dass unsere Konzeption, wie wir sie jetzt vorgelegt haben bzw. wie sie der Herr Ministerpräsident vorgelegt hat, zumindest in einem Punkt besser ist als Ihre, denn unsere Konzeption ist bürgernäher.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Sie sind mit Ihren Regionalkreisen weit weg von den Bürgern.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Haben Sie nicht zugehört?)

Wenn Sie die Entfernung zwischen Regionalkreis und Bürger verkürzen wollen, dann können Sie das nur tun, indem Sie die Verwaltungskraft der Gemeinden stärken. Wenn Sie aber an diese Aufgabe herangehen, müssen Sie wissen, dass Sie damit eine neue Gemeindereform provozieren. Und das ist so ziemlich das Letzte, was wir im Augenblick brauchen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Minister Dr. Döring: Genau! – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir brauchen diese Verwaltungsreform, weil sie integrierte Entscheidungen ermöglicht. Jeder Gemeinderat leidet darunter, wenn man bei einem Bauvorhaben sieben verschiedene Sonderbehörden anschieben muss. Nach einem halben Jahr kommen dann die Stellungnahmen dieser Sonderbehörden: Drei davon sind positiv, drei sind negativ, eine ist unentschieden.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Das ganze Konsensverfahren geht dann in die nächste und in die übernächste Runde. Dies kostet Zeit und Geld.

(Minister Dr. Döring: Unsinn! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

In Zukunft wird es anders sein. Es wird so sein, dass wir eine integrierte Entscheidung eines einzigen Amtes bekommen. Das hilft dem Bürger, dem Kreisrat und dem Mittelständler, der nicht mehr so lange auf eine Genehmigung warten muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wir brauchen diese Verwaltungsreform. Hesse hat darauf hingewiesen – das kann man ruhig sagen –, dass nicht nur Baden-Württemberg, sondern Deutschland insgesamt, was die Verwaltung angeht, „übermöbliert“ ist – ich zitiere das –, dass die Verwaltung zu kompliziert geworden ist und überfrachtet ist.

Wir wissen das im Grunde genommen nicht erst seit gestern; aber wir wissen es besonders, seit uns die Steuereinkünfte gewissermaßen auf dieses Problem hingelupft haben. Wir befinden uns jetzt in einer Situation, in der wir sagen müssen, dass wir uns diese Verwaltung, die wir uns 30 Jahre lang geleistet haben, heute und in der Zukunft nicht mehr leisten können.

Selbst wenn es so sein sollte, dass die Steuereinnahmepolitik wieder besser wird, und selbst wenn wir in den nächs-

ten Jahren wieder normale Wachstumsraten hätten – 2,5 oder 3 % –, selbst dann hätten wir nur die Hälfte des Problems unserer Haushalte gelöst. Die andere Hälfte des Problems zu lösen ist unsere eigene Hausaufgabe, die wir machen müssen.

Nun will ich nicht behaupten, dass diese finanzpolitischen Hausaufgaben allein durch eine Verwaltungsreform erledigt werden können. Aber ohne eine durchgreifende Verwaltungsreform haben wir keine Chance, meine Damen und Herren, in der Zukunft finanzpolitisch wieder auf einen grünen Zweig zu kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wie wollen Sie das bei 52 % Personalkosten, direkten und indirekten Personalkosten, denn anders machen?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Die fallen durch die Reform nicht weg!)

Das können Sie nur in den Griff kriegen, wenn Sie die Verwaltung verschlanken. Wie wollen Sie das denn angesichts der Pensionskostenlawine, die vor uns liegt, sonst angehen? Wie, meine Damen und Herren, Herr Oelmayer, wollen Sie das Thema Pensionen in der Zukunft in den Griff bekommen? Wie wollen Sie das Thema „Pensionskosten und Pensionslawine“ in den Griff bekommen? Soll ich Ihnen sagen, was zumindest ein ganz wichtiger Ansatzpunkt wäre?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ich bin gespannt!)

Der Badische Notarverein schrieb uns am 2. Mai dieses Jahres – ich will daraus nur zwei Sätze zitieren –:

Der Badische Notarverein e. V., die Landesvertretung der badischen Notare, hat dem Land angeboten, das Notariat in die eigene Trägerschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu übernehmen und hierbei sämtliche Altlasten (Pensionsansprüche) zu tragen. Diese Modalität würde das Land von ca. 600 Personalstellen und von den Versorgungsanwartschaften entlasten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So gehts!)

Meine Damen und Herren, so macht man Reformpolitik, und so leistet man einen Beitrag dazu, dass uns die Pensionslasten nicht über den Kopf wachsen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Da bin ich mal gespannt! Wo kommen dann die 60 Millionen her, Herr Pfister?)

Ich bin nicht überrascht, dass Herr Kollege Kretschmann und Herr Kollege Drexler uns nicht gelobt haben; das hätte ich auch gar nicht erwartet.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Wo ist denn Herr Drexler?)

Aber vielleicht ist es auch sinnvoll, darauf hinzuweisen: Die Hauptbetroffenen, die Hauptansprechpartner bei dieser ganzen Diskussion über die Verwaltungsreform haben wir auf unserer Seite. Es sind die kommunalen Landesverbände, die zu diesem Konzept Ja sagen. Es sind die kommunalen Lan-

(Pfister)

desverbände, die diese Reform begrüßen und die darauf hinweisen, dass das, was wir jetzt tun, im Grunde identisch mit dem ist, was die kommunalen Landesverbände zu Beginn dieser Legislaturperiode an Erwartungshaltung gegenüber der Politik formuliert haben.

Der Gemeindetag – nicht der Landkreistag, sondern der Gemeindetag – schreibt – auch hier will ich aus einem aktuellen Schreiben zitieren –:

Der Gemeindetag anerkennt, dass die von der Landesregierung beabsichtigte Verwaltungsreform in Baden-Württemberg in ihren Grundzügen den lange vorgetragenen Forderungen der kommunalen Landesverbände zur Verwaltungsreform und zur regionalen Entwicklung in vielen Teilen entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Von regional steht gar nichts drin!)

Und jetzt sage ich Ihnen dazu: Das ist richtig. Ich halte dies auch für eine gute Stellungnahme. Aber wenn wir schon über Effizienzrendite sprechen und wenn wir uns dieses ehrgeizige Ziel von 20 % vorgenommen haben – wirklich ehrgeizig, aber aus meiner Sicht auch erreichbar –, dann werden wir das dadurch schaffen, dass wir diese Verwaltungsreform durchführen. Aber wir werden diese Verwaltungsreform nur schaffen, wenn zu den Synergieeffekten, die sich durch eine Verwaltungsreform ergeben – etwa beim Fuhrpark, bei der EDV oder bei den allgemeinen Verwaltungsaufgaben –, auch noch eine ordentliche und klare Aufgabenkritik hinzutritt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die muss doch vorher kommen! – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP: Von euch kam nichts!)

Der Ministerpräsident hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Aufgabenkritik kommen muss, und er hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass wir auch eine Reduzierung von öffentlichen Aufgaben brauchen, um diese 20 % zu erreichen. Das kann man auch dadurch machen, dass bestimmte Aufgaben nach außen verlagert werden. Das Land Baden-Württemberg ist, wenn ich es recht weiß, eines der ganz wenigen Länder, die die staatliche Hochbauverwaltung in staatlicher Regie betreiben. Andere Bundesländer haben das längst anders organisiert –

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

ein Hinweis darauf, dass wir das auch in Baden-Württemberg anders machen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist doch nicht der Punkt!)

Herr Kollege Drexler, ich erwarte nicht von Ihnen, dass Sie in den befürwortenden Chor der kommunalen Landesverbände einstimmen. Ich erwarte nicht von Ihnen, dass Sie, wie es etwa Ihr Genosse, der Oberbürgermeister in Ulm, getan hat,

(Abg. Drexler SPD: Das mag ja sein!)

von den Regionalkreisen Abstand nehmen. Ich erwarte nicht von Ihnen, dass Sie den Oberbürgermeister in Mann-

heim kritisieren, der nichts, aber auch gar nichts von den Regionalkreisen hält.

(Abg. Drexler SPD: Aber auch nichts von den 20 %!)

Das erwarte ich nicht von Ihnen. Aber ich hätte ein bisschen mehr von Ihnen erwartet, als dass Sie hier bei diesem großen Wurf nur von Stückwerk,

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch Stückwerk!)

nur von Kleinkram, nur von Verschiebehahnhof sprechen. Dies ist eine größere Reform.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt warten wir mal ab, was dabei herauskommt!)

Hier wird eines auch ganz deutlich: Politik ist nicht nur Beschreibung der Wirklichkeit, sondern Politik heißt eben auch Änderung, heißt aktives Tun.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt warten wir ab!)

An dieser Stelle zeigt sich wieder einmal: Die Opposition theoretisiert und schwätzt, und diese Regierung handelt. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Und Sie wollen staatliche Gewalt privatisieren!)

Wir werden diese Reform auf den Weg bringen. Der Ministerpräsident hat den Fahrplan genannt: Spätestens zum 1. Januar 2005 wird es so weit sein.

Aber Sie haben natürlich völlig Recht: Wir dürfen –

(Abg. Drexler SPD: Schon wieder?)

– Wenn ich Sie lobe, Herr Drexler, will ich Sie auch loben.

(Abg. Drexler SPD: Ich weiß es! Ich merke es mir auch!)

– Ja, natürlich. Ich lege großen Wert darauf: Nicht nur die liberalen Ideengeber und die anderen, die diese Verwaltungsreform wollen,

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

sondern das gesamte Parlament muss an dieser Aufgabe teilnehmen. Wir wollen, dass das Parlament am Vollzug dieser Verwaltungsreform beteiligt wird. Wir wollen, dass die Gesetze, die dazu notwendig sind – das kann auch gar nicht anders sein –, in aller Ruhe, aber mit Entschiedenheit hier diskutiert werden. Wir müssen die Diskussion im Parlament führen. Wir müssen die Diskussion mit den kommunalen Landesverbänden führen, mit dem öffentlichen Dienst, mit den Personalvertretungen, mit den Gewerkschaften, mit den Berufsverbänden. Und ich rate ausdrücklich noch dazu, Herr Ministerpräsident: Wir sollten – Sie haben das dankenswerterweise angesprochen – auch bei der Umsetzung auf den Rat der vielen Wissenschaftler und der vielen Gutachter hören, die diesen Prozess in der Vergangenheit begleitet haben. Sie sollten ihn jetzt aber auch beim Vollzug tatsächlich begleiten. Ich glaube, wir dürfen und

(Pfister)

sollten es uns nicht erlauben, auf den Rat dieser Wissenschaftler und Gutachter zu verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich will nur einige Punkte ansprechen, von denen ich glaube, dass sie beim Vollzug jetzt von Bedeutung sein werden.

Der erste Punkt ist die Frage: Wie hat man bei der Eingliederung in die oberen und die unteren Landesbehörden vorzugehen? Mein Schlüsselwort ist Vor-Ort-Lösung

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was ist denn das?)

sowohl bei den Regierungspräsidien als auch bei den Landratsämtern. Nirgendwo steht geschrieben, dass ein bisheriges Landesamt bei der Eingliederung geviertelt oder halbiert werden soll

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Dann sind Sie bei einer regionalen Struktur!)

und dann in die Regierungspräsidien eingegliedert werden soll. Das steht nirgendwo geschrieben. Es ist auch sehr wohl denkbar – und dafür gibt es viele Beispiele –, dass ein Amt bei einem Regierungspräsidium angedockt wird und damit Verantwortung für das ganze Land übernimmt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

Ich halte es auch auf Sicht gesehen für durchaus denkbar, dass aus den bisher vier Oberschulämtern, die wir jetzt noch haben und die wir vielleicht auch noch brauchen, im Laufe der Zeit zwei Oberschulämter werden, die dann angedockt werden. Auch das halte ich für möglich.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

Aber überlassen wir das doch dem Prozess der zukünftigen Entscheidung. Wenn ich von „andocken“, von „Vor-Ort-Lösung bei den Regierungspräsidien“ rede, dann gilt dies ausdrücklich auch für die Landratsämter.

Ich habe das Thema Schulverwaltung angesprochen. Ich hielte es für ein Ding der Unmöglichkeit, wenn wir jetzt aus den 30 Schulämtern, die wir im Augenblick haben, erst mal 44 machen würden,

(Zuruf: 50!)

sodass jedes Landratsamt ein Schulämte hätte.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Das kann es nicht sein.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wie wollen Sie es dann machen? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie dann?)

Es wird in der Zukunft nach meiner Vorstellung, Frau Kollegin Kipfer, so sein, dass die Oberschulämter die Verwaltungsaufgaben im Grunde komplett zu übernehmen haben werden.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Zu dem, was unten stattfindet: Die bisherigen Schulämter, die jetzt integriert werden, werden im Grunde von Verwaltungsaufgaben entlastet werden können. Das werden pädagogische Dienstleistungszentren sein, die insbesondere bei der Beratung, beim Coaching der Lehrer tätig sein werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann haben wir eine vernünftige Aufgabenteilung.

(Abg. Drexler SPD: Und dann? Wo sind sie? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Und das im Landratsamt? – Abg. Drexler SPD: Und das im Landratsamt dann aufgeteilt? Jedes Landratsamt?)

Dann kommt hinzu, dass solche Zentren nicht in jedem Landratsamt eingegliedert sein müssen. Es ist doch durchaus denkbar, dass ein solches pädagogisches Dienstleistungszentrum beispielsweise für zwei Landkreise tätig ist.

(Abg. Drexler SPD: Also für eine Region! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

– Entschuldigung, das ist doch jederzeit möglich.

(Abg. Drexler SPD: Ein Regionalamt beim Landratsamt!)

Ich möchte jedenfalls nicht, dass zum Beispiel Straßenbauämter zerstückelt und dann aufgeteilt werden, sondern ich möchte, dass auch bei den Landratsämtern über dieses Vor-Ort-Prinzip so weit wie möglich

(Abg. Drexler SPD: Was machen Sie dann mit dem Landesdenkmalamt?)

tatsächlich eine entsprechende untere Sonderbehörde angedockt wird.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Abg. Pfister FDP/DVP: Bitte.

Abg. Drexler SPD: Was machen Sie denn mit dem Landesdenkmalamt, Herr Kollege? Da gibt es eines.

(Abg. Seimetz CDU: Vor-Ort-Lösung!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Das Landesdenkmalamt ist im Augenblick noch eine schwierige Kiste; das gebe ich Ihnen gerne zu. Das hängt übrigens auch mit Esslingen zusammen; das wissen Sie.

(Abg. Drexler SPD: Deswegen frage ich! Weil wir gerade ein tolles Gebäude saniert haben!)

– Ja, ich kenne dieses Problem. Ich will mich dazu jetzt – verzeihen Sie – nicht abschließend äußern. Dieses Thema muss noch im Einzelnen besprochen werden.

(Unruhe)

Ich will noch etwas anderes sagen. Ich will das wiederholen, was der Kollege Oettinger gesagt hat: dass es bei dieser Reform eigentlich keine Verlierer geben darf und dass die

(Pfister)

eigentlichen Reformgewinner die Bürger sind, weil sie bürgernahe und integrierte Entscheidungen erhalten.

Wenn aber die Landratsämter die Gewinner der Reform sind – und das kann man ja durchaus so sagen –, dann will ich an diese appellieren und sagen, dass die Gewinner der Reform jetzt natürlich auch ein Stück weit gefordert sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

Sie sind gefordert, die Profilbildung, von der ich gesprochen habe, vorzunehmen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Sie sind gefordert, die Arbeitsteilung, von der ich gesprochen habe, vorzunehmen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Sie sind auch gefordert, eine Kooperation zwischen den Landratsämtern vorzunehmen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

Das erwarte ich von den Landratsämtern.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das muss man auch erwarten! Sonst klappt es nicht!)

Ich glaube, dass auf diese Art und Weise das Vor-Ort-Prinzip, von dem ich gesprochen habe, sehr wohl realisiert werden kann.

Ich will den nächsten Punkt ansprechen, von dem mir wichtig erscheint, dass er zumindest angesprochen wird. Das betrifft die Forstämter. Wir sind uns darüber einig, dass die hoheitliche Funktion der Forstämter natürlich in die Regierungspräsidien, zum Teil auch in die Landratsämter integriert werden kann. Aber man muss dabei natürlich wissen, dass sich die Forstämter vor Ort in allererster Linie mit betriebswirtschaftlichen Entscheidungen zu beschäftigen haben.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Sie betreiben Vermögensverwaltung, tätigen Holzeinkauf, bestimmen über Holzeinschlag,

(Zuruf: Körperschaftswald!)

verkaufen dieses Holz. Sie treffen also betriebswirtschaftliche Entscheidungen.

Ich bitte, zumindest einmal darüber nachzudenken, ob es in diesem Bereich nicht sinnvoll wäre,

(Abg. Drexler SPD: Eine AG!)

statt eine Eingliederung vorzunehmen einen Landesbetrieb für Forsten zu bilden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Österreich hat eine GmbH!)

Ich habe weiter die Großen Kreisstädte angesprochen. Wir sind sehr dafür, dass die Übertragung von Aufgaben auf die

Großen Kreisstädte fortgesetzt wird; die muss kommen – übrigens auch auf die Verwaltungsgemeinschaften. Das kann auch weiter gehen. Diesen Kommunalisierungsprozess wollen wir fortsetzen. Die Beispiele sind genannt worden. Warum muss der Führerschein unbedingt vom Landratsamt ausgestellt werden? Er kann selbstverständlich auch irgendwo anders ausgestellt werden. Gleiches gilt für andere Aufgaben. Wir warten hier auf Vorschläge, aber wir sagen Ihnen zu, für Vorschläge zur Kommunalisierung von Aufgaben offen zu sein. Wir sind sehr daran interessiert, dass die Kommunalisierung weitergeführt wird.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Warum sollen dann Regionalkreise bürgerfern sein?)

Wer von Kommunalisierung spricht, der spricht auch von Subsidiarität. Beide Begriffe – Subsidiarität und Kommunalisierung – sind in diesem Zusammenhang ganz richtig.

Ein Wort zu den Landeswohlfahrtsverbänden. Kollege Oettinger hat den Finanzausgleich angesprochen. Ich möchte hierzu nur Folgendes sagen: Völlig unabhängig davon, wie es jetzt mit den Landeswohlfahrtsverbänden weitergeht, egal, ob wir beim Status quo bleiben, ob wir fusionieren oder die Landeswohlfahrtsverbände auflösen und in die Landkreise integrieren: Das Entscheidende wird sein, dass wir die enorme Belastung von den Landeswohlfahrtsverbänden herunternehmen müssen. Das Entscheidende wird nicht die Organisationsform sein – bei dieser Frage bin ich offen –, sondern das Entscheidende wird sein, dass die Leistungsgesetze geändert werden. Zum Beispiel sind in der Zwischenzeit die Eingliederungshilfen für Behinderte so zulasten der Landeswohlfahrtsverbände geändert worden, dass deren finanzielle Belastung so hoch ist, dass die Probleme nicht allein durch eine Organisationsreform gelöst werden können. Wenn wir also Entlastungen für die Landeswohlfahrtsverbände erreichen wollen, dann müssen zum Beispiel auch die Leistungsgesetze, die ja in allererster Linie vom Bund kommen, angeschaut und geändert werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Weiter ist das beliebte Thema Ministerien noch angesprochen worden. Ich bin selbstverständlich damit einverstanden – dazu sind auch Beispiele genannt worden –, dass Abteilungen und Referate in den Ministerien gestrichen werden. Ich sage aber ganz eindeutig und klar: Die Frage, wie viele Ministerien es im Land geben soll, wird logischerweise erst im Jahre 2006 anstehen. Wir haben für diese Legislaturperiode eine Entscheidung getroffen. Dies hindert mich aber nicht, bereits heute darauf hinzuweisen – und zwar völlig unabhängig von Interessen, völlig unabhängig von handelnden Personen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

von Parteien oder auch von Fraktionen

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

oder auch von der Frage, wer wie viel bekommt –, dass das Thema „Reduktion der Zahl von Ministerien“ aus unserer Sicht auf der Tagesordnung bleiben muss.

(Pfister)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:
Und warum stellen Sie es jetzt nicht?)

– Herr Kollege Drexler, das wissen Sie doch ganz genau:
Unter Koalitionspartnern macht man zu Beginn einer Legis-
laturperiode einen Vertrag.

(Abg. Kretschmann GRÜNE und Abg. Drexler
SPD: Den können Sie doch ändern!)

Dieser Vertrag wird selbstverständlich eingehalten. Aber er
wird natürlich im Jahr 2006 – je nach Wahlergebnis, je
nach Situation – neu auf den Prüfstand gestellt. Ich sage
nur: Das Thema „Zahl der Ministerien“ darf nicht von der
Tagesordnung verschwinden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gut!)

Zur Verwaltungsreform gehört auch die Reform der Justiz-
verwaltung.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Ich danke der Frau Justizministerin sehr, die in dieser Frage
einen, wie ich glaube, sehr mutigen und weit greifenden
Entwurf vorgelegt hat. Ich begrüße das ausdrücklich.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Mutig ist das nicht,
höchstens inkonsequent!)

Auch hier gilt: Sie hat aus meiner Sicht, soweit ich das ver-
folgen konnte, mit Ausnahme der Opposition fast nur posi-
tive Reaktionen erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:
Die CDU-Fraktion!)

– Von den Verbänden, meine ich jetzt.

(Abg. Drexler SPD: Von den Verbänden! – Glocke
des Präsidenten)

Stelly. Präsident Birzele: Herr Kollege Pfister, dazu haben
sich gleich zwei Abgeordnete zu Zwischenfragen gemeldet.

Abg. Pfister FDP/DVP: Bitte.

Stelly. Präsident Birzele: Herr Kollege Kretschmann und
dann Herr Kollege Drexler.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Pfister, der Mi-
nisterpräsident hat heute ausgeführt, dass der Effizienzge-
winn seiner so genannten großen Verwaltungsreform ca.
100 Millionen € betragen soll. Die Umsetzung des Reform-
entwurfs Ihrer Ministerin kostet aber 60 bis 70 Millionen €. Ich
meine, das ist doch irgendwie nicht sehr sinnig. Oder?

Abg. Pfister FDP/DVP: Was ist Ihre Frage?

(Abg. Drexler SPD: Ob das sinnvoll ist!)

Ob das sinnvoll ist?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Für die Privatisierung der
Notariate gibt sie 70 Millionen € aus. Das heißt, eine tolle
Idee Ihrer Ministerin kostet 70 % des Effizienzgewinns der

ganzen Verwaltungsreform. Das ist doch wohl ein Witz,
oder?

(Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen)

Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt müssen Sie wissen, Herr Kol-
lege Drexler, dass wir das einzige Bundesland sind – –

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Direkt noch dazu?

(Abg. Drexler SPD: Nein! Ich habe mich noch gar
nicht zu Wort gemeldet, weil der Herr Kollege
Kretschmann seine Zwischenfrage gestellt hat!)

– Ach so. – Herr Kollege Kretschmann, Sie wissen, dass
wir das einzige Bundesland in der Bundesrepublik Deutsch-
land mit dieser besonderen Form des Notariatswesens sind.
In anderen Bundesländern gibt es ja diese freien Notare.

Jetzt müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen: Na-
türlich ist es schön, dass wir diese 60 Millionen € da kassie-
ren. Wir kassieren sie übrigens auch für den Landeshaus-
halt.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Aber Sie wissen doch ganz genau und Ihr Kollege Oelma-
yer weiß es auch ganz genau, dass es eine europäische
Rechtsprechung gibt, die zunehmend darauf abhebt, dass
bei dieser Gebührengeschichte bestenfalls kostendeckende
Gebühren erhoben werden dürfen, sodass es in der Zukunft
eben nicht mehr möglich sein wird, dass Gebühreneinnah-
men dem allgemeinen Landeshaushalt zugeführt werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg.
Drexler SPD)

Dieses Schwert schwebt über uns. Ich sage Ihnen voraus:
Es wird nicht mehr lange dauern, bis Sie dieses Thema Ge-
bühren überhaupt nicht mehr als Argument gegen die freien
Notare anführen können.

(Abg. Drexler SPD: Warten wir ab! – Abg. Oel-
mayer GRÜNE: Wo kommt es denn dann her, das
Geld? – Weitere Zurufe)

Tatsache ist aber unabhängig davon, dass die badischen
Notarvereine – die habe ich bereits genannt –

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grü-
nen – Abg. Drexler SPD: Das ist ja wohl klar!)

und auch der Deutsche Notarverein dies alles selbstver-
ständlich positiv sehen. Das gilt übrigens auch für die Über-
tragung der Handels- und Genossenschaftsregister an die
Industrie- und Handelskammern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist jetzt neu; wir konnten das in der Vergangenheit
nicht machen. Erst seitdem Frau Zypries angekündigt hat,
dass sie in Berlin eine Öffnungsklausel verabschiedet wird,
um uns das zu ermöglichen, können wir diese Handelsregis-
ter an die Industrie- und Handelskammern übertragen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

(Pfister)

Aber entscheidend ist doch: Es ist ein richtiger Weg, dass wir diese Handelsregister an die Industrie- und Handelskammern übertragen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Was ist daran denn richtig?)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Pfister, Kollege Drexler.

Abg. Drexler SPD: Die Frage mit den 70 Millionen € und den 100 Millionen € ist noch nicht beantwortet.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die werden nicht mehr da sein!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe es Ihnen gesagt, Herr Drexler: Wir werden diese 70 Millionen €, auf Sicht gesehen, überhaupt nicht mehr erheben dürfen.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt warten wir mal ab! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum wollen Sie sie dann jetzt schon weggeben?)

Das ist der Punkt, um den es dann geht.

Die anderen Punkte sind genannt worden: die Bündelung und Konzentration von Aufgaben und Standorten. Das wird Ärger mit den Standortgemeinden geben. Das wird auch mit den Abgeordneten Ärger geben. Aber wenn man eine dauerhafte Entlastung des Landeshaushalts auch im Personalkostenbereich will, dann muss man das eben durchstehen. Ich weise darauf hin, dass wir nach wie vor der Meinung sind, dass ein Rechtspflegeministerium geschaffen werden soll, das heißt, dass die Arbeitsgerichtsbarkeit eigentlich zum Justizministerium gehört.

Ich will zusammenfassend nur sagen: Über das eine oder andere wird man sich in den nächsten Wochen selbstverständlich noch zu unterhalten haben. Aber ich bin – auch nach den Stellungnahmen des Herrn Ministerpräsidenten und des Kollegen Oettinger – sehr zuversichtlich, dass wir uns ebenso schnell über eine Reform des Justizwesens in Baden-Württemberg einigen können, wie das bei der Verwaltungsreform der Fall war. Ihnen, Frau Ministerin, gilt mein ausdrücklicher Dank für den mutigen Entwurf, den Sie vorgelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Professor Hesse hat in seinem Gutachten nicht nur Vorschläge zur Integration und zur Neuordnung von Behörden gemacht, sondern er hat auch Vorschläge dazu gemacht, wie die Bundesländer untereinander zu länderübergreifenden Kooperationen kommen können, etwa im Bereich des Verkehrswesens und des Polizeiwesens, im Umweltbereich, zum Teil bei der Gerichtsbarkeit oder wenn es insgesamt um die Bündelung von Förderungspolitiken geht.

Die Zusammenarbeit unter den Bundesländern in diesen Fragen hat bis jetzt in der Reformdiskussion noch keine Rolle gespielt. Ich halte sie für hochinteressant, weil auf diese Art und Weise ein Stück weit Föderalismusreform durch Kooperation betrieben werden kann. Ich kündige Ihnen deshalb an, dass wir diesen Teil des Gutachtens von

Professor Hesse zu geeigneter Zeit auf den Tisch bringen werden. Ich halte das um des Effizienzgewinns willen für interessant, aber auch, wie gesagt, im Hinblick auf die Frage, wie die Föderalismusreform in Baden-Württemberg, im Bund und in den anderen Bundesländern vorangebracht werden kann.

Meine Damen und Herren, insgesamt haben wir großes Interesse daran, zusammen mit dem gesamten Parlament – das Angebot steht – am Vollzug beteiligt zu werden. Wir meinen, dass ein guter, ein mutiger, ein weitreichender Entwurf auf den Weg gebracht worden ist. Wir sind auch – ich will das noch einmal sagen – sehr zufrieden damit, dass sich liberale Positionen in ihm wiederfinden.

Wir begrüßen deshalb die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten ausdrücklich und unterstützen sie. Wir laden die Opposition ausdrücklich ein, sich an dem Vollzug zu beteiligen, wollen aber auch keinen Zweifel daran lassen, dass CDU und FDP/DVP die Reform wollen und jetzt sehr mutig darangehen werden, sie durchzusetzen. Das ist wichtig für unser Land und auch deshalb wichtig, damit wir auch in der Zukunft Spitze in der Bundesrepublik Deutschland sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Ministerpräsident Teufel.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst bei den beiden Herren Fraktionsvorsitzenden Günther Oettinger und Ernst Pfister für die Ergänzung und für die Begründung der großen Verwaltungsreform bedanken, die sie in den Debattenbeiträgen für ihre Fraktionen vorgenommen haben. Ich möchte mich bei beiden Fraktionen dafür bedanken, dass sie bereit sind, das Konzept geschlossen durchzutragen. Wenn wir auch nur einen Stein herausbrechen würden, würde das ganze Gebäude ins Rutschen kommen. Deswegen haben wir eine gewaltige Aufgabe vor uns; aber wir werden sie bewältigen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Herr Kollege Kretschmann, Sie kritisieren zunächst das Verfahren. Man kann ja im Augenblick in Deutschland sehr gut beobachten, wohin ein alternatives Verfahren führt,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Zu Diskussionen!)

ein Verfahren, das nur die Bildung von Kommission beinhaltet. 50 Kommissionen hat Rot-Grün zustande gebracht, seit SPD und Grüne in Berlin zusammen regieren – 50 Kommissionen! Was aber ist in den letzten zwei Jahren der vergangenen Legislaturperiode und in den ersten Monaten dieser Legislaturperiode an Reformen herausgekommen?

Demokratie darf sich nicht nur als diskussionsfähig erweisen, Demokratie muss sich auch als entscheidungsfähig erweisen. Ich glaube, das ist ein entscheidender Punkt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

Ich möchte nicht Thukydides zitieren. Aber ich möchte zwei Franzosen mit zwei ganz und gar unterschiedlichen Aussagen über politische Führung zitieren. Ich schließe mich nur einem der beiden Zitate an. Das eine Zitat stammt von Talleyrand und lautet: „Dort geht mein Volk, ich muss ihm hinterher, ich bin sein Führer.“ Das andere Zitat stammt von Raymond Aron. Er sagt: „Demokratie ist kontrollierte Führung.“ Diesem Zitat schließe ich mich an.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Demokratie funktioniert nicht ohne Führung. Aber Demokratie funktioniert auch nicht ohne tägliche Kontrolle durch die Medien, durch eine freie Presse, durch die Bürger, durch ihre gewählten Repräsentanten und ohne eine Totalkontrolle durch Wahlen alle vier oder fünf Jahre. Aber Demokratie muss auch Führung zeigen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Direktwahl des Landrats!)

Meine Damen und Herren, das, was Sie als Alternative vorschlagen, nämlich die Einsetzung einer Enquetekommission, nenne ich Berliner Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis!)

Sie führt in den totalen Reformstau in zentralen Bereichen, weil man nur in der Lage ist, neue Kommissionen und Enquetekommissionen einzusetzen. Man ist aber nicht mehr in der Lage, zu entscheiden und zu handeln. Das sehen wir sehr genau.

Baden-Württemberg muss sich davon in all den Bereichen unterscheiden, in denen wir selbst kompetent sind. Dort müssen wir handeln und dürfen nicht Kommissionen einsetzen.

Das Zweite: Beide Redner der Opposition sagen, ich hätte nichts zu den Regionen und zur Region Stuttgart gesagt. Wenn Sie Kraut und Rüben durcheinander werfen, muss ich das noch lange nicht auch tun.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Die Regionen sind keine Verwaltungsebene, sondern eine Planungsebene.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Wir haben eine Dreigliedrigkeit der Verwaltung – untere Verwaltungsbehörden, obere Verwaltungsbehörden, oberste Verwaltungsbehörden –, und wir haben eine Dreigliedrigkeit der Planung: das Land mit der Landesplanung, die Region mit der Regionalplanung und die Gemeinde mit der Bauleitplanung, dem Flächennutzungsplan und dem Bebauungsplan.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Können Sie auch etwas zu Stuttgart sagen?)

Nur weil Sie das dauernd durcheinander werfen und weil Sie den Regionen Verwaltungsaufgaben übertragen wollen,

was wir ausdrücklich nicht wollen, weil wir dann zu einer Vierstufigkeit der Verwaltung kämen, nur deshalb –

(Zurufe von den Grünen)

– Bitte verstehen Sie das einmal. Wenn man über das Thema reden will, muss man sich zunächst einmal damit befassen und dann die Begriffe definieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Da ich heute über die Verwaltungsreform gesprochen habe, konnte ich unter der Überschrift „Verwaltungsreform“ nicht über die Regionen sprechen.

(Abg. Schmid SPD: Aber über Europa! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Aber über die Region Stuttgart und über die Regionen gibt es einen Passus in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung, die vor zwei Jahren zu Beginn dieser Legislaturperiode abgegeben wurde.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Gehen Sie davon aus, dass die Koalitionspartner in vollem Einvernehmen alles, was wir uns gemeinsam vorgenommen haben, Punkt für Punkt abarbeiten. Dazu gehört die Aussage: Wir wollen einmal Erfahrungen mit dem sammeln,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

was wir für die Region Stuttgart ganz am Ende der letzten Legislaturperiode durch Gesetz beschlossen haben. Anschließend wollen wir diese Erfahrungen auswerten und Folgerungen daraus ziehen. Die Gespräche über Auswertung und Folgerungen sind bereits aufgenommen worden. Man kann aber nicht in den letzten Wochen einer Legislaturperiode ein Gesetz über die Regionen ändern und es in den ersten Monaten der neuen Legislaturperiode schon wieder ändern. Das wäre Politik, wie wir sie auch von Berlin her kennen: Der Geselle sagt zum Schuhmachermeister: „Meister, die Schuhe sind fertig. Sollen wir gleich mit Flickern beginnen?“

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Das ist nicht unsere Politik. Unsere Politik ist vielmehr Kontinuität, Verlässlichkeit, Berechenbarkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der nächste Punkt bezog sich auf die Polizei. Diesen Punkt handle ich nachher ab, wenn ich auf den Diskussionsbeitrag von Herrn Drexler eingehe.

Die Effizienzrendite – das Thema könnte ich bei beiden abhandeln – von 20 % sei illusionär, wurde hier gesagt. Dann ist noch gesagt worden – das habe ich auch da und dort gehört –, wenn es das Land für möglich halte, dass 20 % erbracht werden könnten, solle es das doch selber tun und solle nicht von den Kommunen das, was es selber nicht zustande gebracht habe, verlangen.

(Ministerpräsident Teufel)

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das funktioniert natürlich nicht!)

Man sollte schon ein bisschen bei der Logik bleiben. Dort, wo das Land zuständig ist, bei den Regierungspräsidien, haben wir nicht nur 20 %, sondern 32 % abgebaut. Dort, wo wir in die Regierungspräsidien eingliedern, sagen wir, dass wir selber dafür sorgen, dass die 20 % erbracht werden. Dort, wo wir in die Landratsämter eingliedern, können wir es ja nicht selber erbringen, weil wir nachher gar keinen Einfluss mehr darauf haben, sondern müssen die Voraussetzungen schaffen, die Rahmenbedingungen so gestalten, dass dies erbracht werden kann. Wir haben nachgewiesen, dass dies möglich ist. Die 100 Millionen €, von denen ich gesprochen habe, sind nicht gegriffen. Sie sind eine untere Grenze und netto gerechnet; das sage ich ausdrücklich. Ich bin überzeugt, es kommt mehr heraus.

Ich bin dem Kollegen Drexler dankbar, dass er, als er die Möglichkeit des Abbaus um 20 % kritisiert hat, wenigstens hinzugefügt hat, dass wir gesagt haben, dass wir im Schnitt und im Ergebnis 20 %

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

herausbringen müssen und wollen. Es kann sehr wohl sein, dass die Einsparung in einem einzelnen Bereich der Eingliederung unter 20 % liegt

(Abg. Pfister FDP/DVP: Polizei zum Beispiel!)

und in einem anderer Bereich der Eingliederung über 20 % beträgt. Das ist genau unsere Meinung: Nicht jeder Bereich wird exakt 20,0 % erbringen.

Dann haben Sie gesagt, wir würden unsere Machtstrukturen durch diese Reform festigen. Das finde ich nun allerdings sehr komisch.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat das gesagt?)

Ich muss sagen, bei uns in der CDU hat es immer Leute gegeben, die gesagt haben: Der Staat darf sich doch aus der Fläche nicht völlig zurückziehen. Jetzt begeben wir uns zu einem beachtlichen Teil der direkten Einflussmöglichkeit – wir behalten die Fachaufsicht – und geben die Aufgaben als weisungsgebundene Pflichtaufgaben hinunter, so wie es in § 2 Abs. 3 der Gemeindeordnung ausdrücklich als Möglichkeit vorgesehen ist. Jetzt soll mir mal einer sagen, wie wir dadurch unsere Machtstrukturen festigen, wenn wir Aufgaben in die Verantwortung der unteren Ebenen geben. Genau das Gegenteil machen wir.

Herr Kollege Kretschmann, Sie sagen, ich hätte das Parlament desavouiert; die zweite Reform sei noch im Landtag diskutiert worden. Ich war bei der zweiten Reform, also bei der Gemeindereform, dabei. Da ist es doch ganz genauso gemacht worden wie jetzt, dass die Regierung ein Konzept erarbeitet hat und dieses Konzept zunächst einmal im Rohentwurf im Landtag diskutiert worden ist wie heute und dann die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht hat, der im normalen Gesetzgebungsverfahren in den Ausschüssen und im Plenum des Landtags behandelt worden ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wie soll es denn anders sein?)

Was ist denn jetzt im Verfahren anders als damals? Das ist doch das normale Verfahren.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das ist nicht das Konzept der Regierung, sondern das Konzept des Ministerpräsidenten und des Staatsministers!)

Dass Sie dem Regionalkreis nachtrauern, kann ich ja irgendwie verstehen; denn mit dieser Verwaltungsreform ist der natürlich endgültig verabschiedet. Schauen Sie, ich habe einmal errechnet: Beim SPD-Vorschlag, den die SPD erfreulicherweise heute gar nicht mehr gebracht hat, in dem acht Regionalkreise vorgesehen waren – Sie, Herr Kretschmann, haben zwölf vorgeschlagen –, würde ein Regionalkreis im Schnitt 140 Gemeinden mit über 1 Million Einwohnern umfassen. Er wäre

(Abg. Pfister FDP/DVP: Grauenhaft!)

achtmal so groß wie ein Landtagswahlkreis.

(Abg. Drexler SPD: Ja und? – Abg. Birgit Kipfer SPD: Wovor haben Sie denn Angst? – Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Wenn Sie jetzt davon sprechen – nicht heute, aber in der Diskussion, wie ich gelesen habe –, die neu entstehenden Landratsämter seien Mammutbehörden, dann kann ich nur sagen: Das sind niedliche Behörden gegenüber dem, was Sie schaffen würden, wenn Sie Regionalkreise schafften. Regionalkreise wären wirklich Mammutbehörden im Land Baden-Württemberg, die zu unserem Land und seinen Bürgern in keiner Weise passen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Mammutbehörden!)

Herr Kretschmann, Sie sagen, das sei von der Größe her überholt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das würde ich bei 119 der 120 Abgeordneten noch verstehen, wenn sie das sagten; aber bei Ihnen, der Sie immer in den Strukturen für Klein-Klein eintreten, verstehe ich es nicht. Da sind Sie mir übrigens nahe verwandt.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wurzeldemokratie!)

Dass ausgerechnet Sie sagen, man bräuchte größere Kreise, und das in einem Land, in dem wir in der Fläche die zweitgrößten Kreise in Deutschland haben, ist unverständlich. Es gibt in Deutschland nur noch in Nordrhein-Westfalen größere Kreise, und dass in Nordrhein-Westfalen bei einer ganz anderen Bevölkerungsdichte sehr viel schneller 300 000 und 400 000 Einwohner auf einer kürzeren Entfernung zusammenkommen als bei uns in der Fläche Baden-Württembergs, versteht sich von selbst.

Also der Regionalkreis ist wirklich keine Alternative. Ich kann nur sagen: Wir haben gegen Ihre Vorstellungen vom Regionalkreis, indem wir uns für die jetzigen Kreise und Gemeinden eingesetzt haben, auch eine Landtagswahl nach der anderen gewonnen. Die Bürger in Baden-Württemberg stehen ganz gewiss nicht hinter dem Regionalkreis.

(Ministerpräsident Teufel)

Herr Kollege Kretschmann, ich kann es mir nicht versagen, zu erklären: Gemessen an allen Äußerungen, die ich zur Subsidiarität von Ihnen kenne – dieses Gedankengut ist, muss ich offen sagen, mein verwandtester Bereich zu den Grünen –, ist bei dem, was Sie heute vorgetragen haben, aus einem Paulus ein Saulus geworden.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP:
Das hat er gar nicht gemerkt! – Lachen des Abg.
Kretschmann GRÜNE)

Das ist wirklich wahr. Das ist doch genau das Gegenteil von dem, was Sie seit Jahren vertreten.

Nun komme ich zum Herrn Kollegen Drexler. Wissen Sie, Sie haben sich im Grunde genau so verhalten, Herr Kollege Drexler, wie ich es erwartet habe. Das führt auch dazu, dass Politik aus der Sicht der Bürger insgesamt, unabhängig von Parteien, so negativ beurteilt wird. Als Sie in der Regierung waren, haben Sie genau das angebetet, was Sie heute verbrennen. Waren Sie für die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Landratsämter? Waren Sie für die Eingliederung der Regierungsveterinärämter in die Landratsämter? Waren Sie für die Eingliederung der Wasserwirtschaftsämter in die Landratsämter? Ich habe den damaligen Innenminister Birzele zitiert. Ich könnte Ihnen noch andere Abgeordnete zitieren – einen werde ich nachher noch zitieren –, die ganz genau das bejaht haben. Jetzt sind Sie in der Opposition und meinen, zur Opposition gehöre, dass man zu allem, was die Regierung sagt, auf jeden Fall Nein sagt. So stellen Sie sich Opposition vor.

(Große Unruhe – Zurufe)

– Das ist doch wirklich wahr. Jetzt überlegen Sie sich das doch einmal. Denken Sie wenigstens, wenn Sie unter sich sind, darüber nach, dass Sie sich in dieser Frage der Verwaltungsreform selbst völlig ins Abseits stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die kommunalen Landesverbände sind für diese Reform, und zwar unabhängig von der Frage der Farben. Die Wissenschaftler, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, sind für diese Reform. Die gesamte Landespresse war für diese Reform, als wir sie vorgestellt haben.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sachverständige!)

– Auch das. Ich habe einen solchen Sonderpressespiegel in der Tasche dabei. Ich zitiere Ihnen nachher gern noch ein paar Dinge.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Dr. Reinhart CDU:
Lieber nicht!)

Gehen Sie doch einmal in sich. Sie verhalten sich wirklich so wie der Geisterfahrer, der die Nachricht hört, es sei ein Geisterfahrer auf der Autobahn, und dann sagt: „Einer? Alle!“ Sie fahren allein in die Gegenrichtung. Sie sollten sich einmal überlegen, ob denn das eigentlich vernünftig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ur-
sula Haußmann SPD: Das sagt der Richtige!)

Herr Drexler sagte zu Beginn, ich hätte gesagt, man müsse den Staat vom Bürger her denken, und wenn wir das glaubwürdig wollten, dann sollten wir doch einmal das Quorum für Bürgerentscheide senken.

(Abg. Drexler SPD: Zum Beispiel!)

Also, Herr Kollege Drexler, erstens haben wir das Quorum gesenkt

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

– natürlich haben wir es gesenkt –, und zweitens: Warum legt denn Ihre Partei zurzeit so großen Wert darauf, dass es ja nicht zu einem Mitgliederbegehren und zu einem Mitgliederentscheid über die Agenda 2010 kommt? Warum denn?

(Abg. Drexler SPD: Wegen der Zeit! – Lachen bei
der CDU)

– Das Argument der Zeit wäre auch ein starkes Argument; denn in der Tat ist es langsam Zeit für Reformen auf Bundesebene!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Drexler SPD: Sechs Monate länger!)

Aber natürlich nicht nur wegen der Zeit, sondern auch deshalb, weil Sie bei einer Mitgliederbeteiligung und Mitgliederbefragung den Inhalt der Reformen nicht über die Rampe bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Was?)

Das ist doch der Grund, warum Sie bei uns für stärkere Demokratisierung eintreten – hier abstrakt im Plenum, wo es nichts kostet –, aber dort, wo Sie betroffen sind, genau das Gegenteil machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe
von den Grünen)

Dann sagte Herr Drexler, seine Absicht sei, in den Beziehungen der Länder zum Bund die Landesparlamente zu stärken

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

und nicht die Ministerpräsidenten.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Wunderbar! Suchen Sie sich mal einen Ministerpräsidenten, der wie ich sagt: Ich bin bereit, alle Mitbeteiligungsrechte des Bundesrats in den Bereichen, in denen Aufgaben an den Bund gegangen sind, abzubauen, wenn der Bund diese Aufgaben wieder zurückgibt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ist das jetzt eine Stärkung der Rechte des Ministerpräsidenten, oder ist das nicht vielmehr eine Stärkung der Landesparlamente?

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich nicht bestritten!
Ist ja gut!)

(Ministerpräsident Teufel)

Mir geht es um die Stärkung der Landesparlamente. Ich möchte Gestaltungsföderalismus und nicht Beteiligungsföderalismus. Deswegen sind Sie bei mir mit einer solchen Aussage an der falschesten Adresse überhaupt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Habe ich doch gar nicht gesagt!)

Dann sagt Herr Drexler, wir hätten das Steuervergünstigungsabbaugesetz abgelehnt, aus dem die Kommunen Geld bekommen hätten.

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

– Ja. – Aber er erwähnt nicht den zweiten logischen Teil, dass aufgrund der 47 Punkte, die wir abgelehnt haben, die Kommunen zwar teilweise Geld bekommen hätten, dass dieses Geld aber in 47 Steuererhöhungen den Bürgern und der mittelständischen Wirtschaft abgenommen worden wäre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie haben immer noch nicht kapiert, wodurch wir wieder zu wirtschaftlichem Wachstum und auch zu mehr Steuereinnahmen kommen. Sie zelebrieren einen Reformvorschlag nach dem anderen. Da berufen Sie Herrn Gerster, der in Rheinland-Pfalz als Sozialminister einen Vorschlag gemacht hat, nach Nürnberg, aber nicht einmal 500 Arbeitsverhältnisse sind aus dieser Großreform entstanden.

Dann zelebrieren Sie die Hartz-Vorschläge durch eine kultische Handlung im Französischen Dom in Berlin.

(Abg. Drexler SPD: Was machen Sie denn jetzt?)

Erklären Sie mir mal, wie viele Arbeitsplätze durch die Verabschiedung der Hartz-Entwürfe inzwischen entstanden sind. Ich sage Ihnen eines – ich zitiere Karl Schiller, einen früheren Sozialdemokraten, aber einen mit wirtschaftlichem Verstand –: Sie müssen, wenn Sie die Pferde zum Saufen bringen wollen, der mittelständischen Wirtschaft Luft für Investitionen lassen. Wenn Sie wollen, dass die Bürger wieder konsumieren und sich nicht zurückhalten, dann müssen Sie die Steuerreform und die Steuerentlastung der Bürger vorziehen und dürfen sie nicht verschieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit unseren Vorstellungen zur Gewerbesteuer würden wir die Wirtschaft entlasten und die Bürger einseitig belasten – das muss ich mir ausgerechnet von einem Vertreter der SPD anhören, einer Partei, die auf Bundesebene eine solche Körperschaftsteuerreform zustande gebracht hat, dass sich im ersten Quartal dieses Jahres selbst in Baden-Württemberg ein Minus,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Minus!)

also eine Mehrauszahlung und keine Mehreinnahme, ergibt,

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Unglaublich!)

sodass in Deutschland überhaupt nur noch zwei Gruppen Steuern zahlen, nämlich die Arbeitnehmer und der Mittelstand. Die zahlen noch Steuern.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es!)

Wenn das eine CDU-FDP-Regierung gemacht hätte,

(Zuruf von der CDU: Aufstand!)

würden die Gewerkschaften in Deutschland im Generalstreik sein! Davon bin ich überzeugt, meine Damen und Herren. Im Generalstreik!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der nächste Punkt in der Aussage von Herrn Drexler war, Herr Professor Hesse habe sich im Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ für die Zweistufigkeit ausgesprochen. Auch so kann man einen Halbsatz verdrehen, wenn man ihn aus dem Zusammenhang reißt. Ich zitiere Ihnen jetzt einmal im Zusammenhang aus dem Interview des Herrn Hesse in der „Stuttgarter Zeitung“.

Erstes Zitat:

Ich ziehe meinen Hut vor dem Ministerpräsidenten und den anderen Beteiligten. Dies ist ein mutiger Entwurf, in dem sich jener politische Wille zeigt, ohne den Reformen Absichtserklärung oder gar Makulatur bleiben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das haben wir heute schon mal gehört!)

Zweites Zitat:

Ich bin kein Freund von Regionalkreisen

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Aha! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

und glaube nicht, dass sie sich durchsetzen werden.

Drittes Zitat:

Es ist anerkennenswert – –

(Abg. Dr. Reinhart CDU zur SPD: Aber eine halbe Wahrheit ist schlimmer als eine ganze Lüge!)

– Aber das ist die Wahrheit; das ist wahr. Lieber eine volle Wahrheit, als Teilwahrheiten zu einer Lüge zu machen. Das muss ich einmal sagen.

(Abg. Drexler SPD: Dann lesen Sie doch weiter! – Abg. Schmid SPD: Sie zitieren auch nur einzelne Sätze!)

– Sie haben doch den Halbsatz zitiert. Ich zitiere jetzt den Zusammenhang.

Es ist anerkennenswert, dass die Landesregierung mit einer Strukturreform reagiert und nicht punktuell versucht, den Problemen zu begegnen. Dreistufigkeit ist unverzichtbar, um die Verbindung zwischen der ministeriellen und der kommunalen Ebene zu gewährleisten.

(Abg. Schmid SPD: Das Zitat stimmt nicht!)

(Ministerpräsident Teufel)

Die Eingliederung der Sonderbehörden in Regierungspräsidien und Landkreise ist ein Erfolg versprechender Ansatz . . . Die Kreise sind gut geschnitten, sie sind leistungsstark und haben positive Traditionen gebildet.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Jawohl!)

Regionalkreise sind keine Lösung . . . Das hat etwas Unhistorisches und funktional Naives.

Ich hätte das gar nicht zitiert, wenn Sie nicht Herrn Professor Hesse für sich in Anspruch nehmen wollten. Das ist der ganze Hesse, wenn Sie es wirklich hören wollen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie haben es wieder falsch zitiert! Ich werde es nachher richtig zitieren!)

Nun zum nächsten Punkt, zur Finanzierung der Kreistage und zur höheren Kreisumlage: So versuchen Sie, den Leuten Angst zu machen.

(Abg. Drexler SPD: Wieso Angst?)

Ich kann nur sagen: Wir wollen uns durch diese Verwaltungsreform nicht bereichern oder zulasten der Kommunen entlasten. Wir werden deshalb erstens feststellen, wie hoch die jährliche Fluktuationsrate ist und in den nächsten Jahren sein wird, und werden zweitens festlegen – das ist eine politische Entscheidung –, wie hoch die Einstellungsquote sein wird. Daraus kann man dann ganz genau berechnen, welcher Abschlag jährlich möglich ist. Deswegen haben wir uns auch noch nicht auf fünf Jahre festgelegt, sondern von fünf bis sieben Jahren gesprochen.

Dann sagte Herr Drexler, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, man müsse beim Sparen bei sich selbst anfangen. Er hat auch jemanden zitiert, der das gesagt hat. Dann hat er aus dem „bei sich anfangen“ die Folgerung gezogen, die Zahl der Ministerien müsse reduziert werden. Meine Damen und Herren, bei den Koalitionsverhandlungen zur Bildung der großen Koalition mit der SPD musste ich die Zahl der Ministerien aufstocken.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was? – Abg. Dr. Reinhart CDU: Das ist ja interessant! – Abg. Drautz FDP/DVP: Unglaublich!)

In der Schlussphase der Verhandlungen hat mir die SPD noch ein Handarbeitsministerium abgerungen.

(Lebhafte Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Ein Häkelministerium!)

Als wir das Joch der großen Koalition dann abschütteln konnten,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

haben wir die Zahl der Ministerien sofort wieder um zwei verringert. Deswegen sollte man nicht auf andere zeigen, wenn man selber die Ursache für eine Vergrößerung der Zahl der Ministerien gewesen ist.

(Abg. Teßmer SPD: Alte Kamellen! Das war im letzten Jahrtausend! – Gegenruf von der CDU: Das vergesst ihr schnell! – Abg. Drexler SPD: Sie machen es ja nicht! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Gut, wenn man hier mal alles erfährt!)

– Wissen Sie, es ist natürlich schlimm, wenn man ein Gegenüber hat, das schon einige Jahre überblickt und solche Vorgänge kennt.

Dann hat Herr Drexler versucht, völlige Konfusion herzustellen, indem er behauptete, wir würden aus 22 Schulämtern künftig 35 und aus 30 Landwirtschaftsämtern 35 machen usw. – völlige Konfusion.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP – Weitere Zurufe)

– Jawohl, das hat er gesagt. – Herr Kollege Drexler, ich möchte es Ihnen ganz einfach erklären, denn künftig soll es jeder Bürger begreifen; auch das ist ein entscheidendes Ziel dieser Verwaltungsreform. Schauen Sie, wenn man ein Anliegen auf örtlicher Ebene hat, dann braucht man nicht in irgendein Behördenverzeichnis zu schauen, sondern dann weiß man, dass es eine einzige Behörde auf örtlicher Ebene gibt, und zwar das Rathaus. Man geht also ins Rathaus,

(Abg. Drexler SPD: Und dann kommt man schlauer zurück!)

und wenn man aus dem Rathaus kommt, ist man klüger, als man vorher war.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sehr schön!)

Und genau das wollen wir jetzt auf jeder Ebene erreichen, weil sich das in Jahrzehnten bewährt hat.

(Abg. Dr. Reinhart CDU zur SPD: Ihr sollt klüger werden! – Abg. Drexler SPD: Wie machen Sie das jetzt?)

Verstehen Sie, Herr Drexler: Wenn Sie künftig auf Kreisebene ein Anliegen haben, dann gehen Sie einfach aufs Landratsamt,

(Abg. Drexler SPD: Bei der Schule? Bei der Schule auch?)

denn eine andere Behörde gibt es auf Kreisebene nicht mehr. Das kann man sich merken.

(Abg. Drexler SPD: Und bei der Schule?)

– Nein, wenn man mit der Schule zu tun hat, geht man in die Schule, wäre mein Vorschlag. Man geht nichts aufs Landratsamt, sondern in die Schule.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das kompliziert die Sache; das gebe ich gerne zu.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Und ich wollte es doch ganz einfach sagen.

(Abg. Drexler SPD: Sie schaffen es nicht!)

(Ministerpräsident Teufel)

Also, genau wie auf örtlicher Ebene ins Rathaus, so auf Kreisebene aufs Landratsamt.

Und wenn man auf der nächsten Stufe bei irgendeiner Behörde etwas zu tun hat, dann brauchen auch diejenigen, die nicht in Karlsruhe oder Freiburg wohnen, keinen Behördenführer mehr. Man geht auf ein Amt, nämlich auf das Regierungspräsidium. Deswegen sage ich: Das ist so einfach, dass es jeder versteht, es sei denn, Sie bringen die Leute durcheinander. Ansonsten versteht es wirklich jeder.

(Abg. Drexler SPD: Nein, überhaupt nicht! Sie haben es nicht erklären können! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie wissen es selber nicht!)

Jetzt kommt die Eingliederung der Polizei und was das angeblich für eine sachfremde Entscheidung sei. Zunächst einmal möchte ich Ihnen sagen, dass nach geltendem Recht jedes Landratsamt gleichzeitig Polizeibehörde, Kreispolizeibehörde ist.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Allgemeine Polizeibehörde! – Abg. Drexler SPD: Das wissen wir ja! – Abg. Teßmer SPD: Was ganz Neues!)

Jedes Landratsamt und das Rathaus eines Stadtkreises sind schon heute für polizeiliche Aufgaben zuständig.

(Abg. Schmiedel SPD: Jedes Rathaus!)

Der Polizeivollzugsdienst nimmt, vorbehaltlich anderer Anordnungen der Polizeibehörde, die polizeilichen Aufgaben wahr, wenn ein sofortiges Tätigwerden erforderlich erscheint. Das Zusammenspiel von Polizeivollzugsdienst und Ordnungsamt funktioniert in der Praxis, sodass unter diesem Gesichtspunkt keine Bedenken gegen eine Eingliederung bestehen dürften. Bereits heute können auch die Kreis- und Ortspolizeibehörden den Polizeidienststellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Weisungen erteilen. Das ist geltendes Recht.

(Abg. Teßmer SPD: Das sind aber keine Gründe für die Reform!)

Das Zweite, was ich sagen möchte: Bei dieser Eingliederung sind wir nicht Pioniere, sodass Sie auch gar nicht zu prognostizieren brauchen, dass da etwas ganz Schlimmes passieren könnte. Es gibt Länder, in denen sich dies seit Jahren bewährt hat, Länder, die rot-grün regiert werden und nicht sofort den Polizeivollzugsdienst aus dem Landratsamt und aus den übrigen Behörden ausgegliedert haben, beispielsweise Nordrhein-Westfalen.

Nun können Sie sagen: Wir sind anderer Meinung. Aber Sie können nicht sagen, was in Nordrhein-Westfalen gut ist und sich dort bewährt hat, sei eine Schnapsidee,

(Abg. Drexler SPD: Doch!)

wie Sie das beim letzten Mal genannt haben. Das können Sie beim besten Willen nicht tun, sondern das kann man so oder so regeln.

Dann hat Herr Kollege Drexler gesagt, bei der Polizei entstehe eine weitere Ebene. Das kann ich nun überhaupt nicht begreifen. Die bisherige Ebene heißt untere Verwaltungsbe-

hörde, Sonderbehörde, beispielsweise Polizeidirektion. Nun gliedern wir auf der gleichen Ebene horizontal ein. Es kommt doch nicht zur Bildung einer weiteren Ebene, sondern das ist die völlig identische Ebene.

(Abg. Drexler SPD: Ist der Landrat jetzt für die Finanzierung des Personals zuständig oder nicht?)

Dann haben Sie gesagt, es gebe Wichtigeres zu tun, wir hätten im Haushalt die Mittel für die Integration zusammengestrichen. Jetzt will ich Ihnen einmal aus dem Haushalt von Baden-Württemberg zitieren: Wir geben 36 Millionen € für 600 Vorbereitungsklassen und Förderkurse an den Schulen aus. Wir geben 4,2 Millionen € für Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen unter der Überschrift „Integration“ aus. Wir geben 5,1 Millionen € aus der Landesstiftung für Sprachförderung zur Integration von Ausländern und Ausiedlern aus. Wir geben 5 Millionen € für die Feststellung des Sprachstands und für Sprachkurse für Kinder vor ihrer Einschulung aus. Insgesamt 50 Millionen € pro Jahr! Und Sie werfen den Regierungsfractionen und der Regierung vor, wir hätten alle Ausgaben für die Integration zusammengestrichen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Überall! Auf dem Fuße! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Das ist hier gesagt worden, meine Damen und Herren. Wenn man es nicht direkt widerlegen kann, dann bleibt so eine Behauptung im Raum, und andere verbreiten sie im Land. Aber das wird Ihnen nicht gelingen. Mit Ihren falschen Behauptungen über angebliche Ausgabenstreichungen werden wir Sie stellen, und zwar nicht irgendwann, sondern unmittelbar hier in diesem Haus.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Zur Region habe ich schon Stellung genommen.

Jetzt habe ich noch zwei Bemerkungen zum Abschluss. Erstens noch einmal die Bemerkung, dass Sie sich doch überlegen sollten, ob Sie sich im Hinblick darauf, dass Sie ja auch die Absicht haben, bei Wahlen aus der Sicht der Bürger das Vernünftige getan zu haben, denn nicht orientieren an dem, was seit Jahren in der Wissenschaft vertreten wird, orientieren an dem, was alle drei kommunalen Landesverbände vertreten, oder sich vielleicht auch orientieren an der Presse. Ein paar Zitate:

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Kann man das zu Protokoll geben?)

Bleibt zu hoffen, dass die Vorschläge nicht zerredet und letztlich verwässert werden.

„Pforzheimer Zeitung“ vom 26. März.

Teufel räumt auf.

„Stuttgarter Nachrichten“.

In anderen Bundesländern funktioniert Ähnliches schon seit Jahrzehnten, warum nicht auch bei uns?

„Südwest Presse“.

(Ministerpräsident Teufel)

Teufels Reform ist sinnvoll. Die Verwaltung der Zukunft muss sich wesentlich schlanker und effizienter präsentieren. Dafür hat der Regierungschef die Grundlagen gelegt.

„Badische Neueste Nachrichten“.

Ein Ruck geht durch Baden-Württemberg. Was Erwin Teufel aus dem Hut gezaubert hat, spricht für entschlossene politische Führung. Daran muss man sich in Deutschland erst wieder gewöhnen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Donnerwetter!)

Das steht nicht im „Staatsanzeiger“, sondern in der „Stuttgarter Zeitung“.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg geht seinen Anteil an den Finanzproblemen jetzt energisch an.

„Stuttgarter Zeitung“.

Die ehrgeizigste Verwaltungsreform seit 30 Jahren mit enormer Reichweite.

„Südkurier“.

Natürlich wird es mit der Neuordnung der nachgeordneten Behörden . . . etliche . . . Synergieeffekte geben . . . Mittelständler, Häuslebauer und andere Antragsteller können aufatmen. Sie dürften bald weniger Nöte mit dem bürokratischen Wust haben. Dass der Ministerpräsident eine solche Aufgabe angeht, ist eine Gratulation wert.

„Südkurier“.

Regierungspräsidien abzuschaffen hieße den Staat aus der Fläche zurückzunehmen.

„Südwest Presse“.

(Abg. Zeller SPD: Weiter! – Zuruf von der SPD)

Der Ämterdschungel lichtet sich, und die Bürgernähe wächst.

„Südwest Presse“. Und am Schluss:

Hut ab, Herr Ministerpräsident!

„Südwest Presse“. – Ich wünsche Ihnen, dass Sie Ihren Kurs korrigieren, damit dann in der Zeitung steht: „Hut ab vor Drexler und vor der SPD. Sie haben sich auf einen richtigen Weg begeben.“

(Unruhe bei der SPD – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Da kann er lange warten!)

Letzter Satz. Ich zitiere aus der Debatte über die Eingliederung der unteren Sonderbehörden während der Regierungszeit der großen Koalition. Ich zitiere den Fraktionsvorsitzenden der SPD von damals, Herrn Ulrich Maurer, in einem Appell an das Haus.

(Abg. Schmiedel SPD: Das war im letzten Jahrhundert!)

Ich zitiere ihn wörtlich:

Wir sollten in Wahrheit den Mut zu einer wirklichen Verwaltungsreform aufbringen, im Idealfall zu einer dreistufigen Verwaltung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aha! – Abg. Schmiedel SPD: Das war auch letztes Jahrhundert!)

Um diesen Mut und diese Souveränität möchte ich Sie bitten, vor allem aber um den Mut, vielleicht doch noch einen großen Wurf zur Verwaltungsreform zu wagen. Das wäre sehr schön und würde den Erwartungen unserer Bevölkerung und den Notwendigkeiten der Zukunftssicherung des Landes entsprechen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Lieber Herr Kollege Drexler, die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion entsprechen diesem Wunsch Ihres Vorgängers, Herrn Maurer.

(Abg. Blenke CDU: Wo ist der eigentlich heute?)

Wenn Sie sich diesen Wunsch von Herrn Maurer auch zu Eigen machen,

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

dann kommen wir sogar zu einer verfassungsändernden Mehrheit bei der Verabschiedung der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

(Unruhe – Abg. Seimetz CDU: Jetzt erklärt er die große Wende! – Abg. Blenke CDU: Jetzt erklärt er die Zustimmung der SPD!)

Abg. Drexler SPD: Herr Ministerpräsident, ich gebe vielen Wünschen des Herrn Maurer nach, aber nicht allen.

(Unruhe)

Deshalb werde ich nicht zustimmen. Die Welt hat sich ja auch verändert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei der CDU)

– Ja, natürlich hat sie sich verändert.

(Zurufe von der CDU)

– Natürlich hat sich die Welt verändert.

Ich komme noch einmal auf den regionalen Aspekt.

Sie haben vorhin gesagt: Wenn man – bei der Verwaltungsreform – einen Stein herausbricht, dann bricht das ganze Gebäude zusammen. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie

(Drexler)

im Grunde genommen Ihren Vorschlag für sakrosankt erklärt haben. Nur in Kleinigkeiten sind noch Änderungen möglich. Wir gehen bisher nicht davon aus, und die FDP/DVP habe ich auch nicht so verstanden. Wir wollen schon noch den einen oder anderen Stein unter die Lupe nehmen, um darüber zu diskutieren.

Dann, Herr Ministerpräsident, machen Sie einen ganz zentralen Fehler. Sie vergleichen Kommissionen außerhalb des Parlaments mit dem Wunsch der Grünen und der SPD, am Anfang der Wahlperiode des Landtags eine Kommission einzusetzen, eine Landtagskommission zur Verwaltungsreform. Das ist doch ein großer Unterschied! Das ist doch ein fundamentaler Unterschied! Ob ich ein Parlament beteilige oder etwas aus dem Parlament hinaus verlege, ist doch ein großer Unterschied. Niemand von den Oppositionsfraktionen hat eine Kommission außerhalb des Parlaments gefordert,

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

sondern wir haben gefordert, im Parlament eine Kommission einzusetzen und alle daran zu beteiligen, um, wenn schon eine Verwaltungsreform erfolgt, möglichst frühzeitig mitdiskutieren zu können. Das kann man nicht mit Kommissionen außerhalb des Parlaments vergleichen.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Dann zur Region Stuttgart. Also, ich sage nur: Wenn Sie Hesse vorlesen, dann lesen Sie ihn ganz vor. Ich habe das hier – „Stuttgarter Zeitung“ vom 5. April –:

Langfristig muss und wird man in Richtung Zweistufigkeit gehen. Gegenwärtig ist in den großen Flächenländern, also Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen,

– nach seiner Meinung –

die Dreistufigkeit . . . wohl . . . unverzichtbar,

– zurzeit! –

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

um die Verbindung zwischen der ministeriellen und der kommunalen Ebene zu gewährleisten.

Wir sind da anderer Auffassung. Da gibt es auch andere Darstellungen. Aber langfristig, meint er, wird es zur Zweistufigkeit kommen.

Und jetzt ist die Frage: Ist das nun so eine Reform, die in die Langfristigkeit geht? Wir sagen: nein.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Natürlich ist er und sind viele der Auffassung, dass die Zweistufigkeit der Verwaltung besser wäre.

Und jetzt zur Polizei, Herr Ministerpräsident. Wenn Sie keine Rendite von 20 % durch die Veränderungen bei der Polizei erwarten, wenn Sie auch keine einschneidenden Einsparungen bei der Polizei erwarten, warum wollen Sie denn dann die Polizei überhaupt in die Landratsämter integrieren? Wo gibt es denn derzeit Schwachstellen? Wo ist denn die Schwäche-Stärke-Analyse?

Wir können zurzeit bei der Polizei überhaupt keine Schwächen feststellen. Insofern: Warum wollen Sie denn dann die Polizei eingliedern? Sie haben keinerlei Grund genannt, überhaupt keinen. Alle diejenigen, die sich bei der Polizei auskennen, sind dagegen. Und unter einem Innenminister Birzele hätte es dies – trotz seiner Zustimmung 1994 bei der Eingliederung von Sonderbehörden – sicherlich nicht gegeben, dass die Polizei in die Landratsämter eingegliedert werden soll.

(Abg. Hauk CDU: Sie haben damals doch auch zugestimmt!)

– Die drei ja; ich sagte es ja schon. Wir haben aber auch damals nicht die Polizei ins Spiel gebracht. Es gibt für uns staatliche Durchgriffsmöglichkeiten auf jeden Fall bei Finanz, Justiz und Polizei. Und das ist vernünftig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Landratsämter sind doch staatlich! – Weitere Zurufe)

– Ja, aber das ist falsch! Der Landrat ist doch nachher für die Finanzen zuständig, er ist für das Personal zuständig. Oder ist er das nicht? Was ist denn, wenn ich unter dem Stichwort Effizienzrendite nachher eine Diskussion über die Schließung eines Polizeipostens kriege und gesagt wird: „Den Polizeiposten könnte man woanders unterbringen“? Wer entscheidet? Doch wohl der Kreistag, wenn es um die Kosten geht. Wollen Sie das? Ich halte es für völlig falsch, die Kommune entscheiden zu lassen, ob aus Sicherheitsaspekten ein Polizeiposten dort oder dort ist. Das halten wir für falsch, Herr Kollege. Deswegen gibt es da eine Auseinandersetzung. Wenn er es nicht macht, muss er es aus der Kreisumlage zahlen, und wenn er es macht, dann reduziert er seine Polizeistellen.

Oder, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ein Polizeieinsatz durch Hubschrauber im Landkreis Esslingen wird angefordert. Das kostet sehr viel Geld. Wer zahlt das jetzt? Der Landkreis? Oder gleicht das Land die Kosten für den Hubschraubereinsatz aus? Drei Hubschraubereinsätze, und der Landkreis Esslingen ist bei den Kosten eines Hubschraubereinsatzes pleite!

(Unruhe)

Es ist so, Herr Ministerpräsident.

Deswegen sage ich Ihnen: Das ist überhaupt nicht durchdacht! Gibt es da eine Kostenrechnung? Wird verglichen? Was passiert zum Beispiel bei einem Einsatz wie am Bodensee, wo der Bodenseekreis bei diesem nationalen Unglück des Absturzes Tausende von Polizeibeamten brauchte?

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie in NRW!)

Gibt es dafür eine Rechnung? Das ist doch nun wirklich falsch.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wie in NRW!)

– Sie können das nicht mit NRW vergleichen, und wenn Sie auf Nordrhein-Westfalen schauen, Herr Kollege, dann bezahlen Sie die Polizei hier so, wie sie bezahlt werden muss,

(Drexler)

und lassen die Polizeibeamten 38,5 Stunden arbeiten. Machen Sie nicht immer das, was Ihnen gerade recht ist! Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der FDP/DVP)

Wir wissen doch, dass viele Landkreise ihre Aufgaben überregional nur noch mit Zweckverbänden regeln. Das ist doch die Wahrheit.

(Abg. Schneider CDU: Ja und?)

Aber Zweckverbände sind nun nicht das demokratische Mittel, das der Herr Ministerpräsident –

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

– Zweckverbände sind doch nicht per se das demokratische Mittel. Wenn Sie der Auffassung sind, Zweckverbände seien demokratisch über die Bürger – Herr Kollege, wenn Sie mir noch den Vogel zeigen, muss ich sagen:

(Abg. Schneider CDU: Das habe ich nicht gemacht! Das habe ich nicht gemacht!)

Sie sind hier nicht im Kreistag.

(Unruhe)

Dass ich Ihnen das gleich sage. Auf diesem Niveau – und hier diesen zu machen – brauchen wir uns nicht zu unterhalten.

(Abg. Blenke CDU: Er hat aber gerade gesagt, dass er das nicht gemacht hat! Nicht so dünnhäutig! Nur wer ratlos ist, wird dünnhäutig! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Zurufe der Abg. Schmiedel und Teßmer SPD)

Sie sind hier Abgeordneter und nicht Landrat.

Ich sage Ihnen: Zweckverbände halten wir nicht für ein demokratisches Mittel, um heutzutage Aufgaben zu erledigen.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ein Quatsch! Zweckverbandsgesetz!)

– Nein. Es wird doch immer nur weiter delegiert. Von daher gesehen können viele Landkreise ihre Aufgaben doch gar nicht mehr selbst regeln.

(Unruhe)

Herr Ministerpräsident, dann lese ich Ihnen halt noch einmal etwas von Hesse vor, damit Sie etwas über das Zeitungsinterview erfahren.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wir wollen einmal wissen, was Sie wollen, nicht was der Hesse vor zwei Monaten gesagt hat!)

– Das haben wir vor zwei Monaten besprochen. Ich werde Ihnen schon die Zeitungsausschnitte darüber vorlesen, was die Presse zu unserem Vorschlag gesagt hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist aber ein sehr dünnes Papier! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Es ist aus meiner Sicht ein Schwachpunkt der Reform, den Verband Region Stuttgart beizubehalten und hinsichtlich der anderen Ballungsräume im Land aussageelos zu bleiben.

Das war original Hesse. Das haben Sie vorhin nicht vorgelesen. Das heißt also: Auch in der Wissenschaft ist angekommen, dass es regionale Bezüge gibt. Auch von der Wissenschaft wird Ihnen offensichtlich vorgeworfen, dass Ihr Entwurf nichts zu regionalen Bezügen sagt. Das ist das, was wir angegriffen haben, und sonst gar nichts.

(Abg. Blenke CDU: Doch!)

Deswegen verwerfen wir unseren Vorschlag nicht. Den werden wir Ihnen nachher auch noch einmal vorlesen, wenn wir sagen, was die Presse zu unserem Vorschlag gesagt hat.

Zur Rendite: Wir wissen heute noch nicht: Hat die Wasserwirtschaft denn eine Rendite erbracht?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

– Ja. Dann legen Sie uns das einmal vor.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das legen wir vor!)

Sie behaupten das immer. Sie haben es bisher nicht vorgelegt. Sie behaupten das immer nur.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die Gesundheitsämter 20 %!)

Dann kommen wir zur Frage des Mitgliederbegehrens. Herr Ministerpräsident, das ist ja nun wirklich billige Polemik: Eine Partei wie Ihre, die überhaupt nicht mit ihren Mitgliedern darüber diskutiert, welche Maßnahmen zu ergreifen sind –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

da treffen sich zwei Vorsitzende im Präsidium, beschließen das, und es gibt nicht einmal eine Mitgliederdiskussion –, eine solche Partei braucht sich hier nicht aufzuschwingen und uns vorzuwerfen, dass wir aus zeitlichen Gründen gegen das Mitgliederbegehren sind.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Blenke CDU: „Aus zeitlichen Gründen“! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das ist unser Problem. Ja, natürlich! Der Kanzler erhält gerade auf jedem Regionalkongress breite Zustimmung von den Mitgliedern.

(Abg. Blenke CDU: Weil er Angst hat vor seinen Mitgliedern!)

Sie machen das doch gar nicht. Sie diskutieren diese Vorschläge doch nicht einmal.

(Widerspruch bei der CDU)

– Wo denn? Wo gibt es denn einen Kreisparteitag der CDU oder einen CDU-Landesparteitag, der das diskutiert? Das gibt es doch gar nicht.

(Drexler)

(Abg. Blenke CDU: Bei uns sind die Kreispartei-
te Mitgliederpartei-
te! – Abg. Alfred Haas CDU:
Natürlich!)

– Wo denn? Hören Sie doch auf! Wir machen das mühsame
Geschäft, dass wir das jetzt so diskutieren. Denn wenn wir
das Mitgliederbegehren machten, dann würde der Entscheid
nicht vor September kommen. Wenn es das Begehren gäbe,
dann würde die FDP, die ja kaum mehr Mitglieder hat – –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Wider-
spruch des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer
FDP/DVP: Wächst ständig! Wir legen zu!)

– Ach ja, klar. Im Rems-Murr-Kreis können Sie wahr-
scheinlich eine Mitgliederversammlung in der Telefonzelle
machen.

Wenn es das Begehren gäbe, würde eine Entscheidung erst
im September stattfinden, und die CDU würde uns dann
vorwerfen, wir könnten keine staatlichen Reformen ma-
chen. Lassen Sie das bleiben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir nehmen ständig zu, ihr
nehmt ab!)

Zur Gewerbesteuer haben Sie gar nichts gesagt. Da haben
Sie uns lediglich vorgeworfen, dass wir sie erheben. Der
Städtetag Baden-Württemberg und alle anderen sind dafür,
dass wir die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer
verbreitern. Sie stehen da zusammen mit der Industrie ganz
allein. Warum haben Sie das denn jetzt nicht begründet?

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Sie haben zur Stadt-Land-Problematik keinen Ton gesagt
und keinen Ton zu der Frage gesagt, dass die Lohn- und
Einkommensteuer nachher am Wohnort erhoben wird und
die Gewerbesteuer in den Zentren erhoben wird. Sie wür-
den ein totales Ausbluten der Haushalte in den Zentren ver-
ursachen. Dazu kam in diesem Fall kein Ton vom Minister-
präsidenten.

Es war ganz billig: Es gab natürlich Koalitionsverhandlun-
gen, Herr Ministerpräsident. Aber wenn Sie von der CDU
keine Ministerien abtreten, dann wird die Regierung halt
vergrößert, wenn ein größerer Partner kommt. So einfach
ist das. Wenn die CDU ein anderes, ein gewichtiges Mini-
sterium abgetreten hätte, dann hätte man das ja anders
machen können. Aber das gab es halt nicht. Man hat halt an
bestimmten Dingen festgehalten. Das Kultusministerium
wollten Sie nach meiner Erinnerung ja nicht an die SPD ab-
geben.

Ich finde es ganz problematisch, Herr Ministerpräsident,
wenn Sie bei den Defiziten, die wir bei der Gleichstellung
usw. haben – sogar die Frauen in der CDU-Fraktion waren
bei allen Debatten der gleichen Auffassung –, ein Frauen-
ministerium als Handarbeitsministerium diffamieren.

(Abg. Teßmer SPD: Eine Unverschämtheit! – Abg.
Schmiedel SPD: Typisch! – Zuruf des Abg. Sei-
metz CDU)

Das fällt auf Sie zurück.

Herr Pfister ist bei der Beantwortung der Frage in Schwie-
rigkeiten gekommen, wie man 30 Schulämter auf 44 Land-

ratsämter verteilt. Das haben Sie mir nicht erklären können.
Ich habe das nicht begriffen, das hat überhaupt niemand be-
griffen.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU – Abg. Dr. Caroli
SPD: Kein Bürger und keine Bürgerin hat das ver-
standen!)

– Kein Bürger. – Wenn man zum Rathaus geht, ist das klar.
Aber wo soll man denn hin, wenn man etwas vom Schulamt
will? Herr Pfister hat gesagt: Nicht jeder wird sein Schul-
amt beim Landratsamt haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Ganz klar! – Abg. Hofer
FDP/DVP: Bürgermeisteramt!)

Dann gibt es ein Landratsamt, das für andere das Schulamt
hat. Das konnten Sie mir nicht erklären.

Sie konnten mir auch etwas anderes nicht erklären. Heute
können Sie auf Seite 1 lesen: „Kulturerbe als Treibgut“.
Wir sprechen ja immer von Zeitungen. Davon, wie Herr
Teufel das Denkmalamt aufteilen will, haben wir keinen
Ton gehört. In dem Artikel steht, dass das, was die Landes-
regierung macht, nicht gut ist, und der Schlusssatz heißt:
„An die Verwaltungsreformer um Erwin Teufel die wich-
tigste Frage: Wohin führt der neue Weg?“

(Ministerpräsident Teufel: Zum Ziel!)

Dazu haben Sie heute auch nichts gesagt.

(Abg. Schmiedel SPD: Das weiß niemand! Nie-
mand kennt das Ziel!)

Wir wollen auf jeden Fall keine Reform auf Teufel komm
raus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grü-
nen)

Das wollen wir nun wirklich nicht. Man muss schon nach
Sinn und Zweck fragen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Diese Sprüche kennen
wir aus Berlin!)

Von daher gesehen, Herr Ministerpräsident, noch einmal
klar und deutlich: Sie haben von Zeitungsartikeln zu Ihrer
Verwaltungsreform und von der Überschrift „Teufel räumt
auf“ über dem Leitartikel gesprochen. Sie müssen aber auch
den Leitartikel lesen. Da steht: „In einigen Bereichen greift
natürlich das Konzept zu kurz. Der Regionalgedanke ist
nicht vertreten“ usw. Das steht doch alles in dem Artikel.
Warum haben Sie denn das nicht vorgelesen? Sie haben
nicht vorgelesen, dass Bürgernähe nicht erreicht wird. „Und
bei den Ministerien erlahmt der Reformeifer plötzlich“ –
das steht genau in dem gleichen Artikel, von dem Sie die
Überschrift zitiert haben.

(Ministerpräsident Teufel: Sie müssen die Rücksei-
te anschauen! Da ist das SPD-Konzept drauf!)

– Die Rückseite ist leer.

(Heiterkeit bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Ministerpräsident, bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank aus. Dazu müssen Sie sich ins Plenum setzen.

Abg. Drexler SPD: Von der Regierungsbank aus sollte nicht dazwischengerufen werden. Aber ich antworte darauf sehr gern. Von daher gesehen vielen Dank!

Jetzt zu unserem Verwaltungsreformvorschlag, der Sie nach meiner Meinung offensichtlich überhaupt erst dazu gebracht hat, einen eigenen vorzulegen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das dünne Papier da? Dieses dünne Papier? – Weitere Zurufe)

– Ja, ja! Ich bin schon dieser Auffassung – „Stuttgarter Nachrichten“ vom 9. Januar 2003; damals haben wir es nämlich vorgelegt –:

Alle Ideen haben ihren Reiz, wobei der SPD-Plan bisher am effektivsten erscheint.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmid SPD: Sehr richtig! – Abg. Blenke CDU: Wann war das? – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– 9. Januar 2003, „Stuttgarter Nachrichten“. – Sie haben vorhin die „Stuttgarter Zeitung“ zitiert, und auch ich will sie zitieren:

Aber die SPD hat mit ihrem Konzept einen Stein ins Wasser geworfen, der Wellen erzeugen wird. Die Genossen, die schon der Kreis- und Gemeindereform vor 30 Jahren ihren Stempel aufdrückten, marschieren erneut vorneweg.

Das hätten Sie auch vorlesen müssen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Abg. Blenke CDU: Das war ein SPD-Flugblatt!)

Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie mir durch Ihr Vorlesen bestimmter Zeitungsartikel die Chance gegeben haben, auch andere Artikel vorzulesen und deutlich zu machen, welche Rolle die SPD im Parlament spielt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jetzt kommt ein eigener Tagesordnungspunkt „Verlesen von Zeitungsartikeln“!)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit solchen genialen Zeitungszitaten kann ich nicht aufwarten.

(Abg. Seimetz CDU: Er liest keine!)

– Ich habe einfach zu wenig Mitarbeiter, die mir solche schicken Dinge machen könnten. Solche Elogen sind auch immer ein Hinweis darauf, dass die Einsparressourcen im Staatsministerium noch nicht ausgeschöpft sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Abg. Blenke CDU: Frau Lösch macht das für Sie! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das sind immer die Letzten, die gehen! – Abg. Blenke CDU: Lesen bildet!)

Die ganzen Präliminarien lasse ich jetzt einmal weg, und ich möchte auch nicht mit weiteren Zitaten kommen, obwohl es ein schönes von Bert Brecht gibt, der gesagt hat: Das Theater ist ein völlig demokratisches System; aber einer hat das Sagen. Aber gut, das kann man so und so interpretieren.

Ich bin eigentlich nur noch aus einem Grund herausgegangen. Wenn wir uns hier über verschiedene Konzepte unterhalten – es ist ja schließlich unsere Aufgabe als Opposition, zu überlegen, wie dieses Land anders und besser organisiert werden kann –, dann hat die Auseinandersetzung nur Sinn, wenn man das, was der andere meint und sagt, nimmt, um es zu kritisieren, und nicht Türken baut, auf die man einschlägt. Ich glaube, wir können jedenfalls für uns in Anspruch nehmen, dass wir Ihnen nichts unterstellt haben, was Sie gar nicht machen. Wir sind ganz präzise auf das eingegangen, was Sie sagen.

Umgekehrt war das aber leider nicht so. Die Regionalkreise sind keine Mammutbehörden, sie verletzen auch nicht das Subsidiaritätsprinzip. Mit ihrer Einrichtung, die wir vorschlagen, wird vielmehr eine Verwaltungsebene klar abgeschafft und aufgrund der Änderungen in der Gesellschaft die Chance ergriffen, mit einer einzigen Mittelbehörde auszukommen. Wir glauben, dass dabei einerseits eine sachgerechte Verwaltung möglich ist und dass sie andererseits auch bürgernah ist.

Ich habe versucht, in meiner Rede darzulegen, dass Bürger-nähe im 21. Jahrhundert in erster Linie keine Frage der örtlichen Entfernung ist,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

sondern eine Frage der Transparenz und Klarheit der Entscheidung, damit der Bürger die Entscheidung durchschaut. Es geht darum, ob er mitwirken und mitentscheiden kann, ob ein demokratischer Unterbau besteht und ob die Gesellschaft die Kommunikationsmittel hat, um an Informationen und Entscheidungen heranzukommen, ohne sich ins Auto setzen zu müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Teufel?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Nein, zunächst noch nicht. Ich möchte ihn erst einmal zitieren.

(Oh-Rufe von der CDU – Ministerpräsident Teufel: Das ist sein gutes Recht!)

Ich muss ja zunächst einmal das vortragen, was Sie selbst dazu gesagt haben.

(Ministerpräsident Teufel: Das ist doch Ihr gutes Recht!)

(Kretschmann)

Ich zitiere aus Ihrer Regierungserklärung:

Ein weiterer wichtiger Meilenstein für die Landesverwaltung der Zukunft ist das Projekt „E-Bürgerdienste und Portal Baden-Württemberg“. . . Im Endausbau wird die Verwaltung im Verhältnis zu den Bürgern grundlegend neu gestaltet. Wir bringen die Verwaltungsleistung damit aus den Amtsstuben heraus mitten in die Wohnzimmer der Bürger und in die Büroräume der Unternehmen.

Sie sagen am Schluss dieses Abschnitts:

In Zukunft werden sie nicht mehr vor Amtsstuben in Warteräumen sitzen oder auf dem Flur stehen müssen, sondern diese ganz alltäglichen Dinge im Umgang mit den Behörden und Ämtern von zu Hause aus erledigen können. Die Bürger sparen Zeit, die Verwaltungen sparen Kosten.

Das ist die Grundlage dafür, dass es in einer modernen Gesellschaft möglich ist, zu dezentralisieren, damit man in Kontakt mit Behörden und Ämtern treten kann, ohne sich ins Auto setzen zu müssen. Das heißt, die Entfernung zu solchen Behörden spielt nur eine eingeschränkte Rolle.

(Abg. Drexler SPD: Spielt keine Rolle!)

Das ist das Erste. Das haben Sie selbst vorgetragen, und das weiß auch jeder.

Jetzt sagen wir: Für die dienstleistungsnahen Verwaltungstätigkeiten, die heute von Landratsämtern ausgeübt werden – und von unseren Regionalkreisen, die natürlich viel größer sind; da haben Sie Recht –, schaffen wir in Gemeinden mit über 7 000 Einwohnern Bürgerzentren, in denen die Bürger diese Verwaltungstätigkeiten abrufen und erledigen können, sofern es ihnen nicht ohnehin genügt, aufs Rathaus zu gehen. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Über die Zahl 7 000 kann man reden; die kann man im Einzelnen auch noch korrigieren.

Ich behaupte: Wenn es so weit ist – das wird noch mindestens ein Jahrzehnt dauern –, dass die allermeisten Menschen mit dem PC locker umgehen können, wird man diese Zentren auch wieder abbauen können, weil man all diese Dinge zum großen Teil online erledigen können.

Wir werden erstens also dem Argument der örtlichen Nähe gerecht, indem wir solche Bürgerzentren einrichten. Die Stadt Stuttgart führt gerade vor, wie man das macht. Das können wir uns für das ganze Land vorstellen. Dann können die Leute zu den Behörden gehen, die sie brauchen, oder sich vor ihren PC setzen. Das ist das Erste. Deswegen ist Ihr Argument, ich hätte mich als Anhänger der Subsidiarität vom Paulus zum Saulus rückentwickelt, falsch.

Zweitens: Das Entscheidende ist: Wir wollen die Regierungspräsidien auflösen und eine Dezentralisierung auf zwölf Regionalkreise vornehmen. Das heißt, wirkliche Mammutbehörden werden jetzt in Regionen platziert, und das ist eine Dezentralisierung.

(Beifall bei den Grünen)

Die ist näher für diejenigen, die das brauchen. Aber in die Regierungspräsidien kommt ein normaler Bürger genauso wenig wie zu den Behörden der Regionalkreise, das ist doch vollkommen daneben.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Wer rennt denn zum Regierungspräsidium?)

Da geht es sozusagen um die Verwaltungsakte, die Kontrolle bedeuten, die Aufsicht bedeuten, die die grundlegenden Verwaltungsakte bedeuten. Dazu rennen nicht irgendwelche Unternehmer oder gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger aufs Regierungspräsidium oder zu den Behörden der Regionalkreise. Das ist doch völlig abwegig.

(Abg. Drexler SPD: Eben! – Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Warum können wir das machen? Nur deshalb, weil wir subsidiär denken, weil wir sagen: Im Rahmen der Schaffung von nur einer Mittelinstanz müssen tatsächliche Kompetenzen auf die Gemeinden herunterverlagert werden. Wir müssen uns zum Beispiel überlegen, was die großen Kreisstädte für alle Gemeinden erledigen können.

(Abg. Drexler SPD: Auch für andere!)

Wir wissen doch, dass wir Angelegenheiten der Jugendhilfe, des Baurechts herunterdelegieren, wirklich dezentralisieren und in die kommunale Selbstverwaltung verlagern können.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Das ist genau der Gedanke, der dahinter steckt. Daran führt natürlich letztlich gar kein Weg vorbei, wenn man eine Reform, wie wir sie wollen, macht. Das heißt: Wir denken gerade subsidiär und verlagern in diesem Prozess Funktionen herunter an die Gemeinden und Gemeindeverbände.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Wir gehen runter!)

Deshalb können wir auch die Ebene der Regierungspräsidien herunterverlagern.

Jetzt kommt Ihr großer Schwachpunkt – Sie, Herr Ministerpräsident, sind nicht darauf eingegangen, und Herr Pfister ist auch nicht darauf eingegangen –: Natürlich hat es Sie in die Klemme gebracht, wenn wir gesagt haben: 35 Landwirtschaftsämter, 9 Eichämter, 35 Staatliche Vermessungsämter, 9 Gewerbeaufsichtsämter, 19 Ämter für Flurneuordnung, 30 Schulämter, 35 Polizeidirektionen – wollen Sie aus denen immer 44 machen?

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein!)

Dazu sagen Sie: „Nein. Wir machen Vor-Ort-Lösungen.“

(Abg. Drexler SPD: Ja was denn? – Abg. Schmiedel SPD: Was ist „vor Ort“?)

Wenn Sie aber Vor-Ort-Lösungen machen, dann macht genau ein Landkreis für andere Landkreise dasselbe mit.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch schon jetzt so!)

(Kretschmann)

Das heißt, es geht haargenau in unsere Richtung: Die Einheiten sind zu klein, sie müssen größer werden. Sie landen dann ganz genau bei unseren Regionalkreisen, aber nicht in Form einer geordneten Verwaltung, sondern Sie landen dort ganz unstrukturiert nach dem Zufallsprinzip, gerade so, wie diese Behörden aussehen. Das ist doch eigentlich ein völlig unsinniges Konzept.

(Beifall bei den Grünen)

So kann man das abschließen.

Herr Hesse hat als Kritik an den Regionalkreisen gesagt, sie würden keine große Chance auf Durchsetzung haben.

(Abg. Drexler SPD: Das ist der Punkt!)

Um das zu sagen, muss man nicht besonders klug sein. Man muss sich nur die Mehrheitsverhältnisse im baden-württembergischen Landtag angucken. Dann weiß man, dass Ihre Reform kommt und nicht unsere.

(Abg. Seimetz CDU: Junge, Junge!)

Wir sind ja schließlich in der Opposition, und Sie sind an der Regierung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt stimmt alles!)

Es ist aber doch wohl unser Job hier,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Natürlich!)

zu sagen, wie es anders und besser gemacht werden kann. Sie haben es jedenfalls vermieden,

(Abg. Drexler SPD: Heute das zu sagen!)

auf die Widersprüche, die wir hier in Ihrem Konzept aufgezeigt haben, überhaupt einzugehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich sehe keinen Widerspruch!)

Sie konnten nicht darlegen, wie Sie diese Probleme mit diesen kleinen Landkreisen lösen können.

(Abg. Drexler SPD: Nicht einmal erklären! – Abg. Pfister FDP/DVP: Ich sehe keinen Widerspruch!)

Deswegen ist es, glaube ich, richtig, dass wir diese Konzeption hier überzeugend vorgetragen haben. Ich habe am Beispiel der Schulverwaltung noch einmal aufgezeigt – damit möchte ich schließen –: Der Kern einer Verwaltungsreform, die Einsparungen und zugleich Aufgabenerfüllung leisten soll, muss Aufgabenanalyse, Aufgabenkritik und Aufgabenreduktion umfassen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und Synergien!)

Diese Antwort sind Sie total schuldig geblieben. Sie haben nicht gesagt, was Sie dezentralisieren. Sie haben keinen Bereich dargelegt, in dem Sie eine Aufgabenreduktion durchführen.

(Abg. Drexler SPD: Nichts!)

Deswegen bezweifeln wir, dass das vorgelegte Konzept diese Effizienzreserven schaffen kann. Wir allerdings werden

in den nächsten Jahren – da Ihre Reform kommt und nicht unsere, weil Sie regieren und wir opponieren – zum Schwerpunkt machen, Sie anhand von Aufgabenanalyse, -kritik und -reduktion dazu zu zwingen, die Verwaltung von Baden-Württemberg auch mit Ihrem Konzept tatsächlich effizienter zu gestalten. Das bieten wir jedenfalls konstruktiv an.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Tagesordnungspunkt 1 ist damit abgeschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:15 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:15 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Pensionslasten und nachhaltige Finanzpolitik des Landes Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Ich möchte eingangs der Debatte, auch wenn offensichtlich noch nicht alle Rednerinnen und Redner anwesend sind – von den übrigen Kolleginnen und Kollegen ganz zu schweigen –, noch einmal darauf hinweisen, dass die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten hat und dass die Redezeit der Regierung darauf nicht angerechnet wird. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Die Redezeiten können nicht zusammengefasst werden. Ich bitte auch die Mitglieder der Landesregierung, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erhält Frau Dederer. – Bitte schön.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Wir wollen jetzt einzeln begrüßt werden!)

– Es werden mittlerweile schon mehr. Kollege Haas kommt auch noch.

Wir haben eine Aktuelle Debatte zum Thema Pensionslasten beantragt. Neuerdings macht sich ja ein anderer Begriff breit, nämlich das Wort „Pensionslawine“. Das klingt so, als ob das ganz plötzlich über das Land Baden-Württemberg hereinbrechen würde, doch dem ist nicht so. Niemanden sollte die Debatte heute überraschen. Die Entwicklung ist seit vielen, vielen Jahren absehbar, und genauso lange sieht die Landesregierung dieser Entwicklung tatenlos zu.

In den letzten 40 Jahren hat sich die Zahl der Beamten in unserem Land verdreifacht. Man wusste eigentlich schon bei der Einstellung dieser Beamten bzw. bei der Schaffung dieser Beamtenstellen, dass man für diese Leute irgend-

(Heike Dederer)

wann natürlich einmal Pensionen zahlen muss. Jetzt endlich greift Herr Finanzminister Stratthaus dieses Thema auf. Der Presse war zu entnehmen, dass er die Pensionslasten im Haushalt ausweisen möchte, damit auch alle schwarz auf weiß sehen, was auf das Land zukommt. Da kann ich nur sagen: Gut, Herr Finanzminister, dass Sie das aufgreifen. Es ist nämlich eine alte grüne Forderung, diese Pensionslasten tatsächlich sichtbar zu machen. Wir sind froh darüber, dass dies jetzt geschieht.

(Beifall bei den Grünen)

Allerdings – auch das darf man hier erwähnen – gab es schon im Jahr 1996 eine beratende Äußerung des Rechnungshofs, in der der Rechnungshof genau das gefordert hat, nämlich diese Pensionslasten im Vorheft des Staatshaushaltsplans auszuweisen. Seitdem sind sieben Jahre vergangen, sieben Jahre in Lethargie, Herr Finanzminister. Sie hätten genug Zeit gehabt, etwas zu tun.

Laut Presseartikel haben Sie, Herr Finanzminister, auch eine verhängnisvolle Einschränkung für Ihren Vorschlag gemacht. Sie wollen nämlich, dass es eine bundeseinheitliche Regelung für den Bund und alle Länder gibt. Da habe ich einfach die Befürchtung, dass es noch weitere sieben Jahre dauern wird, bis man hier tatsächlich zur Tat schreiten wird.

(Abg. Moser SPD: Ja! Sieben fette und dann sieben magere Jahre!)

Deswegen meine Bitte: Warten Sie nicht darauf, dass es eine bundeseinheitliche Regelung geben wird. Reden Sie nicht nur einfach davon, sondern machen Sie es, weisen Sie es im Haushalt aus. Wir sind schließlich nicht für Schleswig-Holstein oder Hessen verantwortlich, sondern wir sind hier für unser eigenes Land verantwortlich. Es geht schließlich um unseren eigenen Haushalt. Andere Länder, meine Damen und Herren, gehen ja auch eigene Wege. In Nordrhein-Westfalen gab es eine Kommission zum Thema „Reform der Altersvorsorge“.

Herr Finanzminister, ich kann Ihnen zusagen, dass Sie, wenn Sie dieses Thema angehen, unsere Unterstützung haben. Wir sind uns natürlich darüber im Klaren, dass das bitter wird. Wir sehen aber keine Alternative dazu, hier diesen ersten Schritt hin zu mehr Klarheit und Wahrheit zu machen. Die Zahlen sind ja bekannt. 2,6 Milliarden € zahlen wir schon heute an Versorgungsausgaben. Ich darf Sie daran erinnern, dass das fast ein Zehntel unseres aktuellen Landesetats ist. In jeder Legislaturperiode wird dieser Betrag um 1 Milliarde € steigen, bis auf 8 Milliarden € im Jahr 2030.

Meine Damen und Herren, wir haben den Barwert dieser Pensionslasten bis zum Jahr 2030 ausgerechnet und nennen das Schattenschulden.

(Die Rednerin hält ein Balkendiagramm hoch. – Abg. Moser SPD: Können Sie das vervielfältigen lassen? Ich sehe das nicht so recht!)

Ich darf es Ihnen hier noch einmal zeigen: Sie sehen rot eingezeichnet die aktuellen Schulden unseres Landes in Höhe von fast 36 Milliarden €, und wenn man den Barwert der Versorgungslasten ansetzt, dann ergeben sich zusätzlich

72 Milliarden €. Ich denke, wenn man sich diese Zahlen bewusst macht, dann weiß man, dass man besser heute handelt als morgen. Herr Finanzminister, wir sind in Anbetracht dieser Zahlen auch gespannt auf Ihre Strategie.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Dr. Scheffold, bitte schön.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist unstrittig, dass das Problem des Anstiegs der Versorgungslasten zahlenmäßig dokumentiert ist und dass man sich darüber seine Gedanken machen muss. Deswegen tut das die CDU-Fraktion schon seit vielen Jahren.

(Abg. Moser SPD: Ununterbrochen! Außer euch Gedanken zu machen habt ihr nichts gemacht!)

Wir beschäftigen uns mit diesem Thema, zumal die Zahlen, Frau Kollegin Dederer, ja offen auf dem Tisch liegen. Das, was Sie uns sagen, ist ja nichts Neues, sondern es trifft in der Tat zu, dass die Zahlen nicht veränderbar sind. Denn die Beamtinnen und Beamten befinden sich im Dienst des Landes. Deshalb ist kalkulierbar, wie hoch die Versorgungsaufwendungen bis zum Jahr 2030 sein werden. Das ist in der Tat ein Problem, über das wir uns unterhalten müssen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Aber die entscheidende Frage ist: Was kann man tun?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Ja!)

Man sollte zum Beispiel darauf hinweisen, dass die gesamte Beamtenbesoldung verändert werden könnte. Das würde mittel- und langfristig mit Sicherheit etwas bringen. Man muss sich aber darüber im Klaren sein, dass die Beamtenbesoldung in der Kompetenz des Bundes liegt und der Bund in diesem Bereich handeln muss. Wenn er die Besoldung herabsetzt oder geringer einstuft, wird es sich später auch auf die Versorgung auswirken. Dann würde sich etwas tun, was zur Lösung des Problems beiträgt.

Wir stellen mit Blick auf die jüngsten Tarifverhandlungen fest, dass der Bund zwar Einfluss nimmt, aber leider nicht in die richtige Richtung. Zuletzt hat sich ein Tarifabschluss von 2,4 % ergeben. Der ist zu hoch, und daraus resultieren weitere Probleme für die Versorgung in der Zukunft. Baden-Württemberg dagegen hat die Möglichkeiten, die es hat – ich nenne als Stichworte Öffnungsklausel oder die Bereitschaft, beim Weihnachtsgeld oder beim Urlaubsgeld Abstriche zu machen –, genutzt.

Wir haben unseren Spielraum auch insofern genutzt – wir waren ja in die Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen integriert gewesen –, als wir den Austritt aus der Tarifgemeinschaft erklärt haben und in Zukunft unsere Spielräume eigenständig besser nutzen wollen als der Bund. Der Bund hat eine niedrigere Personalquote und einen hohen Anteil am Einkommensteueraufkommen. Er verhandelt daher nicht in die Richtung, die notwendig und richtig wäre.

(Dr. Scheffold)

Das gleiche Problem stellt sich bei der Beamtenversorgung. Auch die liegt in der Bundeskompetenz, und das Land hat seine Hausaufgaben erledigt. Denken Sie nur an Stichworte wie Altersteilzeit, wo Sie eine ganz andere Position als wir vertreten haben, die überhaupt nicht zu einer Sicherstellung der Versorgung in der Zukunft beigetragen hätte. Wir haben gehandelt. Wir haben die Altersteilzeit nicht eingeführt. Wir haben in dem kleinen Umfang, in dem wir Handlungsspielräume haben, diese Spielräume genutzt, und zwar in der Weise, dass die Versorgung in Zukunft sichergestellt werden kann.

Ein weiterer Stichpunkt wäre eine Personalreduzierung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg hat seinen Personalbestand in den Jahren seit 1993 um ca. 10 000 Beamtinnen und Beamte reduziert,

(Abg. Moser SPD: Und gleich wieder eingestellt! –
Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein, nein! Das stimmt nicht!)

und auch hier wird deutlich – –

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

– Entschuldigung, Frau Kollegin Dederer, Sie fordern doch ständig noch mehr Stellen. Sie dürfen doch nicht von uns fordern, wir sollten noch mehr streichen, wenn Sie ständig mehr Stellen fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir bauen Stellen nach vorhandenen Programmen ab – nachvollziehbar und klar an Zahlen dokumentierbar. Sie fordern doch ständig neue Stellen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie haben unter dem Strich keine Stellen reduziert!)

Nächstes Stichwort in diesem Zusammenhang – wir haben heute Morgen ausgiebig darüber diskutiert –: die Verwaltungsreform. Auch in diesem Bereich ist das Ziel, eine Rendite, eine Einsparung zu erzielen. Auch dies wird uns zugute kommen, um das Versorgungsproblem, das vor uns steht, anzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, letzter Punkt: Pensionsfonds. Manche Länder sind in Pensionsfonds eingestiegen; ich denke an Schleswig-Holstein oder Rheinland-Pfalz. Das entscheidende Kriterium bei dieser Geschichte ist aber, dass wir es mit den Modellen, die da erprobt worden sind, nicht machen können, weil sie gescheitert sind. In Schleswig-Holstein war es eine Privatisierung, die als Grundstock genommen worden ist, und dann sollten Zuschüsse über den Haushalt erfolgen. In Rheinland-Pfalz war es das Modell, dass über neu eingestellte Beamte ein bestimmter Betrag einbezahlt wird. Beide Modelle haben keine Zukunftsfähigkeit.

Das Entscheidende wäre, ein Modell zu finden, bei dem ein solcher Pensionsfonds nebenher finanziert wird, ohne dass neue Schulden aufgenommen werden müssen. Das ist die entscheidende Aufgabe, der wir uns stellen müssen und der Sie sich als Opposition genauso stellen müssen. Wir dürfen die Haushalte nicht mehr über Kredite finanzieren. Denn

solange ich einen Pensionsfonds mit zusätzlichen Krediten finanzieren muss und nur über Kredite aufstocken kann,

(Abg. Moser SPD: Kann ich es auch bleiben lassen!)

macht es keinen Sinn. Dann ist es sinnvoll, zunächst eine Haushaltskonsolidierung vorzunehmen. Dabei sind wir in Baden-Württemberg auf einem guten Weg.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Vor allem in diesem Jahr!)

Das Land Baden-Württemberg hat einen guten Haushalt, verglichen mit anderen Ländern.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir stehen vor der Tatsache, dass die Wirtschaftspolitik, die Finanzpolitik, die Arbeitsmarktpolitik und die Sozialpolitik in Berlin in die falsche Richtung gehen und uns mit zusätzlichen Problemen überhäufen. Das wissen Sie selbst ebenso gut wie wir. Deswegen würde ich Sie bitten, Ihren Einfluss bei den von Ihnen unterstützten Parteien geltend zu machen, damit wir in dieser Hinsicht bessere Fortschritte erzielen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Richtig ist: Die Probleme sind seit Jahren bekannt. Richtig ist – wie Frau Kollegin Dederer gesagt hat –: Wir bewegen uns bei den Pensionen von derzeit 7,4 auf nahezu 13 % der Gesamtkosten eines Haushalts im Jahr 2030 zu, also nahezu auf eine Verdoppelung.

Ich bin dankbar, Herr Kollege Scheffold, dass Sie angesprochen haben, man möge auch einmal die Stellschrauben nennen. Denn nur darüber zu diskutieren, dass wir uns in einer schwierigen Zeit befinden, nützt nichts, wenn wir uns nicht gleichzeitig fragen, wie wir das Problem lösen wollen. Es gibt viele Stellschrauben, die angesprochen worden sind.

Eine Stellschraube, die Sie nicht angesprochen haben, hat zum Beispiel damit zu tun, dass wir nicht immer nur auf die Ausgabenseite schauen sollten, sondern auch auf die Einnahmenseite. Herr Finanzminister, pflegen Sie bitte Ihre Finanzverwaltung! Sie haben schon einmal den großen Fehler gemacht, dass Sie den Personalbestand der Finanzverwaltung preisgegeben haben. Andere haben das nicht getan. Die Finanzverwaltung ist die einzige Verwaltung, die uns Geld bringt. Die anderen, die ihren „Naturschutzpark“ bekommen haben, kosten uns Geld. Insofern erinnere ich auch an die beratende Äußerung des Landesrechnungshofs zu der Frage, was uns wegen des geringen Personalbestands in der Finanzverwaltung an Geldern verloren geht.

Zweitens sprechen wir über Rechtsansprüche. Man muss hier also sehr vorsichtig vorgehen. Nachrichtlichkeit allein nützt nichts, Nachhaltigkeit ist gefordert. Was nutzt es,

(Moser)

wenn etwas im Haushalt steht und wir die erforderlichen Konsequenzen nicht ziehen können? Das Problem sind die Lösungen.

Da wäre es eigentlich gut, wenn die Regierung Farbe bekennen und sagen würde, was sie eigentlich tun möchte, statt sich dabei hinter dem Bund zu verstecken.

Was kaum einer aushält und was in jeder Versammlung kommt, ist zum Beispiel das 13. Monatsgehalt für Pensionäre. Niemand versteht das. Obwohl ich es jedem gönne: Niemand versteht es. Das wäre eine solche Stellschraube; die Rentner haben auch keine 13. Rente. Aber bitte: Pensionäre müssen ihre Pension versteuern, Rentner nur zum Teil.

Das Nächste ist die Lebensarbeitszeit. Daran müssen wir drehen. Man muss nicht unbedingt wie Rürup nur nach oben schauen, sondern man kann auch nach unten schauen. Wir haben über Jahre hinweg darüber diskutiert, wie wir junge Menschen frühzeitiger in den Arbeitsprozess bekommen können. Diese Diskussion ist verschwunden. Mir ist es lieber, wenn die Leute früher anfangen und dann in Richtung 65 Jahre arbeiten, als dass sie spät anfangen und früher aufhören. Das ist eine Diskussion, die geführt werden muss.

Das Nächste ist die Parallelität von Renten und Pensionen. Wenn die Rürup-Vorschläge teilweise umgesetzt und von den Rentnern Einschnitte hin zu einem langsameren Anstieg gefordert werden, werden wir nicht darum herumkommen, auch bei den Pensionen darüber zu reden, wie es weitergeht. Man darf ja nicht vergessen, dass ein Rentner im Durchschnitt etwas über 2 000 DM im Monat erhält, ein Pensionär im Durchschnitt aber etwas über 5 000 DM. Man muss sich überlegen, ob die Steigerungsraten eigentlich immer gleich sein müssen, wenn wir die Finanzproblematik in den Griff bekommen wollen.

Es gibt Vorschläge für eine Umgestaltung, für ein Zweisäulensystem. Ich hätte auch gerne noch etwas von Ihnen zu dem Vorschlag gehört, dass man eine Grundversorgung erhält und daneben eine Zusatzrente, die auch von den Beamten mitfinanziert werden muss, hat. Wir haben ja bei der Riester-Rente den Einstieg für Beamte ermöglicht. In anderen Ländern, in denen es auch Beamte gibt, ist es sogar üblich, dass diese wie alle anderen Beschäftigten auch Beiträge bezahlen müssen. Bei uns wird der Wert einer Pension nicht einmal auf dem Gehaltszettel ausgewiesen. Dies zu tun wäre auch ein Vorschlag. Manche Diskussion wäre einfacher, wenn man sagen könnte: „Das ist dein Gehalt, und das ist der Pensionsanteil, der für dich aufgebracht wird.“

Das Lebenseinkommen ist vielleicht eine Stellschraube. In Versammlungen halten wir es ja kaum aus, dass bei Rentnern die Rente durch das gesamte Lebenseinkommen bestimmt wird, die Pension der Beamten dagegen durch ihre letzte Gehalts- bzw. Besoldungsstufe. Das heißt, es gibt hier eindeutige Vorteile für die Beamenschaft, wie man zugeben muss. Man muss darüber reden, wie man diese Lebenseinkommen in ein vernünftiges Berechnungsverhältnis zueinander bringt, um dem Verfassungsauftrag, den wir ja dadurch haben, dass die Beamenschaft existiert, in einem vernünftigen Rahmen Rechnung zu tragen.

Die Besoldungsautonomie der Länder wurde genannt. Dazu sage ich eines: Dazu gehört natürlich auch, dass man eine

wachstumsfreundliche Gesamtpolitik macht. Wer, wie die Grünen, keine Straßen mehr bauen und dieses und jenes nicht mehr haben will, betreibt auch keine wachstumsfreundliche Politik. Ich kenne keine andere Theorie. Wir brauchen Wachstum, selbst wenn es nur ein geringes Wachstum ist. Über das Wachstum finanzieren wir dann auch diese Aufgaben. Es geht nicht anders; das muss ich einfach einmal sagen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Bei manchem muss man vielleicht noch daran erinnern, dass auch Keynes noch nicht abgeschafft ist. Wenn der Staat keine Anreize gibt, dann funktioniert das Wachstum auch nicht.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wir haben jahrelang bewiesen, dass Keynes nicht funktioniert! Das funktioniert doch nicht!)

Wenn wir in der Wirtschaftspolitik diszipliniert sind und nur Schulden zulassen, die wir auch sofort wieder zurückzahlen, dann sind wir auf dem richtigen Weg. In der zweiten Runde werde ich noch einmal zu diesem Thema kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Scheffold CDU: Ist das eine Drohung? – Abg. Alfred Haas CDU: Das war aber nicht mit der ganzen Fraktion abgestimmt!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Dederer hat in ihren Ausführungen zu Recht darauf hingewiesen, dass sich gegenüber der Zeit, in der in Baden-Württemberg mit Hermann Müller noch ein liberaler Finanzminister – wenn man seine Reden nachliest, dann merkt man das – Zurückhaltung und Maßhalten beim Ausbau des Staates geübt hat, die Zahl der Bediensteten beim Land verdreifacht hat.

(Abg. Seltenreich SPD: Ich sage nur Freudenberg!)

Nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in den anderen Bundesländern gab es einen Ausbau unseres Staates zum Wohlfahrtsstaat. Wenn man die Zahlen, die die Landesregierung vorgelegt hat, einmal anschaut, muss man sehr nachdenklich werden. Man muss dies ganz dramatisch schildern, aber trotzdem in aller Sachlichkeit sagen: Wir haben eine Situation, von der wir kurzfristig nicht wegkommen. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Wir steuern auf einen Zustand zu, in dem die öffentlichen Finanzen nicht mehr gestaltbar sind. Wir verlagern Lasten auf die zukünftige Generation. Diese Entscheidungen werden nicht von diesem Landtag getroffen, sondern die Entscheidungen über die Einstellung des Personals, dessen Versorgungsbezüge jetzt und in den Folgejahren finanziert werden müssen – diese Zahlen steigen ja dramatisch an –, wurden bereits von früheren Landtagen getroffen. Man hat den Bürgerinnen und Bürgern damals ge-

(Theurer)

sagt, man könne sich dies leisten. Jetzt stellen wir jedoch fest, dass wir uns dies nicht mehr leisten können, weil wir unsere Haushalte nicht ausgleichen können.

Wir haben uns zu Recht das Ziel vorgenommen, eine Neuverschuldung von null zu erreichen. Die aktuellen Entwicklungen der Steuereinnahmen zeigen, dass wir davon weit entfernt sind, nicht nur wir in Baden-Württemberg, aber auch wir in Baden-Württemberg. Die Staatsverschuldung ist von 1965 bis heute dramatisch angestiegen, nämlich von 1965 bis heute von 43,5 Milliarden € auf 1,282 Billionen €, also 1 282 Milliarden €. Aber diese dramatischen Anstiege der Staatsverschuldung sind vielen Bürgerinnen und Bürgern überhaupt nicht bekannt. Die wenigsten Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wissen, dass wir die Zinsen, meine Damen und Herren, komplett mit neuen Krediten finanzieren. 2 Milliarden € Zinsen werden komplett mit neuen Krediten finanziert. Wenn wir das etwa bei der privaten Finanzierung eines Hauses versuchen würden, dann viel Spaß beim Finden einer Bank!

In einer solchen Situation ist es auch nicht möglich, Rücklagen für Beamtenpensionen zu bilden. Es wäre unsinnig, am Kapitalmarkt Kredite aufzunehmen, sie dort teurer zu bezahlen und dann in einem Pensionsfonds anzulegen, wo sie einen geringeren Anlagezinssatz erzielen würden. Das wäre nicht der richtige Weg, sondern der richtige Weg ist, alles zu tun, um durch Verwaltungsreformen, durch Verschlan- kungen, durch Privatisierung, durch eine Neudefinition der staatlichen Aufgaben, durch ein Zurückziehen des Staates aus Aufgaben, durch eine Mobilisierung von bürgerschaftlichem Engagement die Haushalte zu konsolidieren und wieder Überschüsse zu erzielen. Dies ist der einzige Weg, der dazu führt, dass wir die Zahl der Staatsbediensteten reduzieren können. Das alles wird trotzdem nicht ausreichen, um die Versorgungslasten zu finanzieren. Deshalb wird man auch über die Höhe der Pensionen sprechen müssen. Je früher man mit Pensionsabschlägen anfängt, um dann Vor- sorge zu treffen, desto weniger schmerzlich werden die Ein- schnitte in Zukunft werden.

Weil diese Herkulesarbeit nicht von einer Partei alleine ge- leistet werden kann und weil auch der Landtag – das hat Kollege Scheffold zu Recht ausgeführt – viele Dinge nur ausführt, die durch bundes- und europarechtliche Gesetze festgelegt sind, brauchen wir einen Konsens über die Frak- tionen und Parteien in unserem Haus hinweg und auch auf Bundes- und Europaebene.

(Abg. Moser SPD: Jetzt brauchen wir konkrete Vorschläge! Bis jetzt ist es nur Blabla!)

Nur so kann das Steuer herumerissen werden. Es ist drin- gend erforderlich, abzubrem- sen. Denn es ist ja wohl so, dass eher das Bild eines Tankers das richtige Bild ist: Ein Tanker, der in Cuxhaven anlegen will, der muss in Borkum abbrem- sen. Wir sind allerdings schon auf der Höhe von Wangeroo- ge, und deshalb muss man versuchen, diesen Tanker noch rechtzeitig zum Stillstand zu bringen, da er sonst über Schleswig-Holstein hinausfährt. Ich glaube, man muss es so drastisch schildern.

Die FDP/DVP-Fraktion ist bereit, die notwendigen Maß- nahmen zu ergreifen, und wir werben für einen parteiüber-

greifenden Konsens, weil in der Tat diese Pensionsfalle, diese großen Lasten, die auf uns zukommen, einer Lawine gleichen, die uns zu ersticken droht.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Scheff- fold CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält der Herr Fi- nanzminister.

(Abg. Moser SPD: Jetzt bringen Sie mal Butter bei die Fische! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Licht ins Dunkel!)

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr ge- ehrten Damen und Herren! Sie merken schon am Kammer- ton, der hier herrscht: Das ist kein Thema, das sich beson- ders zu parteipolitischer Profilierung eignet. Denn die Pro- bleme, die wir haben, haben alle anderen Länder auch, die allermeisten in noch viel höherem Maße. 14 oder 15 Länder sind noch schlechter als wir, ein einziges ist besser.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das kann nur Bayern sein!)

Nun, die Probleme sind allgemein bekannt und auch richtig beschrieben worden. Da ist auf der einen Seite die Demo- graphie und auf der anderen Seite die Tatsache, dass wir insbesondere in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre und in den Siebzigerjahren vor allem ungeheuer viele Lehrer eingestellt haben und in den letzten Jahren ein zu geringes Wirtschaftswachstum haben verzeichnen müssen.

Ich möchte gleich auf eines eingehen, was hier einige Male gesagt worden ist. Meine Damen und Herren, es ist ein Trugschluss, zu meinen, dass Wirtschaftswachstum unsere Haushaltsprobleme lösen würde. Die kann es vorüberge- hend mal lösen, auf lange Sicht wird Wirtschaftswachstum allein aber unsere Haushaltsprobleme nicht lösen,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Richtig! – Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

soweit sie auf Personalausgaben beruhen. Denn in einer wachsenden Wirtschaft werden hoffentlich auch die Ein- kommen der Bediensteten im öffentlichen Dienst steigen. Sie werden dann in etwa wie das Bruttoinlandsprodukt und damit auch wie die Steuereinnahmen steigen.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Moser SPD: Richtig! – Abg. Schmid SPD: Aber ohne geht es auch nicht!)

Ich möchte also noch einmal davor warnen. Manche mei- nen, wenn die Konjunktur besser brummt, sei alles in Ord- nung.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ihr Kollege Oettin- ger zum Beispiel!)

Wir müssen die Haushalte konsolidieren; das ist überhaupt keine Frage.

Was können wir bei dem hier angesprochenen Problem di- rekt tun?

(Minister Stratthaus)

Meine Damen und Herren, erstens können wir weitere Belastungen vermeiden. In diesem Zusammenhang darf ich an eine Diskussion erinnern, die wir vor zwei Jahren hier geführt haben, als es um die Einführung der Altersteilzeit ging.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Damals haben wir von beiden Oppositionsparteien harte Vorwürfe erhalten, weil wir die Altersteilzeit nicht eingeführt haben.

(Abg. Fischer SPD: Das stimmt! – Abg. Moser SPD: Nach bayerischem Vorbild, kostenneutral! CSU!)

Als wir vorgerechnet haben, was die Altersteilzeit kostet, wurde uns entgegengehalten, das stimme nicht. Sie geben mir schon das Stichwort. Deswegen verlange ich nämlich den bundesweiten Ausweis der indirekten Verschuldung, weil sonst wieder die gleiche Diskussion losgeht.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Moser SPD: Sie haben ja Recht!)

Die einen werden nämlich sagen: „Ihr schreibt es zu schwarz, weil ihr verhindern wollt, dass weitere Beamte eingestellt werden.“ Und die anderen werden sagen: „Ihr macht es zu gut.“ Das ist ein guter Beweis dafür, dass wir darauf bestehen müssen, solche Regelungen bundesweit zu finden.

Baden-Württemberg hat seinerzeit als eines der wenigen Bundesländer die Altersteilzeit nicht eingeführt. Ich darf Ihnen sagen, dass in der Zwischenzeit fast alle anderen Bundesländer sie wieder abgeschafft haben.

Einige Male ist hier darauf hingewiesen worden, dass von der Opposition die Einstellung von immer mehr Personal verlangt wird. Ich möchte hier wirklich zwischen den Grünen und der SPD differenzieren. Die SPD hat immer noch mehr Polizeibeamte gefordert, und zwar gerade vor kurzer Zeit, vor einigen Monaten wieder. Sie fordert immer mehr Lehrer, und soeben hat sie auch mehr Steuerbeamte gefordert. Sie fordert also laufend mehr Personal und nicht das Gegenteil.

Nun kommen die Ideen, Fonds zu bilden. Darauf ist auch schon eingegangen worden.

Meine Damen und Herren, es gibt immer den Hinweis, wir dürften nicht ein reines Umlageverfahren haben. Aber im Grunde genommen haben wir bei den Beamten das gleiche Verfahren wie bei der gesetzlichen Rentenversicherung. Auch bei der gesetzlichen Rentenversicherung sind keine Rücklagen vorhanden. Sie wird über entsprechende Beitragserhöhungen finanziert.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Bei den Beamten sind es die Steuern. Letzten Endes bedeutet es immer, dass im Augenblick entstehende Kosten auch durch laufende Einnahmen finanziert werden. Im Grunde genommen besteht volkswirtschaftlich gesehen kein Unterschied zwischen Beamtenpensionen und Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Ich bin deswegen – dabei kann ich mich voll dem anschließen, was Herr Theurer gesagt hat – der Meinung, dass eine Fondsbildung zwar richtig wäre, aber in einer Zeit, in der man jährlich eine riesige Nettoneuverschuldung vornimmt, völlig sinnlos ist, weil üblicherweise die Sollzinsen höher als die Habenzinsen sind. Herr Theurer hat vorhin darauf hingewiesen, dass in diesem Jahr die Nettoneuverschuldung gerade ausreicht, um die Zinsen zu bezahlen. Das ist aber nur deswegen der Fall, weil wir in diesem Jahr eine besonders hohe Nettoneuverschuldung haben.

(Lachen des Abg. Dr. Scheffold CDU)

In den vergangenen Jahren hat die Nettoneuverschuldung gerade ausgereicht, um die Hälfte der Zinsen zu bezahlen. Man muss sich das einmal überlegen. Es wird immer behauptet, man dürfe Schulden machen, um Investitionen zu finanzieren. In Wirklichkeit haben unsere neu aufgenommenen Schulden in der Vergangenheit jeweils gerade ausgereicht, um die Hälfte der Zinsen für Verschuldungen aus der Vergangenheit zu bezahlen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Es gibt also gar keinen anderen Weg als den, zunächst einmal eine Nettoneuverschuldung von null zu bekommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Dann sollten wir bei unseren demographischen Problemen an den Schuldenabbau gehen. Ich weiß, dass das im Augenblick in sehr, sehr weiter Ferne liegt. Erst danach kann man meines Erachtens darangehen, Fonds zu bilden, die dann entsprechend aufgelöst werden.

Es ist über die Möglichkeit gesprochen worden, die Pensionen hier in Baden-Württemberg in irgendeiner Art und Weise zu verringern, nach unten zu beeinflussen. Das geht kaum, weil dies weitgehend Bundesrecht betrifft.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

In der Zwischenzeit geht es in einigen Bereichen.

Herr Moser, nachdem Sie so weit gehende Vorschläge gemacht haben, bin ich einmal gespannt, was Sie tun werden, wenn in einigen Wochen der Gesetzentwurf kommt, in dem es darum geht, das Weihnachtsgeld zu reduzieren und das Urlaubsgeld abzuschaffen. Man könnte nämlich zum Beispiel die Pensionen der Ruheständler, der Beamten im Ruhestand, abschaffen. Wir werden das nicht tun. Aber Sie haben heute einiges angedeutet. Ich bin einmal gespannt, ob von Ihnen dazu ein entsprechender Vorschlag kommt.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Seit einigen Monaten, seit wir die Öffnungsklausel haben, ist so etwas möglich. Vorher war es nicht möglich. Beim 13. Monatsgehalt, beim Weihnachtsgeld, sind die Länder in der Zwischenzeit völlig autonom. Sie können zwischen 100 % und 0 % alles gewähren. Sie können es auch nur für einzelne Gruppen machen. Wir werden das nicht machen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum eigentlich nicht?)

(Minister Stratthaus)

Ich möchte Ihnen aber die Gelegenheit geben, das, was Sie gesagt haben, umzusetzen.

Nach meiner Überzeugung gibt es nur eine Möglichkeit: Wir müssen dafür sorgen, dass wir weniger Personal haben. Auch dazu sind schon Zahlen genannt worden. Wir haben sehr stark Personal abgebaut, haben allerdings in noch etwas höherem Maße noch teureres Personal neu eingestellt. Aber, meine Damen und Herren, das hat doch den Beifall des ganzen Hauses gefunden. Das waren immer wieder Lehrer und Polizeibeamte. Ich habe bisher nicht erlebt, dass eine ernsthafte Gruppe in diesem Haus gegen deren Einstellung war.

(Abg. Seimetz CDU: Sind das keine ernsthaften Leute, Polizeibeamte und Lehrer?)

Wir stellen 5 500 neue Lehrer ein. Wir haben alle diese Stellen mit k.w.-Vermerken versehen. Ich muss Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen: Wenn nach dem Jahr 2007 die Schülerzahlen zurückgehen, müssen wir nach meiner Ansicht diese k.w.-Vermerke auch exekutieren. Das heißt, wir müssen auch in diesem Bereich Personal abbauen. Ich kann mir schon vorstellen, wie die Diskussion sein wird:

(Abg. Fischer SPD: Viele sind aber doch bis dahin in Pension!)

Dann wird von allen Seiten gefordert werden, dass die Unterrichtsversorgung besser wird und dass die Klassen kleiner werden. Das wird hundertprozentig kommen. Ich möchte damit sagen: Zwischen schönen Worten und der harten Tat ist halt oft ein großer Unterschied.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Große Kluft!)

Man könnte noch viele weitere Ausführungen machen. Weil sich aber im Grunde genommen fast alle im Ziel einig sind, möchte ich keine weiteren Ausführungen dazu machen, sondern nur an Sie appellieren, uns zu unterstützen,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Machen Sie mit!)

wenn wir Personal abbauen wollen. Wir werden Personal abbauen.

Ich muss doch noch auf den Vorschlag, den ich gemacht habe und den die Grünen, wie ich erfahren habe, schon vor sieben Jahren gemacht haben, eingehen, nach finanzmathematischen und versicherungsmathematischen Gesichtspunkten die Belastung der Zukunft auszuweisen, und zwar „unter dem Strich“, wie man bei Bilanzen sagen würde. Ich bin der Meinung, wir sollten das tun. Es ist aber nötig, dass alle Länder dies machen.

Erstens einmal ist dies wegen Maastricht erforderlich. Sie wissen genau, dass Milliardenbelastungen auf die Bundesrepublik Deutschland zukommen, wenn wir das Kriterium von 3 % überschreiten; es sieht so aus, als ob wir das in diesem Jahr wieder täten. Die Frage ist, wie diese Belastungen eigentlich auf die einzelnen Länder verteilt werden. Da gibt es viele Länder, die der Ansicht sind: Derjenige, der schon bisher mehr Schulden gemacht hat – viele Schulden haben wir auch gemacht –, soll auch in Zukunft besonders viele Schulden machen dürfen, und die anderen sollen weniger

Schulden machen dürfen. Das können wir nicht mittragen. Hier muss es nach dem Verursacherprinzip gehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Wir verlangen deswegen, dass alle öffentlichen Haushalte diese Ausweisung machen, damit auch Vergleiche möglich sind und damit vor allem ein objektiver, von allen anerkannter Maßstab angewendet wird. Sonst werden wieder die Diskussionen losgehen, die ich bereits genannt habe: Den einen geht es nicht weit genug, und die anderen sagen: „Das ist Schwarzmalerei.“ Deswegen sollten wir das bundesweit machen.

Ich werde mich in der Finanzministerkonferenz und im Finanzplanungsrat dafür einsetzen. Ich sehe das gar nicht so negativ. Wer kann denn schon ernsthaft etwas dagegen haben, wenn die Wahrheit – so möchte ich es einmal ausdrücken – nach finanzmathematischen und versicherungsmathematischen Gesichtspunkten in allen Ländern sowie beim Bund und in den Gemeinden auf gleiche Art und Weise dargestellt wird?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Scheffold,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Ja! Hier!)

bei Ihrem Beitrag hatte man den Eindruck, als ob die Pensionslasten, die auf das Land zukommen, einzig und allein ein Problem der Beamten seien. Sie haben quasi nur von bundesrechtlichen Regelungen gesprochen, die die Pensionen und die Beamtenversorgung betreffen. Das ist es aber beileibe nicht. Da verkennen Sie einfach die Dimension der Pensionslasten, die auf uns zukommen. Ich habe vorhin Zahlen genannt. Das steigt an bis auf 8 Milliarden €, die unseren Landeshaushalt belasten. Das können überhaupt nicht einzig und allein die Beamten durch irgendwelche Abschläge bei Pensionen oder in irgendeiner anderen Form schultern. Das ist tatsächlich eine Aufgabe, die wir alle hier zu schultern haben.

Herr Kollege Theurer hat erwähnt, dass man trotzdem das Ziel der Nullverschuldung nicht aus den Augen verlieren will. Da wird doch das ganze Dilemma deutlich. Wir haben für die Pensionen aktuell eine Rücklage von 112 Millionen €. Meine Damen und Herren, das ist schlicht und ergreifend nur ein Nasenwasser, wenn man bedenkt, dass aus dieser Rücklage ab dem Jahr 2018 jedes Jahr 268 Millionen € in die Pensionen fließen. Wir brauchen aber zu diesem Zeitpunkt schon 6 Milliarden €. Da sieht man, wie weit die Beträge auseinander klaffen.

Was muss die Konsequenz sein? Die Konsequenz muss sein, dass alle ihren Beitrag leisten müssen. Verehrter Herr Finanzminister, ich bin da sehr skeptisch. Natürlich ist es richtig, in einer Zeit, in der die Zinsen niedrig sind, kein Geld anzulegen, sondern erst einmal von seinen Schulden herunterzukommen. Aber werden wir es tatsächlich schaf-

(Heike Dederer)

fen, Geld, das wir sparen, nicht anders auszugeben? Ich glaube das nicht, da ich die Politik leider anders kennen gelernt habe.

Ich glaube, dass kein Weg daran vorbei führt, eine Rücklage zu bilden, eine Rücklage anzufüttern, die später für die Pensionslasten zur Verfügung steht und nicht für andere Zwecke angetastet, sondern vor unser aller Begehren geschützt wird.

Wir haben ausgerechnet, dass wir selbst bei dem strikten Sparkurs, den wir fahren wollen und fahren müssen, unsere Ausgaben auf Dauer um 15 % reduzieren müssen, um die Pensionen zahlen zu können. Ich denke, die grüne Fraktion hat beim Nachtragsetat bewiesen, dass sie bereit ist, zu sparen.

Ich darf in diesem Zusammenhang eine Forderung wiederholen, die wir immer wieder erheben, nämlich die nach Auflösung der Landesstiftung. Das würde einen ersten Beitrag dazu leisten, dass Geld in den Landeshaushalt kommt.

Über die Verwaltungsreform ist heute Vormittag ausführlich diskutiert worden; unser Fraktionsvorsitzender Winfried Kretschmann hat unsere Position dargestellt. Sie wollen mit Ihrer Verwaltungsreform Stellen sparen, und wir werden Sie auch an dieser Aussage messen. Denn wir wissen, wie viel Personal wir einsparen müssen, und wir wissen, um wie viel wir die Ausgaben reduzieren müssen. Ich bin wirklich gespannt, ob Sie es schaffen, das mit Ihrer Verwaltungsreform zu leisten.

Kollege Scheffold und Kollege Moser haben von Wirtschaftswachstum gesprochen. Natürlich ist es schön, wenn es Wirtschaftswachstum gibt. Das würde manches vereinfachen; das sieht man gerade in dieser Zeit.

(Abg. Schmid SPD: Man muss es wollen!)

Aber ich bitte doch darum, etwas mehr Realitätssinn an den Tag zu legen.

(Abg. Schmid SPD: Man muss es wollen!)

Die Zeiten eines Wirtschaftswachstums, das wir in den Jahrzehnten nach dem Krieg hatten, sind vorbei. Die Zuwachsraten bestätigen das. Wir hatten im letzten Jahrzehnt noch ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich etwas über 1 %.

(Abg. Schmid SPD: Das ist aber kein Naturgesetz!)

Wenn wir die Pensionsausgaben bezahlen wollen und bis zum Jahr 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen wollten, bräuchten wir – wir haben das ausgerechnet – ein nominales Wirtschaftswachstum von 5 %. Das ist doch utopisch. Ein Wirtschaftswachstum – da danke ich Herrn Finanzminister Stratthaus für seine deutlichen Worte – wird unseren Haushalt nicht retten, und darauf müssen wir uns alle einstellen.

(Abg. Schmid SPD: Das ist wirklich Rhetorik der Achtzigerjahre!)

– Das hat nichts mit der Wachstumsskepsis der Achtzigerjahre zu tun.

(Abg. Schmid SPD: Natürlich! Sie haben keine Ahnung!)

Das ist einfach realistisch. Es wird Zeiten geben, in denen wir wenig oder kein Wirtschaftswachstum haben werden. Woher soll dann das Geld kommen? Verehrter Herr Kollege Schmid, sagen Sie mir das einmal!

(Abg. Schmid SPD: Schauen Sie doch einmal in andere Länder! Schauen Sie Holland an!)

– Andere Länder wie beispielsweise Portugal sind doch auf einem ganz anderen Level.

(Abg. Schmid SPD: Holland!)

Sie haben noch Nachholbedarf aus den Siebzigerjahren.

(Abg. Schmid SPD: Und Holland? Und USA?)

Darauf können wir uns nicht verlassen, Kollege Schmid.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Schmid SPD: Sie haben keine Ahnung! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich erwarte hier schlicht und ergreifend realistischere Vorschläge von den Regierungsfractionen.

(Abg. Schmid SPD: Das ist eine Frage der Produktivität!)

Wir werden den Menschen draußen schon Fragen beantworten müssen:

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Was wird auf sie zukommen? Müssen Pensionäre einen Beitrag leisten? Müssen alle länger arbeiten? Werden wir mit der Frühpensionierung restriktiver umgehen? Wie sieht der Sparbeitrag aller aus? Es ist Aufgabe der Regierung, hierauf Antworten zu geben.

Kollege Scheffold, von Ihnen habe ich hierzu keine Antworten gehört.

(Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Finanzminister Stratthaus hat gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“ gesagt, dass es für die Pensionszahlungen keine Rücklagen gebe. Er sagte wörtlich:

Das ist ein schlimmes Versäumnis.

Umso wichtiger ist es, dass wir heute zu handeln beginnen.

Ich darf mit dem Satz eines sehr weisen Mannes schließen, nämlich Laotse. Er hat gesagt: „Eine Reise von 1 000 Meilen fängt unter deinem Fuße an.“ Darum: Fangen wir an!

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Scheffold.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Dederer,

(Zuruf des Abg. Oelmayer GRÜNE)

ich verstehe nicht ganz, warum Sie mich gerade angegriffen haben. Ich habe Ihnen doch gar keine Vorwürfe gemacht. Ich habe nur immer zugehört, was Herr Moser und Herr Schmid Ihnen zugerufen haben.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Ich habe festzustellen, dass sie Ihnen vorgeworfen haben, Sie hätten keine Ahnung. Das hat doch aber mit mir persönlich nichts zu tun.

(Abg. Oettinger CDU: Das geht dem Kretschmann genauso! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vorhin ja ausgeführt: Die Problematik an sich ist klar. Darüber sind wir uns einig. Die Zahlen über die Versorgungsbeiträge liegen auf dem Tisch, sie sind offenbar. Man kann sich vielleicht darüber unterhalten, wie man diese Beiträge berechnet. Deswegen ist der Vorschlag des Finanzministers absolut sinnvoll, das einheitlich zu machen. Andernfalls wird der Vorwurf erhoben, das eine Land rechne die Beiträge anders aus und für sich günstiger als ein anderes Land und deswegen sei die Vergleichbarkeit nicht gegeben. Die Probleme sind in allen Ländern und im Bund gleich – beim Bund nicht in der gleichen Dimension, weil die Zahl der Beamten und Angestellten beim Bund geringer ist, aber die Problematik ist die gleiche. Von daher müssen die Zahlen auch vergleichbar sein.

Frau Kollegin Dederer und Herr Kollege Moser, ich habe Ihnen gesagt, dass insbesondere auch die Bundesgesetzgebung maßgeblichen Einfluss auf bestimmte Determinanten hat. Das, was Sie, Herr Kollege Moser, gesagt haben, ist gerade durch solche Gesetze – Beamtenversorgungsgesetz, Bundesbesoldungsgesetz – beeinflussbar. Das sind keine Aufgaben des Landes, sondern in erster Linie Aufgaben des Bundes.

Minister Stratthaus hat darauf hingewiesen, dass es jetzt Möglichkeiten zu positiver Einwirkung gebe. Er hat gesagt, bezüglich des Weihnachtsgelds und des Urlaubsgelds bestehe eine Öffnungsklausel und hätten die Länder die Möglichkeit, eigene Entscheidungen herbeizuführen. Diesen Spielraum hat das Land Baden-Württemberg bereits genutzt. Von anderen Ländern habe ich in dieser Hinsicht nichts gehört.

Der nächste Punkt, der angesprochen wurde, war die Situation der Beamten insgesamt. Wir haben die Zahl der Beamten reduziert. Das trägt maßgeblich dazu bei, dass in der Zukunft auch die Versorgung nicht in dem Maß steigt, wie es ohne diese Reduzierung der Fall gewesen wäre.

Frau Kollegin Dederer, Sie haben nochmals den Pensionsfonds ins Spiel gebracht. Es macht in der Tat überhaupt keinen Sinn, einen Pensionsfonds einzuführen, der einen bestimmten Prozentsatz an Zinsen abwirft, der aber wiederum unterhalb der Quote liegt, die wir für die notwendigerweise aufzunehmenden Kredite zahlen müssten, um den Pensions-

fonds zu bedienen. Daher gibt es überhaupt keine andere Lösung, als dass wir einen Haushalt aufstellen, der keine neuen Schulden erfordert und dessen Ausgaben den Einnahmen entsprechen. Das ist eine Aufgabe, vor der wir in Baden-Württemberg stehen. Das ist eine Aufgabe, vor der die anderen Länder stehen, und das ist eine Aufgabe, vor der der Bund steht.

Der Bund kann sich in dieser Frage – damit komme ich auf das zurück, was am Schluss gesagt wurde: Wirtschaftswachstum – sicherlich nicht herausreden. Es ist mit Sicherheit entscheidend und erheblich, ob wir in Baden-Württemberg und darüber hinaus in ganz Deutschland zu einer wirtschaftspolitisch freundlicheren Situation kommen, ob wir wieder zu entsprechenden Wachstumszahlen kommen, wie sie auch in vergleichbaren anderen Industriestaaten vorhanden sind. Das würde die Situation mit Sicherheit sehr erleichtern, um in den angesprochenen Fragen voranzukommen. Deswegen ist das eine Aufgabe, der man sich stellen muss.

Da kann ich nur sagen: Herr Schröder hat sicherlich keine einfache Aufgabe. Ich habe manchmal den Eindruck, er wird in seinen Absichten von uns mehr unterstützt als von Ihnen. Ich wünsche ihm jedenfalls in den angesprochenen Fragen Erfolg.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir unterstützen diese Vorschläge und sind darüber hinaus sogar bereit, in vielen Detailfragen noch weiter gehende Reformmaßnahmen einzuleiten. Diese Reformen sind notwendig. Sie würden auch Baden-Württemberg nutzen, vor allem aber uns allen.

(Zuruf von der SPD: Er ist fertig! – Beifall der Abg. Beate Fauser und Theurer FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE und Capezzuto SPD: Beifall von Frau Fauser!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Danke schön, Herr Scheffold, dass Sie den Kanzler unterstützen. Ich unterstütze ihn auch.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Seimetz CDU: Das ist ein Fehler, Herr Moser!)

Ich habe nämlich nicht umsonst die Frage angesprochen, ob wir mehr Wachstum brauchen. Ich bin schon ein bisschen erschüttert, dass es da offensichtlich eine schwarz-grüne Skepsis hinsichtlich der Frage des Wachstums gibt.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen: Wenn wir keine zusätzlichen Wachstumskräfte und keine wirtschaftliche Dynamik in der Bundesrepublik bekommen – das gilt übrigens auch für andere Staaten in der Europäischen Union; schauen Sie nach Frankreich –, dann werden die Probleme noch größer, als sie jetzt schon sind.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Moser)

Deswegen brauchen Sie eine Wachstumdiskussion. Es gibt ja hier immer wieder Vorschläge. Ich habe das mit den Straßen nicht umsonst gesagt. Sie können die Pensionen in Baden-Württemberg auf Dauer nicht dadurch finanzieren, wie die Grünen es gerne hätten, dass Sie keine Straßen mehr bauen. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜ-
NE – Weitere Zurufe)

Es gibt genügend Vorschläge von unserer Seite, Landesvermögen zu mobilisieren, damit wir auch in Baden-Württemberg zu einer Dynamik kommen, um Strukturen auszubauen. So ist es.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Herr Finanzminister, auf Wachstum verzichten wollen Sie ja wohl auch nicht.

(Minister Stratthaus: Nein!)

– Danke. Dann haben Sie wenigstens da noch Ihren Kopf gerettet.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Straßen für die Rente!)

Ich rede nicht über Fonds, und ich rede auch nicht über Rückstellungen. Schauen Sie sich in dieser Welt einmal um! In großen Versicherungsgesellschaften, in großen Banken, in großen Unternehmen, von denen man vor zehn Jahren noch gedacht hat, das ist die goldene Welt und das wird alles so bleiben, wie es ist, wurden Rückstellungen gemacht, Fonds gegründet, und nun werden Gelder gesucht, die nicht mehr da sind, obwohl sie irgendwo in Bilanzen ausgewiesen sind. Auch Fonds funktionieren nur dann, wenn Sie eine dynamische Wirtschaft haben.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es! Wenn Straßen gebaut werden!)

Sonst können Sie nämlich das Geld im Lastwagen fortfahren und nichts dafür kaufen! So ist es.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Für mich ist das nicht das eigentliche Problem, weil Sie bei den Rückstellungen ja auch nicht alles vervespern können, sondern nur den Ertrag oder Teile dessen, was Sie an Kapitalbasis haben, dort hineinbringen können.

(Abg. Capezzuto SPD: Natürlich!)

Über die Notwendigkeit des Schuldenabbaus sind wir uns ja einig. Das ist eine anstrengende Geschichte.

Ausweisungen von Belastungen: Herr Finanzminister, mir ist das ein bisschen zu wenig, obwohl Sie Recht haben. Ich habe ja vorhin von den vielen Stellschrauben gesprochen, die wir haben. Ich hätte von Ihnen ein bisschen mehr Pfeffer in der Suppe erwartet

(Abg. Capezzuto SPD: Nur Salz!)

als die Aussage: Wir werden das alles nicht tun. Es gibt zum Beispiel aus Nordrhein-Westfalen, das Sie ja sonst immer lieblich zitieren, wenn Sie uns eine reinhauen, Vorschläge, darüber nachzudenken, ob man nicht bei Neueinstellungen zu einer anderen Form kommen sollte.

(Abg. Capezzuto SPD: Das Positive sagen Sie nicht! – Abg. Drexler SPD: Denken!)

Ich könnte mir auch – ich sage das ganz offen: das ist meine ganz persönliche Meinung – bei den Pensionen, was die Höhe anbelangt, einiges vorstellen, wo man sich finden kann.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Denn eines ist klar: Wenn das stimmt, was Sie sagen, Frau Dederer, nämlich dass wir immer weniger Geld reinbekommen, und das stimmt, was Sie sagen, Herr Finanzminister, dass es immer mehr Leute gibt, die Pensionen oder Renten beziehen, dann heißt das schlicht und ergreifend: Der Kuchen, der nicht wächst, muss unter mehr Leuten verteilt werden. Dann müssen Sie den Leuten irgendwann einmal die Wahrheit sagen, nämlich, dass es weniger gibt. So einfach ist es.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Die Position ist aber nicht mit der SPD-Fraktion abgestimmt! – Gegenrufe von der SPD)

Hier steht drin: „Stratthaus bahnt der Wahrheit eine Gasse“. Aber die Stunde der Wahrheit, Herr Finanzminister, wird noch kommen. Das sage ich Ihnen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Moser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Moser SPD: Ja, das ist die erste in diesem Jahr. Die dürfen Sie stellen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Ich wollte eigentlich nur eine Nachfrage stellen. Ich bitte Sie, uns noch einmal Ihre meiner Meinung nach skurrile Forderung, mit Straßenbau die Pensionslawine zu stoppen, zu erklären.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Rückbau der Straßen, und wir bauen dafür Pensionen auf!)

Abg. Moser SPD: Denken Sie noch einmal darüber nach! Im Übrigen darf ich weder von „Pensionslawine“ noch von „Pensionslast“ reden, hat man mir in der Fraktion empfohlen. Ich habe extra gefragt, was ich sagen darf.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ich rede nur noch von „Pensionslust“.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Auch dort stimmt es, Herr Kollege Kretschmann. Sie werden durch die Verhinderung von guten Infrastrukturen auf Dauer keine dynamische Wirtschaft hinbekommen. Ihre

(Moser)

Ansätze im Haushalt, zum Beispiel bei den Straßen nichts zu tun, machen strategisch die Wirtschaft kaputt. Das haben schon die alten Römer begriffen. Lesen Sie es einmal nach.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die sind auch untergegangen! Warum gibt es die Römer nicht mehr?)

Bevor die irgendwo richtig hineingegangen sind, haben sie Straßen gebaut. Dann haben sie Handel betrieben, und dann ist es den Leuten gut gegangen. So soll es hier auch sein.

(Beifall bei der SPD – Abg. Seimetz CDU: Ganz genau! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Darum sind die auch untergegangen! Darum gibt es die nicht mehr!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Moser sprach von Pensionslust. Wenn man sich einmal vor Augen hält, mit welcher Leidenschaft unser Ministerpräsident heute Morgen seine Regierungserklärung vorgetragen hat, wird klar, dass von Pensionslust überhaupt nichts zu spüren ist.

(Heiterkeit – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Davon könnten sich auch noch ein paar andere in der Landesverwaltung etwas abschneiden, meine Damen und Herren.

Richtig ist, dass wir schon viel gewonnen hätten, wenn unsere Beamten ihren Dienst bis zur Pensionsgrenze versehen würden. Das wäre auch ein Beitrag dazu. Was vorhin angesprochen wurde, Herr Moser, nämlich der frühzeitige Berufseintritt, könnte auch ein Beitrag sein, die Pensionslasten in Zukunft tragen zu können.

Wir haben folgendes Thema zu bewältigen. Herr Moser, ich finde gut, was Sie sagten. Keynes haben Sie beschworen. Keynes ist tot, es lebe Keynes. Keynes hat auf den Staat gesetzt, auf staatliche Ausgaben bei Investitionen. Es ist nachgewiesen worden, dass diese Gelder nur Stroheffekte erzielt,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: So ist es!)

aber keine nachhaltigen Wirkungen gezeitigt haben. Sie haben mit dazu beigetragen, dass die Staatsverschuldung der Bundesrepublik nach oben geschneit ist.

Bei einem, was Sie angesprochen haben, möchte ich Ihnen ausdrücklich zustimmen. Eines ist klar – das sagt die FDP schon seit vielen Jahren –: Es gibt auf die Frage in Bezug auf die Krise der Staatsfinanzen nur eine einzige Antwort, und die lautet: Weniger Staat, mehr privat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist die richtige Antwort. In einer Zeit, in der der Staat an Leistungsgrenzen stößt, müssen wir umsteuern. Wir haben heute schon einen Anteil von Personalausgaben im Landeshaushalt von 43 %. Dazu kommen die Pensionslas-

ten, die in den nächsten 30 Jahren auf einen Anteil von 14 % an den Ausgaben ansteigen werden. Wir haben dann zum Schluss kein Geld mehr, um Gebäude zu unterhalten, um Computer zu finanzieren oder auch Straßen und Brücken zu bauen,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bauen Sie doch Ihre Brücke über den Neckar privat!)

Herr Kollege Kretschmann. Dann wird die junge Generation,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Machen Sie es doch!)

die in 10 oder 20 Jahren die Verantwortung übernimmt, neue Einrichtungen nur noch schaffen können, wenn sie alte schließt, wenn sie umsteuert.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bauen Sie doch Ihre Brücke über den Neckar privat!)

Von daher erinnere ich noch einmal an das, was ich bereits in der ersten Runde gesagt habe – von vielen hier wird das Gleiche gesagt –: Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass 70 % der Personalausgaben dieses Landes den Bereich Lehrer und Polizei betreffen. Wir werden Sie und Ihre Aussagen daran messen, ob Sie bereit sind, auch in diesem Bereich Personal abzubauen.

(Abg. Capezzuto SPD: Nein!)

Wir werden ohne Personalabbau die Pensionslasten nicht in den Griff bekommen. Deshalb erwarte ich von Ihnen, dass Sie nicht nur im Allgemeinen sagen, es müsse beim Personal eingespart werden, sondern dass Sie, wenn es konkret wird, auch gemeinsam mit uns die unpopulären Entscheidungen treffen. Da werden wir Sie beim Wort nehmen. Anders wird es überhaupt nicht funktionieren. Es bringt nichts, im Allgemeinen zu bleiben. Wir müssen den Personalkostenanteil nach unten bekommen. Das schaffen wir nur, wenn Aufgaben privatisiert werden, wenn Personal abgebaut wird und wenn man auch über die Frage der Pensionsleistungen spricht.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD – Abg. Drexler SPD: Staatliche Gewalt privatisieren!)

Ich bin dazu bereit, und auch die FDP/DVP-Fraktion hat Vorschläge gemacht, wie man Länder neu gliedern kann, wie man Landtage verkleinern kann und wie man die Verwaltung straffen und verschlanken kann. Diesen Weg wollen wir gehen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns dann nicht nur hier in der Debatte unterstützen würden, sondern auch bei den entsprechenden Abstimmungen durch Handzeichen die Verantwortung mit übernehmen würden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Private Sheriffs!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Doch noch ganz kurz zu zwei Problemen, nämlich zur Landesstiftung und zum Wirtschaftswachstum.

(Minister Stratthaus)

Meine Damen und Herren, das mit der Landesstiftung ist wirklich eine uralte Kamelle. Die bringen Sie immer und immer wieder.

(Unruhe und Zurufe)

Ich glaube, das Geld von der Landesstiftung haben Sie schon fünfmal ausgegeben. Das Interessante ist doch – ich muss jetzt doch noch einmal die Zahlen nennen –: Wenn wir heute die Landesstiftung aufheben, müssen wir ungefähr 2 Milliarden DM, also 1 Milliarde €, Steuern zahlen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist aber Ihr Fehler!)

Dies geht alles an andere Bundesländer oder an den Bund.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist aber Ihr Fehler! –
Abg. Capezzuto SPD: Sie haben es doch verbockt!)

Es bleibt kaum noch etwas bei uns. Ich hielte es aus der Sicht der Finanzen des Landes für verantwortungslos, unser baden-württembergisches Geld so zu verschleudern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke
des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Finanzminister Stratthaus: Bitte sehr, Herr Palmer.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, ist die Schlussfolgerung aus Ihren Ausführungen von vorhin richtig, dass die Differenz

(Abg. Rückert CDU: Hand aus der Tasche! – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

zwischen Habenzinsen und Sollzinsen auch bei der Landesstiftung zu einem Verlust führt, der, gesamtstaatlich gerechnet, insgesamt, alle miteinander schlechter dastehen lässt?

(Abg. Theurer FDP/DVP: Vor Steuern!)

Finanzminister Stratthaus: Diese Aussage ist richtig. Allerdings bringen 4 Milliarden wesentlich mehr Zinsen als 2 Milliarden. Das ist genau der Unterschied.

(Heiterkeit des Abg. Theurer FDP/DVP)

– Ja, doch! Das ist der entscheidende Unterschied: Es gehen doch 2 Milliarden weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Moser SPD)

Ich muss Ihnen einmal mit aller Deutlichkeit sagen: Wenn wir die Landesstiftung heute auflösen würden,

(Zuruf von den Grünen: Gute Idee!)

würden wir ungefähr 1 Milliarde € erlösen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nicht nach unserem Gutachten!)

Das würde ausreichen, um fünf Monate lang die Beamtenpensionen zu zahlen – dann wäre alles weg –, während unsere Landesstiftung auch Ihren Enkeln, auch den Enkeln der Jüngeren, große Vorteile bringt. Das wollen wir einmal mit aller Deutlichkeit festhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Das Wirtschaftswachstum ist mir ein ernstes Anliegen. Vielleicht habe ich mich da nicht deutlich genug ausgedrückt, Herr Moser. Selbstverständlich bin ich für Wirtschaftswachstum. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Moser SPD: Das wollte ich ja nur wissen!
Ich habe Sie für einen intelligenten Menschen gehalten!)

Wir brauchen Wirtschaftswachstum, und ich glaube, dass unsere Partei die ist, die noch nie in ihrer Geschichte etwas gegen Wirtschaftswachstum hatte. Es gab schon andere, die Nullwachstum oder Ähnliches wollten. Aber unabhängig davon – –

(Abg. Theurer FDP/DVP: Und die FDP!)

– Die FDP natürlich auch. Um Gottes willen!

Herr Moser, ich habe nur eines sagen wollen – das ist mir ganz wichtig, und das hat vorhin auch Beifall ausgelöst –: Wirtschaftswachstum hilft nicht, um den Personalkostenanteil zu verringern. Lediglich darum geht es mir. Ich behaupte, dass mit wachsender Wirtschaft auch die Personalausgaben entsprechend steigen. Die Löhne, die Gehälter, die Pensionen steigen. Deswegen – ganz eindeutig –: Wir tun alles, was wir können, damit wir ein möglichst hohes Wirtschaftswachstum haben. Als Haushaltsminister muss ich allerdings sagen: Es wäre falsch und naiv, zu meinen, durch eine besser wachsende Wirtschaft wären unsere Haushaltsprobleme gelöst. Das sind sie nicht und vor allem nicht, soweit sie durch Personalkosten verursacht werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Gesundheit in Europa – Drucksache 13/1163

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, für das Schlusswort fünf Minuten.

Wem von der CDU-Fraktion darf ich das Wort erteilen? – Herr Kollege Mack – –

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Hoffmann! – Weitere Zurufe)

Entschuldigung. Herr Abg. Hoffmann, Sie erhalten das Wort.

Abg. Hoffmann CDU: „Herr Mack“ wäre auch in Ordnung gewesen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer möchte schon gern „Mack“ heißen? – Abg. Blenke CDU: Sind beide richtig nette Jungs!)

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit einiger Zeit mehren sich hier im Landtag die Europa-themen. Das kann man eigentlich nur begrüßen, ganz besonders, wenn es darum geht, vorhandene und künftige Schnittstellen zwischen den Kompetenzen der EU und den einzelnen Staaten bzw. den Regionen zu definieren.

Um es vorwegzunehmen: Die EU bietet immense Chancen für das Gesundheitswesen auch in Baden-Württemberg, und wir begrüßen es ausdrücklich, wenn bestimmte Fragen des Gesundheitsschutzes eine EU-weite Klärung und Ausrichtung erfahren. Wir begrüßen es aber nicht, wenn der Kompetenzzuwachs der Europäischen Union zum einen einseitig ist und zum anderen förmlich erschlichen und durch die Hintertür eingeführt wird. Dem Grunde nach ist die Gesundheitspolitik ein rein binnenstaatliches Thema. Es fällt vollständig in die Eigenständigkeit der einzelnen Staaten. So weit die Theorie; die Praxis zeigt leider ein anderes Bild.

Seit einiger Zeit höhlt der Europäische Gerichtshof dieses Prinzip durch diverse Urteile aus, die sich mit der Freizügigkeit von Patienten bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen beschäftigen. Der Angriff auf die binnenstaatliche Kompetenz kommt aus einer ganz anderen europarechtlichen Ecke, nämlich aus dem Wirtschaftsrecht, das in Sachen freier Waren- und Dienstleistungsverkehr agiert. Mit der Verlagerung des Themas Gesundheit in den Wirtschaftsbereich, in dem die EU tatsächlich zuständig ist, verschafft sich die EU einseitig Kompetenzen, wobei wir in der CDU noch gar nicht sicher sind, ob wir diese Kompetenzen überhaupt EU-weit geregelt haben wollen.

(Abg. Döpper CDU: So ist es!)

Was macht unsere Bundesregierung?

(Abg. Fischer SPD: Nur Gutes!)

Um es einmal ganz offen zu sagen: Die ersten drei Jahre der letzten Legislaturperiode hat die Bundesregierung das Thema „Gesundheitspolitik in der EU“ überhaupt nicht bearbeitet, ist schon mit der eigenen Gesundheitspolitik stiefmütterlich umgegangen. Die Gesundheitspolitik der EU hat man eigentlich ganz vergessen. So kam es, dass der EuGH mangels politischer Aktivität entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen hat.

Dann kam Nizza. Der Herr Bundeskanzler hat den Nizza-Prozess ja persönlich und aktiv begleitet und hat in einem Post-Nizza-Prozess einer Methode zugestimmt, die hier im Land noch gar nicht so sehr diskutiert worden ist: die so genannte Methode der offenen Koordination. Bisher hat man diese Methode in der EU bei Themen angewendet, bei denen Einigkeit darüber bestand, innerhalb der EU eine gleiche Situation herstellen zu wollen, das heißt bei Themen, deren Behandlung zu einer Vereinheitlichung geführt werden sollte.

Da stellt sich für mich schon die Frage, ob es innerhalb der deutschen Politik überhaupt einen Konsens oder den Willen gibt, die gesundheitspolitischen Fragen in dieser Dimension europaweit zu regeln. Wenn man Europa ein bisschen kennt, muss man, wenn man die Anwendung dieser Methode anschaut, wenn man diese Methode versteht, ganz ehrlich sagen, dass man damit den ersten Schritt zu einer Vereinheitlichung tut.

Was heißt Vereinheitlichung für uns? Wollen wir das? Wir sind uns sicher darüber einig, dass das Niveau der medizinischen Versorgung bei uns in Deutschland allen Unkenrufen zum Trotz eines der höchsten innerhalb der EU überhaupt ist. Wenn man jetzt vereinheitlicht und unterstellt, dass es sehr viele Staaten gibt, in denen die medizinische Versorgung der Patienten weit schlechter ist, frage ich mich: Wo treffen wir uns? Treffen wir uns auf deutschem Niveau – dann wäre es ja in Ordnung –, oder treffen wir uns auf einem anderen Niveau, zum Beispiel dem der neuen Beitrittsstaaten? Dann wäre es sicher nicht in Ordnung. Es wäre auch nicht in Ihrem und sicher nicht in unserem Sinne, wenn wir eine neue Qualität der Medizin in Richtung Mittelmaß bekommen würden.

Ich zweifle nicht daran, dass Überlegungen notwendig sind, wie man mit dem Thema Gesundheit innerhalb der EU umgehen muss. Wie wichtig ein solches gemeinsames Vorgehen ist, zeigen die aktuellen Diskussionen um die Lungenkrankheit SARS. Dazu haben sich die Gesundheitsminister gestern ganz aktuell getroffen. In diesen Fragen des Verbraucherschutzes und des Gesundheitsschutzes kann es durchaus sinnvoll sein, sehr schnell zu einem Konsens zu kommen.

Tun wir dem Geist der EU eigentlich einen Gefallen, wenn wir ein so wichtiges Thema wie die Gesundheitspolitik, die im Moment auch in der Bundespolitik alle Menschen bewegt, fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit EU-fähig machen? Ich kritisiere nicht, dass wir uns mit dem Thema beschäftigen, sondern ich kritisiere, wie wir uns mit dem Thema beschäftigen – nämlich gar nicht.

(Abg. Döpper CDU: So ist es!)

Ich kenne keine Debatte im Bundestag, die über die Themen „koordinierte Gesundheitspolitik“ oder „grenzüberschreitende Gesundheitspolitik“ geführt worden wäre. Ich kenne nur die Ankündigungen, dass man koordinieren wollte, aber ich kenne keinerlei Diskussionen.

Ich denke, um jetzt auf Baden-Württemberg zu kommen, für ein Land in unserer Situation – mit relativ langen Grenzen, mit Nachbarn, mit denen wir gut zusammenarbeiten – ist es immens wichtig, dass wir künftig die Ziele einer gemeinsamen Gesundheitspolitik abstimmen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP – Abg. Döpper CDU: Bravo!)

Wie sollen wir vorgehen? Im Grunde genommen ist es ganz einfach: Zuerst heißt es, unsere Hausaufgaben zu machen und unser eigenes Gesundheitswesen wieder auf Vordermann zu bringen.

(Hoffmann)

(Abg. Döpfer CDU: Fehlanzeige! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Machen wir! Da sind wir dabei!)

Darauf warten wir seit fünf Jahren.

(Abg. Schmiedel SPD: Vorschläge! Wo sind die Vorschläge?)

– Es ist ausgesprochen interessant, dass die SPD ruft: „Machen Sie Vorschläge!“ Das zeigt mir deutlich, dass Sie keine haben.

(Abg. Drexler SPD: Ihre zwei Präsidien haben doch nichts beschlossen! Nullrunde! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich bin auch gar nicht der Ansicht,

(Abg. Drexler SPD: Dass Sie Vorschläge machen müssen! Richtig!)

dass in einem europäischen Prozess – wir sind bei Europa, Herr Drexler –

(Abg. Schmiedel SPD: Deutsche Vorschläge: Fehlanzeige bei Ihnen!)

allzu viele Themen europaweit in die Kompetenz von Brüssel gelegt werden müssen. Sie haben heute Morgen in Ihrer Rede selbst von Subsidiarität gesprochen.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Es gibt unzählige Themen, die man sehr gut auf Landesebene regeln könnte und bei denen sich schon die Frage stellt, ob unbedingt die Bundespolitik für alle Fragen einer Gesundheitspolitik der Zukunft zuständig bleiben kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Döpfer CDU: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Zum Beispiel?)

Wenn wir Sie an unserer Seite haben und Sie mit uns zusammen für Länderkompetenzen werben, ist es ja wunderbar.

(Abg. Schmiedel SPD: Mal raus damit! – Abg. Drexler SPD: Welche Vorschläge haben Sie denn?)

– Ich sage Ihnen nachher mal ein paar. – Viele Beispiele der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit zeigen uns – und es gibt ein konkretes Beispiel –, dass uns die Bundesregierung keine freie Hand lässt, Modellversuche mit unseren Nachbarstaaten zu machen. Wir konnten einige wenige Dinge regeln:

(Abg. Dr. Caroli SPD: Welche?)

das Rettungswesen zwischen Deutschland, der Schweiz und Frankreich. Alle anderen Modelle leiden darunter, dass wir auf Bundesebene im Grunde niemanden finden, der uns eine Chance gibt, grenznahe Modelle umzusetzen. Meines Wissens gibt es in den letzten fünf Jahren kein einziges neues Modell, das die Bundesregierung in Sachen grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung mit initiiert oder begleitet hätte. Alle anderen Modelle sind in den Regionen gewachsen und haben nichts mit der Bundesregierung, die solche Modelle vernachlässigt hat, zu tun.

(Abg. Braun SPD: Sagen Sie doch, was Sie wollen! – Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Dr. Caroli SPD)

Wir brauchen also keine Kompetenz der EU, sondern wir brauchen den Mut und den Umsetzungswillen unserer eigenen Bundesregierung, die Menschen in den Regionen auch einmal wirken zu lassen. Das dient ganz besonders den Patienten in den Grenzregionen.

Ich will dafür werben, und Frau Lichy wird hoffentlich auf diesen Punkt noch eingehen, dass wir uns auch hier im Landtag stärker dafür aussprechen, dass sich unsere Grenzregionen dem Thema Gesundheitsschutz grenzübergreifend widmen können.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Ursula Haußmann.

Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Europa wird in den nächsten Jahren weiter zusammenwachsen. Dies wird Auswirkungen auf alle Bereiche in Politik und Gesellschaft und natürlich auch auf unsere sozialen Sicherungssysteme und speziell auf das Gesundheitswesen haben.

Die Antwort der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf die heute zu beratende Große Anfrage macht deutlich, dass die Debatte zum Thema „Gesundheit und Europa“ sehr differenziert und vor allem unaufgeregt geführt werden kann –

(Abg. Döpfer CDU: Das war ein gutes Beispiel!)

lieber Herr Kollege Hoffmann, das lege ich Ihnen ans Herz. Horrorszenarien, die den Untergang unseres Krankenversicherungssystems wegen angeblicher Unvereinbarkeit mit EU-Recht an die Wand malen, entbehren – das macht die sehr differenzierte Antwort der Landesregierung deutlich – jeder sachlichen Grundlage.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wirkt sich das Recht der EU auf unser Krankenversicherungsrecht aus. Mit dem europäischen Einigungsprozess ergeben sich vor allem durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, aber auch durch die nationale Rechtsprechung Folgewirkungen für die gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland. Ausgangspunkte sind zum einen die Frage der Anwendbarkeit der wirtschaftlichen Grundfreiheiten, zum anderen die Frage der Unternehmenseigenschaften der Krankenkassen und ihrer Verbände. Wichtig ist dabei auch, daran zu erinnern, dass in keinem Mitgliedsstaat der Europäischen Union ein rein marktwirtschaftliches Gesundheitssystem realisiert ist.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin Haußmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hoffmann?

Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn ich meine Rede beendet habe, Herr Kollege.

(Abg. Seltenreich SPD: Sehr gut! – Abg. Dr. Caroli SPD: Das hat gereicht!)

(Ursula Haußmann)

Die zuständigen nationalen Gesetzgeber sahen zum Beispiel bisher sozialpolitische und wirtschaftliche Gründe für einen mehr oder weniger stark regulierten Gesundheitsmarkt bis hin zum höchstmöglichen Grad der Regulierung in einem staatlichen Gesundheitswesen. Das deutsche System zeichnet sich im europäischen Vergleich durch staatsferne Steuerungselemente mit der Regelungsebene Selbstverwaltung aus. Das deutsche, selbst verwaltete Gesundheitssystem kann im europäischen Vergleich gerade hier auf Vorteile verweisen.

Ich will kurz auf eine der in diesem Zusammenhang wichtigen Diskussionen eingehen, nämlich die Auswirkungen der Waren- und Dienstleistungsfreiheit auf unser Krankenversicherungsrecht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der EG-Vertrag sichert die wirtschaftlichen Grundfreiheiten, die Waren- und Dienstleistungsfreiheit. Dies gilt auch für medizinische Güter und Dienstleistungen. Geht man davon aus, dass der EG-Vertrag den Binnenmarkt in Fortführung der nationalen Politiken gestaltet und kein Mitgliedsstaat ein rein marktwirtschaftlich organisiertes Gesundheitswesen anstrebt, kann der gemeinsame politische Wille der Mitgliedsstaaten auf EU-Ebene kein anderes Ergebnis bringen.

Der Gesundheitsmarkt ist im EG-Vertrag nicht als Ausnahmemarkt definiert. Gleichwohl erkennt der EuGH Ausnahmetatbestände an, die eine Einschränkung der Grundfreiheiten begründen: die erhebliche Gefährdung des finanziellen Gleichgewichts, eines Systems der sozialen Sicherheit, die Sicherstellung einer ausgewogenen, allen zugänglichen ärztlichen und klinischen Versorgung und die Planungssicherheit für ein ausgewogenes Angebot qualitativ hochwertiger Krankenhausversorgung im Inland.

Unser Ziel muss deshalb sein, meine Damen und Herren, im Rahmen der fortschreitenden europäischen Integration die bedarfsnotwendige Leistungsanspruchnahme der Versicherten im In- und Ausland zu verbessern, die national erforderlichen Steuerungsinstrumente rechtlich und faktisch zu erhalten und die Finanzierbarkeit des Systems nicht zu gefährden. Das deutsche Selbstverwaltungsmodell bietet dazu die Möglichkeit, über Verträge Qualität und Preis der Versorgung zu gestalten und vorhandene Kapazitäten ökonomisch sinnvoll zu nutzen.

Es kann festgehalten werden: Weder muss unser Krankenversicherungsrecht zerschlagen werden, noch wird es zu einer massenhaften Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen im Ausland kommen. Ich zitiere in diesem Zusammenhang einige bemerkenswerte Sätze aus der Antwort der Landesregierung auf diese Große Anfrage:

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen im europäischen Ausland nach den EuGH-Entscheidungen die Ausnahme geblieben ist. Daran wird sich voraussichtlich auch in Zukunft nichts ändern. Die Gesellschaft für Versicherungswirtschaft und -gestaltung e. V., Köln, geht in einem im Jahr 2000 für die Techniker Krankenkasse erstellten Gutachten davon aus, dass selbst in langfristiger Perspektive und bei weitestgehender Liberalisierung der Inanspruchnahme kaum mehr als 3 % der Versicherten pro Jahr Leistungen im Ausland nachfragen werden.

So zu lesen in der Drucksache 13/1163 auf Seite 23. Sie kennen das Gutachten, Herr Kollege Hoffmann. Die TKK ist Ihr Arbeitgeber.

(Abg. Hoffmann CDU: Nein, nein! Um Gottes willen! – Abg. Schmiedel SPD: Für welche Kasse schafft er jetzt?)

– Nicht die TKK, also eine andere Kasse. Auf jeden Fall sind Sie über Ihren Arbeitsplatz bei der Krankenkasse gut informiert in Europafragen.

(Abg. Hauk CDU: Ist es eine Schande, Frau Kollegin Haußmann, wenn jemand einer ehrenwerten Tätigkeit nachgeht?)

Jetzt habe ich Zeit für Ihre Frage, Herr Kollege Hoffmann. Meine Rede ist zu Ende.

(Abg. Hoffmann CDU: Ich schenke Ihnen das! Ich baue das in meine Rede ein!)

– Vielen Dank. Darauf freue ich mich, lieber Kollege Hoffmann.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Große Anfrage beschäftigt sich wirklich mit einem Thema, das derzeit in der Aktuellen Debatte viel zu kurz kommt. Keine Frage, es ist sehr viel Stoff drin, wobei ich gemerkt habe, dass wenige Abgeordnete diese 27 Seiten im Detail gelesen haben. Das habe ich daran gemerkt, dass beim Tagesordnungspunkt „Gesundheit in Europa“ manche gefragt haben: „Geht es da um SARS?“ Da musste ich zuerst lachen, aber dann habe ich gedacht, das hat eigentlich etwas. Das zeigt nämlich ganz genau: Viren, Bakterien machen an Grenzen nicht halt, insbesondere in Zeiten einer großen Mobilität der Menschen.

Von daher ist der Teil der Antwort der Landesregierung sehr positiv zu bewerten, der sich auf die Zusammenarbeit beim Infektionsschutz, beim Arbeitsschutz, beim Rettungsdienst bezieht. Mich hat auch sehr gefreut, Herr Kollege Hoffmann, dass das nicht so sehr von oben, sondern regional geregelt wird, dass da sehr viel mit dem Elsass und der Schweiz auf regionaler Ebene, auf Krankenkassenebene, auf dem Gebiet des medizinischen Dienstes schon läuft. Das ist etwas sehr Positives.

Weiter hat man mich gefragt: „Geht es da um die Propagierung gesunder Ernährung durch mediterrane Kost?“ Auch dies ist natürlich eine spaßige Frage gewesen, hat aber auch einen ernsten Hintergrund. Da sage ich immer, so ein bisschen wird ja das, was wir in Deutschland praktizieren, als das Nonplusultra dargestellt. Ich glaube, wir dürfen da ab und zu ein bisschen bescheidener sein und an der einen oder anderen Stelle gucken: Was läuft denn anderswo besser?

Jetzt komme ich zum eigentlichen Kernpunkt. Man mag das beklagen – ich beklage es nicht –, wenn man sagt: Die EU mischt sich insofern etwas mehr ein, weil tatsächlich Ge-

(Dr. Noll)

sundheitspolitik in großem Maße auch wirtschaftspolitische Bedeutung in mehrfacher Hinsicht hat. Insbesondere – darauf wird viel zu wenig hingewiesen – finden im Gesundheitswesen inzwischen in unserer Volkswirtschaft Wertschöpfungen statt, ist Arbeitsplatzpotenzial vorhanden. Von daher kommt dieser Paradigmenwechsel, die Gesundheit nicht nur als belastende Kostensituation zu sehen, sondern eben auch als Chance – übrigens auch als Chance über Ländergrenzen hinweg. Von daher verstehe ich nicht so ganz diesen skeptischen Touch: Wird das möglicherweise unser System gefährden? – Nein, im Gegenteil, es gibt Chancen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Bei der letzten Fraktionsreise waren wir beispielsweise bei den Rehakliniken in Bad Schussenried. Wir haben im Land Baden-Württemberg eine hervorragende Szene – so sage ich jetzt einmal – an Rehaeinrichtungen, die durchaus – wenn wir das entsprechend erleichtern und die Grenzen öffnen – für ausländische Patienten sehr interessant sein kann. Von daher sollten wir uns nicht dagegen wehren, sondern sogar für die Öffnung und für die Beseitigung von Barrieren eintreten.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und des Abg. Schmiedel SPD – Abg. Schmiedel SPD: Gu-ter Ansatz!)

Ein zweiter Punkt: Wir können ja auch von anderen etwas lernen. An dieser Stelle will ich ausdrücklich einmal Bundeskanzler Schröder loben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Caroli SPD: Das hören wir gerne!)

Es wird so viel von der Agenda 2010 gesprochen. Ich habe hierzu ein paar Punkte. Viele haben auch diese Agenda nicht richtig gelesen; das habe ich gemerkt. Ich will nur einen Punkt anführen:

Deshalb werden wir überprüfen,

– wörtliches Zitat –

was heute medizinisch notwendig ist und was nicht.

Der Bundeskanzler hat ausdrücklich darauf verwiesen, dass andere Länder – skandinavische Länder, Holland – uns dies schon vorgemacht haben. Das heißt also: Die Befürchtung einer Angleichung der Gesundheitssysteme darf nicht mit einem Absenken des medizinischen Niveaus verwechselt werden. Es geht vielmehr darum, in die Finanzierung und damit in die wirtschaftliche Dimension sozusagen eine Angleichung zu bringen. Das wird immer wichtiger.

Natürlich spielt das im Moment noch nicht die große quantitative Rolle. Aber je mehr Europa zusammenwächst, umso mehr werden Leute auch dauerhaft etwa fünf Jahre in England oder in Frankreich arbeiten. Dabei wird es nicht mehr gelingen, diese überreglementierten Systeme, die wir haben, aufrechtzuerhalten. Von Staatsferne, liebe Kollegin Haußmann, kann ich leider wenig erkennen. Wir haben vielmehr sehr stark reglementierte Systeme. Man hat da Probleme, dies überhaupt europatauglich zu gestalten, für die Menschen praktikabel zu gestalten. Auch da bin ich ein bisschen hoffnungsfroh.

Damit will ich einfach das Signal aussenden, dass wir Liberalen bereit sind, da, wo Ihrem Kanzler Neoliberalismus vorgeworfen wird – – Für uns ist das in diesem Fall sogar ein Lob, das ihm gezollt wird. Er schreibt, er möchte mehr Wahlmöglichkeiten für Versicherte und Ärztinnen und Ärzte haben. Genau in diese Richtung müssen wir unser System bei der anstehenden Reformdebatte ändern.

Warum soll man sich nicht auch bei einer englischen oder französischen Versicherung versichern können? Herr Hoffmann, Ihr Arbeitsplatz bei der Barmer wird deswegen sicherlich nicht gefährdet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Barmer! Jetzt!)

Also, zum Schluss – ich will heute wirklich nicht überziehen –: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die sich auftuenden Chancen genutzt werden. Eine Voraussetzung dafür wird sein, dass wir bei den anstehenden Reformen, bei allem, was wir machen, darauf achten, dass die Regelungen europakompatibel sind. Ein unverzichtbares Stichwort dabei ist die Kostenerstattung. Das war schon bisher so: Obwohl es den Auslandskrankenschein gegeben hat, hat sich kein Mensch daran gehalten. Die Ärzte im Ausland kassieren vielmehr sozusagen Cash, und die Kosten werden hinterher erstattet. Warum soll das in Zukunft kein generelles Modell sein? In Frankreich funktioniert das wunderbar. Dabei entstehen keinesfalls für die Krankenkassen höhere Kosten. Im Gegenteil, die haben sehr viel schlankere Strukturen. Lassen Sie uns also auch da von unseren Nachbarn etwas lernen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte es für sinnvoll, sich mit der Thematik „Gesundheitspolitik auf europäischer Ebene“ zu beschäftigen. Allein die Stoßrichtung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU ist mir nach wie vor unklar.

(Abg. Zimmermann CDU: So ist es richtig! Immer nach vorn!)

Ist die Landesregierung nun gegen eine EU-weite Koordination der Gesundheitspolitik? Oder will sie durch eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit davon profitieren?

In der Tat ist Europa als Akteur in der Gesundheitspolitik immer wichtiger – auch als Wirtschaftsfaktor, aber vor allem natürlich bei der gemeinsamen Krankheitsbekämpfung, bei der Ursachenforschung und bei der Gesundheitsinformation. Vorhin ist ja schon gesagt worden, dass Entwicklungen und Skandale wie beispielsweise bei BSE, Schweinepest oder SARS natürlich nicht vor Landesgrenzen Halt machen. Sie zeigen vielmehr deutlich, dass es notwendig ist, vorher ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.

Dazu eignet sich nun einmal ganz besonders die Methode der offenen Koordinierung, eine Steuerungsmethode, um die Zusammenarbeit der Länder zu strukturieren. Das ist keine Methode, bei der alles vereinheitlicht und nivelliert

(Brigitte Lösch)

wird, sondern es ist eine Steuerungsmethode zum Strukturieren und zum Koordinieren.

Die grenzüberschreitenden Gesundheitsleistungen nehmen zu. Das hat man ja in der Antwort auf die Große Anfrage lesen können. Beispiele zwischen Baden-Württemberg und den Nachbarländern am Oberrhein und am Bodensee sind genannt. Wir brauchen natürlich Transparenz. Wir brauchen Kenntnisse über die Rahmenbedingungen der Nachbarländer. Wir brauchen eine methodische Anpassung beim Aufstellen von Strategien, von Indikatoren und von Politikbewertungen, die auch einen echten Vergleich zwischen den Ländern zulassen. Dies ist nun einmal über diese Methode der offenen Koordinierung zu leisten.

Wenn ich die Große Anfrage lese, frage ich mich, in welchem Duktus sie gestellt wurde und wo denn da Ihre Ängste liegen und wo dieses Misstrauen herkommt.

(Abg. Schmiedel SPD: Ängstlicher Haufen!)

Das scheint mir ein bisschen wie eine billige Kritik an der Bundesregierung zu sein und dazu zu dienen, das pauschale Feindbild Rot-Grün zu pflegen. Die Ausweitung der offenen Koordinierung wird nämlich nicht nur durch die Bundesregierung mitgetragen, sondern das ist natürlich auch im Bundesrat im Rahmen seiner Mitberatung beraten worden.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Aus der Antwort geht hervor, dass sich die Landesregierung entschlossen hat, sich konstruktiv mit dieser Arbeitsmethode auseinander zu setzen, weil sie erkannt hat, dass darin natürlich auch große Chancen liegen.

(Abg. Hoffmann CDU: Gute Landesregierung!)

Es geht um den allgemeinen Zugang zu medizinischen Leistungen. Es geht um die Sicherung einer qualitativ hochwertigen Versorgung und um die Sicherung der langfristigen Finanzierbarkeit der Gesundheitssysteme. Es geht also nicht um Vereinheitlichung, es geht nicht um Nivellierung, sondern es geht um eine ganz vernünftige Steuerung der verschiedenen Gesundheitssysteme, die miteinander abzugleichen sind. Dabei ist natürlich klarzustellen, dass die autonomen Zuständigkeiten und die Kompetenzen gewahrt bleiben.

Die Bundesregierung geht genau in diese Richtung, indem sie die offene Koordinierung als gutes Mittel beschreibt, um bestehende Kompetenzen zu wahren und gleichzeitig mit einer Verständigung auf gemeinsame europäische Ziele zur Entwicklung eines sozialen Europas beizutragen. Es geht um Zielvereinbarungen und nicht um rechtlich verbindliche Vorgaben. Wir profitieren davon. Deshalb hoffe ich, dass die Landesregierung dieses Verfahren nicht länger schlechtredet und nicht so viel Misstrauen hat, sondern eher die Chancen sieht, die in diesem Vorgehen liegen.

Das Gleiche gilt für den zweiten Punkt, den ich noch ansprechen möchte. In Ihrer Großen Anfrage wird ein bisschen suggeriert, dass durch die EU-Osterweiterung und durch das Urteil des EuGH die Gefahr bestehe, dass die deutschen Patienten auf der Strecke blieben oder, wie Sie es formuliert haben, dass die Interessen der deutschen Ver-

sicherten vernachlässigt würden. Es muss auch klar sein, dass die EU natürlich keine Einbahnstraße ist. EU bedeutet geben und nehmen. Wenn die Landesregierung daran interessiert ist, dass die Leistungsanbieter in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg ausländische Patienten an sich binden können, dann bedeutet das natürlich das Gleiche auch andersherum. Wenn dann noch in der Antwort festgestellt wird, Gutachten gingen davon aus, dass kaum mehr als 3 % der Versicherten pro Jahr Leistungen im Ausland nachfragten, besteht meiner Meinung nach überhaupt kein Grund zur Panikmache oder zum Misstrauen.

Zum Abschluss noch eine Bemerkung zum deutschen System der Gesundheitsvorsorge. Sie wissen, wir stehen vor einschneidenden Reformen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Dazu haben wir Grünen ganz klare Positionen, die da heißen: Solidarität erhalten, Beitragssätze senken und die Selbstbestimmung der Patienten erweitern. Daran werden wir auch die Vorschläge der Rürup-Kommission messen. Auf dieser Basis werden wir dann auch die Verhandlungen mit der Union suchen; denn Sie wissen, dass sich diese Reformen nur verwirklichen lassen, wenn es im Bundesrat eine Mehrheit dafür gibt. Das setzt aber voraus, dass sich die CDU, dass sich die Union insgesamt nicht auf eine Blockadehaltung zurückzieht. Ich werbe dafür, dass Sie dies so weitertransportieren.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Frau Staatssekretärin Lichy.

Staatssekretärin Johanna Lichy: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, es trifft sich ganz gut, dass wir heute diese Große Anfrage der CDU behandeln, weil wir gerade die Europawoche begehen. Natürlich werde ich bei der umfangreichen Tagesordnung, die wir noch vor uns haben, heute nicht ausführlich auf alles eingehen; aber ich denke, es ist gut, dass wir uns heute mit dem Thema „Gesundheit in Europa“ befassen, da der Europa-Gedanke im Moment eine so wichtige Rolle spielt. Derzeit sind andere Themen wichtig, gerade die Arbeit des europäischen Verfassungskonvents. Da zeigt sich auch durch die intensive und konstruktive Mitarbeit unseres Ministerpräsidenten, dass wir diesem Thema eine ganz besondere Aufmerksamkeit schenken.

In der Diskussion zeigt sich aber auch, selbst wenn es vielleicht in der Öffentlichkeit noch nicht allgemeine Aufmerksamkeit findet, dass das bislang angeblich weiche Politikfeld der Gesundheits- und Sozialpolitik immer mehr an Bedeutung gewinnt. Deswegen freue ich mich auch, dass die Beiträge heute quer durch alle Fraktionen ein hohes Maß an Gemeinsamkeit in dieser wichtigen Frage gezeigt haben. Dies ist deshalb ganz besonders wichtig, weil sonst die Belange des Landes in der kritischen Balance zwischen Land, Bundesregierung und EU-Organen nicht optimal vertreten würden und eingebracht werden könnten. So viel dazu.

Was erwartet der Bürger eigentlich? Der Bürger in unserem Land ist aufgeklärt und kritisch, und der Bürger erwartet vom Gemeinwesen Schutz vor Gesundheitsgefahren und so-

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

ziale Leistungen von hoher Qualität zu einem möglichst niedrigen Preis. Es entspricht auch unserer Tradition, dass soziale und Gesundheitsleistungen im Grundsatz allen zugänglich gemacht werden. Dabei ist es für den Bürger weniger wichtig, wer die Versorgungsstruktur bereitstellt, als dass sie überhaupt bereitgestellt wird. Da sind in allererster Linie wir als Länder angesprochen.

Welche der aufgeworfenen Fragen und Probleme können wir als Land nun noch allein beantworten, und wozu brauchen wir Brüssel oder, besser gesagt, Europa? Umgekehrt lautet die Frage natürlich auch – das zeigt sich auch in den vielfältigen Fragestellungen der Großen Anfrage –: Inwieweit braucht Europa uns und unsere Bemühungen?

Darauf möchte ich jetzt nicht detailliert eingehen; in der Antwort auf die Große Anfrage ist dazu ja explizit Stellung genommen. Aber ein paar wesentliche Dinge müssen natürlich noch gesagt werden.

Die fortschreitende wirtschaftliche Vernetzung, die gesellschaftlichen und die technologischen Entwicklungen, vor allem die zunehmende Mobilität und der wissenschaftlich-technische Fortschritt sowie die Finanzierungsprobleme für den Sozialschutz in allen Ländern stellen alle Gesundheitssysteme in Europa vor vergleichbare Herausforderungen. Deshalb muss natürlich jedes Land und jeder Staat die Probleme eigenständig und in eigener Verantwortung lösen. Denn die steuerzahlenden Bürger und die beitragszahlenden Bürger haben auch die Lasten aufzubringen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber anschauen kann man sich schon etwas!)

– Ja; darauf komme ich noch.

Die Bürger haben die Konsequenzen von Fehlentwicklungen zu tragen und wollen in erster Linie von dem Land versorgt werden, in dem sie ihre Leistungen erbringen.

Ich möchte heute keinen Ausflug in die Bundespolitik machen und nicht in eine Diskussion über die Gesundheitsreform einsteigen, wenn wir uns auch in vielen Fragen mit der Bundesregierung nicht einig sind. Eines möchte ich aber sagen – das kam erfreulicherweise auch in den Beiträgen hier zum Ausdruck –: In der Beurteilung der Entwicklungen in der Gesundheitspolitik auf europäischer Ebene hat die Bundesregierung doch eine erfreuliche Annäherung an unsere Position vollzogen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Niemand wird bestreiten, dass viele Probleme im Gesundheitswesen wegen der schon vielfältig wirksamen und nicht mehr zurückdrängenden Einflussfaktoren von der europäischen Ebene her nicht mehr allein national angegangen werden können; da gebe ich meinen Vorrednern Recht. Beispiele sind die europäische Gesetzgebung zum Binnenmarkt und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Das kann aber nicht bedeuten, dass die Entscheidung quasi an die europäische Ebene abgegeben wird. Das strebt auch niemand an. Deshalb bedarf das, was gerade angesprochen wurde, der Prozess, den der Europäische Rat in Göteborg angestoßen hat – Stichwort „offene Koordinierung“ im Ge-

sundheitswesen –, unserer vollen Wachsamkeit und unserer ganzen Aufmerksamkeit.

Wir als Land sind bereit, unsere Erfahrungen einzubringen, uns auch mit Fragen aktiv am Prozess zu beteiligen. Wir sind aber nicht bereit, Vorgaben, Lösungen zu akzeptieren, die unsere politischen Handlungsspielräume einengen würden, ohne dass wir gleichzeitig die Verantwortung loswürden. Diese Auffassung der Landesregierung wird auch vom Bundesrat geteilt. Deswegen begrüße ich, dass sich in dieser Position ausdrücklich auch die Bundesregierung zu unserer Haltung bekennt. Nur so können wir die Entwicklung aktiv gestalten.

Die Vielfalt der nationalen Systeme muss erhalten bleiben. In Europa muss nicht alles gleich sein, sondern die Vielfalt der Strukturen ist unsere Stärke. Aber unsere nationalen Systeme wären gefährdet, wenn sie außerstande wären, auf Entwicklungen im europäischen Raum

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– Sie müssen mich erst zu Ende reden lassen, Herr Dr. Noll –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Entschuldigung!)

richtig einzugehen. Das will auch niemand. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Gesundheitspolitik eben nicht auf einer einsamen Insel stattfindet – ich bin mit Ihnen ja völlig einig –

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

und deswegen auch in das Geflecht der Sozialpolitik – Strukturpolitik, Finanzpolitik; das muss ich nicht alles wiederholen – eingebettet ist. Auch die Gesundheitspolitik muss natürlich den dort gesetzten Zielen folgen bzw. ist diesen Einflussfaktoren ausgesetzt. Hieraus resultiert auch ein Konvergenzdruck im Bereich der Gesundheitssysteme. Wie weit, auf welchen Gebieten und in welcher Form das gehen kann, hängt weitgehend vom politischen Willen und dem Konsens der Beteiligten ab. Also, ich denke, wir sind einer Meinung. Für uns bedeutet das aber, dass die Länder, die Regionen in Europa diesen Willen für sich formulieren, dass sie auch Gemeinsamkeiten prüfen und sich dann mit gemeinsamen Interessen und Belangen zu Wort melden.

So viel dazu.

Ich möchte nur noch ganz kurz skizzieren – damit es nicht heißt, es bleibe nur abstrakt; es ist ja eine Diskussion auf abstrakter Ebene –, was wir als Land einbringen können und wo wir uns auch einbringen möchten.

Wir müssen die Schnittstellen zu den gemeinschaftlichen Politikbereichen wahrnehmen, sie gestalten und auch unsere Partner und Nachbarn einbeziehen, die dies genauso sehen. Wir brauchen dafür aber keine Richtlinien und Verordnungen aus Brüssel. Wir können einen Informations- und Erfahrungsaustausch, ja sogar einen Wettbewerb – das ist auch richtig – über Qualitätsstandards und beste Lösungen auf- und ausbauen, zum Beispiel für Entwicklungen in der Telemedizin oder andere Fragen, die damit verbunden sind. Wir können uns über Modelle und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der gesundheitlichen und sozialen Infrastruktur verständigen.

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

Es geht nicht um die Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme insgesamt. Das ist ein ganz anderes Themenfeld. Es geht vielmehr darum, dass wir als Land, als europäische Region in eigener Kompetenz das tun können, womit Probleme abgebaut werden können. Das betrifft – wir sind ein großer Flächenstaat, und wir haben lange Grenzen zu europäischen Nachbarn – in erster Linie Grenzgebiete zur Schweiz, zu Frankreich, betrifft im politischen Raum aber auch unsere Kooperation mit den Partnern der „Vier Motoren für Europa“.

Wir werden – das ist hier schon angeführt worden – im Oktober gemeinsam mit unseren französischen und Schweizer Partnern am Oberrhein in einer Konferenz Modelle und Möglichkeiten der Verbesserung der Leistungserbringung über die Grenzen hinweg diskutieren. Auf dieser Grundlage – diesen Erfahrungen, dieser Diskussion – sollen weitere Konzepte und Partnerschaften entwickelt werden, die auch dazu dienen können, Schwierigkeiten und Hindernisse für die Bürger abzubauen, die eben Gesundheitsleistungen jenseits der Grenze suchen. Auch das ist okay.

Ein Vorläufer dieser Bemühungen ist ebenfalls am Oberrhein zu finden. Das ist das Modell NETLINK, das bereits etabliert ist. Es ist ein gutes Beispiel für nachbarschaftliche Beziehungen in einem Grenzgebiet. Andere wichtige Modelle sind beispielsweise die Lörracher Vereinbarung oder die Kooperationen zwischen Krankenhäusern. Da zeigt sich, dass die Beteiligten im Land durchaus in der Lage sind, für den Bürger greifbare Lösungen passgenau zu erreichen. Wir haben bei den „Vier Motoren für Europa“, bestehend aus den Regionen Rhône-Alpes, Katalonien, Lombardei und Baden-Württemberg, diese Fragen aufgeworfen. Wir wurden als Land initiativ. Diese Initiative ist bei unseren Partnern auf großes Interesse gestoßen. Diese Fragestellungen werden wir im nächsten Frühjahr im Rahmen unserer Präsidentschaft zum Leitthema für die „Vier Motoren“ machen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gut! Sehr gut!)

Mit diesen Beispielen wollte ich zeigen, dass wir zu den zum Teil hoch abstrakten Diskussionen auf der europäischen Ebene im Gegenstromverfahren einen konkreten Beitrag der Regionen einbringen und auch zeigen, welche Fragen für die Länder relevant sind und wie wir sie eigenständig und mit regionalen Kooperationen und Besonderheiten lösen können. Ich denke, das wird dazu beitragen, dass die Strukturen, die wir in unterschiedlichen rechtlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen verantworten müssen, dann für die Bürger auch die effizienteste und effektivste Angebotspalette bieten. Ich denke auch, das wird dazu beitragen, dass wir die großen Freiheiten, die Europa auch bringt, für unsere Bürger sichern können. Ich denke, so müssen wir unsere Aufgabe zu dem Thema „Gesundheit in Europa“ sehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hoffmann.

Abg. Hoffmann CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wissen Sie, worunter Europa leidet? Europa leidet nicht darunter, dass man zu viel darüber spricht. Europa leidet darunter, dass die Menschen nicht wissen, dass eine Situation, bevor sie sich ändert, über Europa geregelt wird. Über Europa wird viel zu wenig gesprochen. Die heutige Debatte soll und kann auch dazu beitragen, dass ein ganz wichtiges Thema nicht wieder unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wird, sondern dass Gesundheit ein Thema wird, vielleicht das erste Thema überhaupt, bei dem man die Bevölkerung mit einbezieht, auch über die Auswirkungen.

Frau Kollegin Haußmann, Sie haben vorhin gesagt, der Europäische Gerichtshof habe dieses und jenes bestimmt. Der Europäische Gerichtshof hat eines getan, was wir versäumt haben: im richtigen Moment Politik zu machen. Das Gericht hat hier Politik, politisches Handeln ersetzt. Ich denke, das sollte uns als Abgeordnete eigentlich zu denken geben. Wenn der EuGH Gesetze macht, dann ist das nicht im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger. Vielmehr muss es im Sinne von uns sein, dass wir vorzeitig Entwicklungen erkennen und es nicht den Gerichten überlassen, für uns Regelungen zu treffen.

Herr Noll, Sie haben gesagt, es störe Sie nicht, wenn man im Ausland Versicherungen abschließt oder Behandlungen in Anspruch nimmt. Ich garantiere Ihnen, dass Sie einer der Ersten sind,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein!)

der hier vorne steht, wenn neben Ihnen ein slowenischer Zahnarzt seine Praxis eröffnet,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, nein!)

wenn nicht vorher geregelt ist, dass die Qualität für die Bürgerinnen und Bürger gleich ist. Nur darum geht es. Wenn wir uns über Qualitätsstandards einigen – das wird die EU machen, wenn wir dazu mit unserer Diskussion beitragen –, dann werden wir es auch schaffen, dass die Akzeptanz zunimmt, und dann habe auch ich nichts dagegen, wenn sich die Grenzen in alle Richtungen öffnen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Ganz im Gegenteil, das finde ich eine gute Sache.

Herr Schmiedel ist ja wieder im Raum. Er hat vorhin einen Zwischenruf zum Thema EU gemacht. Ich freue mich auch darüber, dass Frau Lösch gesagt hat, dass die EU als Chance verstanden werden muss und dass man der EU keine Steine in den Weg legen darf.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Positiv!)

Ganz große Klasse, Frau Lösch! Die Bundesregierung macht im Moment gerade das Gegenteil.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ach!)

Wir verabschieden im Gesundheitswesen gerade die so genannte vierte Säule der Arzneimittelprüfung. Das ist ein europaweiter Alleingang. Kein anderes europäisches Land hat diese Säule.

(Hoffmann)

Jetzt komme ich auf Baden-Württemberg und Herrn Schmiedel zu sprechen, weil wir im Wirtschaftsausschuss dieses Thema schon berührt haben. 135 Betriebe in Baden-Württemberg forschen im Arzneimittelbereich. Wir sind das größte, forschungsstärkste Land mit Kleinbetrieben, Kleinstbetrieben und dem Mittelstand. Die vierte Säule bedeutet eine weitere Verzögerung und wesentlich mehr Kosten für diese Unternehmen. Viele dieser Unternehmen machen sich im Moment Gedanken über den Standort und überlegen sich, ob sie nicht – einige haben das schon gemacht – ihre Forschung ins benachbarte Ausland verlegen, wo EU-weit geforscht werden kann, ohne dass eine neue Prüfsäule und Prüfinstanz entsteht. Das sind ganz konkrete und praktische Auswirkungen, die zeigen, wie eine falsche EU-Politik auch zu einer Benachteiligung des Wirtschaftsstandorts führt.

Weiterhin zum Thema Wirtschaft: Wir setzen in Baden-Württemberg auf Biotechnologie. Da sind in der Regel lauter kleine Betriebe mit einem einzigen Produkt tätig. Bis die die Zulassung der drei Hürden haben, brauchen die schon sehr lange. Die vierte Hürde wird viele Produkte und viele Unternehmen an der Markteinführung hindern, weil es viel zu lange dauert. Das sind ganz praktische Auswirkungen, die die EU für uns mit sich bringt. Da können auch wir als Landtag von Baden-Württemberg sehr wohl mit überlegen, wie verhindert werden kann, dass wir uns selber einseitig in der EU mit entsprechenden Zulassungshemmnissen benachteiligen.

Frau Staatssekretärin Lichy hat erfreulicherweise gesagt, dass die Landesregierung bereit sei, auch weiterhin entsprechende Modelle zu fördern. Wir freuen uns über die vielen Grenzprojekte der Oberrheinkonferenz, der Internationalen Bodenseekonferenz und des Bodenseerats. Ich will noch einmal – ich habe es vorhin schon einmal gesagt – ganz herzlich und ganz direkt dazu ermuntern – ich bin selber Anwohner eines Grenzbereichs –, dass der Landtag von Baden-Württemberg häufiger über Modelle im Gesundheitswesen mit den Nachbarn spricht und diese Modelle dann auch möglichst fraktionsübergreifend begleitet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Wieser CDU: Das ist aber schade!)

Sie sind mit der Feststellung einverstanden, dass die Große Anfrage durch diese Aussprache erledigt ist.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Ministergesetzes – Drucksache 13/1567

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/1911

Berichterstatter: Abg. Dr. Reinhart

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Stickelberger.

Abg. Stickelberger SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinter diesem Tagesordnungspunkt verbirgt sich das Thema „Altersversorgung der Mitglieder der Landesregierung“ – ein sicher spannendes und wichtiges Thema.

Ich darf vielleicht zuerst Kritik daran anbringen, dass der Herr Ministerpräsident nicht anwesend ist. Bei diesem wichtigen Thema hätten wir uns seine Anwesenheit gewünscht. Natürlich haben wir Verständnis dafür, dass Mitglieder der Landesregierung aus dienstlichen Gründen an der Teilnahme an einer Debatte verhindert sind; aber wir haben kein Verständnis dafür, dass, wenn sich die Fraktionen im Präsidium darauf verständigen, die Tagesordnung für den heutigen Tag entsprechend zu strecken, und dann heute Morgen überraschend eine sehr lange Regierungserklärung abgegeben wird und sich alle auf dieses Prozedere einigen, dann der Herr Ministerpräsident an einer Festveranstaltung teilnimmt, während die Fraktionen auf die Teilnahme an dieser Festveranstaltung verzichten. Das kritisieren wir ausdrücklich und empfinden es als Affront gegenüber dem Landtag.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, heute Morgen sind wir insbesondere durch die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten mit sehr vielen Zitaten namhafter Philosophen konfrontiert worden, mit Äußerungen und wissenschaftlichen Beiträgen renommierter Rechtslehrer aus Verwaltungswissenschaft und Verwaltungslehre. Ich will mich deshalb heute Nachmittag ausdrücklich in Bezug auf Zitate beschränken, nämlich im Wesentlichen auf ein Zitat, das lautet: Wo wir zuständig sind, handeln wir. Dieses Zitat gewinnt besonderen Sinn vor dem Hintergrund der Debatte, die wir jetzt zu führen haben. Gefragt ist das Handeln der Landesregierung und das Handeln der Regierungsfractionen.

Wir haben einen Gesetzentwurf eingebracht und sind gespannt, wo die Beiträge der Landesregierung und der Regierungsfractionen hierzu bleiben. Der Herr Ministerpräsident hat ja heute Morgen sehr ausführlich dargelegt, wie er sich die Verwaltungsreform in diesem Land vorstellt. Ich glaube, er hat – Herr Oettinger hat es vorsichtig formuliert – auch die CDU-Fraktion sehr überrascht. Einige von Ihnen reiben sich, glaube ich, jetzt noch die Augen. Er hat die Frau Justizministerin – noch nicht sehr lange im Amt – aufgefordert, innerhalb kürzester Zeit einen Entwurf vorzulegen, der sich mit der Qualität und der Güte der Verwaltungsreform messen lässt. Sie hat das auch vorgelegt. Sie hat zumindest den Zeitplan eingehalten.

(Heiterkeit des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD)

Über die Inhalte werden wir zu gegebener Zeit noch sprechen.

Was fehlt, ist eine ähnliche Dynamik bei diesem Thema „Altersversorgung der Mitglieder der Landesregierung“.

(Stickelberger)

Wenn ich die Radiobeiträge im Südwestrundfunk von vor zwei Tagen Revue passieren lasse – Frau Lichy, ich sehe Sie gerade –, erinnere ich mich, dass auch Sie sich dort in einer Sendung geäußert haben, wenn auch nicht so dezidiert wie Ihr Kollege, der Herr Wirtschaftsminister, der gesagt hat, jetzt sei es an der Zeit, dass auch die Landesregierung entsprechende Vorschläge unterbreite und zu entsprechenden Beschlüssen komme. Diese vermissen wir nach wie vor.

Was wir auf dem Tisch haben, ist der Gesetzentwurf, den die SPD-Fraktion eingebracht hat und der im Rahmen der ersten Lesung hier im Dezember diskutiert wurde.

Der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen beklagt, dass in einer Demokratie, wie wir sie haben – –

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Herr Hauk, ich verstehe Sie doch nicht, wenn Sie nur dazwischenreden. Es tut mir Leid. Ich verstehe Sie so schlecht.

(Abg. Hauk CDU: Ich habe gesagt: Sie haben sich schon in die ewige Opposition begeben!)

– Nein, nein. Ich habe mich nicht in die ewige Opposition begeben. Um Gottes willen! Das liegt mir fern. Ich zitiere gerade Ihren Ministerpräsidenten.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Hillebrand CDU: Unseren Ministerpräsidenten!)

Dagegen werden Sie wohl nichts haben. Er hat heute Morgen vollmundig beklagt, dass in der Demokratie – –

(Abg. Hillebrand CDU: Unser Ministerpräsident!)

– Herr Hillebrand, Sie kommen ja nachher dran.

(Abg. Hillebrand CDU: Unser Ministerpräsident!)

– Also gut, unser Ministerpräsident! Entschuldigung.

(Abg. Drexler SPD: Ihrer! Nicht unserer!)

– Ich kann für meine Person mit Fug und Recht sagen: Ich habe ihn nicht gewählt.

(Abg. Walter GRÜNE: Das wäre ja noch schöner!
– Zuruf von der CDU: Das ist ein Fehler!)

Aber trotzdem: Unser Ministerpräsident hat beklagt, dass wir in der Demokratie zu viel diskutieren und zu wenig umsetzen; es fehle die Umsetzung. Wir vermissen die Umsetzung bei diesem Thema seitens der Regierungsfractionen.

(Beifall bei der SPD)

Wo bleibt die Umsetzung? Zweimal haben Sie die Diskussion im Ausschuss vertagen lassen. Wo bleibt Ihre Umsetzung? „Wo wir zuständig sind, handeln wir.“ Sie handeln überhaupt nicht; Sie tun gar nichts. Gar nichts tun Sie!

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen in seiner Regierungserklärung auch auf die Debatte zum Verhältnis von

Bund und Ländern, zum Thema Föderalismus, die wir jüngst geführt haben, verwiesen, und er hat ja zunehmend auch gesehen und beklagt, wie eng die Spielräume für die Landespolitik werden oder schon geworden sind, und erklärt, dass es darum geht, diese Spielräume der Landespolitik im Zuge der Föderalismusdiskussion zu erweitern. Da, wo Sie Spielräume haben, nutzen Sie sie nicht einmal!

(Beifall bei der SPD)

Im Ministergesetz könnten Sie Regelungen treffen, die im Interesse des Landes lägen und im Hinblick auf die allgemeinen Diskussionen in der Öffentlichkeit dringend notwendig wären.

(Zuruf von der SPD: Jawohl! So ist es!)

Lassen Sie mich deshalb unseren Gesetzentwurf kurz in seinen wesentlichen Bestandteilen nochmals zusammenfassend darlegen. Das Mindestruhegehalt für Mitglieder der Landesregierung, also des Ministerpräsidenten, der Minister und der Staatssekretäre, orientiert sich derzeit an einem Basissatz von 40 % nach fünfjähriger Amtszeit.

(Abg. Hillebrand CDU: In Berlin schon nach zwei Jahren!)

– Herr Hillebrand, wir sind hier in Baden-Württemberg und nicht in Berlin, und wir nutzen die Spielräume, die wir in Baden-Württemberg haben. Wir nutzen sie!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Machen Sie das auch einmal!

(Beifall bei der SPD)

Der Höchstsatz für die Versorgungsbezüge beträgt 75 %,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

und das Mindestalter beträgt 55 %.

(Abg. Pfister FDP/DVP: 55 Jahre! Nicht Prozent! – Weitere Zurufe)

– Ja, gut, 55 Jahre. Ein Minister mit 55 %, das wäre schlecht, aber nicht ausgeschlossen.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Wieser)

– Okay. Das Mindestalter beträgt 55 Jahre. – Gekoppelt ist der Betrag an die Besoldungsgruppe B 11. Das wissen Sie. Das macht zum Beispiel beim Ministerpräsidenten einen Betrag in Höhe von derzeit etwa 12 400 € aus. Ich nenne diesen Betrag nur, damit man einmal über die Größenordnung spricht. Das kann ja auch jeder nachlesen. Bei den Landesministern macht das 10 353 € aus, bei den Staatssekretären etwa 8 800 €.

Was sieht unser Vorschlag vor? Wir schlagen vor, den Mindestruhegehaltssatz von derzeit 40 auf 30 % zu senken, die Höchststufe von 75 auf 70 % zu senken und das Mindestalter von 55 auf 65 Jahre heraufzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

(Stickelberger)

Wir meinen, dies sind Regelungen, die zumindest teilweise mit denen anderer Bundesländer vergleichbar sind, Herr Hillebrand.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein! – Abg. Hillebrand CDU: Mit dem Bund mit Sicherheit nicht!)

– Mit dem Bund, was die 30-%-Grenze angeht, ebenfalls.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hillebrand CDU: Nach zwei Jahren!)

Außerdem wissen wir, dass wir in Baden-Württemberg ja ohnehin in allem Spitze sind.

(Zuruf von der CDU: Das ist wahr!)

Dann machen Sie doch jetzt einmal den Vorreiter, und leisten Sie auch hier einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rudolf Hausmann SPD: Jawohl! – Abg. Walter GRÜNE: Die Minister in das Regierungspräsidium eingliedern!)

„Wo wir zuständig sind, handeln wir“, war die Maxime heute Morgen. Das hat sich – dies ist ja positiv – wie ein roter Faden durch die 45-seitige Regierungserklärung gezogen. Allein, Ihr Beitrag steht noch aus, obwohl Sie, Herr Kollege Dr. Reinhart – ich darf vielleicht darauf verweisen –, im Ausschuss einen Gesetzentwurf noch für den Mai angekündigt haben. Wo ist er denn?

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Der Mai ist noch nicht vorbei! – Zurufe von der SPD: Wo ist der Gesetzentwurf?)

– Vielleicht kommt er ja noch. Wir sind gespannt, nachdem Sie in der ersten Debatte ja eine Gesamtschau moniert haben und den großen Rahmen gezogen haben. Immer wenn es brenzlig wird, verweisen Sie auf Gesamtregelungen und Gesamtlösungen, um sich davor zu drücken, kleine Lösungen, die sofort möglich wären, auch nur ansatzweise durchzusetzen. Deshalb bin ich gespannt auf Ihren Beitrag.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Den kriegen Sie!)

Wenn Sie keine eigenen Vorschläge haben, dann stimmen Sie doch bitte unseren Vorschlägen zu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

(Abg. Fischer SPD: Jetzt haben Sie es schwer! – Abg. Birzele SPD: Ein Satz reicht: Sie stimmen zu! – Abg. Walter GRÜNE: Jetztet! – Abg. Drexler SPD: Einfach Ja sagen!)

Abg. Dr. Reinhart CDU: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Stickelberger, Sie haben Recht mit dem Hinweis, dass der Kollege Reinhart im Ausschuss angekündigt hat, dass die Regierungsfractionen einen eigenen Gesetzentwurf einbringen werden.

(Abg. Wieser CDU: Wer ist das, der Kollege Reinhart?)

Dies wird geschehen.

(Abg. Drexler SPD: In zehn Jahren! – Abg. Stickelberger SPD: In welchem Jahr?)

Ich kann Ihnen versichern: Ein Blick in den Kalender wird Ihnen zeigen, dass der Mai noch nicht zu Ende ist.

(Zuruf von der SPD: Der Mai ist gekommen! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Zum Zweiten ein paar Vorbemerkungen. In Stuttgart wird gehandelt,

(Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

während in Berlin nur diskutiert wird, Herr Kollege. Das ist die Wahrheit.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Abg. Drexler SPD: Schwätzer! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Heiße Luft! – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Sie haben aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zitiert. Ich glaube, er hat heute Morgen hinreichend dargelegt,

(Abg. Drexler SPD: Gar nichts!)

dass die erhöhte Zahl der Ministerien in der großen Koalition auf einen einzigen Partner zurückzuführen war, nämlich auf den Wunsch der SPD. Das waren die Ausführungen des Ministerpräsidenten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist nicht das Thema! – Abg. Drexler SPD: Sie wollten keine Ministerien abgeben! – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Ihr wolltet zusätzliche! – Zurufe der Abg. Wieser CDU und Brigitte Lösch GRÜNE)

Lieber Herr Drexler, Sie sehen: Das Wohl des Landes ist auch nach Abschaffung des Häkelministeriums weiterhin gewahrt worden.

(Abg. Drexler SPD: Was für ein Ministerium? Hängemattenministerium? – Abg. Walter GRÜNE: Aber jetzt sind wir nicht mehr im Jahre 1992!)

– Sie wollten damals das Häkelministerium.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Dr. Reinhart, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Dr. Reinhart CDU: Selbstverständlich. Herr Kollege Kretschmann, bei Ihnen immer!

Abg. Kretschmann GRÜNE: Gehe ich recht in der Annahme, dass es Ihre Strategie ist, so lange zu etwas anderem zu reden, bis Ihre Redezeit vorbei ist?

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und der SPD)

Vielleicht können Sie noch etwas zum Thema sagen.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Kretschmann, ich denke, Sie sollten als erfahrener Familienvater wissen, dass man die Überraschung zum Schluss bringt und nicht gleich am Anfang.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hauk CDU: Eine Frage der Dramaturgie!)

Im Übrigen möchte ich schon noch ein paar Bemerkungen zu meinem Vorredner vorausschicken.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Aber konkret! – Weitere Zurufe)

– Frau Kollegin Haußmann, es wurde ganz konkret – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe im Saal bitten. Der Redner ist nicht mehr zu verstehen.

(Abg. Schmiedel und Abg. Drexler SPD: Er sagt ja auch nichts! – Abg. Walter GRÜNE: Er sagt auch nichts! Der schweigt doch nur!)

– Akustisch.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Es wurde ganz konkret die Situation in Berlin angesprochen. Wissen Sie, die Mitglieder der Bundesregierung – und da erwarte ich einen Gesetzentwurf von Ihnen – haben nicht nach fünf Jahren,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie lenken nur ab!)

sondern, man höre und staune, bereits nach zwei Jahren einen Versorgungsanspruch.

(Abg. Drexler SPD: Das ist aber auch falsch!)

– Aber es ist so. Herr Kollege Drexler, ich bin sicher, Sie sagen das Ihren Kollegen in der Regierung in Berlin, damit die das auch wissen.

(Abg. Drexler SPD: Aber jetzt machen wir mal hier was! – Abg. Schmiedel SPD: In Moldawien ist es noch schwieriger!)

Jetzt kommen wir nach Stuttgart. Jetzt kommen wir zu dem Vorschlag, den Sie hier eingebracht haben. Ich lasse mich gerne daran messen, was von mir im Ständigen Ausschuss gesagt wurde.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt!)

Ich habe im Ständigen Ausschuss dargelegt, dass wir Ihren Gesetzentwurf ablehnen. Dabei wird es bleiben, auch heute.

(Abg. Drexler SPD: Sagen Sie mal, warum! – Abg. Stickelberger SPD: Wo ist der eigene Entwurf?)

Insoweit halten wir Wort.

Punkt 2: Jetzt sage ich Ihnen auch, warum. Die Erhöhung der Altersgrenze auf 65 Jahre: Da haben wir wirklich den Eindruck, dass Sie sich anscheinend völlig aus der Diskussion verabschieden.

(Abg. Drexler SPD: Wir orientieren uns an CDU-Vorschlägen!)

– Nein.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Wir werden Ihnen in allen Punkten einen Vorschlag unterbreiten. Es ist richtig dargelegt worden, dass nach dem derzeitigen Status quo das Mindestalter 55 Jahre beträgt. Wir werden einen Vorschlag machen.

(Abg. Stickelberger SPD: Wann? – Abg. Drexler SPD: In welchem Jahr?)

Ich sage Ihnen aber voraus, er wird in diesem Monat nicht über das 60. Lebensjahr hinausgehen – davon können Sie ausgehen –, falls die Amtszeit weniger als acht Jahre beträgt. Wenn wir allerdings in diesem Bereich gemeinsam mit unserem Koalitionspartner zu dem Ergebnis kommen, dass die Versorgung eventuell schon zu einem früheren Zeitpunkt beginnen soll, schließe ich das ebenfalls nicht aus.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Können Sie das freundlicherwise mal begründen?)

– Ich sage Ihnen – Herr Kollege Kretschmann, ich komme gleich zur Begründung –: Der Mindestruhegehaltssatz beträgt derzeit 40 %. Der Entwurf der SPD sieht 30 % vor. Wir werden Ihnen 38,268 % vorschlagen –

(Lachen des Abg. Walter GRÜNE – Abg. Walter GRÜNE: Das ist ein Witz!)

in der logischen Umsetzung der Veränderungen der Versorgungsdemographie in Anlehnung an die anderen Änderungen bundesweit, auch im Hinblick auf die erfolgte Versorgungsanpassung bei den Beamten.

Wir haben einen Höchstruhegehaltssatz von derzeit 75 %. Ihr Entwurf sieht 70 % vor. Wir werden uns im neuen Entwurf ebenfalls an 71,75 % orientieren – als logische, konsequente und stringente Umsetzung in Anlehnung an diese Reduzierung und Veränderung.

(Abg. Drexler SPD: Warum?)

Sie haben einen Steigerungssatz von bisher 3 % übernommen. Wir werden nicht mehr 3 % vorsehen, sondern einen Steigerungssatz von 2,65 % per annum vorschlagen – unter Ihrem Vorschlag. Die Dauer bis zum Erreichen des Höchstsatzes beträgt nach dem Status quo 16 2/3 Jahre, nach Ihrem Entwurf etwas über 18 Jahre. Wir werden 16 2/3 Jahre, wie bisher bewährt, vorschlagen.

Nun zum Gehalt. Der Status quo ist die Anlehnung an die Bundesbesoldung B 11. Das ist ein Festbetrag analog zu B 11. Wir werden diesen B-11-Vorschlag erneut unterbreiten. Lassen Sie mich dazu auch etwas anmerken: Ich empfehle Ihnen einen Blick in die Regelungen der anderen Bundesländer.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt plötzlich wieder! Wir sind doch Spitze!)

(Dr. Reinhart)

– Ja, Herr Kollege Drexler, Sie waren in der Ausschussberatung nicht anwesend.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Da haben wir bereits die verschiedenen Länder angesprochen. Ich verweise im Übrigen auch auf die erste Lesung. Sie erinnern sich: Kollege Oettinger hat hierzu ebenfalls sehr sach- und fachkundig Bezug genommen.

(Abg. Drexler SPD: Was hat er denn gesagt?)

– Ich sage es Ihnen gerade. Er hat unter anderem dargestellt, dass die Besoldung, die in anderen Ländern allein ein Minister erhält, bei uns der des Ministerpräsidenten entspricht. Sie müssen auch einmal im Vergleich sehen, dass die Besoldung unserer Minister nicht im Spitzenbereich liegt, sondern gegenüber anderen Ländern weit darunter.

(Abg. Drexler SPD: Das ist bei Abgeordneten auch so!)

– Ja, da haben Sie völlig Recht.

(Abg. Drexler SPD: Also dann kann man es ja so lassen!)

– Herr Kollege Drexler, wir werden ja deshalb genau Ihrem Vorschlag folgen. Da kann man es so stehen lassen. Wir werden es so lassen; wir bleiben bei B 11. Nur werden wir – bitte nehmen Sie das zur Kenntnis –, weil eben der Minister als politischer Beamter an der Spitze seines Ministeriums, seiner Beamten steht, nicht wie bei der Beschlussfassung über die Diäten, die Sache des Parlaments ist, jährlich in den Landtag gehen.

Es ist übrigens auch eine Frage unseres Selbstverständnisses. Ich möchte Sie ausdrücklich loben – das sehen Sie heute an der Kommentierung des Bundes der Steuerzahler –, Sie als Fraktionsvorsitzenden, auch Sie, Herr Kretschmann, auch den Kollegen Oettinger und den Kollegen Pfister. Ich finde, in der heutigen Zeit ist es für uns als Parlamentarier wichtig – auch was unser Selbstverständnis betrifft, wenn ich das einfügen darf –, dass wir in einer solchen Frage wie den Diäten der Abgeordneten in sensibler Weise angemessene, aber auch vertretbare Lösungen finden, die überparteilich von allen vier Parteien getragen sind. Sie sehen, dass die Kommentierung Ihnen das heute auch entsprechend honoriert. Ich halte das für gut und richtig.

Bei der Besoldung der Minister – das will ich Ihnen sagen – halte ich es nicht für angemessen, darüber jedes Jahr eine Diskussion im Parlament zu führen. Vielmehr ist es richtig und angemessen, dass wir uns stringent an eine B-11-Besoldung anlehnen. Das ist eine gewisse Vergleichbarkeit, auch Stringenz und Logik, die wir bei der Ministerialbesoldung bisher haben.

(Abg. Wieser CDU: Leistungslohn!)

Nun zu Ihrem Gesetzentwurf. Sie wissen, dass Ihr Vorschlag bundesweit einmalig ist – sowohl bei der Mindestaltersgrenze, beim Höchstruhegehaltssatz als auch bei der Bezahlung nach Festbeträgen. Durch diese Regelungen würden die Regierungsmitglieder in Baden-Württemberg – und jetzt komme ich darauf – sowohl im besoldungs- als auch im versorgungsrechtlichen Sinn ohne triftigen Grund –

ein solcher ist bisher nicht genannt worden – von der Entwicklung abgekoppelt werden.

Im Übrigen, zweitens, würden Sie hier in Baden-Württemberg einen Sonderweg einschlagen. Sie haben bisher keine Gründe vorgetragen, mit keinem einzigen Wort, warum Sie einen Sonderweg in Baden-Württemberg benötigen.

(Abg. Drexler SPD: Doch! Wettbewerb des Föderalismus!)

Ein Drittes zu Ihrem Vorschlag. Er schießt aus unserer Sicht über das Ziel einer Anpassung hinaus. Auch die Anpassung an die Absenkung des allgemeinen Versorgungsniveaus der Beamten haben wir umgesetzt, und zwar analog, fair und angemessen und nicht mit irgendeiner Willkür mit Vorschlägen, die nicht nachvollziehbar sind, wie das bei Ihrem Vorschlag der Fall ist.

(Abg. Drexler SPD: Was ist denn der Unterschied zwischen 70 und 71,5?)

Deshalb werden wir einen eigenen Vorschlag einbringen.

Jetzt will ich einmal ganz persönlich auch als Selbstständiger etwas sagen. Ich glaube, wir sollten bei diesem Thema immer auch darauf achten, dass wir weiterhin qualifizierte Personen für ein Ministeramt gewinnen.

(Abg. Drexler SPD: Aber doch nicht über Pensionen! – Abg. Wieser CDU: Deswegen muss Leistungslohn eingeführt werden!)

Ich halte das für wichtig, denn zunehmend vergleichen wir – heute wurde von der Baden-Württemberg AG gesprochen – auch die Managementaufgaben mit der privaten Wirtschaft. Auch im Hinblick auf diese Regelungen ist ein Vorschlag, der sich an das absolute Versorgungs- und Pensionsalter von 65 anlehnt, nicht angemessen. Es ist ein politisches Amt, es ist ein Amt auf Zeit. Macht wird auf Zeit verliehen. Auch eine Legislaturperiode läuft nur bestimmte Zeit, Regierungen werden gewählt, neu gewählt, manchmal auch abgewählt. Deshalb halte ich es für nicht konsequent, wenn wir uns stur an ein Lebensalter von 65 für den Beginn der Versorgung halten.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Reformmaßnahmen im Bundesversorgungsrecht werden wir einen neuen Vorschlag einbringen, auch in Anlehnung an Regelungen in anderen Ländern wie Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Dort hat man die Versorgung bereits geändert und angelehnt.

(Abg. Drexler SPD: Machen wir einen Wettbewerb!)

In anderen Ländern ist das in Vorbereitung, aber kein Land durchbricht das bisher geltende System der Ankopplung der Ministerversorgung an die Beamtenversorgung.

Insoweit, meine Damen und Herren, haben wir im Ausschuss nicht nur die Absicht angekündigt, ein Gesetz einzubringen, sondern die Koalitionsfraktionen werden dies auch tun. Ihren Vorschlag müssen wir aufgrund der eben genannten Gründe ablehnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist völlig richtig, Herr Kollege Stickleberger: Wo wir zuständig sind, haben wir zu handeln. Gar kein Thema, dass wir zuständig sind, kein Thema, dass wir handeln müssen, auch kein Thema, in welche Richtung dieses Handeln geht. Das haben Sie hier ja dargelegt.

(Unruhe)

Es ist innerhalb der Koalitionsfraktionen unstrittig, dass der Höchstsatz des Ruhegehalts zu reduzieren ist. Wir können diesen nicht bei den Beamten von 75 auf 71,75 % reduzieren, aber bei den Ministern den Spitzensatz belassen.

(Abg. Fischer SPD: Nicht so schnell! Man versteht nichts!)

Punkt 2: Zur Anhebung der Altersgrenze bis zur Auszahlung des Ruhegehalts von derzeit 55 Jahren – dies kann so nicht stehen bleiben – gibt es innerhalb der Koalitionsfraktionen noch Klärungsbedarf und gewisse Differenzen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wofür sind denn Sie? – Unruhe)

– Ich bin für 60, wenn Sie mich so persönlich fragen.

(Abg. Drexler SPD: 60? Und warum nicht für noch später?)

– Die Argumente, die der Kollege Dr. Reinhart vorhin vorgebracht hat, kann ich nur unterstreichen. Das ist ein Amt auf Zeit, das ist ein Wahlamt.

(Abg. Drexler SPD: Dann gibt es keinen Streit zwischen Ihnen! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Doch!)

Wir haben bei allen Wahlämtern – beispielsweise auch bei den Bürgermeistern – die Position eingebaut, dass sie, wenn sie zum Beispiel nach zwei Amtsperioden nicht wiedergewählt werden, in Pension gehen können. Ansonsten würden wir niemanden mehr dafür gewinnen, für ein solches Amt zu kandidieren, weil dies zu unsicher wäre. Deshalb scheint es mir gerechtfertigt zu sein, als Altersgrenze statt 65 Jahre 60 Jahre vorzusehen.

(Abg. Drexler SPD: Aber die Menschen draußen sehen das nicht so! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber einen ehemaligen Minister hat man selten auf dem Sozialamt angetroffen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Noch nicht!)

– Ich arbeite nicht auf dem Sozialamt, Herr Kollege Kretschmann. Das habe ich nicht untersucht, dazu kann ich nichts sagen.

(Abg. Drexler SPD: Aber man kann es ja noch machen!)

Wir sind der Meinung – und dem stimmen Sie sicherlich alle zu –, dass wir den Bestandsschutz wahren müssen. Die Gesetze gelten also nicht rückwirkend, sondern für die

kommende Zeit. Außerdem sollten wir nach Möglichkeit eine einheitliche Regelung finden, die vom gesamten Haus getragen wird. Es sind ja auch Leute der SPD betroffen, da Sie von 1992 bis 1996 und von 1966 bis 1972 mit an der Regierung waren. Von daher wäre es sinnvoll, wenn wir zu einer einheitlichen Regelung kommen könnten.

(Abg. Fischer SPD: Das wollen wir ja, trotz der Betroffenheit!)

Heute können wir dem noch nicht zustimmen, aber wir werden als Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen Vorschlag unterbreiten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt aber! Steilvorlage!)

Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zunächst eine Vorbemerkung zum Verfahren.

Wir diskutieren heute über einen Gesetzentwurf, der ein aus meiner Sicht sehr unwürdiges Verfahren durchlaufen hat. Nach den vollmundigen Ankündigungen des Kollegen Oettinger vom Dezember – da war von einer Anhörung von Spezialisten im zuständigen Ausschuss und sogar von einer gemeinsamen Kommission die Rede – war die CDU mehrere Monate abgetaucht.

(Abg. Seimetz CDU: Wir tauchen nie ab!)

Immer dann, wenn es darum ging, diesen Tagesordnungspunkt im Ständigen Ausschuss aufzurufen,

(Abg. Stickleberger SPD: Teufelswerk!)

hieß es: „Wir haben noch weiteren Beratungsbedarf.“ Und als es Ihnen dann selbst zu peinlich wurde, diesen Punkt noch einmal von der Tagesordnung zu nehmen, hieß es plötzlich: Wir können das zwar aufrufen, aber wir werden uns der Diskussion verweigern.

Meine Damen und Herren, das ist keine Auseinandersetzung mit Vorschlägen der Opposition. So geht man im Parlament schlichtweg nicht miteinander um. Der Kollege Reinhart setzt dies heute fort, indem er hier zunächst redet und sich dann einfach aus dem Staub macht.

(Abg. Seimetz CDU: Der muss geschwind irgendwohin! Der ist gleich wieder da! Jetzt aber mal langsam! Machen Sie mal langsam! – Abg. Drexler SPD: Hat der Durchfall, oder was?)

– Das ist mir egal! Das geht einfach nicht.

Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen, Kollege Seimetz: Mein fünfjähriger Sohn wurde hier des Saales verwiesen; der hat sich hier würdiger benommen als der Kollege Reinhart.

(Walter)

(Beifall bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Machen Sie mal langsam!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Diese selbstherrlichen und arroganten Ausführungen des Kollegen Reinhart standen nur unter dem Motto:

(Abg. Seimetz CDU: Dieses gequälte Gejammer! Ein Gejammer ist das!)

Wir brauchen keine Opposition, wir sind selbst Demokraten.

(Abg. Drexler SPD: Und die sind aber keine!)

So geht es nicht! Das Einzige, was wir im Ausschuss erfahren haben: „Das geht uns alles zu weit.“ Selten habe ich mich über ein Verfahren im Ausschuss so geärgert. Man muss doch die Arroganz der Macht nicht so deutlich heraushängen, wie das in diesem Fall war.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie betonen doch immer, es gehe um das Ansehen des Hauses. Dann sollte man auch im Ausschuss und im Parlament entsprechend miteinander umgehen, auch bei allen Auseinandersetzungen, die hart und polemisch geführt werden können. Aber sich so hinzustellen und zu sagen: „Ihr könnt eh machen, was ihr wollt; interessiert uns nicht, wir entscheiden, wir sind die Mehrheit!“ so geht es einfach nicht.

(Abg. Seimetz CDU: Das verwechseln Sie mit Berlin! Sie verwechseln das mit Berlin, als ihr da hingestanden seid!)

Was haben wir denn jetzt für eine Situation, Kollege Seimetz? Dieses Mal behandeln wir den SPD-Entwurf, der ungefähr dem entspricht, was wir in der letzten Legislaturperiode hier beantragt haben. Deswegen werden wir den Gesetzentwurf der SPD auch unterstützen. Beim nächsten Mal werden wir dann den Regierungsentwurf diskutieren, als ob das ein Thema wäre, bei dem man in der Öffentlichkeit viele Pluspunkte sammeln könnte. Das ist ja wirklich ein extrem populäres Thema. Deswegen können Sie offensichtlich nie genug davon bekommen. Das alles ist für mich nicht nachvollziehbar.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Gesetz. Sie haben in der letzten Legislaturperiode – das haben wir begrüßt – beim Übergangsgeld und bei der Anrechnung der privaten Einkommen entsprechende Schritte in die richtige Richtung gemacht. Sie haben sich sozusagen auf den Weg gemacht. Sie sind aber auf halbem Weg stehen geblieben. Deshalb müssen jetzt weitere Schritte folgen. Die Privilegien wurden hier geschaffen – das wurde auch nochmals betont –, damit das Amt des Ministers oder der Ministerin besonders attraktiv ist. Aber es ist doch längst erkannt worden, dass man weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Die ersten Korrekturen, die in den Jahren 1991 und 1997 vorgenommen wurden, reichen – das erkennt man auch heute wieder – bei weitem nicht aus.

Ich nenne beispielsweise den Sockelbetrag. Ich frage mich: Warum reichen in Baden-Württemberg 30 % nicht aus? In fast allen anderen Ländern haben wir einen solchen Satz. Er

gilt auch im Bund. Auch eine Reduzierung des Höchststruhegehaltssatzes auf 70 % – Herr Kollege Kretschmann hat darauf hingewiesen – wird keinen ehemaligen Minister und keine ehemalige Ministerin zum Sozialamt treiben.

(Abg. Hauk CDU: Das soll es ja auch gar nicht geben!)

– Das soll es auch nicht geben. Da bin ich ja völlig dafür. Aber wenn man, wie die ehemalige Ministerin Staiblin, nach fünf Jahren Amtszeit – das sei ihr persönlich ja von Herzen gegönnt – schon jeden Monat über 4 000 € an Pensionsgeldern bekommen kann –

(Abg. Hauk CDU: Sie hat ja ein hohes Risiko getragen!)

– Ja, sie hat ein hohes Risiko gehabt. Das haben wir gemerkt.

(Abg. Stickelberger SPD: Für wen? – Abg. Drexler SPD: Für das Land, richtig! Das war ein hohes Risiko! – Heiterkeit bei der SPD – Unruhe)

Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Es gibt keinen anderen Beruf und keine andere Tätigkeit, wo man sagen könnte: Sie bekommen nach fünf Jahren über 4 000 € staatliche Pensionen.

(Abg. Hauk CDU: Das kriegt der Rezzo Schlauch nach zwei Jahren!)

Das gibt es wirklich nicht. – Und der Hinweis auf den Bund mit zwei Jahren ist einfach zu kurz gegriffen.

(Zurufe der Abg. Hauk und Seimetz CDU)

– Herr Kollege Hauk, wir haben heute Morgen diskutiert.

(Abg. Hauk CDU: Seit Sie in Berlin an der Regierung sind, ist dort Totenstille!)

– Ich habe schon mitbekommen, wer in Berlin regiert. Das müssen Sie mir jetzt nicht erzählen.

Ihr Ministerpräsident hat hier heute Morgen groß auf den Putz gehauen: Was brauchen wir alles für Reformen bei den Sozialsystemen!

(Zurufe der Abg. Dr. Inge Gräßle und Hauk CDU sowie der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir haben beispielsweise heute Morgen gehört: Auch bei den Renten müssen wir etwas machen. Wir haben die Diskussion über die Pensionslasten gehabt. Ich frage mich: Warum gilt das alles nicht für Minister? Das, was der Kollege Reinhart hier vorgestellt hat,

(Abg. Drexler SPD: War erbärmlich!)

ist ja kaum das Papier und die Diskussion wert. Das ist doch keine Reform! Das ist doch die Beibehaltung der Selbstbedienungsmentalität. Etwas anderes haben Sie hier nicht vorgetragen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Walter)

Wenn man all die Kürzungen bei den Beamten und bei den Renten sieht und über die Pensionslasten diskutiert, dann muss man einfach auch bei denen, die am meisten privilegiert sind – das sind nun einmal die Ministerinnen und Minister –, etwas tun; ansonsten ist man nicht glaubwürdig.

(Abg. Seimetz CDU: Da müssen wir den Kündigungsschutz abschaffen!)

Dann gibt es noch ein weiteres Problem. Sie halten bisher an der Altersgrenze von 55 Jahren fest. Das müssen wir nochmals betonen. Jetzt sind Sie teilweise wenigstens schon für 60. Das ist ein kleiner Schritt. Das begrüßen wir. Ich frage mich aber, warum man das Ruhegehalt, wenn man acht Jahre Ministerin oder Minister war, schon ab 55 bekommt. Auch dafür gibt es kein wirkliches Argument.

(Abg. Hauk CDU: Doch! Natürlich! Wie gliedern Sie die denn mit 54 Jahren noch ins normale Leben ein?)

Jetzt führen Sie immer die Situation in anderen Bundesländern an. Ich frage Sie, Herr Hauk, nachdem der Herr Ministerpräsident hier immer seine Vorlesestunde hält – –

(Abg. Hauk CDU: Glauben Sie denn, Sie würden mit 54 als Minister noch einen Job finden? – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Lassen Sie mich jetzt doch einmal ausreden. Ich höre Ihnen doch auch noch zu.

Der Herr Ministerpräsident argumentiert, wenn er hier seine Vorlesestunde hält, doch immer so: Wir müssen überall Spitze sein. Ich frage Sie: Warum nicht in diesem Punkt? Ich prophezeie Ihnen: Wenn Baden-Württemberg in dieser Frage mit gutem Vorbild vorangeht, werden dem sowohl der Bund als auch die anderen Länder bald folgen. Tun Sie also etwas dafür, dass unser Land auch da Spitze ist.

Dann komme ich zu Ihrem zweiten Argument, wenn man die Pensionen senke, müsse man wenigstens die Bezüge erhöhen. Ich sage Ihnen dazu: B 11 ist nun wirklich kein schlechtes Gehalt. Ich frage mich: Wie wollen Sie das in der jetzigen Situation durchsetzen? Sie sind ja auch gar nicht bereit dazu – Kollege Kretschmann hat im Dezember darauf hingewiesen –, dem Beispiel Hessens zu folgen, wo die politischen Staatssekretäre abgeschafft wurden.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Oder seien Sie doch einmal bereit, über eine Reform der Ministerien nachzudenken. Seien Sie bereit, zumindest über die Abschaffung der Staatssekretäre wirklich einmal zu diskutieren! All das tun Sie nicht.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Gleichzeitig wollen Sie die Bezüge der Minister erhöhen, wie es der Kollege Oettinger angedeutet hat. Das kann es ja wohl nicht sein.

Ich sage Ihnen noch einmal: Sie fordern harte Einschnitte beim Sozialsystem, und der Herr Ministerpräsident hat heu-

te Vormittag in dem Kapitel seiner Rede, das er unter den Titel „Mehr Mut zu großen Würfeln“ gestellt hat, gesagt:

Deshalb brauchen wir den Mut zu weitreichenden Reformen auf allen staatlichen Ebenen: in den Kommunen, im Land, im Bund, in der Europäischen Union. Grundlegende Veränderungen sind das Gebot unserer Zeit.

Weiterhin hat er gesagt:

Deshalb muss der politische Wettlauf zur Verschiebung oder Verhinderung des Unangenehmen beendet werden.

Ich frage mich: Wo wird mit den Vorschlägen, die Sie hier auf den Tisch gelegt haben, das Unangenehme beendet? Deswegen möchte ich mit einem Zitat des von Ihnen ja hochverehrten ehemaligen Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber aus Bayern enden.

(Abg. Kiefl CDU: Er war ein guter Kandidat!)

Er sagt: „Für Akzeptanz und Glaubwürdigkeit einer jeden Rentenreform“ ist es „unverzichtbar“, dass sich auch die Politiker daran beteiligen. Ich finde, der erste Schritt dazu müsste hier bei den Ministerpensionen geleistet werden. Ich hoffe, Sie sind zu mehr bereit als dem, was Sie heute in der Person von Herrn Kollegen Reinhart vorgelegt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stratthaus.

(Abg. Drexler SPD: In eigener Sache! Peinlich!)

Finanzminister Stratthaus: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein solches Thema ist natürlich immer populär und populistisch zu verkaufen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Das haben Sie gestern gesehen, als es darum ging, die Diäten zu erhöhen. Da hat man sich aber einigen können; da waren wir alle einer Meinung.

Bei den Ministergehältern sieht es anders aus: Diejenigen, die nicht in der Regierung sind und wissen, dass sie auch nicht hineinkommen,

(Abg. Haller SPD: Noch nicht!)

sehen das natürlich ganz anders als eventuelle Regierungsfractionen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das entscheidet ja das Volk!)

Meine Damen und Herren, es muss gespart werden, und ich bekenne mich auch dazu, dass die Politik ein Vorbild sein muss. Deswegen ist die Aussage von Herrn Stoiber, die Sie zitiert haben, durchaus richtig.

Unsere Landesregierung hat sich eine Nullrunde verordnet.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Drexler SPD: Nein, nein! Herr Schily hat B 11 und Nullrunde ins Gesetz geschrieben!)

– Bis jetzt gibt es kein Gesetz.

(Abg. Drexler SPD: Es gibt einen Entwurf!)

– Es gibt aber kein Gesetz. Wir haben aber beschlossen, das zu machen. Wenn Herr Schily das in das Gesetz schreibt, folgt er unserem Vorbild. Wir haben es vorher gemacht; das will ich einmal festhalten.

Jetzt ist behauptet worden, man müsse immer vorausgehen; was man den anderen zumute, müsse man auch den Ministern zumuten. Das wird doch gemacht! Alle Veränderungen in der Versorgung bei den Beamten kommen selbstverständlich auch bei den Ministern. Zunächst einmal wird die Höchstversorgung, die bisher 75 % beträgt, auf 71,75 % abgesenkt, und zum Zweiten wird auch die Witwenversorgung schlechter als bisher, wie das auch bei allen anderen ist.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Gespräche draußen zu führen.

Finanzminister Stratthaus: Im Übrigen werden auch alle Belastungen der Beamten über Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld selbstverständlich auch alle Minister treffen.

Lieber Herr Walter, Sie haben vorhin gesagt, nirgendwo sonst bekomme man schon nach fünf Jahren Amtszeit eine Versorgung. Da empfehle ich Ihnen, einmal die Vorstandsverträge in der freien Wirtschaft zu studieren.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Die sind doch obszön! – Abg. Walter GRÜNE: Die dürfen kein Vorbild sein!)

– Nein, es geht nicht um das Vorbild, sondern darum, dass Sie etwas Falsches gesagt haben. So etwas gibt es sehr wohl, und Sie haben gesagt, das gebe es nicht. Das gibt es sehr wohl. Es kann für uns kein Vorbild sein; darüber können wir uns einig werden.

Welche Anforderungen muss ein Ministergesetz erfüllen? Es geht um zwei Dinge: erstens um den Anreiz, gute Frauen und Männer zu bekommen, die bereit sind, die Aufgabe zu übernehmen, und zweitens auch um eine notwendige Absicherung.

Zunächst einmal zum Anreiz. Wir sprechen doch alle davon, dass wir nicht nur ehemalige Beamte und Angestellte aus dem öffentlichen Dienst wollen, sondern dass auch ein Freiberufler, jemand aus der privaten Wirtschaft bereit sein sollte, seine bisherige Berufslaufbahn abzubrechen und ein Regierungsamt zu übernehmen. Dies ist keine leichte Sache.

(Abg. Kretschmann GRÜNE, auf Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck zeigend: Das ist doch der Fall!)

– Ja gut, es ist gemacht worden. Aber wir müssen eine gewisse Gehaltshöhe vorsehen, damit wir auch in Zukunft

noch Menschen finden, die dazu bereit sind. Im Übrigen bin ich überzeugt – ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, weiß es auch nicht –, dass unsere Frau Justizministerin einen Einkommensverlust hingenommen hat. Ich will keine Kommentare hören; aber das wollen wir einmal in aller Eindeutigkeit feststellen.

Es muss also ein Anreiz bestehen, auch für diejenigen, die in freien Berufen und in der freien Wirtschaft tätig sind.

Im Übrigen muss auch eine gewisse Sicherheit bestehen. Denn Sie wissen alle: Ein Regierungsmitglied kann innerhalb kürzester Zeit ohne Angabe von Gründen entlassen werden – innerhalb kürzester Zeit! Was auch noch wichtig ist: Ein Regierungsmitglied muss die Freiheit haben, dann, wenn ihm die Richtung einmal nicht mehr passt, selbst zu gehen. Wir wollen nicht, dass ein Regierungsmitglied nicht bereit wäre, sein Amt zu verlassen, weil es sonst in finanzielle Probleme käme, und deshalb an seinem Sessel klebt. Deswegen bin ich der Meinung: Wir brauchen auch eine vernünftige Versorgung.

Ich bin der Ansicht, dass der Gesetzentwurf der SPD diesen Anforderungen weder hinsichtlich der Bezahlung noch hinsichtlich der Versorgung entspricht.

Es ist schon einige Male gesagt worden, dass die Mindestversorgung in Baden-Württemberg 40 % betrage. Das ist wahr. Auf sie besteht aber erst nach fünfjähriger Amtszeit ein Anspruch, meine Damen und Herren. Es ist doch ein Riesenunterschied, ob man bereits nach zwei Jahren, wie beim Bund und in den anderen Ländern, oder erst nach fünf Jahren, wie das bei uns der Fall ist, Anspruch auf Versorgung hat.

Die Ministerbezüge sind bei uns relativ gering. Sie wollen diese Vergleiche nicht hören, aber Sie müssen sie eben hören. Bedenken Sie, dass ein Minister im hoch verschuldeten Berlin, in Bremen oder im Saarland genauso viel verdient wie bei uns. Von daher kann man darüber in der Tat diskutieren.

Noch ein Wort zu dem, was Herr Oettinger angesprochen hat: Abkopplung der Versorgung von der Versorgung des öffentlichen Dienstes. Eine entsprechende Untersuchung wurde einmal von Nordrhein-Westfalen und Bayern vorgenommen. Sie haben gemeinsam ein entsprechendes Gutachten in Auftrag gegeben. Man hat gesagt, die Ministergehälter sollten so hoch sein, dass sich die Minister selbst eine Versorgung schaffen könnten und nicht mehr von der Versorgung des öffentlichen Dienstes abhängen. Da haben sich aus finanzmathematischen Gründen so erschreckend hohe Ministergehälter ergeben, dass man sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Bayern diese Vorschläge sehr schnell wieder beerdigt hat. Denn die Ministergehälter könnten gegenwärtig nirgendwo verdoppelt werden. Das wäre aber notwendig, wenn man eine entsprechende Versorgung schaffen wollte.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Deswegen, meine Damen und Herren: Alles in allem sind wir davon überzeugt, dass der von der SPD eingebrachte Gesetzentwurf nicht vernünftig ist. Er schafft weder einen Anreiz für gute Leute, sich um ein Regierungsamt zu be-

(Minister Stratthaus)

werben, noch schafft er einen Anreiz durch eine entsprechende Versorgung, ein solches Amt eventuell auch zu verlassen.

Wir schlagen Ihnen deshalb vor, den Gesetzentwurf abzulehnen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Stickleberger, Sie erhalten noch einmal das Wort.

Abg. Stickleberger SPD: Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind jetzt natürlich auf Ihren Gesetzentwurf gespannt. Nachdem fünf Monate lang nichts passiert ist, man aber angeblich Abstimmungsbedarf hat und man wiederum angeblich nicht weit auseinander liegt,

(Abg. Wieser CDU: Es soll auch ein gewissenhaft erstellter Gesetzentwurf werden!)

sind wir natürlich gespannt, was am Ende herauskommt.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Der Mai ist gekommen, er dauert noch an. Sie haben also noch etwas Zeit.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Aber, wie gesagt: Wir hoffen, dass im Mai dieses Jahres etwas vorgelegt wird, und sind gespannt darauf.

Eines kann ich allerdings nicht nachvollziehen, wenn Sie immer auf die anderen Bundesländer verweisen: Warum halten Sie in Sonntagsreden auch am Mittwoch, wie zum Beispiel heute Morgen, das Fähnchen des Föderalismus hoch und kneifen dann, wenn es gilt, diesen Föderalismus mit praktischem Leben auszufüllen? Treffen Sie doch die landesspezifischen Regelungen, die möglich sind. Machen Sie von Ihrem Gestaltungsspielraum Gebrauch, und verweisen Sie uns nicht auf andere Bundesländer. Was soll denn das?

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist es in der Tat so, dass die Beträge, die wir in unseren Änderungsvorschlägen genannt haben, durchaus nachvollziehbar sind. Sie werden weiß Gott nicht zu einer Verarmung der Mitglieder unserer Landesregierung führen. Ich glaube, im Hinblick auf die Diskussionen im öffentlichen Dienst allgemein und die Belastungen, die Sie den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg auferlegen, sind diese Änderungen maßvoll.

Ein letzter Punkt: Herr Minister, darüber können wir reden. Ich stimme Ihnen zu – da unterscheide ich mich etwas von Ihnen, Herr Walter –, dass wir versuchen müssen – Herr Oettinger hat das auch in der letzten Debatte so formuliert –, auch in der Politik die besten Köpfe zu gewinnen und sie angemessen zu bezahlen. Da stimmen wir Ihnen ohne weiteres zu.

Das soll man dann über Gehalts- und Bezügeregelungen auch so machen. Ich glaube, für leistungsbezogene, für an-

gemessene Bezüge ist der Bürger zu gewinnen. Nicht zu gewinnen ist er für üppige Pensionsregelungen, die für ihn nicht nachvollziehbar sind. Deshalb sind wir für diese Diskussion offen und bieten da als Fraktion ausdrücklich unsere Gesprächsbereitschaft und Zusammenarbeit an.

Ein letzter Punkt – Sie haben es auch erwähnt –: Natürlich werden Diskussionen über Diätenerhöhungen in der Öffentlichkeit immer sehr kontrovers geführt. Aber wenn ich mir jetzt die Berichterstattung zu dem Kompromiss, der gestern zur Regelung in Baden-Württemberg gefunden wurde, anschau, muss ich doch sagen: Das ist eine sehr differenzierte Kommentierung. Wenn ich etwa die „Badische Zeitung“ – gestatten Sie mir, dass ich in diesem Haus auch einmal die „Badische Zeitung“ erwähne –

(Abg. Wieser CDU: Prima!)

lese, dann vernehme ich sogar ein Lob

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

für diese nunmehr gemeinsam gefundene Regelung. Ich meine, das können wir vertreten.

Wir können auch angemessene Ministerbezüge vertreten. Wir sollten das aber nicht auf dem Umweg über die Pensionsregelungen machen, sondern uns zu einer ehrlichen, offenen, transparenten Regelung durchringen. Die Bezüge müssen auch nicht an B 11 gekoppelt sein, sondern sollten, wie die Diäten, jedes Jahr in diesem Haus beschlossen werden. Dann können wir uns verständigen.

Unser Gesetzentwurf bleibt aber bestehen. Wir sind gespannt auf Ihren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf.

Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen auf Drucksache 13/1911, den Gesetzentwurf abzulehnen.

(Abg. Capezzuto SPD: Was?)

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle.

(Zurufe: Ja!)

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 13/1567 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

(Abg. Teßmer SPD: Die Minister hätten nicht mitstimmen dürfen!)

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes (KomWG) und des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS) – Drucksache 13/1803

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/1976

Berichtersteller: Abg. Hillebrand

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort zur Aussprache erteile ich Frau Abg. Grünstein.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Kommunalpolitik in Baden-Württemberg ist eine Männerdomäne.

(Zuruf: Deswegen funktioniert es so gut!)

Nur jedes sechste Gemeinderatsmitglied ist eine Frau. Noch weniger Frauen, 13,9 %, sind in den Kreistagen vertreten. Dies soll sich bei der nächsten Kommunalwahl am 13. Juni 2004 ändern. Es muss ein wichtiges Ziel aller Demokraten sein, sich auf allen Ebenen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik einzusetzen.

Ich würde jetzt eigentlich von den Kolleginnen und Kollegen zu meiner Rechten tosenden Beifall erwarten.

(Abg. Teßmer SPD: Höchstens von Frau Lichy!)

Denn das ist der Originalton Ihrer Staatssekretärin, der verehrten Frau Kollegin Lichy.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Jetzt aber! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Beifall erwartet! – Abg. Seimetz CDU: Bei Selbstverständlichkeiten klatschen wir nicht! – Weitere Zurufe)

– In dem Punkt ist sie eine sehr gute Frau. Ich gebe Ihnen absolut Recht. Denn die Frau hat in diesem Punkt Recht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die Frau hat in diesem Punkt Recht! – Abg. Seimetz CDU: Selbstverständlich!)

Die Mitglieder des ausschließlich männlich besetzten Arbeitskreises Innenpolitik der CDU-Fraktion haben es im Ausschuss abgelehnt, die Frauen der jeweiligen Verbände anzuhören. Wahrscheinlich war ihnen völlig klar, wie das Ergebnis sein würde. Sie haben kein ausgeprägtes Interesse daran gezeigt, Dinge zur Kenntnis zu nehmen, die Ihnen nicht in den Kram passen, selbst wenn sie von der Mehrheit der Bevölkerung ausgedrückt werden.

Was wollen wir Ihnen denn so Verwerfliches anbieten? Wir wollen, dass bei der Aufstellung der Listen für Gemeinderäte und den Kreistag eine angemessene Berücksichtigung

von Frauen und Männern erfolgt – also ein Mann/eine Frau oder eine Frau/ein Mann, und jeder fünfte Platz kann entweder mit einem Mann oder einer Frau besetzt werden. Natürlich können die Listen auch paritätisch gestaltet werden.

Alle verfassungsrechtlichen Bedenken, die bisher vorgetragen worden sind, entbehren jeder Grundlage. Die Tatsache hingegen, dass wir zu wenig Frauen in den kommunalen Gremien vorfinden, wurde auch von den kommunalen Landesverbänden bedauert.

(Abg. Wieser CDU: Haben Sie schon einmal Kandidatinnen aufgestellt?)

– Oh, ich mache seit 35 Jahren Politik vor Ort, mein lieber Herr Kollege. Ich weiß es. Aber komischerweise gibt es immer wieder Gremien und Gruppierungen, die damit keine Probleme haben. Vielleicht liegt es ja auch ein bisschen an Ihnen. Ich weiß es ja nicht.

(Abg. Wieser CDU: Wie viele Frauen haben Sie in Ihrem Gemeinderat?)

– Fast die Hälfte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit reinem Bedauern, wie es die Landesverbände über die Tatsachen zum Ausdruck bringen, ist es nicht getan. Kommen Sie bitte auch nicht wieder mit solchen unsinnigen Sätzen wie denen, dass man dann auch eine Quote für Alte und Junge und was weiß ich, für Blonde und Braune oder solchen Unsinn einführen müsse, wie wir das letzte Mal im Ausschuss von Ihnen hören mussten.

Zum Schluss erlaube ich mir, noch einmal Ihre Frauenbeauftragte zu zitieren. Sie fordert alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, Regelungen und Konzepte zu entwickeln, um den Frauenanteil in der Kommunalpolitik zu erhöhen. Denkbar sei eine Listenaufstellung in Form eines Reißverschlussverfahrens. Auf den Listenplätzen sollten im Wechsel Männer und Frauen aufgestellt werden.

Hören Sie auf Ihre Staatssekretärin. Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hören natürlich immer auf unsere Staatssekretärin.

(Abg. Fischer SPD: Oh, das stimmt aber nicht!)

Ich glaube, wenn man die Frau Staatssekretärin im richtigen Zusammenhang zitiert, hört es sich noch einmal ganz anders an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns im Ziel einig: Wir brauchen mehr Frauen in den Gemeinderäten und Kreistagen. Das haben die bisherigen Beratungen gezeigt. Darin sind wir uns auch alle einig. Je kleiner die Kommunen sind, desto schwerer haben es Frauen, erstens aufge-

(Dr. Inge Gräßle)

stellt und zweitens gewählt zu werden, wobei die Aufstellung – das haben wir, glaube ich, genau gesehen – das kleinere Problem ist.

Die CDU-Landtagsfraktion will die Herausforderung annehmen, nämlich den Wettbewerb darum, Qualität und Quantität bei Gemeinde- und Kreisrätinnen in Baden-Württemberg bei den Kommunalwahlen im kommenden Jahr zu erhöhen. Dazu, liebe Freunde, brauchen wir keine gesetzlichen Regelungen, sondern mehr Verständnis, Frauen in der Politik die Türen zu öffnen. Außerdem brauchen wir bessere Bedingungen für sie und ihre Familien, um beides miteinander unter einen Hut zu bekommen. Entsprechende Ausführungen habe ich bereits bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs gemacht.

Der SPD-Gesetzentwurf – Frau Grünstein, das ist seine große Schwäche – macht glauben, dass es an der Aufstellung, an den Listenplätzen liege. Damit verschleiert er nur den Blick auf die wirklichen Probleme. Die gesetzliche Festschreibung von Listenplätzen ist für uns kein Thema. Wir setzen weiter auf die Sensibilisierung unserer Parteibasis, auf die Schulung von Interessentinnen, und wir setzen auf den Ehrgeiz der Verantwortlichen vor Ort, uns und anderen zu zeigen, dass sie als Vertretung der großen Volkspartei CDU – ich spreche hier für meine Partei – die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite auf den Listen und in den Fraktionen abbilden wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Tosender Beifall!)

Wir lehnen den Gesetzentwurf der SPD ab und bekennen uns auch zu der Herausforderung und der Chance, die der Bundesgesetzgeber den Parteien gibt. Das Bundeswahlgesetz verweist auf die überragende Rolle, die die Parteien bei der Rekrutierung der Kandidatinnen und Kandidaten spielen. Die Parteien und nicht der Landesgesetzgeber sind über ihre Satzungen Herr und Frau des Verfahrens. Alles, was geregelt werden muss, ist geregelt. Wir müssen nur noch die eigenen Satzungen mit Leben erfüllen, und wir wissen, dass all dies schwerer ist, als wir uns das vorstellen. Aber eine weitere gesetzliche Regelung wird uns überhaupt nichts nützen.

Wir müssen durch Platzierungen auf den Listen den Wählerinnen und Wählern eindeutige Signale geben, und wir müssen auch Frauen und das, was sie wollen, sowie ihre Arbeit kommunal besser herausstellen, sodass sich Wählerinnen und Wähler davon überzeugen können, welche gute Arbeit die Frauen machen und welche Vorstellungen die Kandidatinnen haben. Die Wählerinnen und Wähler müssen verstehen, dass die Frauen, die sich zu einer Kandidatur bereit erklären, eine große Bereicherung für das Gemeinwesen, den Gemeinderat und den Kreistag sein werden.

Die Grünen, liebe Frau Lösch, tarocken mit ihrem Antrag dem SPD-Gesetzentwurf nach. Wir wollen keinen feiner ziselierten falschen SPD-Gesetzentwurf, nur weil die Grünen ein Thema verpennt haben und jetzt noch einen eigenen Ansatzpunkt suchen. Wir werden auch diesen Antrag ablehnen.

Ich bin mir sicher, dass uns die nächsten Kommunalwahlen mehr Frauen in die Kommunalparlamente bringen als bis-

lang. Das bedeutet aber, dass wir uns alle an die Arbeit machen und wir alle es auch auf uns nehmen, sowohl für Kandidatinnen zu werben als auch uns dafür einzusetzen, dass diese Frauen auf den Listenplätzen entsprechende Chancen haben.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die gleichwertige Beteiligung von Frauen im politischen Bereich ist auch der FDP/DVP ein wichtiges Anliegen.

(Abg. Capezzuto SPD: Ah ja! – Abg. Teßmer SPD: Noch gar nicht gemerkt!)

Der vorliegende Gesetzentwurf pflegt allerdings wieder einmal die alte SPD-Unsitten der Gleichmacherei. Was die einen für sich für gut halten – und das sei ihnen ja durchaus zugestanden –, das muss man doch nicht gleich für alle vorschreiben.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Als Vorschlag, wie Frau Staatssekretärin Lichy das benannt hat, ist es ja durchaus gut. Aber ich denke, die einzelnen Gliederungen müssen selbst entscheiden, wie sie vorgehen, und ich sage Ihnen eines: Ich will auch nicht verhindern, dass es gelegentlich Listen gibt, die von mehreren Frauen angeführt werden. Als Beispiel nenne ich unsere Kreistagsfraktion in Böblingen. Sie besteht zu zwei Dritteln aus Frauen. Die liberale Gemeinderatsfraktion in Heidelberg hat eine hundertprozentige Frauenquote.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: E i n e Frau! Tää, tää!)

– Nein, nein, es sind mehr als nur eine.

(Unruhe bei der SPD)

Ich habe Ihnen in der ersten Lesung außerdem schon erläutert, dass bei einer Kommunalwahl, bei der kumuliert und panaschiert werden kann, der Listenplatz nur sehr bedingt hilfreich ist.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Wir hatten aufgrund einer Initiative der liberalen Frauen kürzlich eine Umfrage unter 2 500 weiblichen FDP/DVP-Mitgliedern. Dort hat sich ganz klar ergeben: Die liberalen Frauen sind mit großer Mehrheit gegen eine Quote. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf und dem Änderungsantrag heute nicht zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viel wichtiger als der Aufbau von Listen ist, dass es gelingt, reichlich qualifizierte Kandidatinnen zu finden. Wo die dann auf der Liste stehen, ist nicht ganz so wichtig. Es gibt seit vielen Jahren Beispiele dafür, dass gute Leute, egal, ob männlich oder weiblich, auch von hinten nach vorn gewählt werden. Ein ganz prominentes Beispiel war damals Hildegard Hamm-Brücher im

(Heiderose Berroth)

Münchener Stadtrat, die vom vorletzten Listenplatz auf den zweiten Platz gewählt wurde.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

So etwas passiert auch heute immer wieder. Was müssen wir deshalb tun? Wir brauchen nicht irgendein Gesetz, in dem wir irgendetwas vorschreiben und reglementieren,

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das eine tun und das andere nicht lassen!)

sondern – darin besteht wirklich unser aller Aufgabe – wir müssen das Interesse von Frauen am politischen Engagement wecken. Wir müssen – das ist mir ganz wichtig, und deswegen wiederhole ich es hier zum x-ten Male – Frauen und ihre Anliegen endlich politisch ernst nehmen. Da hat auch die Presse eine gewisse Verantwortung. Vielleicht ist manchem die „Stuttgarter Zeitung“ von gestern in Erinnerung. Da wurde – sehr erfreulich – berichtet, dass die FDP jetzt eine Kampagne für mehr Engagement von Frauen gestartet hat. Und wie war das Ganze von der Zeitung illustriert? Der stellvertretende Bundesvorsitzende beglückwünscht die Generalsekretärin mit Küsschen zu ihrer Wahl.

(Abg. Capezzuto SPD: Ah ja! – Abg. Fischer SPD: Da muss man nicht stolz sein, wenn man darüber berichtet!)

Mein Gott, uns Frauen geht es nicht darum, dass wir abgebusselt werden! Wir wollen ernst genommen werden. Wir wollen gleichwertig mitarbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Teßmer SPD: Haben wir ja gar nicht gewusst!)

Aber solche Bilder werden auch von Leuten, die uns dann wieder vorhalten, dass wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen, durchaus unter die Menschen gebracht, und damit werden auch entsprechende Images gepflegt. Wichtig ist die positive Akzeptanz der politischen Arbeit von Frauen. Denn das Wissen, die Erfahrungen und das Know-how von Frauen sind außerordentlich wichtig, gerade auch für Gemeinderäte, Ortschaftsräte und Kreistage. Insofern hat diese Debatte vielleicht wenigstens ein Gutes: Es wird wieder einmal Aufmerksamkeit für das Thema geweckt.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

(Abg. Pauli CDU: Warum reden da bloß Frauen?)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel des Gesetzentwurfs, den Frauenanteil in den Kommunalparlamenten zu erhöhen, ist richtig – da sind wir uns sicher alle einig. Der Frauenanteil von 18,9 % in den Gemeinderäten und knapp 14 % in den Kreistagen ist zu wenig. Deshalb ist es dringend notwendig, dass der Frauenanteil erhöht wird.

In 72 der 1 100 baden-württembergischen Kommunen ist noch immer keine Frau im Gemeinderat vertreten. Das hat die Landesregierung auf eine parlamentarische Initiative der Kollegin Dr. Gräßle geantwortet. Da können Sie, liebe Kollegin, noch lange sensibilisieren und Bewusstseinsbildung betreiben, bis sich da etwas verändert.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Halt, halt! Das hatte schon einen Wert!)

In der Diskussion zeichnen sich zwei Stellschrauben ab, an denen man ansetzen kann. Der eine Punkt lautet: Wie viele Frauen stehen überhaupt auf der Liste? Die zweite Frage ist, wie viele Frauen dann gewählt werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Den zweiten Aspekt, wie viele Frauen dann gewählt werden, kann man gesetzlich natürlich nicht beeinflussen. Man muss sich aber einmal ansehen, welche Frauen gewählt worden sind. Der Wahlerfolg von Frauen in Kommunalwahlen ist nach wie vor stark davon abhängig, für welche Partei oder Gruppierung sie antreten.

Die Wählerschaft der Grünen hat ähnlich viele Frauen gewählt, wie aufgestellt wurden. Das kann man in einer Studie nachlesen, die die Landesregierung in Auftrag gegeben hatte.

Die Wählerschaft der CDU und der freien Wählervereinigungen scheint in dieser Frage noch konservativer zu sein als ihre Parteien, denn dem relativ geringen Anteil der Bewerberinnen von etwa 20 % steht ein noch geringerer Anteil an gewählten Gemeinderätinnen gegenüber, nämlich etwa 10 bis 13 %. Das heißt, die konservative Wählerschaft von CDU und freien Wählern braucht tatsächlich sehr deutliche Signale ihrer Parteien, um den politischen Willen einer Erhöhung des Frauenanteils zu realisieren und positiv darauf zu reagieren. Da geht es in der Tat um Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung.

Aber in dem Bereich, in dem es um die Aufstellung der Listen geht, besteht natürlich die Möglichkeit, den Anteil von Frauen durch gesetzliche Bestimmungen zu erhöhen. Deshalb ist dieser Gesetzentwurf im Grundsatz zu begrüßen, geht uns aber nicht weit genug. Denn wenn es das Ziel ist, den Anteil von Frauen und Männern in kommunalen Gremien in Übereinstimmung mit ihrem Bevölkerungsanteil zu bringen, dann ist der angestrebte Frauenanteil von 40 % zu wenig, da der weibliche Bevölkerungsanteil nun einmal 51 % ausmacht.

Deshalb haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, der eine paritätische Listenbesetzung vorsieht, wie es die Grünen in ihrer Satzung festgeschrieben haben. Wenn alle Parteien im Prinzip eine solche Quotierung in ihren Satzungen hätten, wäre dieser Gesetzentwurf auch überflüssig. Deshalb sage ich immer: Moderne Frauenpolitik kann man von den Grünen lernen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, nicht immer nur schöne Sonntagsreden oder schöne Plenarreden zu halten, wenn es um Frauenthemen geht, sondern tatsächlich auch einmal die Möglichkeit zu ergreifen, etwas umzusetzen. Diese Umsetzung kostet noch nicht einmal viel Geld.

(Brigitte Lösch)

Ich bitte Sie, unserem Änderungsantrag bzw. dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Schäuble.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Der Minister muss aber nicht reden!)

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf vielfachen Wunsch

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

spreche ich auch in der zweiten Lesung zu diesem Thema.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ganz überraschend!)

Ich bin in Fragen der Frauenförderung der Kollegin Lichy und der Kollegin Gräßle nach anfänglichen Missverständlichkeiten eigentlich fast hörig geworden.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Teßmer SPD: Schön, wenn er das lächelnd zugibt! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Hoffentlich hört das keiner!)

– In Fragen der Frauenförderung, habe ich gesagt! – Das Vertrauen der Kollegin Gräßle ist so groß, dass sie mir im Zusammenhang mit der heute Morgen ja sehr ausführlich besprochenen bevorstehenden Verwaltungsreform schon jetzt vertrauensvoll ihre Vorstellungen zur Frauenförderung mit auf den Weg gegeben hat. Es ist für mich eine große Ehre, dass Sie dieses Thema bei mir in guten Händen wissen.

Ich will aber darauf hinweisen – das sage ich, Herr Kollege Birzele, nachdem wir beim letzten Mal aufgrund Ihres Beitrags schon einmal darüber gesprochen haben –: Das Ihnen ja wohl vertraute Innenministerium, sprich die Kommunalabteilung, hat die verfassungsrechtlichen Fragen ein weiteres Mal gründlich geprüft, und ich muss Ihnen als Innenminister das Ergebnis unserer Prüfung mitteilen: Es bestehen ganz erhebliche verfassungsrechtliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit Ihres Gesetzentwurfs

(Abg. Birzele SPD: Worin sollen die bestehen?)

unter dem Gesichtspunkt der Wahlrechtsgleichheit und unter dem Gesichtspunkt der Wahlfreiheit. Das muss man wissen, wenn man über dieses Thema spricht.

Unabhängig davon darf ich aber auch noch einmal wiederholen, was schon in der ersten Lesung nicht nur von mir, sondern auch von Frau Kollegin Gräßle und von Frau Kollegin Berroth gesagt worden ist: Das Thema der Frauenförderung bei den Kommunalwahlen durch den Gesetzgeber vorschreiben zu wollen ist ein Weg, der in die Irre führen würde.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Es

klatschen aber nur wenige Frauen in der CDU-Fraktion!)

Ich kann nur unterstreichen, was in dem Zusammenhang von verschiedenen Debattenrednerinnen schon gesagt worden ist. Ich will auch noch einmal in Erinnerung rufen – auch dies ist heute angesprochen worden –: Wir kommen bei dem Thema dann voran, wenn zum einen die Bereitschaft, Frauen das Vertrauen auszusprechen, größer wird, wir zum anderen aber auch bei der anderen Problematik Erfolg haben, nämlich dabei, dass sich eben Frauen, die allgemein als für solche Aufgaben qualifiziert gelten, auch in stärkerem Maße als bisher für Kandidaturen bereit finden. Dies sind, so meine ich, die beiden entscheidenden Gesichtspunkte, und deshalb bitte ich um Verständnis: Es hat gar nichts mit fehlender Frauenförderung zu tun, wenn wir Ihren Gesetzentwurf ablehnen, weil er auf einen falschen Weg führen würde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit will ich nur bemerken: Sowohl die Grünen als auch die SPD haben in ihren Parteistatuten Quotierungsvorgaben. Es gibt keine erfolgreiche Wahlanfechtung aufgrund dieses Sachverhalts, obwohl schon mehrere Wahlen auf allen Ebenen nach diesen Vorgaben durchgeführt worden sind. Die verfassungsmäßigen Bedenken scheinen deshalb nicht allzu groß zu sein, wenn niemand von solchen Bedenken Gebrauch gemacht und eine solche Wahl angefochten hat.

Eine zweite Bemerkung zum Antrag der Grünen. Frau Kollegin Lösch, wenn man etwas will, muss man es auch präzise formulieren. Ihr Antrag ist nicht korrekt. In einem Satz sagen Sie „sollen“, und im letzten Satz heißt es „müssen“. Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie sollen, wollen oder müssen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oder müssen! – Abg. Blenke CDU: Die Kollegin Lösch ist auch nicht Juristin!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 13/1803.

Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 13/1976, den Gesetzentwurf abzulehnen. Da zu dem Gesetzentwurf ein Änderungsantrag vorliegt, lasse ich artikelweise abstimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

und dazu Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2041. Wer Abschnitt I des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt I des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle nunmehr Artikel 1 des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD zur Abstimmung. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

Artikel 2

und dazu Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2041. Wer stimmt für Abschnitt II des Änderungsantrags? – Gegenstimmen? – Wer enthält sich? – Abschnitt II des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2041, ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Artikel 2 des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD abstimmen. Wer stimmt für Artikel 2? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 2 des Gesetzentwurfs ist mehrheitlich abgelehnt.

Da somit alle Teile des Gesetzentwurfs abgelehnt sind, findet eine weitere Beratung nicht statt.

Damit ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses erledigt und Punkt 5 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Filmakademiegesetzes – Drucksache 13/1893

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/2034

Berichterstatte rin: Abg. Ruth Weckenmann

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

An wen darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort erteilen? – Herr Abg. Reichardt, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Reichardt CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere liebe Frau Präsidentin! Danke, dass Sie mich in meiner zurückhaltenden Art aufgerufen und zu Wort haben kommen lassen. Der Kollege Fischer kann es schon gar nicht mehr erwarten,

(Abg. Fischer SPD: Warum?)

eine vertraute nordbadische Stimme zu hören.

(Abg. Fischer SPD: Nordbaden ist dann die nordbadische Schiene!)

Bei diesem Thema bewegen wir uns weitgehend im Konsens aller Parteien, sodass heute ein Tag der Freude ist. Das Thema Popakademie ist schon vor dem offiziellen Start der Aufnahme des Lehrbetriebs eine Erfolgsstory. Ich glaube, das verdient Beifall.

(Beifall bei der CDU)

Ich danke insbesondere dem Kollegen Kiefl für seine Begeisterung für die Popmusik.

Meine Damen und Herren, nachdem vor zweieinhalb Jahren der Kollege Nagel in einem großen Artikel im „Mannheimer Morgen“ heftige Bedenken geäußert hat, dass Mannheim nicht zum Zuge käme, sind wir aus Mannheimer Sicht froh, dass Mannheim zum Zuge gekommen ist.

(Abg. Nagel SPD: War notwendig!)

Ich möchte allen Beteiligten, namentlich Herrn Minister Dr. Palmer, sehr herzlich danken. Es ist eine hervorragende Konstruktion, die dieser Popakademie zugrunde liegt. Die Anhörung hat gezeigt: Der Konsens war groß. Die Begeisterung war so groß bis hinein nach Bayern, dass unserem Ministerpräsidenten sogar der bayerische Rockpreis 2003 verliehen wurde und die Bayern nach Baden-Württemberg kamen, um diese Verleihung vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Göschel SPD: Nach diesem Preis müsste er eigentlich aufhören; denn besser kann es nicht kommen! – Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Herr Kollege Fischer guckt ganz entgeistert. Die Chance, dass der Bundeskanzler 2004 den niedersächsischen Rockpreis bekommen wird, ist sehr gering.

(Abg. Wieser CDU: Doch, mit seinem Lied!)

Meine Damen und Herren, diese Akademie ist keine Klimperakademie, sondern eine Akademie, die höchsten künstlerischen Ansprüchen gerecht wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Ich habe mit allen Damen und Herren, die an ihrer Spitze Verantwortung übernehmen werden, sprechen können. Es gab 2 000 Interessenten, von denen die Hälfte schon vor dem Erhalt der offiziellen Ausschreibungsunterlagen sich gekümmert, sich bemüht, angefragt hat: Wie kann man an dieser Akademie studieren? Es werden jetzt die 50, 60 Besten ausgesucht, sodass in diesem Wirtschaftszweig künstlerisch und auch wirtschaftlich – in einem Schwerpunkt soll künstlerisch, im anderen wirtschaftlich ausgebildet werden – diese Akademie dazu beiträgt, die Spitzenstellung Baden-Württembergs auf diesem Sektor zu untermauern. Ich will Ihnen sehr deutlich sagen: Die Musikbranche in diesem Segment Pop, Rock, Jazz, Populärmusik ist einer der Bereiche des deutschen Wirtschaftslebens, in denen kleine und mittelständische Unternehmen große Chancen haben. Diejenigen, die diese Akademie durchlaufen haben, können eine ordentliche berufliche Zukunft erwarten. Dies ist in einer Zeit, in der junge Menschen Arbeit suchen, hervorragend. Ich glaube, diese Akademie wird gerade in der Stadt Mannheim dazu beitragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Zuruf von der SPD: Thema!)

ich glaube, dass Sie alle so weit in diesem Thema drin sind – um diesen Zwischenruf aufzunehmen –, dass Sie wissen: Es war ein Erfolg, den die Landesregierung – und die Anhörung hat das gezeigt – erzielt hat, parlamentarisch beglei-

(Reichardt)

tet durch die sie tragenden Fraktionen und auch wohlwollend durch die Opposition. Frau Kollegin Utzt, Sie werden mir nachsehen, dass ich Ihre Überlegung, man solle die Akademie schon vor der Gründung in verschiedene kleine Parzellen ausfächern – auch in eine Parzelle nach Stuttgart oder irgendwohin –, nicht aufnehmen kann. Fangen wir jetzt mit Mannheim an. Dort entsteht eine Akademie für das ganze Land.

Ich verspreche Ihnen: Wir machen in der örtlichen Anbindung das Beste daraus, weil auch der Gemeinderat der Stadt Mannheim sehr aktiv mitgewirkt, das Projekt mitgetragen hat und die Verwaltung der Stadt Mannheim in einer sehr erfreulichen Weise – das sage ich als CDU-Abgeordneter nicht immer – dazu beigetragen hat, die Fundamente zu legen.

Ich will darauf warten, bis die Nachfolger von Xavier Naidoo in Mannheim ihre Ausbildung erhalten. Ich hoffe, dass Sie mit mir gemeinsam darauf warten. Ich selbst bin ein Freund klassischer Musik, aber auch der Pop-, Rock- und Populärmusik. Ich glaube, dass wir mit einem musikalischen Abschluss, sozusagen in einer kurzen, knackigen Rede, heute gemeinsam und einstimmig einen Gesetzentwurf billigen können, der unserem Land, der Stadt Mannheim und meiner Heimat in besonderer Weise hilft.

Nochmals vielen Dank, vor allem auch Herrn Minister Palmer für sein persönliches Engagement.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wichmann.

(Abg. Capezzuto SPD: Du redest aber nicht über die Akademie Mannheim! Das hat der Kollege schon alles gesagt!)

Abg. Wichmann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach diesem lokalpatriotischen Feuerwerk für den „Mannheimer Morgen“ ist es angebracht,

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

etwas zum Thema zu sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Bei allem Wohlwollen und bei der Unterstützung der SPD-Fraktion für die Änderung des Filmakademiegesetzes muss man doch auch festhalten, dass hier heute ein Schlusspunkt unter eine Geschichte gesetzt wird, die im Zusammenhang steht mit Lothar Späth und Caterina Valente und sich weiterzieht in die Zeit der großen Koalition, als Brigitte Unger-Soyka Paul McCartney in Liverpool besucht hat. Wir sehen, Politik ist das Bohren dicker Bretter. Dass dabei ein Wohlklang herauskommt, darüber können wir heute alle froh sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Steim CDU)

Ich möchte sagen: Das Glas halb voll, halb leer?

Zwei Dinge möchte ich anmerken.

Punkt 1: Es ist sehr schön, zu beobachten, dass wir unendlich viele Bewerber für diese neu gegründete Popakademie haben. Es stehen aber nur 55 Plätze zur Verfügung. Das bedeutet: Wir sind hier in einem Prozess, in dem das Land – das ist sehr zu begrüßen – versucht, sich in den Bereichen, in denen Wertschöpfung geschieht, zu engagieren. Wir müssen allerdings festhalten, dass das heute bestimmt nicht die letzte Änderung des Filmakademiegesetzes ist.

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Denn wenn dieses Gesetz einschlägt, wenn die Popakademie läuft und Erfolge zeigt, werden wir auch die Ausbildungsgänge vertiefen und verändern müssen. Es steht als offene Frage im Raum, ob wir mit einem Bachelor-Abschluss tatsächlich dem Markt gerecht werden können. Ich sehe das aber trotz allem als lohnenswerten Versuch an. Deshalb die Unterstützung unserer Fraktion.

Ich möchte einen weiteren Aspekt hinzufügen. Denn man springt entweder halb oder ganz. In diesem Zusammenhang haben wir im Anhörungsbogen die Europäische Medien- und Event-Akademie in Baden-Baden gesehen, die ja ein Sinn stiftendes Element als drittes Bein in dieser Säule des Akademiegesetzes hätte sein können. Herr Minister Palmer hat im Ständigen Ausschuss auch einige Fragen dahin gehend positiv beantwortet, als er gesagt hat, er sehe nicht, dass eine unendliche Anzahl von weiteren Akademien in dieses Akademiegesetz hineinkommen würde, wenn die Europäische Medien- und Event-Akademie in Baden-Baden hinzukomme.

Er hat auch gesagt: Das ist eine Sinn stiftende Ergänzung. Er hat allerdings angemerkt, dass im Moment in Baden-Baden ein sehr stark berufsschulbezogener Bereich vorherrscht. Jetzt denke ich, wir sollten in einem nächsten Schritt eine Initiative dahin gehend starten, dort auch grundständige Studiengänge mit Unterstützung des Landes zu starten, damit in Bereichen, in denen in der Bundesrepublik eine Wertschöpfung in Höhe von Hunderten von Millionen Euro stattfindet, in einer der wenigen Wachstumsbranchen in diesem Land auch tatsächlich etwas Positives passiert, hier diese Impulse dahin gehend weiter ausgearbeitet werden, dass wir wirklich einen originalen Dreiklang mit der Filmakademie, der Popakademie und der Medien- und Event-Akademie hinbekommen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Ich möchte sagen, Kollege Wieser: Leider konnten Sie sich ja auch in Ihrer eigenen Fraktion an dem Punkt nicht durchsetzen. Aber das gemeinsame Bohren dicker Bretter kann uns ja für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen.

(Abg. Wieser CDU: Die werden kürzer als bei der Unger-Soyka!)

Nachdem es die Popakademie ist, kann man nach dem alten Stones-Spruch sagen: „You can’t always get what you want, but if you try, sometimes you find you get what you need.“

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Theurer FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Das hat er gut gemacht! Prima!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das gilt es jetzt zu toppen, Herr Theurer! Das wird schwer! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Abg. Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Wieser CDU: Sprechen Sie doch über die Diäten!)

Wir können dieser Gesetzesänderung zustimmen. Ich finde es aber bemerkenswert, dass man zur Einrichtung einer Popakademie ein Gesetz ändern muss. Wir stellen fest, dass wir Bereiche in den Staat hineinnehmen, die irgendwo in irgendwelchen Hinterhöfen in Birmingham usw. privat angefangen haben. Hier ist schon einmal die Frage zu stellen, ob alles staatlich geregelt werden muss.

Wir sind durchaus der Meinung, dass die Popakademie eine gute Einrichtung ist. Auch die Filmakademie ist eine Erfolgsgeschichte. Aber ich frage mich natürlich, wenn ich in die Zukunft blicke, ob aus diesen Einrichtungen irgendwann einmal Einrichtungen werden wie die Musikhochschulen Trossingen und Stuttgart und andere Musikhochschulen, die voll am staatlichen Tropf hängen. Das wollen wir nicht hoffen. Ich möchte hier nur rein vorsorglich zu Protokoll geben, dass wir eine solche Entwicklung für falsch halten würden. Die Popmusik ist Unterhaltungsmusik. Sie ist natürlich auch ein Wirtschaftsfaktor.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

In diesem Fall kann man aber schon kritisch hinterfragen, welche Rolle da der Staat spielen muss. Es ist ja glücklicherweise – da möchte ich auch noch einmal ausdrücklich den Dank der FDP/DVP-Landtagsfraktion an die Landesregierung und an den zuständigen Minister Christoph Palmer aussprechen – ein Weg gefunden worden, der im Sinne eines Public Private Partnership eine starke Einbindung privater Finanzierungsmöglichkeiten mit berücksichtigt. Dazu zählt auch eine Unterstützung der Stadt Mannheim. Das ist schon der richtige Ansatz, dass nicht nur Landesmittel darin enthalten sind.

(Abg. Wieser CDU: Gute Struktur!)

Ich denke, für den Raum ist das auch ganz hervorragend. Der Mannheimer Bereich klagt ja oft, wird aber, wenn man es einmal genau anschaut, aus Landesmitteln hervorragend bedient. Das muss man auch einmal sagen. Da würde ich mir natürlich wünschen, dass die Räume, die im Land gut bedient werden, das dann auch bei den Wahlen entsprechend honorieren. Das haben wir noch nicht geschafft. Da müssen wir noch mehr Überzeugungsarbeit leisten, Herr Kollege Reichardt.

(Abg. Nagel SPD: 2,9 % habt ihr bei mir im Kreis! – Abg. Wieser CDU: Die FDP/DVP hat es noch nie geschafft! – Abg. Reichardt CDU: Ihr! Die FDP/DVP! Ich habe da keine Probleme! – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Aber eines ist ganz klar: Damit ist ein klares Bekenntnis des Landtags zu Mannheim abgegeben worden. Auch das möchte ich an dieser Stelle für die FDP/DVP-Fraktion noch einmal unterstreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Ihr seid bloß neidisch, weil ihr keine Hinterhöfe habt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja bereits im Oktober über die Empfehlungen der Arbeitsgruppe diskutiert, als es darum ging, wie die Popular- und Jugendmusik in Baden-Württemberg gefördert werden kann. Wir haben damals als ersten Schritt gefordert, mehr in die Nachwuchs- und Breitenförderung zu investieren, um möglichst vielen Jugendlichen im Land Angebote zukommen zu lassen.

Die Landesregierung hat jetzt den zweiten Schritt vor dem ersten getan und sich für die Popakademie eingesetzt. Mannheim hat den Zuschlag als Standort erhalten, weil sich die Stadt ja auch wesentlich um dieses Existenzgründungszentrum bemüht hat. Deswegen wollen natürlich auch wir der Popakademie eine Chance geben und werden dem Gesetzentwurf zustimmen. Wir hoffen, dass die Erwartungen, die damit verbunden sind, auch erfüllt werden: Erwartungen der Jugendlichen, dass neue kreative Berufsmöglichkeiten eröffnet werden, und natürlich auch die Erwartungen von Mannheim und der Region, dass sich hier wirtschaftliche und kulturelle Impulse aufbauen.

Es gibt aber auch einige Punkte, bei denen wir durchaus skeptisch sind. Dazu gehört zum einen der Studiengang Popmusikdesign. Wir bezweifeln nach wie vor, ob man als Absolvent dieses Studiengangs, wenn man dann einen Bachelor-Abschluss hat, auch ein guter, erfolgreicher und kreativer Popmusiker wird und ob man diesen Studiengang und den Abschluss dafür tatsächlich braucht.

Ein weiterer Punkt ist auch: Für die Impulse, die die Popakademie für das ganze Land geben soll – das ist ja auch von den Vorrednern hier gerade betont worden –, ist es wichtig, das, was geplant ist, nämlich die Vernetzung der Popakademie mit den Einrichtungen, die es schon gibt, auch wirklich voranzutreiben und diese Einrichtungen zu Kooperationspartnern zu machen. Die Einrichtung der Popakademie darf auf keinen Fall dazu führen, dass Einrichtungen, die es jetzt schon gibt, ausbluten oder in ihrer Existenz gefährdet werden.

Wichtig ist auch, dass wir eine solide und langfristige Finanzierung brauchen. Da sind erste Schritte getan. Sie müssen aber fortgesetzt werden, damit die Finanzierung auch wirklich langfristig tragfähig ist. Hier sind jetzt Studiengebühren vorgesehen. Sie bewegen sich aber unseres Erachtens auf dünnem Eis, weil sie auf dem Landesgebührengesetz beruhen. Das ist in systematischer Hinsicht unter Umständen problematisch; Sie haben ja auch das Problem mit den Rückmeldegebühren. Da die Landesregierung mit der Popakademie ihre Innovationsfähigkeit unter Beweis stellen will, wäre es zudem möglich gewesen, moderne Modelle einer Hochschulfinanzierung auszuprobieren und auch hier Innovationsfähigkeit zu zeigen.

(Edith Sitzmann)

Schließlich hoffen wir natürlich, dass jetzt, nachdem der zweite Schritt getan ist, auch der erste folgt, dass also die Empfehlungen der Arbeitsgruppe nicht in der Schublade verschwinden, sondern die Anregungen, die in ihnen sonst noch enthalten sind, weiter aufgenommen werden und dann in der Breiten- und Nachwuchsförderung der Mehrzahl der Jugendlichen im Land tatsächlich etwas getan wird. Das ist vielleicht nicht ganz so prestigeträchtig, und wahrscheinlich bekommt man dafür auch keine Gitarre mit weiß-blauen Rauten verliehen. Trotzdem ist es extrem wichtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vielen Dank für die breite Zustimmung zu unserer Gesetzesinitiative! Ich glaube, dass wir heute wirklich einen wichtigen Baustein für die weitere Entwicklung des Medienstandorts Baden-Württemberg verabschieden.

Ich habe die Einrichtung einer Popakademie in den vergangenen Jahren nicht so sehr unter künstlerischen Gesichtspunkten gesehen – man sehe mir das nach –, sondern ich habe die Idee einer Popakademie vorrangig immer unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen. Ich will mich dazu auch heute in der abschließenden Debatte ausdrücklich bekennen.

In einer Zeit, in der man überall Einrichtungen zumacht, in der wir etwa an die Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung und an die Schließung von Instituten im Land gehen müssen und in der der Staat schlanker wird, kann man eine neue Einrichtung guten Gewissens überhaupt nur dann verantworten, wenn sie mit Wirkungen auf den Arbeitsmarkt verbunden ist und wenn man sich von ihrer Gründung positive wirtschaftliche Impulse erhofft.

Das ist, lieber Kollege Theurer, der Leitgedanke – Sie haben völlig Recht, dass sich der Staat da eigentlich zurückhalten sollte –, der es rechtfertigt, dass der Staat eine Moderatoren-, Impuls- und Verantwortungsfunktion übernimmt wie für die Einrichtung dieser Popakademie in Mannheim.

Was sind die nüchternen Fakten, meine Damen und Herren? Die Musikwirtschaft in Deutschland ist trotz aller aktuellen Probleme ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Allein der Tonträgermarkt hat in Deutschland ein Volumen von rund 2,5 Milliarden €. Über 100 000 Arbeitsplätze hängen direkt von der Musikwirtschaft ab.

Wir werden mit Mannheim ein Alleinstellungsmerkmal erlangen; denn es gibt sonst nirgendwo in Deutschland eine Ausbildungseinrichtung des tertiären Bereichs, die gezielt auf diesen Bedarf und auf einen Markt von über 100 000 in Deutschland Beschäftigten hin ausbildet. Dieses Alleinstellungsmerkmal wird Mannheim mit seiner großen Tradition im Musikbereich ganz sicher auch Impulse geben können.

Ich bin sicher, dass sich dabei auch das Modell der Public Private Partnership bewähren wird, zu dem wir unter dem

Diktat der leeren öffentlichen Kassen greifen mussten. Die damit verbundenen Impulse von außen werden, glaube ich, letztlich auch der Einrichtung insgesamt zugute kommen. Ich will daran erinnern, dass neben dem Land, der Stadt Mannheim, dem SWR und der LfK eine ansehnliche Mannheimer Unternehmensgruppe und das größte deutsche, ja das größte internationale Label, nämlich Universal Music, zu den Gesellschaftern dieser neuen Akademie gehören. Nur durch diese Konstruktion konnte es gelingen, die Akademie auf den Weg zu bringen.

Ich will ein Zweites sagen, weil wir häufig auch kritisch an die Adresse der Europäischen Union diskutieren: Ohne die Ziel-2-b-Förderung wäre es auch nicht möglich gewesen – das war auch ein ganz entscheidendes Argument dafür, nach Mannheim zu gehen –, die Erstinvestition zu verwirklichen, und zwar sowohl für die Akademie als auch für das zweite Standbein, das ich von Anfang an als elementare Ergänzung zu der Akademie für notwendig erachtet habe, nämlich ein Gründungszentrum für die Absolventen der Akademie. Sie kommen in ein Existenzgründungszentrum und können dort erste Erfahrungen mit dem sammeln, was sie als Geschäftsidee ausprobieren wollen.

Für beide Einrichtungen gibt es eine Unterstützung der Europäischen Union. Das will ich in dieser Debatte auch einmal sagen, weil wir häufig kritisch an die Adresse Brüssels diskutieren. Hier leistet Brüssel einen ganz wichtigen Beitrag zum Strukturwandel im Jungbusch, in einem Sanierungsgebiet Mannheims. Dafür sind wir Brüssel dankbar. Ohne die Unterstützung aus Brüssel wäre das nicht möglich gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Es ist gefragt worden: Warum fangt ihr angesichts des bestehenden Bedarfs mit 55 bis 60 Studierenden an? Kollege Wichmann hat das erwähnt. Zuerst muss man eben klein anfangen, Erfahrungen sammeln, überschaubar beginnen. Das haben wir auch mit der Filmakademie gemacht. Ohne die Erfahrungen mit der Filmakademie könnten wir diese Akademie mit ihrem Praxisbezug jetzt übrigens auch gar nicht voranbringen. Wir haben das, was wir in den zehn, elf Jahren des Bestehens der Filmakademie für gut befunden haben, im Verhältnis 1 : 1 für die Popakademie übernommen, kopiert. Wir wollen mit Praktikern aus den Feldern der Musikwirtschaft, aber auch der Kreativszene der Popmusik als Lehrende arbeiten. Wir wollen mit einem ganz schlanken Personalkörper an hauptamtlichen Dozenten auskommen.

Das Studium wird ganz nach dem Vorbild der Berufsakademien, aber auch der Filmakademie Baden-Württemberg je zur Hälfte in der Praxis und in der neuen Einrichtung in der Theorie absolviert. Der praktische Bezug soll die Absolventen später auch für den Arbeitsmarkt interessant machen.

In beiden Studiengängen – Musikwirtschaft und Popmusikdesign – bilden wir nicht Popmusiker aus. Man muss Instrumente spielen können, wenn man an die Akademie kommt. Vielmehr verfeinern wir das, was an kreativem Potenzial vorhanden ist, und bilden vorrangig auf die musikwirtschaftlichen Berufsbilder hin aus. Es gibt über 30 verschiedene Berufe am Markt, die wir im Visier haben.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

In der Debatte ist gesagt worden, auch vom Kollegen Reichardt – Für seine Unterstützung in den vergangenen zwei Jahren bedanke ich mich ganz besonders.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Er hat ganz wesentlich daran mitgewirkt, dass die Akademie an den Start gelangen konnte. Das will ich aus Überzeugung einmal so sagen und ihm Dank dafür entrichten. Es war ja in jeder Phase nicht immer ganz einfach.

Die Akademie ist auf eine riesige Resonanz gestoßen. Es gab eine Zahl von Interessenten in der Größenordnung von bis zu 2 000. Für die 55 Studienplätze des ersten Studiengangs ab dem Wintersemester 2003/04 gab es jetzt 700 konkrete Bewerbungen. Das entspricht einem Verhältnis von zwölf Bewerbern auf einen Studienplatz. Die Resonanz im In- und Ausland ist also hervorragend.

Kein einziger dieser Interessenten – das ist der einzige Punkt, bei dem ich die Opposition bitte, dies auch für die weiteren Diskussionen zu bedenken, die wir in diesem Haus um die Hochschulen, um den Hochschulstandort Baden-Württemberg führen werden – hat sich schriftlich oder bei der Informationstagung, die wir durchgeführt haben, an der Erhebung von Studiengebühren gestoßen. Ich glaube, dass die jungen Leute heute weiter sind als viele ältere, die meinen, dass alles endlos umsonst sein müsse.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass in der jüngeren Generation sehr viel Bereitschaft besteht, für eine gute Leistung, die man bekommt, auch etwas zu bezahlen.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: So ist es!)

Es gab überhaupt keine Kritik daran. Es gab keine einzige Kritik an der Erhebung von Studiengebühren. Das wird die erste Einrichtung im Land Baden-Württemberg sein, die mit der Erhebung solcher Studiengebühren beginnt – maßvoll, übrigens BAföG-abgestützt. Selbstverständlich können wir uns auch vorstellen, dass wir über ein Stipendiensystem dafür sorgen, dass diejenigen, die bedürftig sind, von dem Studium nicht abgehalten werden. Ich glaube, das versteht sich von selbst. Aber die Studenten, die jungen Leute sind bereit,

(Abg. Reichardt CDU: Auch etwas zu bezahlen!)

für ein qualifiziertes Studium auch ihren Preis zu entrichten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Das ist die Botschaft, die ich aus meinen Erfahrungen der vergangenen Monate mitnehme.

Ich möchte mich am Ende des Weges bei allen Beteiligten bedanken. Es haben viele mitgewirkt. Weil ich gerade Vertreter des Wirtschaftsministeriums sehe, will ich neben dem Wissenschaftsministerium dem Wirtschaftsministerium

ganz herzlich Dank sagen. Das Wirtschaftsministerium – der Minister, der Staatssekretär, die zuständige Abteilung – hat in der Akademie auch die faszinierende Idee der Möglichkeit zur Beschleunigung des Strukturwandels in Mannheim gesehen. Ohne Unterstützung auch des Wirtschaftsministeriums wäre es dem Staatsministerium nicht möglich gewesen, diese Idee zu verwirklichen; das darf ich an der Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich will mich auch bei der Stadt Mannheim für eine exquisite Zusammenarbeit bedanken. Der Oberbürgermeister und der Kulturbürgermeister haben mit Diskretion und mit Überlegung

(Abg. Reichardt CDU: Die CDU-Fraktion im Gemeinderat!)

– die Gemeinderatsfraktion der CDU – bald zwei Jahre lang mit uns zusammengearbeitet, um dieses ehrgeizige Projekt an den Start zu bringen. Man hat sich gegenseitig aufeinander verlassen können. Es ist sehr professionell gearbeitet und miteinander umgegangen worden. Das gehört dazu. Indiskretionen, Durchstechereien machen solche Projekte schwierig. Es hat eine vorzügliche Form der Zusammenarbeit mit Mannheim gegeben. Auch dafür will ich mich bei den Verantwortlichen bedanken.

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und meine Herren, abschließend sagen und damit auch den Gedanken von Frau Sitzmann aufgreifen: Diese Akademie wird ausbilden. Sie wird aber mehr tun, als für den Bachelor, für den Abschluss in den zwei Studiengängen auszubilden. Sie wird so etwas werden wie ein Kompetenzzentrum für Jugendmusik im Land. Selbstverständlich werden wir die Empfehlungen der Arbeitsgruppe Punkt für Punkt abarbeiten und durchführen, Frau Sitzmann.

Wir werden die bisherige Rockstiftung in diese neue Einrichtung integrieren. Die Rockstiftung wird aufgelöst. Wir werden die Stiftung dorthin überführen. Wir werden Ausbildung, Beratung und Förderung der baden-württembergischen Jugendmusik in Kooperation mit vielen anderen Einrichtungen – Musikhochschulen, Filmakademie, der Bundesakademie für die Nachwuchsarbeit in Trossingen, den Musikschulen im Land, die Populärmusik anbieten, den Schulen im Land, die viel für die Populärmusik tun – vorantreiben. Wir werden diese Akademie natürlich auch als Nukleus für die Beratung und für die Förderung des gesamten Bereichs im Land weiterentwickeln. Bei 5 000 Pop- und Rockgruppen, die Baden-Württemberg hat, und bei unzähligen erfolgreichen Bands, die in den Charts sind, haben wir in Baden-Württemberg wirklich alle Möglichkeiten, wenn wir das Thema Rock- und Popmusik noch stärker profilieren und noch stärker entwickeln, hier noch einmal kräftige Akzente zu setzen.

Herzlichen Dank Ihnen allen für die gute Beratung. Ich glaube, es wird eine Erfolgsgeschichte. Wir werden, wenn wir weiter professionell arbeiten, mit dieser Gründung an die Erfolgsgeschichte der Filmakademie Baden-Württemberg anknüpfen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/1893.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/2034.

Ich rufe auf

Artikel 1

und dazu die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/2034, mit der ein Druckfehler in der Gesetzesüberschrift korrigiert werden soll.

Wer Artikel 1 mit dieser Korrektur zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Dieser regelt das Inkrafttreten. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Wer enthält sich? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Mai 2003 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Filmakademiegesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. –

(Abg. Teßmer SPD: Ist das eine Harmonie!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 13/1883

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 13/1970

Berichterstatter: Abg. Capezuto

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Dr. Brenner das Wort.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs und auch in der Diskussion im Wirtschaftsausschuss sind vor allem drei Teilaspekte ausführlich diskutiert worden. Ich werde das jetzt nicht alles wiederholen. Die Protokolle kennen wir. Ich darf deswegen zu Anfang kurz auf den Gesamtzusammenhang und vor allem auf die Zielsetzung des Ganzen eingehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wirtschaft und Gesellschaft ändern sich ja kontinuierlich. Traditionelle Industrien und Gewerbe sind bei uns im Land geschrumpft oder wurden ganz aufgegeben, neue Arbeitsplätze sind vorzugsweise im Dienstleistungsbereich oder an neuen Standorten entstanden. Hierbei hat die Telekommunikation großen Einfluss auf die Wirtschaft und auch auf unsere Lebensweise genommen.

Alle diese Entwicklungen haben sehr deutliche räumliche Auswirkungen. Die Städte sind gewachsen, immer mehr Fläche für Wohnungen und Gewerbebauten wird gebraucht, die Entfernungen zwischen Wohnungen und Arbeitsplätzen sind gestiegen, und diese Dezentralisierung von Wohnungen und Arbeitsplätzen wird noch durch neue Verkehrstechnologien und auch durch die Telekommunikation unterstützt. Dieser Prozess wird weitergehen und sich noch steigern.

Gleichzeitig werden landwirtschaftlich genutzte Flächen in Bauland umgewandelt oder fallen brach, weil sich ihre Bewirtschaftung nicht mehr lohnt. Bei uns im Nordschwarzwald wachsen zum Beispiel immer mehr Freiflächen zu, weil sie niemand mehr bewirtschaftet, und sie werden dann immer öfter einfach aufgeforstet. Zunehmende Flächeninanspruchnahme durch Wohnen, Industrie, Gewerbe und Verkehr gefährdet langsam, aber sicher die Qualität unserer natürlichen Ressourcen.

Im Wettbewerb um Investoren konkurrieren deutsche und ausländische Städte und Regionen. Auch wir tun das ja in Baden-Württemberg mit unserem Standort-Marketing. Das kann dann allerdings zur Folge haben, dass Regionen, die einen hohen Anteil an so genannten alten Industrien haben oder auch abgelegene ländliche Räume sind, davon bedroht sind, hinter die allgemeine Entwicklung des Wohlstands und auch der Lebensqualität zurückzufallen.

Gleichzeitig prägen die Bürger die Siedlungsstruktur, und zwar durch die Wahl ihres Wohnortes und ihres Arbeitsplatzes und durch ihr Freizeit-, Erholungs- und Versorgungsverhalten. Ein typischer Fall: Wenn in Stuttgart das Bauland zu teuer ist – und das ist es ja –, kommen die Leute zu uns ins Gäu oder in den Schwarzwald, und plötzlich ist der neue Teil eines Ortes doppelt so groß wie der alte Ortskern, und schon fangen die Probleme an. Dann ist der Kindergarten zu klein, die Schule zu klein, nimmt der Verkehr zu. Doch die Neubürger können öfter mit dem dörflichen Leben nicht viel anfangen, und man bemerkt sie kaum.

Bürger und Wirtschaft stellen auch Anforderungen an eine räumliche Struktur, die sich häufig widersprechen. Sie möchten eine gute Versorgung mit Wohnfläche, sie möch-

(Dr. Carmina Brenner)

ten Ruhe und Grün am Wohnort, sie wollen Erholungsgebiete und möglichst auch unberührte Landschaften in ihrer unmittelbaren Nähe. Sie wünschen sich aber Arbeitsstätten sowie Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen, die sie schnell und bequem erreichen können. Dazu gehören dann wiederum gute Verkehrsverbindungen. Aber gleichzeitig möchten sie Ruhe vor Lärm und Abgasen.

Der Staat soll nun über die Raumentwicklung möglichst viele dieser Ansprüche erfüllen. Das Bundesraumordnungsgesetz aus dem Jahr 1998, das wir mit diesem Gesetzentwurf umsetzen möchten, gibt jedoch keinen verbindlichen oder festen Raumordnungsplan für das gesamte Gebiet Deutschland vor. Raumentwicklung wird vielmehr durch Leitbilder und Handlungskonzepte bestimmt, die der Bund und die Länder gemeinsam erarbeiten, die Landes- und Regionalplanungen – und bei denen sind wir jetzt – konkretisieren diese Leitbilder und Konzepte für ihre jeweiligen Gebiete, und die Gemeinden setzen sie schlussendlich in rechtsverbindliche Pläne um.

Wir werden morgen über einen wichtigen Aspekt der Raumordnung und der Landesplanung reden, und zwar über den zunehmenden Flächenverbrauch und mögliche Gegenmaßnahmen. In diesem Entwurf geht es um viel mehr als um die Punkte, die in der ersten Lesung einen sehr breiten Raum eingenommen haben. Das war zum einen die Windenergie als eine Energieform unter vielen; bei uns im Binnenland übrigens die unzuverlässigste. Ich darf hier erwähnen: Eine Planungspflicht – und das wurde ja diskutiert – heißt natürlich auch, dass nichts verzögert werden darf. Das wollen wir ja alle.

Dann ging es um die Einwohnerrichtwerte für die Kommunen. Die haben sowieso noch nie gestimmt, und die will vor Ort niemand mehr. Und es ging um Zuständigkeitsfragen zwischen Regierungspräsidium, Regionalverband, dessen Planungsausschuss; das kann man nun wirklich so oder so regeln. Wir haben uns in diesem Entwurf für eine Möglichkeit entschieden, von der wir glauben, dass sie sehr flexibel ist, sodass auf regionale Gegebenheiten richtig eingegangen werden kann.

Wir wollen mit diesem neuen Planungsgesetz anhand der aktuellen Erfordernisse von Wirtschaft und Gesellschaft einen modernen und auch flexiblen Rahmen setzen, und zwar bei der Wohnbebauung, bei der gewerblichen und industriellen Nutzung, bei einem modernen Energie- und Verkehrsmanagement, bei der Versorgung der Bevölkerung – Stichwort Einkaufen und Supermärkte –, beim Schutz der landwirtschaftlich genutzten Flächen und bei deren Nutzung, wenn sie niemand mehr nutzen will.

Wir wollen auch die natürlichen Ressourcen schützen – unsere einzigartige Landschaft, die Tiere, die Pflanzen –, wir wollen Erholungsgebiete für die eigene Bevölkerung und auch als Attraktion für die Touristen – viele Menschen bei uns im Land leben ja vom Tourismus – erhalten.

Folgerichtig werden in der Landesplanung deshalb Entwicklungsachsen ausgewiesen. Es gibt eine Aufteilung in die Verdichtungsräume, in Zentren von verschiedener Klassifikation und auch mit sehr verschiedenen Aufgaben, und

die ländlichen Räume mit den schützenswerten Naturräumen.

Es kann nicht überall alles geben. Wer sich als Privatmensch oder als Entscheidungsträger in der Wirtschaft für einen Standort entscheidet, muss genau wissen, welche Vorteile und welche Nachteile dieser bietet. Er muss wissen, dass eine Landesplanung, eine Regionalplanung und auch eine Bauleitplanung bestimmte spezielle Wünsche zulassen, andere aber auch nicht. Nicht an jedem Ort gibt es alles. Aber man muss zuverlässig wissen, was geht und was nicht geht, ganz gleich, ob man nun ein Häusle, eine Fabrik oder einen Supermarkt baut.

Deshalb: Was sollen eigentlich Richtwerte? Sie funktionieren nicht. Also weg damit! Der Grund ist auch der: Schwarzwald und Hohenlohe sind nicht miteinander vergleichbar, schon gar nicht mit der Rheinebene oder dem Bodenseebereich. Selbst gleich große Städte sind nicht miteinander vergleichbar. Öhringen ist halt anders als Freudenstadt oder Aalen. Unsere Gemeinderäte und Kreistage sind sehr kompetente und vernünftige Gremien; die schaffen das wirklich auch selbst. Keiner wird seine wertvolle Fläche vergeuden.

Regionalkreise, meine Damen und Herren, passen auf die Region Stuttgart sehr gut, aber sonst, meine ich, eher nicht. Bei uns im Nordschwarzwald wäre ein Regionalkreis viel zu weitläufig und unbeweglich, vor allem auch sehr uneinheitlich in Struktur und Topographie. Bei uns sind Zweckverbände eine wesentlich bessere Lösung und auch eine sehr flexible Lösung. Vor allem kann man diese zeitlich und auch aufgabenbezogen begrenzen und wieder auflösen.

Ich glaube, dass solche kreis- und regionsübergreifenden Lösungen auch zeitlich befristet Sinn machen, zum einen bei der Abfallentsorgung, bei Wasser, Abwasser und auch der Energie und zum anderen, was inzwischen öfter der Fall ist, beim ÖPNV und sicher auch beim Tourismus. Alles muss geordnet sein, meine Damen und Herren. Man kann also nicht wie ein Eichhörnchen die besten Nüsse herauspicken und sie dann dort vergraben, wo man gerade will.

Mit flexiblen und modernen Lösungen – so, wie es nötig ist – werden wir einem Land wie Baden-Württemberg gerecht, das derart vielfältig ist. Dazu braucht man auch für lokale und regionale Lösungen eine gewisse Freiheit. Dazu brauchen wir, meine Damen und Herren, weder eine grüne Zwangsjacke, die alle mit Richtwerten und Bußgeldern beglückt,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Bußgelder haben wir nicht geplant!)

noch brauchen wir einen sozialistischen Einheitsbrei für unsere Städte, wobei jedem ein uniformes Glück mit einheitlichem Mietwohnungsbau aufgezwungen wird.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Jeder Regionalverband soll selbst entscheiden können! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Baden-Württemberg ist ein vielfältiges Land; es ist ein interessantes Land. Wir brauchen einen sehr flexiblen Rahmen,

(Dr. Carmina Brenner)

der dies alles erhält. Diesen Rahmen legt die Landesregierung mit dem Entwurf des neuen Landesplanungsgesetzes vor. Die CDU-Fraktion trägt diesen Entwurf mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Knapp SPD: Ohne Konzept, frei! – Abg. Ursula Haußmann SPD: So gehört sich das!)

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der ersten Lesung ausführlich diskutiert und im Ausschuss sehr ausführlich miteinander gerungen, sodass ich mich heute angesichts der fortgeschrittenen Zeit hinsichtlich der allgemeinen Worte, die zu sagen wären, kurz fassen kann.

Frau Kollegin Brenner, Sie haben dargelegt, dass die Änderung des Landesplanungsgesetzes überfällig und eine notwendige Anpassung an die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes des Bundes sei. Schon aus diesem Grund würden wir ja eigentlich gerne freudig zustimmen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Aber!)

Aber der Gesetzentwurf enthält Murks, handwerkliche Fehler und politische Fehlsteuerungen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb muss ich leider ankündigen: Wenn es in dieser Sitzung nicht gelingt, den Murks zu beseitigen, handwerkliche Fehler zu reparieren

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Beleidigen Sie das Handwerk nicht!)

und politische Fehlsteuerungen zu beenden, dann müssen wir leider ablehnen – so Leid uns das tut.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Lieber Murks als Marx!)

Beginnen wir mit dem Murks. Das Inhaltsverzeichnis ganz am Anfang wird gestrichen. Es ist schon ein bemerkenswerter Vorgang, dass künftig bei allen Gesetzen – egal welchen Umfangs – auf das Inhaltsverzeichnis verzichtet werden soll.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wenn Sie das ganze Gesetz lesen, brauchen Sie das nicht!)

Der Minister, in der Ausschusssitzung befragt, warum denn das Inhaltsverzeichnis entfallen sei, hat sich nach hinten gewandt – tuschel, tuschel, tuschel –, und dann kam heraus,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Es wusste dort auch niemand!)

irgendeine der hoch gelobten Entbürokratisierungsinstitutionen in der Landesregierung habe das empfohlen, und da hat man es halt gemacht.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Meine Damen und Herren von der Koalition, wenn Entbürokratisierung am Ende bedeutet, dass man dem Leser von Gesetzen das Leben dadurch erschwert, dass man ihn auf die Suche nach den entsprechenden Kapiteln schickt, anstatt ihm durch ein Inhaltsverzeichnis einen Anhaltspunkt zu geben, wo man denn fündig werden könnte, dann ist eine solche Entbürokratisierung wohl verfehlt. Das bedeutet mehr Geschäft für alle, die damit umzugehen haben. Deshalb beantragen wir heute die Wiederaufnahme eines Inhaltsverzeichnisses auch in dieses Gesetz.

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Jetzt aber zum Inhalt!)

– Das hat mit dem Gesetzentwurf inhaltlich nichts zu tun; das ist einfach Murks, der beseitigt werden muss.

Handwerkliche Fehler finden wir im Gegensatz zu Ihnen, Frau Kollegin Brenner, bei der Streichung der Richtwerte. Es ist ja nicht so, wie Sie jetzt gerade suggeriert haben, als gebe es für das ganze Land angesichts völlig unterschiedlicher Strukturen Einheitsrichtwerte für die Entwicklung. Im Gegenteil: In den jeweiligen Regionalplänen werden sinnvollerweise für die einzelnen Verwaltungsräume unterschiedliche Richtwerte für die Siedlungsentwicklungen vorgegeben. Und uns sagen die Regionalplaner, die handwerklich damit umgehen müssen, dass man ohne verbindliche Richtwerte eigentlich die Siedlungsentwicklung nicht steuern kann.

Wir wissen doch, wie schwierig es insbesondere in den Ballungsräumen ist, die Entstehung eines „Siedlungsbreis“ zu vermeiden. Wir wissen, wie schwierig es ist, Entwicklung auf die Entwicklungsachsen zu konzentrieren, und wir wissen alle, dass wir die ewigen Staus auf unseren Straßen durch rein verkehrslenkende Maßnahmen nie beherrschen werden, sondern dass wir Siedlungs- und Verkehrsinfrastruktur zusammenbringen müssen. Dazu brauchen wir die Richtwerte. Deshalb ist es ein großer handwerklicher Fehler, auf die Richtwerte zu verzichten. Wir beantragen daher, die Richtwerte wieder einzuführen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Der Gemeinderat muss es ja wissen!)

Kommen wir zur politischen Fehlsteuerung. Sie missbrauchen die Landesplanung,

(Abg. Blenke CDU: Was?)

um ein politisches Ziel zu verfolgen, und Sie nehmen sogar bewusst in Kauf, gegen die eigentlich gebotene Bundestreue zu verstoßen.

(Abg. Blenke CDU: Was? – Abg. Fischer SPD: Oh! – Abg. Drexler SPD: Da hat er Recht!)

Sie treffen für die Nutzung der regional bedeutsamen Windkraftanlagen eine Sonderregelung,

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

die durch nichts begründet ist.

(Beifall bei der SPD)

(Schmiedel)

Entgegen allen anderen Infrastruktureinrichtungen, entgegen der Schwerpunktsetzung in der Wohnungsentwicklung oder in der Industrieansiedlung sagen Sie einfach: Bei regional bedeutsamer Windkraft hebeln wir die Privilegierung, die das Raumordnungsgesetz des Bundes vorgibt, aus und machen eine Schwarz-Weiß-Regelung mit dem einzigen Ziel, es der Windkraft in Baden-Württemberg so schwer wie möglich zu machen. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Capezzuto SPD: Auch der Minister stimmt zu!)

Sie verstoßen dabei nicht nur gegen Ihre eigene Zielsetzung, den Anteil der regenerativen Energien in Baden-Württemberg zu verdoppeln – dazu braucht man ein Mehr an Windkraft, nicht nur, aber auch –,

(Abg. Zimmermann CDU: Quatsch!)

sondern Sie missachten auch ökonomische Chancen, die für unser Land darin bestehen, sich auch in der Energieerzeugung zu modernisieren, neue und nachhaltige Energieversorgungsstrukturen aufzubauen. Und warum? Weil Sie ein ideologisches Feindbild vor sich hertragen, das heißt: Ein Strommast an sich ist schön, eine Windkraftanlage ist hässlich.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Zimmermann CDU: Und sinnlos! – Abg. Capezzuto SPD: Kleinkariert! – Abg. Göschel SPD: Die Windmühle vor dem Kopf haben!)

Deshalb wollen wir das an diesem Punkt noch einmal festgehalten haben. Wir werden über den entsprechenden Antrag, den wir dazu stellen, nämlich die regional bedeutsamen Windkraftanlagen wie alle anderen Anlagen nicht nur durch Schwarz-Weiß-Zeichnungen, sondern auch durch Vorbehaltsgebiete zu ermöglichen, namentlich abstimmen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! Jetzt könnt ihr Wind machen! – Abg. Zimmermann CDU: Dafür danke ich Ihnen! Haben Sie Renditeanteile an der Windkraft?)

– Was haben denn Sie für Aktien in diesem Geschäft?

(Abg. Zimmermann CDU: Ich habe keine! – Abg. Drexler SPD: Er hat nirgendwo Aktien! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ich will einmal Folgendes sagen: In dieser Fraktion gehören Sie zu den Ewiggestrigen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Zimmermann CDU: Nein, Sie zu den Vorgestriegen! Die Windkraftanlagen sind 80 Jahre alt und veraltet!)

Das Land Baden-Württemberg hat die Riesenchance verpasst, bei der Privilegierung der Windkraft und beim Energieeinspeisegesetz gleichzeitig auch etwas für die hauptsächlich regenerative Energie in Baden-Württemberg zu tun,

(Abg. Zimmermann CDU: Wasserkraft Rheinfelden! Folgen Sie Ihrer Vorsitzenden Ute Vogt!)

für die große Wasserkraft. Sie haben es verpasst, weil Sie gesagt haben: Regenerative Energien sind per se nicht so wichtig für uns. Jetzt sind Sie dabei, eine zweite große Chance zu verpassen. Sie gehören zu den Ewiggestrigen,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Und Sie zu den Vorgestriegen!)

da sind sogar alle Energieversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg in der Zwischenzeit weiter als Sie.

(Abg. Zimmermann CDU: Weil sie beteiligt sind!)

Sie wollen investieren.

(Beifall bei der SPD)

Große Windparks hat die EnBW vor. Und was sagen Sie jetzt? Sie sagen: Wir wollen das nicht sehen.

(Abg. Zimmermann CDU: Weil sie nichts taugen!)

Das ist ein großer Fehler, und das muss repariert werden.

(Abg. Capezzuto SPD: Jawohl!)

Der vierte Punkt, meine Damen und Herren, den wir beantragen, betrifft die Zielabweichung von den Regionalplänen. Wir sagen: Derjenige, der den Regionalplan aufstellt, der ihn in einem langen demokratischen Verfahren entwickelt, der soll auch letztlich die Entscheidung darüber haben, ob in Einzelfällen von dessen Vorgaben abgewichen werden kann. Wir finden es falsch, den Regionalplan demokratisch zu entwickeln und einer staatlichen Behörde das letzte Wort im Zielabweichungsverfahren zu lassen. Deshalb beantragen wir, anstelle der Regierungspräsidien die Regionalverbände mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Wenn Sie diesen begründeten Anträgen zustimmen, dann haben Sie die Chance auf eine breite Mehrheit. Sie haben übrigens auch eine Chance darauf, dass das Gesetz vor Gericht Bestand hat.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Dr. Caroli SPD: Rechtsstreit hoch zehn! – Abg. Drexler SPD: Kein Mensch investiert!)

Denn Sie werden Folgendes erleben: Das, was Sie als schwarz-weiß vorgeben, wird keinen Bestand haben. Das schafft Planungsunsicherheit, das schafft bürokratische Abläufe, Gerichtsverfahren, Fehlplanungen, Fehlinvestitionen.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Deshalb überlegen Sie es sich noch einmal. Sie haben noch einige Minuten Zeit. Folgen Sie unseren Anträgen, dann gibt es eine breite Mehrheit.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

(Abg. Capezzuto SPD: Herr Hofer, Sie brauchen gar nichts zu sagen, nur zuzustimmen! Dann kommen wir früher heim!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vorweg: Wir stimmen dem Gesetzentwurf vollinhaltlich zu. Es ist richtig – das wurde schon in der ersten Lesung ausgeführt –: Endlich wird die Anpassung an das Raumordnungsgesetz des Bundes vorgenommen. Ich freue mich, dass Frau Brenner die Gelegenheit genutzt hat, das Grundsätzliche dieses Gesetzes vorzutragen, dass es nämlich auch um eine Stimme geht, um Planung geht, vom Land über die Regionen bis hin zu den Kommunen. Ich denke, das wird durch dieses neue Landesplanungsgesetz verbessert. Und natürlich trifft es auch bei der Frage von Flexibilität und Deregulierung den Kern. Vieles wird gut gemacht.

Herr Schmiedel, man kann natürlich darüber streiten, bis zu welcher Zahl von Paragraphen eine Inhaltsübersicht noch erforderlich ist oder nicht. Ich denke, bei drei Paragraphen – so weit können Sie zählen – brauchen Sie noch keine Inhaltsübersicht, bei 30 Paragraphen kann man sich darüber streiten.

Ich denke, dass sich der Eindruck, der sich schon bei der Ersten Beratung ergeben hat, dass man dieses Gesetz positiv werten kann, auch in der weiteren Beratung, insbesondere im Wirtschaftsausschuss, bestätigt hat.

Ich will in meinem Beitrag im Wesentlichen nur auf die Punkte eingehen, die zwischen den Regierungsfractionen und den Oppositionsfractionen streitig waren und die noch streitig geblieben sind.

Lassen Sie mich aber zunächst nur noch einmal mit einem Satz summarisch darauf hinweisen, dass es eine ganze Reihe von Neuregelungen auf dem Gebiet der Rechts- und Verfahrensvereinfachung gibt, die wir alle, glaube ich, begrüßen, ob es das einstufige Beteiligungsverfahren ist, die Einbeziehung der Öffentlichkeit, die Aufwertung des Planungsausschusses als Beschlussorgan, Deregulierung hinsichtlich der Auswirkung von unwesentlichen Verfahrensfehlern usw. Es ist schön, dass offenbar die Gesetzgeber immer mehr merken, dass sie es sind, die sich den unbürokratischen Gedankenwelten zu öffnen haben. Ansonsten wird es keine Entbürokratisierung geben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Streitig sind natürlich – darauf will ich eingehen – die Vorgaben für die regionalplanerische Ausweisung von Windkraftanlagen. Lassen Sie mich vorweg die Punkte abräumen, die Sie angeschnitten haben: Anträge von der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE, die keine Mehrheit gefunden haben.

Da sind zunächst einmal die Richtwerte für den Flächenverbrauch in den Regionalplänen. Nur so lässt es sich bewerkstelligen, dass sorgfältig mit Flächenreserven umgegangen wird. Das klingt ja zunächst einmal ganz einleuchtend, aber es geht an den Erfordernissen der Praxis vorbei. Die Richtwerte waren in der Vergangenheit meist falsch angesetzt, weil viel zu pauschal und viel zu wenig auf die einzelnen örtlichen Situationen eingegangen wird. Frau Brenner hat das ausgeführt. Wer wie ich lange Jahre in einem Planungsausschuss gesessen hat – Herr Schmiedel, das wissen Sie auch –, weiß: Gegenwärtig wird wieder ziemlich reduziert – Flächennutzungspläne und Bebauungspläne der

Kommunen –, und nicht ein einziges Mal greift man da auf den Gedanken der Richtwerte zurück. Das wird vielmehr mit ganz anderen Kriterien gemacht. Also: Es ist in der Praxis nicht erforderlich und braucht deshalb hier auch nicht geregelt zu werden.

Was die Zielabweichung – ob das nun von der Genehmigungsseite der Regionalverband oder die Regierungspräsidien machen sollen – anbelangt: Frau Brenner, Sie haben völlig Recht. Das sind Dinge, die man so oder so regeln kann. Die Welt geht nicht daran zugrunde, ob Sie das so oder so machen. Aber unser Punkt ist eigentlich der – und dabei unterscheiden wir uns –: Wir hätten die Regionalverbände – gleich, in welcher Form sie sich zusammensetzen, ob das Zweckverbände sind oder wie auch immer – gerne nicht als Behörden, die Genehmigungen erteilen, sondern als Planungsinstanzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Und wir haben heute Morgen ja gehört: Im Zuge der Verwaltungsreform möchte man die Funktionen der Regierungspräsidien noch weiter bündeln, was die Eingliederung von Sonderbehörden anbelangt. Dabei ergeben sich nicht nur stärkere Positionen für das Regierungspräsidium, sondern bei Lichte betrachtet auch eine ganze Menge neuer Chancen für diejenigen, die nicht Genehmigungsbehörde sind, sondern planen. Diese Trennung halten wir auch ordnungspolitisch für absolut richtig.

Nun zu dem Thema, das die Gemüter so bewegt hat und natürlich auch bewegt: die Standortplanung für Windkraftanlagen.

Dass die regionale Ebene die richtige Planungsebene ist, wird ja erfreulicherweise auch von der SPD so gesehen. Die Grünen sind da nicht ganz so sicher, was mich etwas wundert, weil sie es eigentlich sonst immer sind, die ständig überörtliche regionale Planungen verlangen, sei es nun bei Grünzäsuren, bei Natur- und Landschaftsschutz, beim ÖPNV, bei der Abfallwirtschaft. Wo ich hinschaue, fordern sie immer die überörtliche Planung. Auf einmal soll das nicht mehr die richtige Ebene sein?

Wir sind der Meinung: Standortentscheidungen für Windkraftanlagen hängen eben – und das ist doch wohl auch nahe liegend – im Wesentlichen von den klimatischen und topographischen Gegebenheiten, insbesondere der Windhöufigkeit ab. Das kann man regional, überörtlich einfach besser beurteilen – wie im Übrigen auch die Frage eines Landschaftsbildes –, als es kleinräumig mit der Gefahr eines kommunalen Flickenteppichs, basierend auf Zufälligkeiten, zu regeln.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bleibt die Frage übrig: Schwarz-Weiß-Regelung, ja oder nein, oder Einbeziehung einer weiteren Gebietskategorie, die der Eignungsgebiete? Das ist sicherlich inhaltlich keine leichte Entscheidung. Wir haben bei den Bundesländern und beim Bund ein Sowohl-als-auch.

Letztlich halten wir die Schwarz-Weiß-Regelung für die bessere Regelung. Das hat nichts damit zu tun, dass wir hier

(Hofer)

plötzlich nicht deregulieren wollten. Das ist auch die einfachere Regelung. Eigentlich würde das mit der Deregulierung ganz gut übereinstimmen. Das hat auch überhaupt nichts damit zu tun, dass wir nicht auch das Ziel verfolgten, bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien eine Verdoppelung zu erreichen. Das ist für uns ausschließlich eine Frage, wie man am besten die Windkraftnutzung und den Landschaftsschutz gegeneinander abwägt. Nur das leitet uns.

Dabei ist überhaupt keine Pflicht zur Bundestreue verletzt. Wäre dies der Fall, würde das Gesetz ja keiner Normenkontrollklage standhalten.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es! So wird es sein!)

– Das entscheidet sich nicht nach Lautstärke, sondern nach rechtlicher Qualität.

Ich kann nur sagen: Ausdrücklich ist im Gesetz die Privilegierung mit einem Planungsvorbehalt versehen. Deshalb kann es sehr wohl in dieser Weise geregelt werden. Es gibt eine Investitions- und Planungssicherheit, und es macht ökonomisch und ökologisch Sinn.

Nun wird eingewandt – das ist für mich eigentlich der wichtigste Punkt; der gibt mir auch zu denken; nicht jeder Einwand ist ein solcher, bei dem man schaut, wie man ihn am schnellsten beseitigen kann –, dass bei Vorranggebieten, wo keine andere Nutzung entgegenstehen darf, nicht mehr viel übrig bleibt. Es wird gesagt, das betreffe dann nur noch 1 % der Landesfläche. Im Verband Region Stuttgart hat es heißen, es seien nur 0,6 % der Landesfläche.

Nun muss man sehen, dass 1 % der Landesfläche immerhin noch 35 000 Hektar sind. Darauf könnte man, wenn man das einmal rein rechnerisch durchgeht, 11 000 Windparks eröffnen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Abgesehen davon ist das aber ein Szenario, das keiner praktischen Nachprüfung standhält. Ich darf das einmal an einer Stelle sehr deutlich dartun. Es schadet ja auch einer Diskussion hier im Landtag nicht, ein paar Beispiele aus der Praxis einzubringen.

Der Verband Region Stuttgart hatte, weil es ihm vom Wirtschaftsministerium einmal so empfohlen worden war, auf genau der Basis geplant, die Sie gerne wollten. Er hat Vorranggebiete, Eignungsgebiete und Ausschlussgebiete ausgewiesen. In der realistischen Einschätzung, dass dieses Landesplanungsgesetz auch bei namentlicher Abstimmung so beschlossen wird, wie es jetzt hier in der Zweiten Beratung vorgelegt wurde, hat der Verband Region Stuttgart nun seine Planung von dem, was Sie wollen, auf die Schwarz-Weiß-Regelung umgestellt. Schauen wir doch einmal in die Sitzungsunterlage hinein, die dafür gebracht worden ist. Darin steht als Erstes, die Umstellung könne ohne weiteres auf der Basis des bisherigen Entwurfs erfolgen. Standort und Auswahlmethoden änderten sich überhaupt nicht; kein Problem.

Zweitens stellt der Verband fest, dass potenzielle Investoren – ich zitiere da – inzwischen trotz der EEG-Einspeise-

vergütung zu erkennen gegeben haben, dass sie keineswegs an absolut unwirtschaftlichen Situationen und Standorten interessiert seien, weil man ja gar nicht wisse, wie lange diese Subventioniererei durch die EEG-Gesetzgebung stattfinde. Deshalb wollten die Investoren davon absehen, Standorte mit einer Windgeschwindigkeit von weniger als 4 Metern pro Sekunde bei 50 Metern Nabenhöhe nachzuzufragen.

Richtigerweise wird dort – das alles steht in der Unterlage – nur ein nutzbares Windpotenzial von mehr als 5 Metern pro Sekunde nachgefragt. Standorte mit weniger als 5 Metern pro Sekunde kämen – wörtlich zitiert – nur dann in Betracht, wenn dies aufgrund der jeweiligen Standortbeschaffenheit bzw. Standortumgebung oder durch Bauhöhe kompensiert werden könne.

Was macht jetzt der Verband? Er sagt: Alle Standorte mit einer Windgeschwindigkeit von weniger als 4 Metern pro Sekunde fallen heraus. Ich kann nur sagen: Gott sei Dank!

(Abg. Zimmermann CDU: Die funktionieren nicht einmal rentabel! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Wir wollen nämlich keine stillgelegten Windräder, die die Landschaft „schmücken“, sondern wir wollen Windräder, die sich drehen und die nicht nur herumstehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir wollen keine Windräder, die sich, auch wenn sie sich kaum drehen, noch immer als Abschreibungsobjekte lohnen.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Die wollen wir nicht.

Jetzt nur noch das: Der Verband reduziert seine 40 potenziellen Standorte einschließlich der Eignungsgebiete um insgesamt 15 Standorte, nämlich um alle, die eine Windgeschwindigkeit unter 4 Metern pro Sekunde haben. Das heißt in Zahlen ausgedrückt: Der Verband Region Stuttgart hat 218 Hektar Vorranggebiete ausgewiesen. Jetzt setzt er durch die Streichung der Eignungsgebiete noch 513 Hektar dazu, die er dann noch einmal prüft. Genau 188 Hektar fallen weg.

Ergebnis: Das ganze geschilderte Horrorszenario

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

hält einer praktischen Nachprüfung in keiner Weise stand. Im Gegenteil, für eine sinnvolle Windkraftnutzung ist gesorgt. Das gilt glücklicherweise auch für den Landschaftsschutz. Verabschieden wir nun das Gesetz! Es ist für die Praxis gemacht. Das sollte ein Gesetz ja auch sein.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

(Abg. Zimmermann CDU: Das ist schon eine ganz andere Nabenhöhe!)

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Die Debatte hat ja schon gezeigt, wo die strittigen Themen bei der Novellierung des Landesplanungsgesetzes liegen. Ich möchte mich auf diese beiden Themen beschränken: Das ist zum einen die Frage des Flächenverbrauchs und zum anderen der Ausbau der Windkraft.

Wir alle wissen: Der Flächenverbrauch liegt heute in Baden-Württemberg bei etwa zwölf Hektar pro Tag. Die Tendenz ist steigend. Das heißt also, wir müssen hier darangehen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Umwelt- und der Siedlungspolitik, diesen Trend zu stoppen und dafür zu sorgen, dass dieser Flächenverbrauch gemindert wird.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Noll
FDP/DVP)

Klar ist: Es gibt da keinen Königsweg, keine Maßnahme, die das Problem auf einen Schlag löst. Aber die Siedlungsplanung ist eines der wesentlichen Instrumente, mit denen man das Problem angehen kann. Es ist wichtig, dass die Siedlungsplanung quantitative Richtwerte vorgeben kann, weil nur dadurch eine wirksame Steuerung möglich ist.

Frau Brenner, es trifft nicht zu, dass wir Richtwerte haben wollten, die für das ganze Land gelten, sondern wir wollen, dass die Regionalverbände die Möglichkeit haben, konkrete Richtwerte für die anzustrebende Siedlungsstruktur festzulegen, und dass das, was sie festlegen, nicht einfach nur eine beliebige Sollvorschrift ist, sondern wirklich verbindlich ist. So bekommt man einen Knopf dran, und nur so bekommt man den Flächenverbrauch in den Griff.

Andernfalls ist es leicht möglich, dass noch mehr Flächen ausgewiesen werden. Ein Investor will nur einstöckig bauen, und schon wird eine größere Fläche bewilligt. Wenn wir da keine Richtwerte von der Planungsebene haben, können wir all die schönen Sprüche von einem sparsamen Flächenverbrauch sehr schnell den Hasen geben.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, treten wir dafür ein, solche Richtwerte nicht nur in den Ballungsräumen zu ermöglichen, sondern auch im ländlichen Raum.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber sie müssen halt stimmen!)

Denn gerade im ländlichen Raum geht man mit den Flächen sehr großzügig um, und auch da muss man steuernd eingreifen. Wir wollen ja den Flächenverbrauch nicht verbieten, Herr Hofer, sondern wir wollen, dass die Siedlungsplanung, die Regionalplanung die Möglichkeit hat, solche Richtwerte vorzugeben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das will die B-Planung auch!)

Zum Zweiten zum Thema Windkraft. Wenn man sich die Systematik des Gesetzes ansieht, stellt man fest, dass es sich um eine Umsetzung des Bundesraumordnungsgesetzes handelt – sie ist ja längst überfällig –, dass man aber bei der

Windkraft von jeglicher Systematik abweicht. Da findet ein Systembruch statt, der sich nicht begründen lässt.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn man sich ansieht, wie die Regelung in anderen Bundesländern ist, stellt man fest, dass es hier in Baden-Württemberg eine einmalige Sondersituation gibt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein, nein, das stimmt nicht!)

Eine derartige Sonderregelung für die Windkraft finden Sie in keinem anderen Bundesland.

Diese Sonderrolle der Windkraft hat eine Vorgeschichte. Bekanntlich hat der Ministerpräsident im September des Jahres 2001 eine Runde eingeladen. Es fand ein Gespräch mit den Vorsitzenden oder Repräsentanten des Bundesverbands Landschaftsschutz, des Schwäbischen Albvereins, des Schwäbischen Heimatbundes, des Landesfischereiverbands, des Landesjagdverbands und des Burgenvereins statt. Das waren, wohlgemerkt, keine Experten für Windkraft.

(Abg. Zimmermann CDU: Wer sind die Windkraftexperten?)

Diese illustere Runde hat die Marschrichtung in puncto Windkraft vorgegeben.

(Abg. Schmiedel SPD: Lauter Fortschrittsfeinde! – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP: Bei dem Burgenverein stimme ich zu!)

Kurz darauf, am 24. September 2001, gab es eine Presseerklärung, und die Botschaft aus dieser Runde war klar und eindeutig. Es heißt da: „Unterstützung einer restriktiveren Genehmigungspraxis“, und man fordert: Die planungsrechtlichen Anforderungen an die Genehmigung von Windenergieanlagen sollen verschärft werden.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das hat die Runde entschieden. Windkraftsachverständige wurde nicht hinzugezogen. Der Burgenverein, der Landesfischereiverband und der Landesjagdverband haben mit dem Ministerpräsidenten die Richtung ausgekungelt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Unglaublich! – Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich! Wo ist der Ministerpräsident? – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Was die Runde beschlossen hat und worüber sie eine Presseerklärung herausgegeben hat, wurde der Fraktion praktisch übergestülpt. Mich erinnert das sehr an das Verfahren bei der Verwaltungsreform, wo Herr Teufel im kleinen Kreis etwas ausgekungelt und dann der Fraktion gesagt hat: Ihr müsst das mittragen.

Im Ausschuss sah die Debatte so aus: Es gab Beiträge von den Grünen und von der SPD.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Von uns auch!)

– Von Ihnen gab es im Ausschuss keinen Beitrag.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber jetzt!)

(Dr. Witzel)

Die CDU hat einmal einen Zwischenruf gemacht. Ansonsten hat sich die CDU weggeduckt. Die CDU ging auf Tauchstation.

(Abg. Teßmer SPD: Darin sind sie gut, das können sie!)

Der Wirtschaftsminister hat halbherzig geantwortet. Man merkte genau: Er bekommt eine Direktive von ganz oben, und diese wird umgesetzt.

Wenn man jetzt den Beitrag von Frau Brenner gehört hat, hat man festgestellt, dass sie sich zu den strittigen Themen nicht geäußert hat.

(Abg. Seimetz CDU: Aber gut war sie; hervorragend hat sie geredet!)

Sie hat munter darum herum geredet, und zu dem eigentlichen Thema, zu dem eine Fraktion Stellung beziehen sollte, hat sie sich ausgeschwiegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Stuttgart zeigt doch, dass es geht! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Ich habe schon viele Reden über Energie und Windkraft gehalten! – Unruhe)

– Ich erinnere mich auch noch an Kabeljaufischerei.

Jetzt zu der Frage: Worum geht es inhaltlich?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

– Herr Hofer, es geht um Themen: erstens um die Pflicht zur Planung und zweitens die Schwarz-Weiß-Regelung.

Erstens: die Frage nach der Pflicht zur Planung. Wer soll die Planung machen?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Es gibt zwei Ebenen: Das ist zum einen die Regionalplanung und zum anderen die kommunale Ebene, auf der man planen kann, also die Flächennutzungsplanung.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Natürlich hat die Regionalplanung Vorteile. Aber die Regionalplanung kann nur Aussagen über regionalbedeutsame Windkraftanlagen machen. Die Strategen der CDU würden ja gern sagen: In Ausschlussgebieten soll garantiert keine Windkraftanlage stehen. Aber wenn wir das wollen, müssen wir auf die Ebene der Bauleitplanung. Andernfalls kann es immer passieren, dass im Ausschlussgebiet eine Windkraftanlage gebaut wird, die eben nicht regionalbedeutsam ist. Dagegen können Sie dann nichts machen.

Das heißt, wenn Sie eine wasserdichte Planung haben wollen und wirklich ein Gebiet von Windkraftanlagen frei halten wollen, müssen Sie neben der Regionalplanung auch noch eine kommunale Planung machen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Da sagen wir Grünen schlicht und einfach: Die Regionalverbände sollen entscheiden, ob sie das auf der regionalen

Ebene machen, ergänzt durch eine Kommunalplanung, oder ob sie sagen: Die regionale Ebene unterstützt die Kommunen dabei, das auf kommunaler Ebene zu regeln. Subsidiarität heißt, Aufgaben nach unten zu verlagern. Darüber haben wir heute Morgen doch groß geredet.

(Abg. Teßmer SPD: Wo denn?)

Hier können wir das machen, und hier können wir sagen: Gebt ihnen doch die Freiheit, dass sie das machen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich will den Systembruch noch einmal verdeutlichen. In der Begründung des Gesetzentwurfs steht:

Der konkrete Planungsbedarf soll nicht durch das Gesetz vorgegeben, sondern aus der Region heraus durch den Träger der Regionalplanung ermittelt werden.

Genau das wollen wir bei der Windkraft. Sie sehen auch hier wieder: absoluter Systembruch in puncto Windkraft.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sie sind sehr allein mit dieser Meinung!)

– Wenn man allein steht, heißt das nicht, dass man falsch liegt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Nein, aber ich weise darauf hin! Ein Männlein steht im Walde!)

Möglicherweise, Herr Hofer, ist die Thematik auch so schwierig, dass manche es nicht blicken

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das kann sein!)

und sich deshalb an eine Meinung des Ministeriums anhängen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig! – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Punkt 2: Ich komme zum Thema Schwarz-Weiß-Regelung. Es ist gesagt schon worden: Die Landesregierung will die Schwarz-Weiß-Regelung, sie will Vorrangflächen und außerhalb Ausschlussregeln. Mit den Vorrangflächen sind sehr hohe Kriterien verknüpft, und das werden nur sehr kleine Flächen sein, winzige Bereiche.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Stuttgart! Das Beispiel habe ich doch genannt!)

Ich möchte nur das, was Herr Schmiedel eben sagte, mit ein paar Zahlen untermauern.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Stuttgart macht es doch vor!)

Es besteht das Ziel der Landesregierung – das ist offiziell ja noch vorhanden –, den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Mittlerweile liegen Gutachten vor, wie man dieses Ziel erreichen kann. Das Gutachten von Herrn Nitsch und Herrn Staiß vom Juli 2002 wurde uns vor wenigen Wochen zugeleitet, nachdem es ein halbes Jahr gut abgelagert in einer Schublade des Wirt-

(Dr. Witzel)

schaftsministeriums lag. Jetzt wissen wir, was da möglich wäre. Selbst wenn wir Rheinfelden ausbauen, wo ja ein großes Potenzial besteht, brauchen wir noch eine erhebliche Menge an Windkraft hier im Land.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Stuttgart macht es doch vor!)

Diese kleinen Flächen werden möglicherweise nicht ausreichen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Doch!)

Dann kann man das erwähnte Ziel den Hasen geben.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Schon wieder den Hasen! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich darf Ihnen sagen, was die Zahlen bedeuten: Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass man die Energiemenge der Windkraft in Baden-Württemberg von 105 Gigawattstunden im Jahr 2000 auf 1 238 Gigawattstunden im Jahr 2010 erhöhen soll. Das wäre etwa eine Verzwölfachung der von Windkraftanlagen erzeugten Energie, selbst wenn man Rheinfelden baut. Die Frage ist: Bekommen Sie das auf Ihren kleinen Vorrangflächen hin? Es gibt ja auch noch ökonomische Begrenzungen. Es gibt ja auch Probleme der Zuwege usw.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Diese Studie wurde immerhin vom Wirtschaftsministerium, in dem Ihr Parteifreund Chef ist, in Auftrag gegeben.

Ich darf Ihnen dazu etwas vorlesen. Auf Seite 26 steht:

(Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Teßmer SPD: Langsam vorlesen! Er versteht es sonst nicht!)

Der weitere Zubau an Windenergie ist daher für die Erreichung des Verdopplungsziels eine wesentliche Option.

Einen Satz weiter heißt es dann:

Dazu ist es allerdings erforderlich, dass die sehr restriktive Genehmigungspraxis, hauptsächlich induziert durch eine skeptische Haltung der Landesregierung, zurückgenommen wird und man sich an den Gepflogenheiten vergleichbarer Bundesländer orientiert bzw. die vorliegenden Regelungen des Bundesraumordnungsgesetzes (Privilegierung, Ausweisung von Vorrang- und Eignungsflächen u. a.) nicht unnötig einschränkt.

Das wollen wir hier. Das ist nicht nur aus ökologischen Gründen wichtig, das ist auch ökonomisch wichtig, gerade in der heutigen Zeit, in der die Wirtschaft daniederliegt, in der wir Impulse brauchen, in der wir Investitionen brauchen und in der wir Arbeitsplätze brauchen. Da könnte man durch eine etwas großzügigere Ausweisung von Windkraftflächen auch dem Arbeitsmarkt Impulse geben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Unsere Forderungen lauten: Wir wollen keine Schwarz-Weiß-Planung, wir sind für eine dreistufige Planung, wir sind für die zusätzliche Kategorie der Eignungsgebiete. Das sind für uns die Kernforderungen an die Novellierung des Landesplanungsgesetzes. Um die Bedeutung dieser Kernforderungen zu unterstreichen, beantrage auch ich bei der Abstimmung zu unserem Änderungsantrag Drucksache 13/2040-2 eine namentliche Abstimmung. Ziffer 2 des Antrags Drucksache 13/2040-2 ist identisch mit dem SPD-Antrag Drucksache 13/2040-8. Wir können das also aus zeitökonomischen Gründen in einem Abstimmungsgang zusammenfassen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Brenner.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Teßmer SPD: Mach ein bisschen Wind, Carmina!)

Sie wollen von mir eine Aussage zur Windkraft. Die können Sie haben.

Zunächst einmal sortieren wir bitte die Experten. Windkraftexperten, die Anlagen selber verkaufen, sprechen pro domo.

(Abg. Teßmer SPD: Dann dürftet ihr nie mit Kernkraftwerksleuten sprechen!)

Dann gibt es ja auch noch über 100 Professoren, die das Darmstädter Manifest unterschrieben haben. Das sind auch Experten. Sie werden aber gerne ignoriert.

Uns von der CDU wird immer wieder vorgeworfen – das ist das Totschlagargument –, wir seien gegen Windkraft.

(Abg. Schmiedel SPD, zur CDUweisend: Da sitzt einer! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Jetzt lassen Sie das doch endlich mal bleiben! Das stimmt doch so nicht.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Nein.

(Unruhe)

Unser Ministerpräsident und auch wir sind gegen die Verspargelung der Landschaft.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Aha! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Also doch gegen die Windkraft! – Gegenruf des Abg. Zimmermann CDU: Natürlich! Ich bin gegen die Windkraft! Ich bin für die Wasserkraft! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Herr Zimmermann ist gegen Windkraft!)

(Dr. Carmina Brenner)

Sie bezweifeln ja immer, dass es die gibt.

(Lebhafte Zurufe)

Jetzt einmal langsam.

Ich erkläre Ihnen jetzt einmal die Probleme am Beispiel des Kreises Freudenstadt; denn da habe ich die Leute alle im Büro. Ich erkläre Ihnen jetzt einmal, was die mir sagen. Bei uns gibt es diese „Spargel“. Im Ferienkreis Freudenstadt steht inzwischen auf fast jedem Buckel ein einzelner „Spargel“.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Da gibt es auch Strommasten!)

Fragen Sie nach einem Windpark: Fehlanzeige.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das wollen die gar nicht. Die wollen nicht in Windparks. Wir hätten bei Seewald Gelände gehabt. Das Vorhaben ist wieder abgeblasen worden. Nein, jeder macht seinen eigenen „Spargel“.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Jetzt kommen die Leute. Wissen Sie, was die sagen? Sie sagen: „Nix darfsch mehr mache auf dem Wiese, aber ein Windrädle aufstelle.“

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Sie begründen das. Jetzt sage ich Ihnen, was schwer erklärbar ist: Da, wo die Dinger stehen, darf man tatsächlich nichts mehr machen. Da darf man kein Haus bauen, keinen Sportplatz bauen, keinen Geräteschuppen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! Das wird alles überörtlich geprüft!)

nicht einmal einen lumpigen Stall für einen Gaul oder zwei Geißen. Das darf man alles nicht. Man darf aber ein Windrad hinstellen, man darf einen Weg dorthin freihauen, man darf Kabel vergraben, die Laster dürfen in der Pampa herumfahren,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Alles Aufträge für die Wirtschaft!)

und man darf ein Fass Getriebeöl in 120 Metern Höhe aufhängen; das darf man.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wissen Sie, was bei mir im Kreis Freudenstadt der Knaller ist? Dafür gibt es sogar eine Ausstockungsgenehmigung. Für nichts kriegt man eine Ausstockungsgenehmigung, aber für ein Windrad darf man die dicksten Fichten umhacken, wenn man zufällig den Weg durch den Wald nutzen muss.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut! – Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Dr. Witzel GRÜNE)

Das begreift einfach keiner mehr. Deswegen ist inzwischen auch der Schwarzwaldverein plötzlich ein Windkraftgegner. Dessen Mitglieder begreifen es nämlich auch nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Aber doch nicht deswegen! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Also doch gegen Windkraft! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Gegen Windkraft dort, wo sie nicht hinpasst!)

Bis Sie sich wieder abgeregt haben: Ich habe gerade über Fichten geredet. Wir haben in unserer Region gerade ein seltenes Naturschauspiel. Wenn Sie am Wochenende Zeit haben: Es ist Fichtenblüte. Das passiert nur alle fünf bis sechs Jahre. Kommen Sie nach Freudenstadt oder Baiersbronn! Es ist wirklich toll. Ohne Windräder sieht das viel schöner aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Bei uns leben sehr viele Leute vom Tourismus. Unsere Gäste kommen wegen der unberührten Natur zu uns.

(Abg. Dr. Caroli SPD: „Unberührt“!)

Sie wollen nämlich Ökologie pur sehen. Sie wollen keine Symbole der Ökologie aus Stahl und Alu sehen. Wir haben die Verspargelung in meinem Heimatkreis, und alles nur wegen der Abschreiberei und Einspeiserei und 15 % technischer Leistung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Dr. Brenner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nein. Ich möchte meinen Wutanfall zu Ende bringen.

(Unruhe)

Gerade auch deswegen werden wir diese verzettelte Entwicklung kanalisieren und nicht behindern und nicht abschaffen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Es geht um Wind, nicht um Wasser!)

Wir kanalisieren.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das heißt: Wenn Sie ein Windrad wollen, dann gehen Sie bitte nach Vordertupfingen, denn in Hintertupfingen dürfen Sie es nicht bauen und woanders auch nicht. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Planung, das ist Raumordnung. Ansonsten habe ich nichts Neues gehört, was nicht schon in irgendeinem Protokoll gestanden hätte und was wir bestimmt alle gelesen haben.

Wir machen ein modernes Planungsgesetz. Das hat unser Land verdient.

Danke.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP – Zurufe von der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Abg. Seimetz CDU: Dem setzt man ein paar Windräder vor die Haustür!)

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! So langsam kommt es heraus.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Was?)

– Wenn wir noch einmal zwei oder drei Runden weitermachen, stoßen wir zu den wahren Motiven vor.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nein! Windpark ist in Ordnung, einzelne Windräder wollen wir nicht!)

Sie haben sich ja gerade wirklich kräftig die Wut vom Herzen geredet

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Ja!)

und zu erkennen gegeben, was die Motive sind. Nur haben Sie ein völlig falsches Bild von Baden-Württemberg gezeichnet.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nein! Ich bade es im Schwarzwald aus!)

Sie haben den Eindruck erweckt, als sei Baden-Württemberg mit Windkraftanlagen zugestellt.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wenn wir es weiterlaufen lassen!)

Dabei wissen wir alle, dass Baden-Württemberg hier weit hinter seinen Möglichkeiten bleibt. Wir wissen alle, wo die Verhinderer sind. In Ihrer Fraktion sitzen sie, und es sind die Landräte und die Regierungspräsidenten, die Ihnen zuzurechnen sind.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Bis hin zur Spitze!)

Jetzt zeige ich Ihnen einmal ein Gegenbeispiel, wie die Geschichte läuft. In Spiegelberg gibt es einen Bürgermeister, der seinen Gemeinderat beteiligt, der die Bürgerschaft beteiligt, der sich Anlagen anschaut, der im Gemeinderat und im Ortschaftsrat abstimmen lässt und dabei überall auf ganz breite Zustimmung stößt. Wenn er das dann genehmigen lassen will, stößt er auf den hartnäckigsten Widerstand des damaligen Landrats Lässig, CDU, und des Regierungspräsidenten Dr. Andriof.

(Abg. Rückert CDU: Guter Mann!)

Warum? Weil sie sich, wenn sie in etwa zehn Kilometer Luftlinie auf einem anderen Hügel entlang wandern, beim Blick auf den anderen Hügel beeinträchtigt fühlen, weil sich da etwas drehen könnte. Das sind Ihre Motive.

(Abg. Zimmermann CDU: So gehen Sie mit Landschaftsschutzthemen um!)

Sie sind in hohem Maße technikfeindlich, Sie sind innovati-
onsfeindlich.

(Abg. Zimmermann CDU: Das ist keine neue Technik! Die ist 80 Jahre alt! Die ist veraltet!)

Sie wollen an alten Strukturen festhalten. Sie missbrauchen das Landesplanungsrecht, um in diesem Land eine energiepolitische Weichenstellung zu untergraben. Das sind Ihre wahren Motive.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Schmiedel von gestern!)

Sie tun sich zu diesem Zweck zusammen mit allen Strukturkonservativen, die es in diesem Land gibt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Schmiedel SPD: Ich muss mich jetzt einmal der Regierungsbank zuwenden.

(Zuruf von der SPD: Maschinenstürmer!)

Das eigentlich Beklagenswerte ist,

(Abg. Seimetz CDU: Dass man solche Reden hören muss!)

dass die Vertreterin des Wirtschaftsministeriums bei diesem Fall in Spiegelberg, wo es eine Petition gab

(Abg. Zimmermann CDU: Es gibt noch mehrere! Die kommen zuhauf!)

und wo dann die Konservativen anmarschiert sind, eine Position ergriffen hat, indem sie gesagt hat: Mein Gott,

(Zuruf von der CDU: Walter!)

wenn nicht hier, wo dann?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es gab einmal eine Zeit, da war das Wirtschaftsministerium an ökonomischer Entwicklung, an Innovation, an Erneuerung und Fortschritt interessiert. Deshalb hat Sie auch Herr Hofer darauf hingewiesen, dass mit dem Verband Region Stuttgart

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

genau das notwendige Planungsrüstzeug abgesprochen wurde, um einen notwendigen Ausgleich zwischen dem Landschaftsschutz und der gleichzeitigen Erschließung von Potenzialen von Windenergie zu ermöglichen.

(Abg. Drexler SPD: Das war früher der Herr Hofer! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Schmiedel – –

Abg. Schmiedel SPD: Dann kam die besagte Runde, auf die Herr Witzel hingewiesen hat. Herr Teufel und seine strukturkonservativen Freunde haben am Kamin beschlossen: Wir machen jetzt einen Geheimbund,

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wir wandern im Schwarzwald und sehen das jeden Tag!)

(Schmiedel)

geben das heraus. Das Wirtschaftsministerium musste, ohne dass Sie einen einzigen Grund nennen konnten,

(Abg. Drexler SPD: Zu Kreuze kriechen!)

Ihre Vorgabe revidieren, musste sich von einem Windkraftfreund zu einem Windkraftgegner entwickeln. Das ist das eigentlich Peinliche: dass Sie gegen Ihre eigene Überzeugung

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

jetzt dieser windkraftfeindlichen Linie folgen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

Abg. Schmiedel SPD: Bitte sehr.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, sind Sie mit mir der Meinung, dass Standorte mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von weniger als 4 Metern pro Sekunde nicht das Gelbe vom Ei sind?

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Zweitens: Haben Sie Kenntnis davon, dass gerade im Rems-Murr-Kreis im Zuge der Beteiligung der Kommunen bei der Ausweisung dieser Standorte durchaus Kompensationsregelungen getroffen worden sind, um solche Standorte auszuweisen?

Und drittens: Wie stehen Sie dazu, dass der Verband zu den 216 Hektar Vorranggebieten nun insgesamt zusätzlich noch 513 Hektar aus ehemaligen Eignungsgebieten zu Vorranggebieten machen will? Wie stehen Sie dazu?

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Dr. Caroli: Positiv natürlich! – Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Abg. Schmiedel SPD: Erstens: Die Angelegenheiten des Verbands Region Stuttgart regeln wir im Verband.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Zweitens: Im Ergebnis kommen weniger heraus. Sie haben es selber gesagt: 15.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist aber nicht sehr viel weniger!)

– 15 von 40. Bitte schön. Ich meine, das ist fast die Hälfte! Was wollen Sie eigentlich? Das ist fast die Hälfte weniger durch eine solche Änderung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die haben alle unter 4 Meter pro Sekunde!)

Jetzt kommt Ihre merkwürdige Rechnung, dass Sie sagen: Ich weiß gar nicht, wie viel tausend Hektar da noch übrig bleiben. Es gibt neben der Windgeschwindigkeit – das sollten Sie als Mitglied des Wirtschaftsausschusses übrigens wissen – ein zweites wichtiges Kriterium.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Subvention!)

Das sind die ökonomischen Rahmenbedingungen: Wie viel Meter Kabel muss ich denn legen, um den nächsten Anschluss zu erreichen? Wie sind denn die Zufahrtsmöglichkeiten? Muss ich da erst wieder einen Weg hinbauen oder nicht? Das heißt, die ökonomischen Rahmenbedingungen müssen beachtet werden, und deshalb werden Sie natürlich nicht an jeder wegen hoher Windhöffigkeit ausgewiesenen Vorrangstelle eine Windkraftanlage errichten können.

Dann kommen wir zu den wahren Motiven. Er steht noch auf und sagt zackig: „Ja. Genau so ist es. Jede Windkraftanlage, die umgelegt wird, ist eine gute Windkraftanlage.“ Sagt er.

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Das sind die wahren Motive. Deshalb lehnen wir das ab.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jetzt kommt Wind auf!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte gleich auf die Punkte, die hier in der Debatte teilweise sehr emotional angesprochen worden sind, zu sprechen kommen. Aber das ist nicht verwunderlich; denn gerade beim Thema Windkraftanlagen – dem will ich mich gleich widmen – ist eben auch auf beiden Seiten, bei denen, die die Windkraft wollen, und bei denen, die die Natur und Landschaft schützen wollen, ein großer Schuss Emotionalität vorhanden. Das muss man einfach sehen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja nicht das Thema! – Gegenruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Bei uns schon!)

Sie werden erstaunt sein, dass ich erst einmal versuche, eine Grundeinigkeit herzustellen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wind sollte man haben!)

nämlich: Eine völlig ungesteuerte Zulassung von regionalbedeutsamen Windkraftanlagen ist mit der vielgestaltigen Kulturlandschaft unseres Landes nicht vereinbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber Stromüberleitungen ohne Ende? – Gegenrufe der Abg. Dr. Carmina Brenner und Hauk CDU)

Das Baugesetzbuch hat die Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich gebracht. Das Baugesetzbuch hat aber zugleich als planerisches Korrektiv die Flächennutzungsplanung und die Regionalplanung vorgesehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe im Raum bitten.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Dementsprechend wollen eben die einen die Feinsteuerung der Standortfindung für regionalbedeutsame Windkraftanlagen den Kommunen überlassen, und die anderen – und dazu gehört die Landesregierung – wollen die Regionalplanung in die Pflicht nehmen. Wir wollen eben nicht, dass die Konflikte auf die Gemeinden abgewälzt werden.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir sind der Meinung, dass die Entscheidung über Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen bei den Regionen liegen muss.

Das ist eine vernünftige Regelung, weil sie auch Planungssicherheit für diejenigen, die Windkraftanlagen bauen wollen, bringt. Das Wirtschaftsministerium und der Wirtschaftsminister sind keineswegs gegen Windkraft. Schauen Sie es an: Wir haben immer gesagt, für die Verwirklichung des Verdopplungsziels bei den regenerativen Energien brauchen wir auch die Windenergie.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Hofer FDP/DVP – Unruhe)

Aber die Konflikte zwischen Landschaftsschutz und Windkraft sind doch vorhanden, Herr Abg. Dr. Witzel. Sie müssen ausgetragen werden. Dafür brauchen wir ein Planungsinstrument und eine Entscheidungskompetenz. Das ist die Region.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, bitte verlassen Sie für Gespräche doch den Saal. Es ist für die Protokollführer unerträglich, hier mitzutenografieren.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Gott sei Dank habe ich eine kräftige Stimme, Frau Präsidentin. Ich war früher einmal Ausbilder bei der Bundeswehr.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Oi! Dann stimmt das ja mit dem „Zack, zack!“ vom Schmiedel! – Abg. Kiefl CDU: Also: Stillgestanden!)

Ich könnte also noch lauter sprechen.

(Heiterkeit)

Es kommt aber noch etwas hinzu: Der Gesetzentwurf verzichtet bewusst auf eine Legaldefinition der Regionalbedeutsamkeit und verweist auf die ständige Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte. Dafür brauchen wir die auch angemahnte, notwendige Flexibilität bei der Planung, denn es kommt natürlich, Herr Abg. Schmiedel, auch auf die Beurteilung der Anlage in ihrem Standortumfeld an, auf die ökonomischen Rahmenbedingungen, die Leitungen und dergleichen mehr.

(Abg. Birzele SPD: Kein Widerspruch! – Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

– Dann können Sie doch für diese Regelung stimmen! – Deswegen passen starre, schematische Maßstäbe eben nicht zu der vielgestaltigen Landschaft unseres Landes.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das sage ich doch die ganze Zeit!)

Dann komme ich zu dem Kapitel „Murks“. Murks war laut Abg. Schmiedel, dass ein Inhaltsverzeichnis fehlt.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja! – Abg. Seimetz CDU: Murks?)

Herr Abg. Schmiedel, sehen Sie sich den Gesetzentwurf an. Sie werden wenige andere Gesetze finden – das sage ich einmal so –, die so übersichtlich gegliedert und knapp gefasst sind und mit denen man so gut arbeiten kann. Daher haben wir gesagt: Hier können wir auf eine Inhaltsübersicht verzichten.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Der will nicht das Gesetz lesen, sondern nur die Inhaltsübersicht!)

Nächster, handwerklicher Fehler sei der Verzicht auf Bevölkerungsrichtwerte. Herr Abg. Schmiedel und auch Herr Abg. Witzel, die Praxis zeigt – wenn man Gesetze macht, ist es ja vielleicht ganz gut, einmal zu schauen, wie es in der Praxis läuft –, dass Richtwerte zuletzt entweder gar nicht oder nur als Orientierung ausgewiesen worden sind. Dann einigen wir uns doch darauf: Als Orientierungswerte für die Festlegung von Siedlungsflächen haben sie nach wie vor ihre Berechtigung, aber nicht als starre, quantitative Aussagen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung. Das ist der Unterschied.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Logisch!)

Letzter Punkt, Zielabweichung: Hier möchten wir am bewährten Verfahren schlanker Behörden festhalten. Warum? Wir sind eben der Auffassung, dass die Regionalverbände Planungsverbände bleiben sollen und nicht zu Behörden umfunktioniert werden sollen, die spezielle Verwaltungsverfahren durchzuführen haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Fazit: Ich meine, wir bekommen mit diesem Gesetzentwurf, wie ihn die Mehrheit der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zur Annahme empfohlen hat, ein gutes Gesetz für die Praxis. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir in der Allgemeinen Aussprache nicht mehr vor. Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g* über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/1883.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 13/1970. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen in Ziffer 1, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesplanungsgesetzes

und dazu folgende Änderungsanträge: Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2040-6, Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2040-1, Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2040-7, Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2040-2, Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2040-8.

Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, ich beantrage zum Antrag Drucksache 13/2040-2 Ziffer 2 eine namentliche Abstimmung.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Danke schön.

Weiter rufe ich die Änderungsanträge der Fraktion GRÜNE, Drucksachen 13/2040-3 und 13/2040-4, sowie den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2040-9 auf. Ich werde die Änderungsanträge in dieser Reihenfolge zur Abstimmung stellen.

Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Wir beantragen, unseren Antrag Drucksache 13/2040-8 zusammen mit dem Antrag der Grünen der namentlichen Abstimmung zu unterziehen. Dann können wir das in einer Abstimmung durchführen.

(Abg. Drexler SPD: Ein guter Vorschlag von uns!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Danke schön. – Ich schlage vor, wir machen es in dieser Reihenfolge.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2040-6, abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2040-1, abstimmen. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2040-7, abstimmen. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2040-2, abstimmen. Wer der Ziffer 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Ziffer 1 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2040-2, und im Zusammenhang damit über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2040-8, abstimmen. Hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt.

Hat der Antrag die in § 99 Abs. 1 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Dies ist der Fall.

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 13/2040-2 Ziffer 2 und dem Antrag Drucksache 13/2040-8 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer die Anträge ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Herrn Schriftführer Rüeck, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben U. Ich bitte Sie, während der Abstimmung Ruhe zu halten.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen, und unterbreche so lange die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 19:50 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 19:53 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor:

Beteiligt haben sich 104 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 55 Abgeordnete gestimmt.*

Die Anträge sind mehrheitlich abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gall, Gaßmann, Göschel, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Käppeler, Kaufmann, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Moser, Nagel, Boris Palmer, Renate Rastätter, Rivoir, Rust, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Seltenreich, Edith Sitzmann, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Ruth Weckenmann, Wichmann, Alfred Winkler, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Drautz, Dr. Inge Gräßle, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Kübler, Dr. Lasotta, Johanna Lichy, Mack, Mappus, Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Reichardt, Röhm, Rückert, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Schneider, Dr. Schüle, Schuhmacher, Seimetz, Sieber, Stächele, Dr. Steim, Dr. Monika Stolz, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wacker, Wieser, Clemens Winckler, Zimmermann.

*

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Wir stimmen nun über Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2040-2, ab. Wer Ziffer 3 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Ziffer 3 des Änderungsantrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2040-3, ab. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2040-4, ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2040-9, ab. Wer stimmt ihm zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Artikel 1 des Gesetzentwurfs der Landesregierung. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung der Landeshaushaltsordnung

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Artikel 3 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Schlussvorschriften

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2040-5.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Artikel 4 des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Die Mehrheit!)

Wer enthält sich? – Dem Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 7. Mai 2003 das folgende Gesetz beschlossen.“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und anderer Gesetze“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 13/1970, abzustimmen. – Sie stimmen der Ziffer 2 zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Ansprüche eines Hochtechnologiestandortes an den Arbeitsmarkt – Drucksache 13/834

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Besprechung fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt; für das Schlusswort fünf Minuten.

Wem darf ich das Wort zur Aussprache erteilen? – Frau Abg. Weckenmann, Sie erhalten das Wort.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD stellt das Rednerpult niedriger. – Abg. Alfred Haas CDU: Ach, da ist ja die Rednerin!)

Abg. Ruth Weckenmann SPD: Es ist immer das Gleiche: Es kommt nicht auf die körperliche Größe an, aber manche wissen das nicht so genau.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Mehr Spätzle essen! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon bemerkenswert, dass die Landesregierung in der Antwort auf unsere Große Anfrage „Ansprüche eines Hochtechnologiestandortes an den Arbeitsmarkt“ zu den gleichen Handlungsfeldern kommt, die wir als Opposition im Land schon lange bemängeln. Danach verlangt der Hochtechnologiestandort die Stärkung der Aus- und Weiterbildung, die gezielte Förderung der ausländischen Jugendlichen, die stärkere Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, die stärkere Integration junger Frauen und die Qualifikation Ungelernter in Beschäftigung.

In der Bestandsaufnahme sind wir uns also einig. Dann hören aber die Gemeinsamkeiten auf, denn die Landesregierung sieht die Handlungsfelder, aber sie tut nichts. Sie werden die Probleme in Baden-Württemberg nicht mit dem Verweis auf Berlin lösen können, wie Sie es gegenwärtig als Schwerpunkt baden-württembergischer Regierungstätigkeit versuchen.

(Ruth Weckenmann)

Schauen wir uns einmal den Schwerpunkt Bildung und Ausbildung an. Da schreiben Sie:

Aufgabe der Politik bleibt es, das Entwicklungspotenzial der baden-württembergischen Wirtschaft zu fördern und das Land auf dem Weg in die Wissensgesellschaft voranzutreiben. Eine wichtige Rolle spielen . . . die Stärkung der Aus- und Weiterbildung . . .

Übrigens finde ich es traurig, dass – wie so oft, wenn es um den Standort Baden-Württemberg geht – der Wirtschaftsminister nicht da ist.

Wie sieht es denn in Baden-Württemberg aus? Aus baden-württembergischen Schulen werden 20 % eines Altersjahrgangs mit so unzureichenden Kenntnissen entlassen, dass es zu großen Problemen beim Übergang in Ausbildung und Beruf kommt.

(Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich! Die Kultusministerin lacht!)

Die Ministerin Schavan ist ja anwesend. Knapp 10 000 Jugendliche verlassen Baden-Württembergs Schulen ohne Abschluss. Wenn das kein Armutszeugnis für unser Land ist, weiß ich auch nicht.

Wir haben fast 20 000 Jugendliche, die wir so nicht in Ausbildung bringen, und da verweisen Sie in Ihrer Antwort auf zweijährige Werkerbildungen. Da sind die Jungen beschäftigt. Ich denke, das ist nur für die Politik eine billige Lösung. Es ist teuer und für diejenigen, für die es gedacht ist, mit einem hohen Arbeitsmarktrisiko belastet. Sie wissen, dass es nur für einen kleinen Teil auf Dauer Arbeitsplätze geben wird.

Ziel müsste es eigentlich sein, vielen Auszubildenden den Abschluss einer qualifizierten dreijährigen Ausbildung zu ermöglichen, und Ziel muss es sein – das sage ich insbesondere an die Adresse der Kultusministerin –, dass die Hauptschule auch den Hauptschulabschluss ermöglicht.

(Beifall bei der SPD)

Aber was macht die Landesregierung? Dieses Spiel haben wir jetzt öfter verfolgt. Schulisch bedingte Defizite, die 20 000 Jugendliche im Land haben, soll später das Arbeitsamt auf Kosten der Beitragszahler beheben. Sie von der Landesregierung sind aber diejenigen, die dann über die Steigerung der Lohnnebenkosten schreien. Die Jugendlichen aber drücken Sie dem Arbeitsamt aufs Auge.

(Beifall bei der SPD)

Die Sozialpartner haben sich auf Modelle zur modularen Ausbildung geeinigt. Aber wo sind die Sicherheit der Finanzierung von Stütz- und Förderunterricht und die Sicherheit der Finanzierung der sozialpädagogischen Betreuung? Wir müssen doch, wenn wir ehrlich sind, die wenigen Arbeitsplätze für einfache Qualifikationen den Jugendlichen überlassen, die tatsächlich schwächer sind. Wir können nicht 20 000 Jugendliche eines Jahrgangs auf diesen Bereich verweisen.

Das Handwerk hat der Landesregierung eigentlich deutlich gesagt, was es von der bisherigen Schulpolitik des Aussor-

tierens hält: nichts. Es fordert eine neunjährige gemeinsame Basisschule, in der Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft die nötigen schulischen Kenntnisse vermittelt bekommen. Frau Kultusministerin Schavan hat hierzu abfällige Bemerkungen – so möchte ich einmal sagen – gemacht. Für bedenklicher für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg halte ich aber: Vom Wirtschaftsminister habe ich in dieser Frage überhaupt nichts gehört. Herr Pfister, vielleicht können Sie das Ihrem Kollegen einmal weitergeben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich sage es ihm!)

Warum mischt sich der Wirtschaftsminister nicht in die Schulpolitik ein,

(Abg. Zeller SPD: Wo ist er überhaupt?)

wenn es darum geht, Ausbildung und Beschäftigungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu verbessern? Kein Wort zu der dramatischen Entwicklung, dass der Anteil ausländischer Jugendlicher, die eine Ausbildung absolvieren, zurückgeht: Wir hatten 15 % und haben nur noch 11 %. Kein Wort auch vom Wirtschaftsminister und von anderen dazu, dass nur ein Drittel der ausländischen Kinder auf das Gymnasium oder die Realschule übergehen, aber zwei Drittel der deutschen Kinder. Sind sie dümmer, oder läuft hier irgendetwas falsch?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich der Wirtschaftsminister so die Aktivierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials vorstellt. Die Frühjahrsgutachten, die übrigens gezeigt haben, dass das Wachstum in Baden-Württemberg noch länger niedriger sein wird als im Bundesvergleich, haben uns alle angeraten, die Investitionen ins Humankapital zu erhöhen. Ich kann im Land eigentlich nur das Gegenteil davon erkennen.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Sie haben fast alle Mittel zur Beschäftigungssicherung und zur Qualifizierung gekürzt und gestrichen. Man braucht sich nur den ESF-Bereich anzusehen. Man kann sich aber auch einen anderen Bereich ansehen. Der Hochtechnologiestandort Baden-Württemberg braucht die qualifizierten Frauen, Frau Dr. Gräßle; Europa – Sie sind ja auf dem Weg dorthin – hat uns das aufgegeben.

(Zuruf von der SPD: Sie ist schon weg! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Geistig!)

Sehen wir uns aber einmal an, was mit den qualifizierten Frauen in Baden-Württemberg passiert. Abitur machen mehr Frauen als Männer. Das ist eigentlich, volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich gesehen, Kapitalvernichtung: Wir qualifizieren Frauen; aber wenn sie schaffen wollen und Kinder haben, lassen wir sie nicht arbeiten, weil wir ihnen nichts bieten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Eine Sauerei!)

Der Wirtschaftsminister hätte doch die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass hoch qualifizierte Arbeitskräfte auch auf Arbeitsplätze gelangen. Ich habe jetzt die öffentlichen Reden vom Wirtschaftsminister zum „Girls' Day“ gehört. Das fin-

(Ruth Weckenmann)

de ich eine tolle Sache. In der Öffentlichkeit macht er sich auch unheimlich stark für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und sagt: Wir müssen es Frauen ermöglichen, auch ganztags zu arbeiten. In der Öffentlichkeit ist er ein Tiger, aber in der Auseinandersetzung mit Sozialminister Repnik, wenn es um den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze geht, ist er ein Bettvorleger ohne Zähne.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Edith Sitzmann
GRÜNE – Abg. Schmiedel SPD: Wo ist der Bett-
vorleger? Wo ist er denn?)

Heute hat sich ja wieder bestätigt – deswegen hoffe ich, dass ich die Hoffnung auf den Wirtschaftsminister nicht aufgeben muss –: Auf unseren Ministerpräsidenten kann man in dieser Frage gar nicht vertrauen. Wer Politik im Interesse von Frauen und Wirtschaft immer noch als „Häkelgedöns“ apostrophiert, wie er es heute wieder einmal gemacht hat, ist schlicht lernunfähig, und das ist der Ministerpräsident in dieser Frage. Wir ändern ihn nicht.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Der Ministerpräsident hat doch heute in der Föderalismusdebatte wieder beklagt, dem Land würden zu wenig Handlungsbereiche bleiben. Ich wüsste einen für das Land, ein Handlungsfeld, auf dem man hier im Land lohnend, zukunftsfruchtig und mit riesigem Sparpotenzial etwas machen könnte. Wir haben bundesweit den höchsten Anteil an Ungelernten in Beschäftigung – 18 %! Das sind 200 000 Menschen in Baden-Württemberg. Bundesweit beträgt dieser Anteil nur 13 %.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir haben aber im Jahr 2010 nur noch für 11 %

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

dieser Menschen Beschäftigung. Ein großer Teil der Beschäftigten ist also von Arbeitslosigkeit bedroht. Was tut denn die Landesregierung auf dem ihr ureigensten Handlungsfeld?

(Abg. Schmiedel SPD: Nichts!)

Sie tut nichts. Sie streicht nur die letzten Komplementärmittel zu den ESF-Mitteln. Die EU sagt: Macht etwas für die Beschäftigten, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Das Land Baden-Württemberg sagt: Das geht mich nichts an, ich streiche die Mittel dafür.

Wir produzieren die Arbeitslosen von morgen. Ich weiß nicht genau, was ich davon halten soll, wenn der Ministerpräsident, wie heute Morgen, sagt: Wo wir können, wo wir zuständig sind, da handeln wir. Ich hoffe, dass sich die Handlung nicht darin erschöpft, dass die letzten Mittel für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose gestrichen werden und zusätzlich noch eines draufgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der SPD,

Sie haben die vorliegende Anfrage gut ein halbes Jahr vor der letzten Bundestagswahl gestellt. Das ist lange her. Denn das Problem, das Sie bei der Anfrage umtreibt, ist der Facharbeitermangel als eine gravierende Wachstumsbremse in Baden-Württemberg. Sie haben damals möglicherweise die Hoffnung gehabt, dass nach der Wahl eine andere Regierung als die Ihrige Politik in Deutschland macht,

(Zurufe von der SPD)

oder Sie haben die Augen zugemacht und mit Ihrem Finanzminister an völlig unrealistischen Wachstumserwartungen festgehalten.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Es steht fest, dass die gravierendste Wachstumsbremse auch für Baden-Württemberg zunächst und vor allem die amtierende Bundesregierung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg.
Schmiedel SPD: Baden-Württemberg ist Schluss-
licht! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Dieser bescheinigen alle, die etwas von der Sache verstehen – dazu bedarf es keiner parteipolitisch gefärbten Stellungnahme –, eine wachstums- und beschäftigungsfeindliche Politik.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Sie fragen nach den Perspektiven für den Arbeitsmarkt. Fakt ist, dass wir mittlerweile eine Arbeitslosenzahl von 4,6 Millionen haben – ein absoluter Höchststand nach der Wiedervereinigung. In Baden-Württemberg waren Ende März 345 000 Menschen arbeitslos gemeldet. Das sind 19 % mehr als im vergangenen Jahr. Wir haben einen Rekord an Firmeninsolvenzen. Das betrifft immer Arbeitsplätze.

Nach einer IHK-Umfrage wollen vier von zehn Unternehmen ihre Investitionen einschränken und Arbeitsplätze abbauen. Zusätzliches Personal benötigen nur noch 7 % der Betriebe.

Das Problem heute ist, dass viele qualifizierte Menschen auf der Straße stehen und, was beunruhigend ist, junge Menschen, die ausgebildet werden, nicht mehr übernommen oder nach kurzer Zeit entlassen werden.

In der letzten Plenarwoche haben wir hier die drohende Lehrstellenkatastrophe angesprochen. Die Betriebe reduzieren ihre Ausbildungsanstrengungen drastisch.

Meine Damen und Herren von der SPD, das sind die Probleme, die uns heute umtreiben, wenn wir über den Arbeitsmarkt reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von
der SPD)

Sie müssen nur Ihren Leitantrag für den Sonderparteitag der SPD lesen:

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Darin ist die derzeitige Situation klar und ehrlich beschrieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Monika Stolz)

Die Wirtschaft stagniert. Alle Prognosen, auch die der Bundesregierung, müssen von Monat zu Monat nach unten korrigiert werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür!)

Die neue Prognose von 0,75 % Wachstum in diesem Jahr ist weit optimistischer als die der meisten in- und ausländischen Forschungsinstitutionen.

(Abg. Schmiedel SPD: Wir sind doch nicht im Wahlkampf!)

– Aber wir sind bei den Fakten der Politik, Herr Schmiedel. Darum kommen Sie nicht herum.

(Abg. Schmiedel SPD: Wir sind beim Antrag zu Baden-Württemberg!)

Die OECD traut uns sogar nur noch 0,3 % Wachstum zu. In der Liga der Großen schneidet Deutschland am schlechtesten ab.

(Abg. Schmiedel SPD: Fällt Ihnen zu Baden-Württemberg auch was ein? – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Nein!)

Das ist die ganz aktuelle Antwort auf den ersten Teil Ihrer Anfrage. Denn dort haben Sie nach dem Wachstum gefragt.

Jetzt können Sie sich beruhigen. Bei all den schlechten Zahlen könnten wir uns ja in Baden-Württemberg damit trösten, dass die Daten des Arbeitsmarkts und der wirtschaftlichen Stärke im Bundesvergleich immer noch relativ gut sind.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Klar ist, dass die Leistungskraft – da sind wir uns ja einig – und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg natürlich von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig sind, aber zusätzlich in hohem Maße von der Qualifikation der Menschen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was tun Sie denn? – Glocke des Präsidenten)

Wir wissen, dass angesichts der demographischen – –

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abg. Dr. Stolz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Ach, Herr Schmiedel soll erst einmal zuhören.

(Beifall bei der CDU – Bravo-Rufe von der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Der kann doch gar nicht zuhören! – Abg. Fischer SPD: Gekniffen! – Abg. Drexler SPD: Sie lesen doch bloß ab!)

Wir wissen, dass angesichts der demographischen Entwicklung

(Lebhafte Zurufe und Unruhe)

ein enorm hoher Produktivitätszuwachs erforderlich ist, um die Defizite der Bevölkerungsentwicklung teilweise zu kompensieren. Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind daher zentrale Aufgabenfelder in unserem Land, die bisher gut erledigt wurden –

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Drexler)

PISA und andere Studien zeigen dies – und in der eingeschlagenen Richtung weiterentwickelt werden müssen. – Herr Drexler, Sie werden immer so nervös, wenn Sie mir zuhören. Hören Sie doch erst einmal zu, und dann können Sie schimpfen.

(Abg. Drexler SPD: Nein! Sie lesen nur ab! – Abg. Pfisterer CDU: Bei ihm ist es schon zu spät! Er kann nicht mehr lernen! Er kann nicht mehr zuhören! Nicht mehr aufnahmefähig!)

Fähigkeit zu vernetztem Denken, fächerübergreifende Kompetenz, Vermittlung von fachlichen und sozialen Qualifikationen, die eine schnelle Anpassung an neue Anforderungen erlauben, und die Vermittlung von Technikverständnis und Technikakzeptanz

(Abg. Schmid SPD: Lesen Sie die Rede vom Staatssekretär vor? Der Staatssekretär gibt seine Rede zu Protokoll!)

sind die Erfordernisse, die generell an alle Ausbildungsbe-
reiche gestellt sind und auch ihren Niederschlag in der
Schulpolitik finden.

(Abg. Pauli CDU: Aufforderung an die SPD!)

Ich glaube, wir sind uns einig darüber, dass wir heute an dieser Stelle keine Bildungsdebatte führen. Da würden Sie sowieso schlecht abschneiden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmid SPD: Vorlesewettbewerb!)

Bezeichnend für die vorliegenden Rahmenbedingungen in unserem Hochtechnologieland ist:

Erstens: Die Universitäten in Baden-Württemberg genießen bei ausländischen Spitzenforschern höchstes Ansehen. Bei der von der Humboldt-Stiftung vorgelegten Hitliste der fünf Topadressen der Forschung belegen Universitäten aus dem Südwesten vier der ersten fünf Plätze. Die Südwest-Universitäten verdanken diese Position vor allem den Naturwissenschaften.

Zweitens: Im Vergleich der Studierenden in den europäischen Ländern hat Baden-Württemberg nach Schweden und Finnland mit 17,8 % einen Spitzenplatz im Hinblick auf den Anteil derer, die Ingenieurwissenschaften studieren.

(Abg. Pauli CDU: Aha!)

Drittens: Wichtig ist, das jetzige und zukünftige Arbeitskräftepotenzial der Frauen zu nutzen. Zentrales Ziel ist, das Berufswahlspektrum von Mädchen zu erweitern

(Abg. Schmid SPD: Gucken Sie doch mal zur CDU!)

(Dr. Monika Stolz)

und sie für technische und naturwissenschaftliche Ausbildungen zu interessieren. Darüber haben wir ja ausführlich in einer der letzten Plenardebatten diskutiert.

(Abg. Drexler SPD: Was tun Sie dafür?)

Viertens: Ein weiteres Problem – das ist zu Recht angesprochen worden – für den Arbeitsmarkt stellen Kinder mit Migrationshintergrund dar, weil sie generell geringere Leistungen zeigen als die gleichaltrigen Kinder ohne Migrationshintergrund. Sie zeigen in Bayern und Baden-Württemberg – das zeigt die PISA-E-Studie – allerdings die relativ besten Ergebnisse. Das ist das Ergebnis intensiver Integrationspolitik und Sprachförderung, die weitergeführt werden.

Fünftens: Wir haben ein hervorragendes und vor allen Dingen hoch differenziertes berufliches Bildungssystem, das kontinuierlich an die Erfordernisse der Wirtschaftsstruktur angepasst wird. Ein wichtiger Punkt für die Zukunft muss für uns sein, uns verstärkt um die Beschäftigung und Weiterqualifizierung Älterer zu kümmern. Wir unterstützen alle Aktivitäten der Ministerien, dies zu erreichen.

Meine Damen und Herren, das Wichtigste ist aber, der Wirtschaft wieder Perspektiven zu geben, eine Planungssicherheit. Arbeiten Sie daran mit, die derzeitigen Bremsklötze bei Ihrer SPD-Regierung zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut!)

Umgekehrt ist das Land bei den Qualifizierungsanstrengungen für den Arbeitsmarkt auf einem guten Weg. Den werden wir weitergehen.

Ich danke Ihnen, Herr Drexler, für das Zuhören.

(Beifall bei der CDU – Bravo-Rufe von der CDU – Abg. Pauli CDU: Wo ist denn Herr Drexler?)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ein Jahr alte Große Anfrage der SPD-Fraktion, die wir heute behandeln, enthält eine Fülle von Fragestellungen, die, wie wir es ja von der ministeriellen Arbeit gewohnt sind, in detailliertester Weise auf insgesamt 37 eng beschriebenen Seiten beantwortet werden. Man hat fast den Eindruck, die ministerialen Antwortschreiber hätten sich geradezu gefreut, auf entsprechende Fragestellungen die ganze Breite und Tiefe ihrer verantwortungsvollen Arbeit einmal schildern und ausbreiten zu können. Sie haben sich zu früh gefreut, denn ich habe den Eindruck, Frau Weckenmann hat die Antwort gar nicht gelesen, sondern nur ihre Fragestellungen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Hofer, lese ich nicht selektiv, sondern alles!)

Wenn sie nur einiges von dem gebracht hätte! Hätten wir im Zuge von NSI auch bei parlamentarischen Anfragen ein Controlling und eine Produktbeschreibung, dann könnten wir auch noch die Frage beantworten, welchen Kostenaufwand eine solche Anfrage hat, deren Antworten man nicht einmal zur Kenntnis nimmt.

(Abg. Schmid SPD: Antiparlamentarisch! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist nicht kollegial!)

– Kritik schadet uns auch nicht, etwa Selbstkritik, Herr Schmiedel.

Jedenfalls scheint es mir unmöglich zu sein, wenn man nicht nur oberflächlich sein will – das möchte ich nicht –, in fünf Minuten diese Anfrage überhaupt nur einigermaßen sinnvoll zu behandeln. Deshalb nur einige wenige stichwortartige Anmerkungen.

Relativ angejahrte Anträge haben den Vorteil und Reiz, dass man auch feststellen kann, was sich seit der Antragstellung alles verändert hat. Damals vor der Bundestagswahl hat die Prognos AG noch 2,9 % Wachstum vorausgesagt. Heute sind es dank der famosen Politik in Berlin nach OECD gerade noch 0,3 %. Und bei der Frage, welche Sektoren sich voraussichtlich gut entwickeln, hat man auf die marktlichen Dienstleistungen hingewiesen. Pustekuchen! Auch die gehen in der Zwischenzeit zurück. Deshalb ist es überhaupt nutzlos, diese ganzen Wachstumsprognosen auch zum verarbeitenden Gewerbe aufzulisten. Sie stimmen samt und sonders nicht mehr. Sie haben sich in dieser kurzen Zeit seit der Antragstellung dramatisch verändert.

Natürlich gibt es ein paar Dinge, die zeitlos sind: Die Auslandsposition der baden-württembergischen Unternehmen und die Clusterbildungen sind aufgelistet. Ich will sie hier gar nicht im Einzelnen zitieren. Natürlich kann man sehen, dass wir in Baden-Württemberg nach wie vor gute Voraussetzungen haben, die Chancen einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wenn sie denn einsetzt, auch kräftig zu nutzen. Natürlich muss man das rahmenmäßig mit Qualifikation, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung begleiten.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Warum machen wir es nicht, Herr Hofer?)

Es ist doch alles geschrieben und gesagt. Der eine glaubt es, und der andere glaubt es nicht. Sie glauben es nicht. Jedes weitere Wort dazu ist überflüssig. In epischer Breite ist das ausgearbeitet. Da wird von Ihnen einfach gesagt: Es tut sich nichts. Lesen Sie doch einfach die Antwort nach.

Natürlich besteht in bestimmten Regionen und bestimmten Branchen ein Bedarf an höher qualifizierten Arbeitnehmern. Das wissen wir alle. Und die Frage, ob man auf die Entwicklung vorbereitet ist, wird mit einem Ja beantwortet, wie das auch ein Kellner tun würde, den man fragt, ob sein Steak gut ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Haben Sie auch eine eigene Meinung, oder geben Sie bloß wieder, was da drinsteht?)

All diese Dinge von Hauptschule bis PISA, alles abendfüllende Themen, könnten wir stundenlang weiterdiskutieren. Ich bin es einfach leid, das alles wiederzukäuen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich kann Ihnen nur sagen: Bei den gering Qualifizierten, um die wir uns genauso zu kümmern haben, Frau Weckenmann,

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Da machen Sie doch gar nichts!)

(Hofer)

sind zehn Modelle aufgeführt – schauen Sie doch einmal nach –, und es sind weitere angekündigt. Sie haben gesagt: Da geschieht nichts.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Für den Auszubildenden, nicht für den Beschäftigten! Sie wissen gar nicht, wovon Sie reden!)

Zehn Modelle, übrigens zusammen mit Südwestmetall und den Gewerkschaften! Machen Sie doch Ihre eigenen Bemühungen nicht schlecht.

Fazit: Wenn man sich die beeindruckende Auflistung von Maßnahmen und Aktivitäten, wie sie in der Beantwortung genannt worden sind, vor Augen hält, kann man durchaus den Eindruck gewinnen, dass die Spitzenstellung von Baden-Württemberg im Ranking der Bundesländer nicht von ungefähr kommt. Dass die Opposition das permanent anders sieht, das ödet mich genauso an, wie Sie wahrscheinlich unsere Spitzenwerte, die wir nennen, auch anöden. Ich kann nur sagen: Diese Antwort enthält derartig viel, dass es sich lohnt, dem nachzugehen und nicht einfach zu sagen, es tue sich nichts.

Die fünf Minuten sind herum.

(Abg. Schmiedel SPD: Gott sei Dank!)

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hofer, ich habe die Antwort der Landesregierung gelesen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Bravo!)

Ich hatte 38 Seiten Märchenstunde

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

und hatte das Gefühl, ich sei hier in Baden-Württemberg auf der Insel der Seligen. Das ist heute nicht so, und das war auch vor einem Jahr nicht so.

(Abg. Pfisterer CDU: Bildung schadet nicht!)

Wo ich Ihnen Recht gebe: Es wurde eine Vielzahl von Themen und Aspekten angesprochen. Ich möchte einen Aspekt herausgreifen, der für die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarkts und auch für die Perspektiven der baden-württembergischen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Das ist die Weiterbildungspolitik.

In der Bestandsaufnahme – die Kollegin Weckenmann hat es gesagt – sind wir uns ja einig: Die Bedeutung der Weiterbildung ist unumstritten, wenn wir den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft konstruktiv schaffen wollen. Das lebenslange Lernen ist nicht nur wichtig bei ökonomischen und auf die Arbeitswelt bezogenen Faktoren,

sondern auch für das private Lebensumfeld und auch für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

(Beifall der Abg. Heike Dederer und Brigitte Lösch GRÜNE)

In der Antwort auf die Große Anfrage werden ja seitenweise Prognosen aus den Jahren 1998 und 1999 zitiert. Die Prognos AG – das ist das, was auch immer zitiert wird – sagt zum Beispiel 2003 – ein bisschen aktueller –:

Vom lebenslangen Lernen sind deutsche Arbeitnehmer Lichtjahre entfernt, und Erfolge lassen sich nur erzielen, wenn der Gedanke des lebenslangen Lernens ernst genommen wird,

(Abg. Schmiedel SPD: Lichtjahre! – Abg. Hofer FDP/DVP: Das wissen wir doch!)

und das heißt auch, dass nicht nur angemahnt wird, sondern dass es ein Bewertungshorizont für politische Maßnahmen sein muss.

Frau Dr. Stolz, egal, wie sich das Wirtschaftswachstum entwickeln wird: Dass die Weiterbildungsbereitschaft zu fördern ist und die Teilnahme an Weiterbildung und das lebenslange Lernen die Zukunftsaufgaben schlechthin sind, ist unbestritten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das bestreitet doch niemand!)

Da kann ich zum Beispiel Roland Berger zitieren. Er wird in der Antwort des Wirtschaftsministeriums auch gern zitiert. Zusammengefasst sagt er: Bildung schafft Innovation, Innovation schafft Wachstum. Also braucht Wachstum Bildung.

Damit sind wir wieder bei der Weiterbildungspolitik. Ich denke, es lohnt sich, noch einmal genauer anzuschauen, was die Landesregierung in diesem Bereich tut, was außer Ankündigungen geschehen ist. Da kann man feststellen, dass die Förderung der Weiterbildungseinrichtungen im Bereich des Kultusministeriums seit Jahren rückläufig ist: 33,5 Millionen DM im Jahr 1995, 25,3 Millionen DM im Jahr 1999, in den letzten Jahren eingefroren auf 13 Millionen €. Auch in anderen Ministerien haben wir ähnliche Entwicklungen im Weiterbildungsetat: im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, im Sozialministerium und im Umweltministerium – von der Finanzierung der Volkshochschulen ganz zu schweigen: 7,8 % Landesanteil. Der Anteil der Teilnehmerbeiträge liegt in Baden-Württemberg bei 54 %, im Bundesdurchschnitt bei 37 %.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir in Baden-Württemberg sind Spitze! Klasse!)

Ich finde, das spricht doch eine klare Sprache.

Noch klarer ist die Sprache, wenn wir uns anschauen, dass die Kofinanzierungsmittel für Projekte aus dem Europäischen Sozialfonds bei Ziel 3 um 50 % zurückgefahren worden sind.

(Beifall der Abg. Heike Dederer und Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Unglaublich!)

(Edith Sitzmann)

Das heißt, von den vielen Projekten, Herr Kollege Hofer, die Sie aufgeführt haben, von diesem Sammelsurium von Einzelprojekten wird es in Zukunft viele nicht mehr geben.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Habt ihr überlesen!)

Es sind hauptsächlich ESF-Projekte, die aufgeführt worden sind. Das sind Projekte bis hin zu eintägigen Veranstaltungen. Das sind Projekte mit der Akademie für Technikfolgenabschätzung, die es ja demnächst nicht mehr geben wird. Das stimmt mich doch ziemlich bedenklich, weil sich nämlich offenbart, dass es für die Weiterbildungspolitik hier im Land kein Konzept gibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In der 12. Legislaturperiode konnte man in der Koalitionsvereinbarung noch von einer Stiftung Weiterbildung als Ziel lesen. Dazu ist nichts geschehen, davon ist nichts übrig geblieben. Eine Reform des Weiterbildungsgesetzes steht aus. Seit die Kultusministerin mit dem Drei-Säulen-Modell nicht auf Resonanz gestoßen ist, herrscht auch hier Funkstille.

Was wir hier in Baden-Württemberg brauchen, ist deshalb eine Weiterbildungspolitik aus einer Hand. Wir brauchen ein federführend dafür zuständiges Ministerium,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr gut!)

damit die Unkoordiniertheit, die durch die Landesstiftung nochmals verstärkt wird, endlich ein Ende hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Noch ein Ministerium? –
Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Kein
neues!)

Wir brauchen – ganz wichtig; das ist auch von der Kollegin Weckenmann angesprochen worden – eine gezielte Förderung weiterbildungsferner Bevölkerungsgruppen. Der Anteil der Beschäftigten ohne Ausbildung ist unglaublich hoch. Gerade deswegen hat Baden-Württemberg ja auch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, Ziel 3, erhalten. Aber die Mittel hierfür werden jetzt gekürzt. Die Gelder können nicht abgerufen werden.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Das fließt nicht ab,
da ist nichts mehr, Herr Hofer!)

Aus alledem ergibt sich, dass es endlich Zeit wird, dass den Worten auch Taten folgen. Weiterbildungspolitik aus einer Hand und Förderung von bildungsfernen Gruppen zu betreiben, anstatt eintägige Veranstaltungsprojekte durchzuführen, wären erste sinnvolle Schritte.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jetzt kommt der Ausbilder! – Zuruf von der SPD: Zack, zack!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch bei diesem Tagesordnungspunkt möchte ich mich auf die aktuell angesprochenen Punkte konzentrieren.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Aus meiner Sicht werden die aktuellen und möglicherweise wohl leider auch dauerhaften Probleme der Zukunft sein, ob wir einerseits über die notwendigen qualifizierten Arbeitskräfte verfügen und ob wir andererseits auch das nötige Wachstum zur Beschäftigung dieser Arbeitskräfte haben werden. Da kann ich dem Bundeswirtschaftsminister nur zustimmen und ihn zitieren aus einer Sendung von Phoenix, „Im Dialog“, wo er gesagt hat:

Wir haben unendlich viel Geld eingesetzt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit . . . und sind doch erschreckend erfolglos.

Er sagte weiter, der Rückstand, der beim Wirtschaftswachstum in Deutschland zurzeit herrsche, sei inzwischen auch für die ganze Europäische Union ein Problem. Die EU komme nicht voran, wenn Deutschland nicht wieder die Lokomotivfunktion übernehme – so Clement.

Morgen wird unser Parlament darüber diskutieren, inwieweit die Agenda 2010 auch für die Beschäftigung, für das Wirtschaftswachstum Impulse bringt.

Der zweite Punkt: Es geht bei der vorliegenden Anfrage um Hochtechnologie und Arbeitsmarkt. Meiner Meinung nach müssen wir, wenn wir Baden-Württemberg als Hochtechnologiestandort erhalten wollen – und das wollen wir ja gemeinsam –, eben einen Arbeitsmarkt haben, der Flexibilität, Mobilität und Anpassungsfähigkeit zulässt. Denn sonst werden wir die Humanressourcen nicht ausschöpfen können und bei der Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts Baden-Württemberg gegenüber anderen Standorten in Schwierigkeiten kommen.

Ich danke Herrn Abg. Hofer, dass er gesagt hat, was alles in dieser wirklich sehr umfangreichen Antwort der Landesregierung drinsteht,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Steht alles drin!)

von der Schulpolitik bis zu den anderen Bereichen.

Weiterbildung ist als besonderer Punkt im Zusammenhang mit ESF angesprochen worden. In der Tat, es ist so: Aufgrund der sehr strikten Haushaltslage werden wir ganz erhebliche Schwierigkeiten bekommen, die ESF-Mittel auszuschöpfen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Dann geben wir
das Geld zurück an den Bund!)

Aber wir haben zum Beispiel ein Projekt mit Mitteln aus dem ESF und des Wirtschaftsministeriums zusammen mit Südwestmetall auf den Weg gebracht, in dem es darum geht, insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen klar zu machen, dass Weiterbildung ein ganz wichtiger Punkt des Personalentwicklungsmanagements ist und des-

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

wegen Weiterbildung und Personalentwicklungsmanagement nicht nur für Großbetriebe, sondern insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen von Bedeutung sind.

Jetzt, Frau Abg. Weckenmann, möchte ich noch auf den Girls' Day zu sprechen kommen, den Sie ja auch erwähnt haben. Ich will mich da nicht mit fremden Federn schmücken. Die Kooperation für diesen Girls' Day läuft insbesondere bei der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände, den Industrie- und Handwerkskammern, beim Landesarbeitsamt, beim Deutschen Gewerkschaftsbund und beim Landesfrauenrat. Ich danke diesen Institutionen dafür, dass sie sich so dafür einsetzen.

In diesem Jahr 2003 wird es zu 535 Veranstaltungen in unserem Land kommen gegenüber 115 Veranstaltungen im vorigen Jahr. Wir hoffen, dass diese Veranstaltungen für die Mädchen – dabei geht es immerhin um 10 825 Plätze gegenüber 2 500 im vorigen Jahr – sehr gut angenommen werden. Ich danke all denen, die sich dafür einsetzen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Zehn dieser Mädchen sind morgen hier!)

Frau Weckenmann, jetzt komme ich zu der Frage: Was macht der Wirtschaftsminister? Weil Sie zu Recht insbesondere auf die Ausbildung abgestellt hatten, will ich eines sagen:

(Abg. Rudolf Hausmann SPD: Jetzt wird es spannend!)

Immerhin hat es am 9. April dieses Jahres das 15. Spitzengespräch beim Wirtschaftsminister zusammen mit dem Landesarbeitsamtspräsidenten, der Wirtschaft, dem DGB und der IG Metall gegeben. Es gibt keinen anderen Landeswirtschaftsminister

(Abg. Zeller SPD: Mit welchem Ergebnis?)

– dazu komme ich gleich, Herr Abg. Zeller –, der sich so intensiv damit auseinandersetzt.

Das Ergebnis war eine einstimmige Erklärung, dass sich der Lehrstellenmarkt deutlich verschlechtert hat – erste Feststellung.

Zweitens: Was wird in dieser sehr schwierigen Situation – das erste Mal seit fünf Jahren haben wir wieder diese schlechte Entwicklung – vom Wirtschaftsminister getan? Der Wirtschaftsminister hat als neue Maßnahme den Kammern eine 50-prozentige Förderung der Einstellung zusätzlicher Lehrstellenwerber angeboten. Dabei handelt es sich um die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, die wir noch haben. Darüber hinaus soll dieses Projekt zur Integration benachteiligter Jugendlicher in den ersten Ausbildungsstellenmarkt, abgekürzt PIA, an dem auch die Gewerkschaften sehr interessiert sind, weiter ausgebaut werden. Immerhin ist vom Landesgewerbeamt für dieses Programm eine Fördersumme von 580 000 € eingesetzt worden.

Dann kennen Sie sicherlich die Sprungbrett-Vorkurse zur Verbesserung der Ausbildungschancen von eher praktisch begabten, aber lernschwächeren und oftmals auch sozial benachteiligten Hauptschülern.

(Abg. Wintruff SPD: Das gibt es in Wirklichkeit gar nicht!)

Hierfür hat der Wirtschaftsminister erst vor kurzem 584 571 € bewilligt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Er hat außerdem eine finanzielle Unterstützung im Umfang von 2 Millionen € für die gemeinsame Imagekampagne mit dem Baden-Württembergischen Handwerkstag zur Verfügung gestellt. Dies ist ganz wichtig, denn es ergänzt die Imagekampagne des Hotel- und Gaststättenverbandes, für die 1,6 Millionen € zur Verfügung gestellt worden sind.

Ich will auch nicht verschweigen, was die anderen Mitglieder dieses Spitzengesprächs zugesagt haben. Die Industrie- und Handelskammern wollen verstärkt Mitarbeiter für die gezielte Lehrstellenakquise einsetzen. Dabei wird auch die Aktion „Ausländer bilden aus“ einen Schwerpunkt bilden. Vermehrt sollen Lehrstellenbörsen eingerichtet werden. Es soll – und das ist jetzt das, was der Landesarbeitsamtspräsident Schade eingebracht hat – eine deutliche Steigerung von Betriebskontakten geben. Besondere Aktionen wollen die Arbeitsämter noch bis in den Herbst hinein durchführen, um eben weitere Ausbildungsstellen für das Jahr 2003 zu gewinnen. Die Arbeitsämter werden weitere Maßnahmen nach dem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit einrichten.

Die Handwerkskammern bauen auf eine Intensivierung der Kooperation zwischen Schulen und Bildungszentren des Handwerks. Das Kultusministerium, das auch Mitglied dieses Spitzengesprächs ist, ist bestrebt, den Praxiszug Hauptschule und die Kooperationsklassen zwischen Hauptschulen und dem Berufsvorbereitungsjahr auszubauen.

Zum Schluss haben alle vereinbart: Da wir nicht wissen, wie es im Herbst um die Lehrstellensituation aussieht, wird unter Umständen je nach Ausgang und Situation des Lehrstellenmarkts in Baden-Württemberg im Herbst ein weiteres Spitzengespräch stattfinden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zeller? – Herr Zeller, bitte.

Abg. Zeller SPD: Herr Staatssekretär, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie davon ausgehen, dass aufgrund der fehlenden Lehrstellen im Lande das berufliche Schulwesen ausgebaut werden muss? Haben Sie eine Größenordnung, in welchem Umfang das erfolgen wird? Leider ist die Kultusministerin bei dieser wichtigen Debatte nicht anwesend.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Abg. Zeller, leider bin ich kein Bildungspolitiker. Kann ich Ihnen die Antwort nachreichen? Ich weiß es nicht aus dem Stand. – Vielen Dank.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich weiß es, aber ich sag es nicht!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hausmann.

Abg. Rudolf Hausmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hofer hat sich verabschiedet mit den Worten „viel gesprochen, viel geschrieben“. Man muss jedoch hinzufügen: aber wenig oder fast nichts getan in diesem Bereich. Das ist unser Problem.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Und wenn Herr Hofer und Frau Stolz auf Zahlen verweisen, die vor einem Jahr in der Antwort standen, dann sind sie beim Wirtschaftswachstum von der Annahme der Prognos AG von 2,9 % ausgegangen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Prognos!)

Sie sind ausgegangen von einem Wirtschaftswachstum der Eurozone zwischen 1,5 und 3 %, und sie sind ausgegangen von einem US-Wirtschaftswachstum zwischen 1,5 und 3 %. Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen, wegen der schlechten Politik der Bundesregierung sei das alles nicht eingetroffen. Sie wissen, dass Sie das selber nicht glauben. Das ist nicht seriös, das ist unmöglich, was Sie hier machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn man versucht, Verantwortung dahin zu tun, wo sie hingehört, dann muss man das auch korrekt machen. Dann nehmen wir die Verantwortung auf. Wir diskutieren hier in Baden-Württemberg. Dann schauen wir uns mal die Arbeitslosenzahlen und die Entwicklung in Baden-Württemberg an. Gestern oder heute kam die neueste Zahl heraus. Schlimm genug: bundesweit ein Zuwachs im Vergleich zum Vorjahresmonat von 11,7 %, in Baden-Württemberg von 19,2 %.

(Unruhe)

Sie können das rückverfolgen. Ich habe die Zahlen jedes Monats dabei, vom April 2002 bis April 2003. Sie haben den doppelten Zuwachs.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das hätte ich von Ihnen nicht erwartet!)

– Also wenn Sie da nur noch schreien, dann kann ich Ihnen sagen: Die Dinosaurier waren sich ihrer Macht bewusst und sind trotzdem eingegangen, weil sie die notwendigen Vorkehrungen nicht treffen konnten. Ich habe gedacht, Sie wären gescheitert.

Wenn man dann die baden-württembergische Verantwortung anguckt, dann erinnere ich mich an die Debatte, die wir vor einem knappen Jahr hatten. Ich weiß noch, dass wir kritisiert haben, dass die Verteilung der ESF-Mittel so uneffektiv stattfindet: einmal auf der Kreisebene beim Sozialministerium und einmal auf der Regionalebene beim Wirtschaftsministerium. Sie haben das Problem auf Ihre Art und Weise gelöst: Sie haben die Förderung auf null gestellt. Damit sind wir zumindest von der Erledigung dieses Problems erlöst. Ich will Ihnen aber sagen: Sie haben genau in dem

Bereich, wo der Hochtechnologiestandort Baden-Württemberg Probleme produziert, nämlich bei Unqualifizierten, bei Jugendlichen, bei Langzeitarbeitslosen, bei Älteren, die Programme auf null gefahren. Das ist Ihnen anzulasten, das ist Ihre Verantwortung, und das ist für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist fern aller Realität!)

Ich kann das fortsetzen. Sie müssen ja schon würgen, wenn Sie die 500 Millionen € für den Ausbau der Ganztagschulen oder der Ganztagsbetreuung in Baden-Württemberg annehmen, um überhaupt einmal die Zugangshindernisse auf dem Arbeitsmarkt Baden-Württembergs zu beseitigen. Herr Mehrländer hat die ganzen Verbände – DGB usw. – zitiert. Jawohl, die wollen, dass die Frauen schaffen. Das Problem ist, dass die, die an der Regierung sind, bremsen und die notwendigen Schritte zur Ganztagsbetreuung und zu Ganztagschulen nicht machen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ach was! – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und FDP/DVP – Herr Präsident, ich bin gleich am Ende –, Sie sagen, wenn wir genügend Ausländer und Frauen auf den Arbeitsmarkt kriegten, dann schafften wir es auch über 2010 hinaus. Heute haben wir die Debatte im Bundestag gehabt. Die CDU war gegen die Beschlüsse, das Zuwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. Die FDP hat sich bei der ganzen Debatte wieder mit höchster Konsequenz enthalten. Das ist Ihr Beitrag zu konkreten Schritten, auch hier in Baden-Württemberg voranzukommen. Sie haben dort, wo Sie gefordert sind, versagt. Wir versuchen, zumindest die Rahmenbedingungen – Stichworte Hartz und Agenda 2010, größte Investitionsoffensive in Deutschland – voranzubringen. Es wäre ganz gut, wenn Sie dabei mitmachen würden.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

Mit der Aussprache ist die Große Anfrage der Fraktion der SPD erledigt.

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit beendet.

Die Fraktionen sind übereingekommen, Tagesordnungspunkt 9 – Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/929 – abzusetzen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern zur Änderung des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller – Drucksache 13/1963

(Stellv. Präsident Birzele)

Das Präsidium hat festgelegt, dass in der Ersten Beratung keine Aussprache stattfindet. –

(Abg. Seimetz CDU: Sehr intelligentes Präsidium!)

Sie sind damit einverstanden. Damit wird der Gesetzentwurf

(Zurufe: Morgen!)

ohne Ausschussberatung morgen in Zweiter Beratung behandelt.

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 8. Mai 2003, 9:30 Uhr statt.

Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 20:41 Uhr

Anlage

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuss	ordentliches Mitglied	Bebber	Stickelberger
Finanzausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Stickelberger Bebber	Rust Stickelberger
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied		Rust
Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst	stellvertretendes Mitglied	Bebber	Rust
Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung (Notparlament)	stellvertretendes Mitglied	Bebber	Stickelberger
Gremium nach Artikel 10 GG	stellvertretendes Mitglied	Bebber	Stickelberger
Unterausschuss Neue Steuerungsinstrumente (NSI)	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Stickelberger Schmid	Schmid Rust
Untersuchungsausschuss „FlowTex“	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Bebber Ruth Weckenmann	Ruth Weckenmann Schmid

07. 05. 2003

Wolfgang Drexler und Fraktion

3000